

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Wertages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten ins Haus für die Woche v. 22.—27. Okt. 1 Milliarde M. (restbleibend. Einzelverkaufspreis 170 Mill. M.)

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion
 { 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die acht zehlpaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Mill. Mark. auswärts: Grundpreis 150 M. mal Schlüsselzahl b. D. Z. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 200 Mill. M., Reklamen 1000 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 250.

Donnerstag, 25. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Der Lübecker Volksbote verboten!

2. Division
(Wehrkreiskommando II)
Ic Nr. 268/23 A. Z.

Stettin, den 22. Oktober 1923.

An die Redaktion des „Lübecker Volksboten“

Lübeck

Johannisstraße 46.

Ich verbiete auf die Dauer von sieben Tagen, vom 26. 10. bis 2. 11. 23, das Erscheinen der periodischen Druckschrift „Lübecker Volksbote“

Tageszeitung für das arbeitende Volk, für den ganzen Bereich des Wehrkreises II.

Der Lübecker Volksbote hat in seiner Nummer 242, vom Dienstag den 16. Oktober 1923, in einem Artikel „Notwendigkeiten“ derart verheerende Ausführungen über den Ausnahmezustand und die mit seiner Ausführung betrauten Befehlshaber gebracht, daß die Autorität der Reichsregierung das Verbot unbedingt erfordert.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt.
v. Tschischwitz, Generalleutnant.

Wir stehen allein!

Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes / Kommunistische Irrungen!

Dr. L. Lübeck, 25. Oktober.

Nun ist auch der „Lübecker Volksbote“ verboten. Weshalb? Im Verbot wird auf „verheerende Ausführungen“ des Volksboten vom 16. Oktober Bezug genommen. Vielleicht erinnern sich unsere Leser noch an unsere Ausführungen über „Notwendigkeiten“. Wir hatten auf die unterschiedlichen Maßnahmen in Bayern und im übrigen Reich hingewiesen. Und dann die Beseitigung des Ausnahmezustandes gefordert.

Jedermann kann unsere Meinungsäußerung vom 16. Oktober nachlesen; dann soll er die tatsächliche Entwicklung der Dinge bis heute betrachten. Und er wird zu dem nötigen und richtigen Urteil kommen.

Für uns ist nur eines traurig. Rechtsstehende Blätter entschuldigen den Meuterer Lössow und die Rebellion Bayerns. Niemand verwehrt ihnen das. Wenn aber ein republikanisches Blatt gegen das bayrische Verbrechen angeht, wenn es den Mut hat, auf die Unterschiedlichkeit der Behandlung Bayerns und des übrigen Deutschlands hinzuweisen, dann: Verbot!

Es ist weit gekommen in der deutschen Republik!

Die Entwicklung spitzt sich zu. Die Mitgliederversammlung am nächsten Dienstag wird sich mit der Frage beschäftigen müssen, ob sozialdemokratische Minister den heutigen Zustand noch mit ihrem ehrlichen Namen beden können. Nach unserer Meinung ist es höchste Zeit, daß unsere Reichstagsfraktion Stellung nimmt und zu Entschlüssen kommt.

Man kann eine Zeitung verbieten! Man kann auch Redakteure und andere sozialdemokratische Führer verhaften! Aber den Sozialismus totschlagen? Das haben schon andere Männer versucht. Und sind daran gescheitert!

Die Arbeiterschaft ist zurzeit zermürbt; sie ist durch sinnlose Aufputscher innerlich zerrissen und kaputt. Machtlos steht sie rücksichtsloser Gewaltpolitik gegenüber.

Aber es werden andere Zeiten kommen. Die deutsche Republik ruht auf den Schultern des arbeitenden Volkes; die deutsche Wirtschaft nicht minder. Jede deutsche Zukunft braucht eine willige und ausreichend ernährte Arbeiterschaft. Der Zwang der Entwicklung wird und muß dieser Arbeiterschaft wieder ihre Macht geben. Und hoffentlich auch wieder Selbstdisziplin und Vernunft! Und dann!

Der Volksbote wird in den nächsten Tagen stumm sein. Dieser Schlag wird die Arbeiterschaft nur noch mehr aufrütteln. Und wir sind überzeugt, daß unsere Parteigenossen, die in so manchem Kampf Schulter an Schulter mit uns gekämpft, in den nächsten Tagen ihr Bestes einsehen werden, ihre ganze Kraft im Dienst für den Sozialismus, für Republik und Freiheit.

Wir erwarten, daß am kommenden Dienstag kein Genosse und keine Genossin in der Mitgliederversammlung fehlen wird. Dort wird Bericht erstattet über die politische Entwicklung. — Von wem? Das liegt im Schoß der Zukunft und des Wehrkreises

Gestern fanden Besprechungen zwischen den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften statt. Unser Ziel war klar: Brot für das Proletariat! Kampf dem Hunger! Beseitigung des Belagerungszustandes!

Ausreichende Goldlöhne sollten verlangt werden! Dann die Hälfte in wertbeständigem Geld!

Die Kommunisten lehnten diese Forderung ab. Nach ganz etwas anderem stand ihr Sinn, worüber wir heute nicht sprechen wollen.

So standen wir allein! Und wir stehen auch heute allein im Kampf gegen den Hunger und für die Freiheit!

Und es muß ausgesprochen werden: Was die Kommunisten bisher getan, hat nur geschadet, ungeheuerlich geschadet. Wer hat davon Nutzen gehabt? Militaristen und Monarchisten!

Der Parteivorstand hat es deshalb für seine dringlichste Pflicht gehalten, an das Proletariat einen Aufruf zu richten. Nicht Unbesonnenheiten helfen jetzt weiter, nicht das Verbluten der Arbeiter in lokalen Generalkreislagen kann jetzt retten. Nur kalte Ueberlegung, kühle Vernunft und entschlossene Einigkeit des gesamten Proletariats unter der Führung der Spitzenorganisationen.

Der Aufruf des Parteivorstandes war gestern nur in einem Teil unserer Auflage enthalten. Von eindringenden Kommunisten wurde unser technisches Personal gezwungen, den Aufruf wieder herauszunehmen.

Wir beneiden die Kommunisten um solchen Anhang nicht. Aber Vorschriften darüber, was im „Volksboten“ erscheinen soll, lassen wir uns weder von der einen noch von der anderen Seite machen.

Der Aufruf wird heute wiederholt!

Die Börse unterm Einheitskurs. Goldanleihe = 65 Milliarden.

Für den heutigen Devisenverkehr war die Tatsache von einiger Bedeutung, daß die Reichsregierung die Nachricht von einer Steigerung des Marktkurses an der getriggen New Yorker Nachbörse bis zur Dollarparität von 45 Milliarden amtlich verbreiten ließ. Man einnimmt daraus, daß die Interventionsfähigkeit der Reichsbank sich auch auf einzelne Auslandsbörsen erstreckt. Außerdem ist es natürlich unter den obwaltenden Umständen verhältnismäßig leicht, durch stärkere Verkäufe von Goldanleihen den Kurs dieses Papiers und damit indirekt die Bewegung der Dollarparität anzuheben und der Devisen zu beeinflussen. Heute schwankte der Kurs der Goldanleihe im Freiverkehr zwischen 64 und 66,5 Milliarden. Die Nachfrage nach Devisen war nicht allzu groß.

Die Effektenbörse erhielt eine starke Anregung durch die überraschend große Geldflüssigkeit, die im Laufe des heutigen Tages eintrat. Die Kurse liegen auf fast allen Märkten auf das Doppelte bis Dreifache.

Schwarze Reichswehr in Radeburg.

Zeitfreiwillige aus dem Lübecker Stahlhelmbund.

Darf man es sagen, ohne noch länger verboten zu werden? Darf man die Wahrheit sagen?

Wir werden uns jedenfalls keinen Maulkorb umhängen lassen. Solange wir die Möglichkeit haben, für das Recht, für Republik und Verfassung zu kämpfen, werden wir es tun. Unbeirrbar werden wir nach allen Seiten unsere Meinung sagen. Selbst dann werden wir es tun, wenn unser Kampf für die Republik, den wir nicht seit gestern und heute führen, manchem berufsmäßigen Schützer dieser Republik unangenehm sein sollte.

In den letzten Tagen mehren sich die Nachrichten von dem Dasein einer schwarzen Reichswehr in Radeburg. Von mehreren jungen Leuten aus Lübeds „besseren Ständen“ ist uns verbürgt mitgeteilt, daß sie zurzeit in Radeburg ausgebildet werden. Zum Schutz der Republik? Wir glauben nicht, daß von diesen jungen Leuten auch nur einer einen Funken republikanischen Gefühls hat. Aber vielleicht sind sie nach Ansicht der für diese Dinge verantwortlichen Reichswehrstellen gerade deshalb geeignet, die „marxistische“ Regierung und die „schwarz-rot-gelbe“ Verfassung vor allen Gefahren zu bewahren.

Auch andere Nachrichten wurden uns überbracht. Der Lübecker Stahlhelmbund stellt für die Reichswehr Zeitfreiwillige. Wir wollen keine Zahlen nennen, obwohl sie uns bekannt sind. Wir wissen, daß nicht nur einzelne Mitglieder des Stahlhelmbundes nach Sachsen geleitet worden sind, um dort eingekleidet zu werden.

Vielleicht wird dieser kurze Hinweis genügen, um die in Frage kommenden Polizeibehörden etwas in Bewegung zu setzen. All diese Dinge sind im höchsten Maße gefährlich. Glaubt man vielleicht, daß den Franzosen diese Dinge verborgen bleiben? Und wer wird dann die Rechnung bezahlen?

Wenn die Republik Schützer braucht, so wende sie sich dahin, wo Republikaner sind: an die organisierte Arbeiterschaft!

Die nächste Reichstags-sitzung.

II. Berlin, 24. Oktober.

Die nächste Voll-sitzung des Reichstages wird voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden, und zwar am Freitag oder Sonnabend. Die Festlegung des Tages hängt davon ab, wie der Reichsrat mit seinen Beratungen über die bayrische Frage fertig wird.

Die Reichsrats-sitzung abgesetzt.

Ministerpräsidentenbesprechung bei Dr. Stresemann.

II. Berlin, 24. Oktober.

Die für heute nachmittags, 5 Uhr, angelegte Reichsrats-sitzung, in der bekanntlich Vermittlungsversuche in dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern gemacht werden sollten, ist in letzter Stunde abgesetzt worden. An Stelle der Reichsrats-sitzung wird um 5 Uhr in der Reichskanzlei eine Beratung der in Berlin anwesenden Ministerpräsidenten stattfinden.

Was Monarchisten erlaubt ist!

Sine Staatsstreichrede Hergts.

Hoch Bayern! Fort mit Ebert und Stresemann!

In einer Versammlung der Deutschnationalen in Neudölln feierte Hergt das Vorgehen Bayerns gegen das Reich und führte dabei aus:

Wahrscheinlich nimmt die Reichsregierung an, daß Herr von Kahr und General v. Lossow zu Kreuze kriechen werden. Das ist jedoch eitle Hoffnung. Die einzige Lösung ist, den kleinlich verhandelnden Fall in Vergessenheit geraten zu lassen. Es kann kein Kompromiß hier geben. Die Lösung kann nur sein, daß die Reichsregierung einen Wechsel über sich ergehen läßt und die Sozialdemokraten aus der Regierung ausschleiden. (Stürmischer Beifall.) Stresemann darf sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. Ich rufe Stresemann zu: „Deine Stunde ist gekommen!“ Wir wollen eine Regierung der Rechten. Wir wollen, daß es zum Abbruch mit dem Feinde kommt, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.) Man muß, so lange es die Not verlangt, ohne, ja gegen die Sozialdemokratie regieren. Wenn die Verhältnisse klar/genug sind, um Stresemann zu der Erkenntnis zu bringen, daß er nicht der richtige Mann ist, wird auch Herr Ebert zu dieser Erkenntnis kommen. Es muß zum Kurswechsel kommen! Auch die Industrie und die christlichen Gewerkschaften (?) müssen auf den Plan treten, um sich zu vereinen zu dem Appell an den Kanzler und den Reichspräsidenten: „Eure Stunde ist gekommen! Nur keine Kompromisse mehr.“

Ob Hergt auch verhaftet wird? Diese Frage rufen wir aus zum Vergleich mit den Maßnahmen in Dänemark.

Der neue Ernährungsminister.

Die amtliche Ernennung des Grafen Kanitz zum Ernährungsminister ist jetzt vollzogen. Von der Absicht, den Grafen Kanitz mit diesem Amt zu betrauen, hatte der Reichskanzler Dr. Stresemann dem Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion Kenntnis gegeben. Eine Zustimmung zu seiner Ernennung ist jedoch nicht erfolgt. Sie kann übrigens auch erst erfolgen, wenn die sozialdemokratische Fraktion sich mit der Angelegenheit beschäftigt haben wird.

Inzwischen hat aber bereits die Heke der Deutschnationalen und des Reichslandbundes gegen den Grafen Kanitz eingeleitet. Kanitz hat vor der Annahme des Amtes seinen Austritt aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt, weil er mit ihrer Haltung zur Regierung nicht einverstanden war. Der Landesverband der Deutschnationalen in Preußen erklärt nun, daß Kanitz sich durch die Übernahme des Amtes in einen schärfen Widerspruch zu der einmütigen Auffassung der deutschnationalen Partei gestellt habe. Der Vorstand mißbilligt deshalb seinen Schritt aus schärfster und fordert ihn auf, sein Mandat unnerzüglich niederzulegen. Auch die Zentralleitung des Reichslandbundes erklärt, daß der Landbund mit der Ernennung des Grafen Kanitz zum Ernährungsminister nichts zu tun habe und daß sein Eintritt in das Kabinett Stresemann nicht als die Vertretung des Reichslandbundes in der jetzigen Reichsregierung angesehen werden könne. Der Pommerische Landbund geht noch weiter. Er erklärt, daß die Ernennung des Grafen Kanitz ein schwerer Schlag gegen die Landwirtschaft ist und er macht keinen Hehl daraus, daß die pommerischen Großagrarier dem neuen Ernährungsminister genau so feindselig gegenüberstünden, wie jedem, der es als seine Aufgabe betrachtet, der hungernden städtischen Bevölkerung die notwendigen Nahrungsmittel zuzuführen.

Graf Kanitz hat bei der Übernahme des Amtes in einem Aufruf die Landwirtschaft um Unterstützung gebeten und es als seine dringende Aufgabe bezeichnet, alle Anstrengungen zu machen, um die städtische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Der Aufruf klingt nicht unkompatibel, doch haben wir großen Zweifel daran, ob Graf Kanitz erfolgreicher als seine Vorgänger die städtische Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen kann, wenn er sich nicht dazu entschließt, gegen die Großagrarier mit anderen Mitteln vorzugehen, als sie bisher in Anwendung gebracht wurden. Denn schon jetzt ist deutlich, daß die Absicht, einen Agrarier mit dem Amt des Ernährungsministers zu betrauen, die auf der äußersten Rechten stehenden Agrarier durchaus nicht veranlassen wird, freiwillig ihre Pflicht zur Sicherstellung der Volksernährung zu erfüllen.

Eine Verordnung zur Sicherstellung des Warenverkehrs

Die Reichsregierung erläßt und darin bestimmt: Wer Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kleinhandel feilhält, ist verpflichtet, seine für die Abgabe dieser Waren bestimmten Geschäftsräume während der für Geschäfte dieser Art üblichen Verkaufszeit zur Abgabe von Waren geöffnet zu halten und ihre Waren gegen Entziehung des Preises in Reichsmark abzugeben.

Wer zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus und Geldstrafe. Von der zuständigen Behörde kann Zuwiderhandelnden der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt werden. Wer den Vorschriften jährlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer es unternimmt, Geschäfte, Verkaufsstände oder sonstige Warenvertriebsstellen zu plündern, gewalttätig Waren wegzunehmen oder durch Androhung von Gewalt die Abgabe von Waren zu erzwingen, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter 1 Jahr bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus. Mit gleicher Strafe wird bestraft, wer zu Handlungen der genannten Art aufreizt.

Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, für ausreichenden Schutz der Geschäfte, Verkaufsstände und sonstigen Vertriebsstellen vor Gegenständen des täglichen Bedarfs Sorge zu tragen.

Die Verordnung trat bereits in Kraft.

Antrag auf Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit / Eine Note an die Reparationskommission.

Die Note, welche heute, am 24. Oktober, der Reparationskommission in Paris durch die deutsche Regierung übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission am 2. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes die Reparationsleistungen an die Reparationskommissionen in die Hände eingeleitet habe. Die Reparationskommissionen hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 2. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die früheren Annahmen der deutschen Regierung auf eine Verwertung der Reparationsleistungen hinsichtlich betrachte, und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplanes vom 3. Mai 1921 in Kraft blei-

In das arbeitende Volk Südecks!

Parteigenossen!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei warnt alle Genossen und alle Proletarier vor den kommunistischen Parolen.

Jeder Sozialdemokrat, jeder Republikaner stehe jetzt der Partei und der Republik mit ganzer Kraft zur Verfügung! Nur den Anweisungen der Partei ist Folge zu leisten. Es steht alles auf dem Spiel!

Der Parteivorstand.

Die wirtschaftliche Not ist entsetzlich. Schnellste Maßnahmen gegen den Hunger sind erforderlich! Sie sind eingeleitet! Unruhen und unüberlegte Gewalttaten nützen höchstens der Gegenseite; uns können sie nur schaden.

Die Kommunisten haben schon in Hamburg zu Unbesonnenheiten aufgeputzt. Erfolg? Tote! Vermundete! Arbeiterblut ist geflossen! Und die Militaristen triumphierten und rufen nach rückwärtsloser Gewaltanwendung.

Auch die Kommunisten in Lübeck sind durch Schanden noch nicht klug geworden. Sie rufen nach Putzsch und Generalstreik. Sie brauchen eine zerhlagene und zermürbte Arbeiterschaft zu ihren Parteizwecken.

Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Besetzung der besetzten Gebiete aufgefodert hat, den passiven Widerstand aufzugeben, und nachdem sie die im Zusammenhang damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen ausgehoben hat, ist damit auch ihre Entschloßung über die Einstellung der Reparationsleistungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinjällig geworden. Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Vertrage von Versailles an diese Mächte wieder aufzunehmen. Andererseits haben jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Versailler Vertrag erhoben sind. Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrgebietes und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland eine grundlegende Veränderung in den Hilfsmitteln und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie der Reparationskommission bekannt ist, unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungspflicht, diesen tatsächlichen Umständen erklären müssen, weitere Sachlieferungen an die übrigen Länder zu bewirken. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt tatsächlich außerstande, die Finanzierung dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.

Die deutsche Regierung stellt damit an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages in eine Prüfung einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen.

Die Verordnung über die Errichtung der Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, befreit sich hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat damit Kenntnis erhalten, daß die Reparationskommission, die technischen Vorschläge der königlich belgischen Regierung zur Regelung der Reparationen ihrer Regierungsabteilung zur Prüfung und Berichterstattung erhalten hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen der Reparationen demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutlichen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Unruhen im besetzten Gebiet.

III. Gelsenkirchen, 25. Oktober.

Im Laufe des gestrigen Tages kam es überall im Industriegebiet zu Unruhen. In Gelsenkirchen wurden 20 Lebensmittelgeschäfte geplündert, ebenso die auf dem Bahnhofsplatz stehenden Waggons mit Kartoffeln. Auf der Straße wurden Fuhrwerke mit Kartoffeln angehalten und beraubt. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei ist Herr der Lage. Ähnliche Meldungen liegen aus Buer, Bochum und Essen vor.

Stilllegung sämtlicher rheinisch-westfälischer Zechen.

Gelsenkirchen, 25. Oktober.

Es steht nurmehr fest, daß am kommenden Sonntag alle Zechen des besetzten rheinisch-westfälischen Industriegebietes stillgelegt werden. Es ist mitgeteilt worden, daß die Belegschaften mittels der Erwerbslosenfürsorge angegliedert werden. Es bleibt lediglich ein ganz kleiner Teil in Arbeit, der zur Sicherung der Betriebe verwendet wird. Alle übrigen werden entlassen, auch die Angestellten. Zechen, die für Holland und Italien liefern, halten ihre Betriebe wahrscheinlich aufrecht, doch ist eine Entscheidung darüber noch nicht gefallen, und zwar hauptsächlich infolgedessen nicht, weil die Verhandlungen mit der Regie über die Fortsetzung von Lokomotiven und Waggons noch nicht zum Abschluß gebracht werden sind. Am kommenden Freitag können nur pro Bergmann 12 Milliarden ausgezahlt werden.

Bedingungen für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes!

III. Berlin, 24. Oktober.

Der Reichsfinanzminister hat die Regierungen der Länder beauftragt, daß für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes folgende Bedingungen gelten:

1. Das Geld muß auf Teile der Reichsgoldanleihe lauten und das Anrecht geben, nach Aufzug in Reichsgoldanleihe oder in entsprechenden Gegenwert umgetauscht zu werden.
2. Der Gesamtbetrag des auszugeben den Geldes ist vor Ausgabe zu decken durch Hinterlegung des entsprechenden Goldanleihebeitrages bei der zuständigen Reichsbankstelle oder einer vom Reichsminister der Finanzen bestimmten anderen Stelle auf ein Konto, das zugunsten des Reichsministers der Finanzen eröffnet wird. Das Goldanleiheguthaben nicht verfügbar, so sind Inkassoforderungen bei der Bank zu erwerben. Jede andere Deckung als durch Hinterlegung von Goldanleihe ist ausgeschlossen.

Dienstag 7 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung der DSD.

Jeden Abend 6 Uhr Diskussionsabend und Ortsgruppenversammlungen im Parteibüro!

3. Jede Ausgabe bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister der Finanzen.

4. Der Antrag muß durch die Landesregierungen beim Reichsfinanzminister gestellt werden.

Für beschleunigte Erledigung ist Sorge zu tragen; es genügt telephonische oder telegraphische Antragstellung.

Die Pfalz gegen München?

Ein Lösungsvorschlag.

SPD. München, 24. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Nach einem Telegramm der „Pfälzischen Rundschau“ aus Ludwigshafen wurde am Mittwochvormittag in der Pfalz ein sozialistisches Flugblatt verbreitet, in dem darauf hingewiesen wurde, daß Bayern die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen das Reich befinde. Die sozialdemokratische Partei sehe sich daher genötigt, aus dieser Lage in Bayern die Konsequenzen zu ziehen. Die Pfalz könne nicht mehr bei Bayern bleiben. Die sozialdemokratische Partei habe daher die Initiative zur Lösung der Pfalz von Bayern und zur Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches ergriffen. Dem am Mittwoch zusammengetretenen Kreistag lag ein entsprechender Antrag vor, unterschrieben von Kleefeld, zweiter Bürgermeister von Ludwigshafen, Hoffmann-Kaiserlautern, ehemaliger bayrischer Ministerpräsident und von einem Wagnere in Ludwigshafen.

Daraufhin gab der Vertreter der Rheinlandkommission, Major Louis, die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern könne, weil die moralische Grundlage der Bevölkerung gefährdet sei. In Anbetracht der Vorgänge in Bayern gelte daher die Pfalz als autonomer Staat mit einer pfälzischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse. Der Kreistag vertagte sich daraufhin bis nachmittags 4 Uhr. In der Nachmittagsitzung wurde dann der Antrag mit Mehrheit abgelehnt. Der größere Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten des Kreistages sprach sich für die Ablehnung aus.

Im Anschluß an diese Ereignisse in der Pfalz hat die bayrische Regierung folgende Rundgebung an die Pfälzer Bevölkerung erlassen:

„Unverantwortliche Elemente haben nach einer heute eingetroffenen Mitteilung versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszureißen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Das soll geschehen auf den Bajonetten der französischen Besatzung, mit der sich anscheinend diese Elemente ins Einvernehmen geseht hatten. Sie wollten einen zwischen Bayern und dem Reich bestehenden Gegensatz, bei dem eine Trennung Bayerns vom Reich niemals in Frage kommen kann, zum Anlaß nehmen, um ein Unternehmen ins Werk zu setzen, das sich als Hochverrat an bayrischen Vaterland darstellt, und das nicht anders als Wiederloslösung der Pfalz aus dem deutschen Vaterland hätte enden können. Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr starker Glaube an ihr trotz tiefster Unglücks geliebtes deutsches und bayrisches Vaterland hat den verabscheuungswürdigen Anschlag hochverräterischer Volksgenossen vereitelt. Die bayrische Staatsregierung sendet der pfälzischen Bevölkerung, den einzelnen Schichten und Berufen für ihr standhaftes Verhalten, für ihre Treue und ihre Anhänglichkeit herzlichsten Dank und höchste Anerkennung, zugleich mit der Versicherung, daß der Pfalz ihre Treue zur deutschen und bayrischen Heimat unvergessen bleiben wird. Bayern und Pfalz, Gott erhalt's, zum Wohle unseres geliebten deutschen Vaterlandes!“

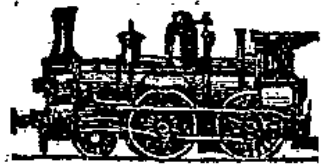
Ein bayrisches Gutachten gegen Bayern!

SPD. München, 23. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Der Staatsrechtslehrer an der Universität München, Professor Rothemann, hat dem bayrischen Ministerpräsidenten ein Gutachten über das Rechtsverhältnis zwischen Bayern und dem Reich hinsichtlich des von beiden verhängten Ausnahmezustandes vorgelegt. Hierin heißt es, daß durch den Ausnahmezustand des Reiches die Maßnahmen der bayrischen Regierung nur soweit als noch in Kraft befindlich erachtet werden können, als sie die Anordnungen des Reichspräsidenten ergänzen, in keinem Fall aber, soweit sie ihnen widersprechen. Eine Anerkennung des Generalstaatskommissars durch das Reich war für das Reich nicht erforderlich, da die Einsetzung eines militärischen Befehlshabers genügt. Der Befehl des Reichswehrministers an Lossow hat die bayrische Polizeihohheit nicht verletzt; denn diese besteht nach der Reichsverfassung nur im Rahmen der Reichsverfassung und unterliegt daher den Beschränkungen, die diese Verfassung vorsteht. Wenn die bayrische Regierung den Befehl des Reichswehrministers für unrechtmäßig erachtete, so war sie berechtigt, dem Staatsgerichtshof anzureufen; sie ist jedoch nicht berechtigt, in dem Bereich der Reichswehr einzugreifen. Insbesondere kann sie dem bayrischen Teil der Reichswehr der Befehlsgewalt des Reichspräsidenten nicht entziehen. Der Schluß des Gutachtens bekräftigt sich mit der Ernennung und Aberufung des Bundeskommandanten nach dem Reichswehrgesetz, wobei Prof. Rothemann zu folgendem Ergebnis kommt: Auf Grund gewissenhafter Prüfung bin ich sonach zu der Rechtsüberzeugung gelangt, daß die von den einzelnen verantwortlichen Ministern nicht unterzeichnete und nicht gemäß § 75 der Verfassungsurkunde ordnungsgemäß begründete Bestimmung des bayrischen Gesamtministeriums vom 20. 10. 1923, die den bayrischen Teil der Reichswehr dem Oberbefehl des Reichspräsidenten zu entziehen und aus dem Verbände der Reichswehr zu lösen beabsichtigt, ungültig und rechtswidrig ist.“

Amtlicher Teil

Öffentliche Zustellung.
 Ehefrau Hedwig Wof, geb. Gubertan, Lübeck, vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Wenda, Dr. Hoffmann, Ervers, Dr. Risse, Lübeck, klagt gegen Maschinenbauer Wilhelm Wof, unbekanntem Aufenthaltsort, mit Antrag, Ehe der Parteien zu scheiden. Klägerin klagt Beklagter zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht Lübeck, Zivilkammer I, auf 13. Dezember 1923, morgens 10 Uhr, mit Aufforderung, sich durch einen beim genannten Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Lübeck, 22. 10. 23. Gerichtsschreiber des Landgerichts (7887)



Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.
 Notgeld der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft wird bei allen Kassen der Eisenbahn, sowie bei folgenden Banken eingelöst: Commerzbank, Bank für Handel und Gewerbe, Privatbank, Vorschuss- und Spar-Vereinsbank, Dresdner Bank. (7828)
 Die Direktion.

Nichtamtlicher Teil

Zum 1. November:

Zeitungs-Austrägerin
 für Seeretz gesucht.

Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote“
 Zu melden bei: (7868)
Richard Sell, Seeretz, Schwarzl. Str. 37

Ein Kaufmädchen.
 (7888) Schwartau, Lübecker Straße 62.

Morgenhilfe gesucht.
 Sonntag frei. (7850)
 Schönböckener Str. 26a.

1 gut erhalt. Kinderwagen und 5 Zentner Kartoffeln zu tauschen gegen ein Damenrad. Ang. unt. G 403 an die Exp. d. Bl. (7844)

Zu vertauschen ein Küchenschrank für Kartoffeln. Fleischhauerstr. 90, II. (7899)

Blockwagen-Maschinen m. Muttern u. Nuten gegen Kartoffeln zu tauschen. Ang. unt. G 402 an die Exp. d. Bl. (7846)

Ein gr. Hud. Schweine-Dung u. Kartoff. z. tausch. Ang. u. G 404 a. d. Bl. (7845)

Suche 5 Htr. Kartoffeln oder Erbsen u. Mehl für neue D.-Zettel 39 u. 40. Ang. u. G 405 a. d. Bl. (7851)

Sportwagen m. Verb. bill. z. verk. od. geg. Kartoffeln od. sonst. Lebensmittel z. tauschen. (7858)
 Friedenstr. 1a, II.

Ein Paar Filzschuhe gesucht. (7856)
 Ang. m. Nr. u. G 401 a. d. Bl.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Lübeck
Arbeitsgemeinschaft.
 Die Löhne für die Zeit vom 24.—26. Okt. betragen: für Gesellen über 24 Jahre 3 500 000 000 M. bis 24 Jahre 3 225 000 000 M. Im ersten Gelehenjahre 2 680 000 000 M. Ab Freitag tritt eine Erhöhung auf Grund der Indizes ein, die noch bekannt gegeben wird. (7852)
 Die Lohnkommission.

J. H. Pein
 Lübeck
 Markt 10/12
 Breite Straße 64/68.
 Das bekannte Kaufhaus für (7831)
 Arbeiter-Garderoben, Bekleidungs-, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion, Erstkl. Manufakturwaren.

Ehlers & Reetwisch
 Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.
 Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
 1025a

Der Konsumverein
 ist die beste Selbsthilfe der Verbraucher!
 526a



Lübeck, Untertrabe 111/112

Kohlen-Kontor
 ab Anfang November

Lübeck, Untertrabe 111/112



Telephon 818/19.

Holstenstr. 17.

Telephon 818/19.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7830)
Otto Albers
 Markt 4 Kohlstr. 10

Steppdecken
 (auch Neubeziehen)
 Spethmann, Breite Str. 31. (7756)

Brillanten
 große Objekte, Gold-, Silber-, Münzen-, Platin-, alte Gebisse kauft ständig
Alfred Frick, Huxstr. 63. (7861)

Einerbier.
 Donnerstag u. 4-6 Uhr. (7811) Brauerei Stamer

Alt-Eisen, alte Maschinen
 Dampfkessel, i. Art Gusst. u. Schmiedeeisen, Evanes, Schmiede-Gußbruch.
Alt-Metalle,
 Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniol, Späne
Leon Lissianski, Obertrabe 19. (7801)
 Kanalstr. 21. Fernruf 876. Großhandel.

Bayier
 laufe
 laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Abzählquelle für Händler, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe.
Beitragsmarken
 für Vereine und Gewerkschaften
 fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung.
Buddendruckerei Friedr. Meyer & Co

Felle — Haare
 laufen höchstzahlend (7854)
Gehr. Wagner, Fell-Spezialgeschäft
 Danforthgrube 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebermarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
 zu haben in der (7762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Bekanntmachung!
 Wir fordern hiermit die in unserem Werk eingestellten Lehrlinge auf, wieder zur Arbeit zu erscheinen.
Brückenbau Flender u. S. Schiffswerft
 Lübeck-Siems. (7838)

König kauft Felle
 Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!
Karl König (7707)
 Hamburg, Zeughausmarkt 2. Fernruf Merkur 5128.
 Bergedorf, Kuhberg 2. Fernruf Nr. 777.
 Leipzig, Packhofstraße 3. Fernruf Nr. 29 519.
Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

Für den Winterbedarf
 empfehle:
Wollene Unterjacken für Herren
Eodenjoppen für Herren
Wollene Normal-Herren-Hemden und -Hosen
1 Posten Winter sehr billig.
1 Posten eleg. Herren-Mäntel preiswert.
 Ferner:
Herren-Socken, Schals, Damen-Strümpfe
 in bekannter Güte billigst.

Johannes Holst
 Lübeck
 Kohlmarkt 6. Markt 6.

Visitenkarten
 werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Der Neue Weltkalender
 von 1924
 ist erschienen. Grundpreis 30 Pf.
 Buchhandlung
 des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46. (7778)



Erst Erdal, dann ein Bürstenstrich. Schon glänzt der Schuh fein säuberlich.
Erdal
 Werner & Mertz A.-G. Mainz

Felle
 kauft höchstzahlend
Isaac Frankenthal
 Beckergrube 58. Tel. 8641.
Haare (7888)

Prima Kernleder-Sohlen.
 26 Beckergrube 26. (7829)

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen
Gemeinnütz. Arbeitsgenossenschaft Lübeck
 eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Außerord. General-Versammlung
 am Donnerstag, dem 1. November 1923
 abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.
 Tagesordnung: Statutenänderung §§ 36 und 37. (Erhöhung des Geschäftsanteils und Ermächtigung von Vorstand und Aufsichtsrat.)
 Der Aufsichtsrat:
 J. H. R. Göhr, Vorsitzender. (7779)

Ublershorst. Jeden (7803) Donnerstag: **Ball.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“ Ortsgruppe Lübeck.
Wohltätigkeitsfest
 zugunsten der Arbeitslosen am Freitag, 26. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“, „Harmonia“, Arbeiter-Radfahrer-Schönböckener Arbeiter-Turnverein, Kraftsport Atlas und Sportklub Hansa. Anfang 7 Uhr. (7834)
 Um gültigen Zutritt bittet
 Die Saalmannschaft der Ortsgruppe Lübeck.
 NB. Die gesamte Einnahme kommt den Arbeitslosen zu gute. D. D.

Luisenlust.
 Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.** (7829)

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (7840)
Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, 25. Okt. abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Die rote Kasse.
 Operette in 3 Akten von Karl Hajos.
Volksbühne zu Lübeck e. V. (7842)
 Vorstellungsbeitrag 700 Millionen ab 27. Okt. Wegen Erhöhung ausretende Karten abgeben Johannisstr. 48, I.
Stadttheater Lübeck.
 Freitag, 7.30 Uhr: (7828) Die rote Stadt.
 Sonnabend, 7.30 Uhr: Bar u. Zimmermann. (Volksbühne). (7778)

Café Bernhard
 Fackenburg Allee 9.
 Täglich nachm. Konzert. (7706) u. abds.: **Konzert.**
Hedermans
 8 Uhr

Nachrichtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtenamt Lübeck,
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Stucken.

Nummer 1.

Freitag, 26. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Lübeck, 26. Oktober 1923.

Mit dem heutigen Tage erscheint zum erstenmal das vorliegende Nachrichtenblatt der freien und Hansestadt Lübeck. Ursache und Zweck seines Erscheinens sind folgende:

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt hat den Lübecker Volksboten für die Zeit vom 26. 10. bis 2. 11. 23 verboten. Seit der Neuordnung der Amtsblattfrage, welche im letzten Winter erfolgte, hat der Lübecker Volksbote neben seiner Funktion als politische Tageszeitung verschiedene Funktionen eines Amtsblattes ausgeübt. Der Lübeckische Staat kann die weitere Ausübung dieser letztgenannten Funktionen nicht entbehren. Ganz besonders in gegenwärtiger Zeit muß er Gelegenheit haben, seine amtlichen Bekanntmachungen und Mitteilungen über vorbereitete oder getroffene Maßnahmen weitesten Kreisen der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Der Lübeckische Staat hat ferner in der gegenwärtigen

ersten Zeit ein dringendes Interesse daran, daß weiteste Kreise alle Maßnahmen erfahren, welche im Interesse des deutschen Volkes und zur Erhaltung des Deutschen Reiches von der Reichsregierung unternommen werden; daß sie ferner über Vorgänge in der eigenen Stadt sowie im Reich unterrichtet werden. Diese Funktionen eines Amtsblattes soll in der Zeit, während der Lübecker Volksbote nicht erscheint, das vorliegende Nachrichtenblatt erfüllen. Mit der Leitung des Nachrichtenblattes ist der Unterzeichnete vom Senat beauftragt.

Das Nachrichtenblatt ist politisch völlig neutral. Es kann und will nicht alle vielseitigen Aufgaben erfüllen, welche eine Tageszeitung zu erfüllen sucht. Das Nachrichtenblatt wird aufhören zu erscheinen, sobald der Grund, weswegen es geschaffen wurde, nicht mehr besteht.

gez. Dr. Stucken,

Leiter des Nachrichtenamtes.

Arbeiter das Geld heute bereits restlos ausgegeben hat, dann hat es sich schon 2 bis 3 Tage entwertet können. So werden alle Teile der Wirtschaft in den Niedergang der Währung hineingezogen. Die Fabriken können ihre Leute nicht mehr beschäftigen und der Angestellte und Arbeiter, auch wenn er noch Arbeit hat, verelendet.

Aus diesem Elend müssen wir heraus. Für den Zahlungsverkehr zwischen den Unternehmungen, besonders von einem Ort zum andern, geht das nur durch Einführung des Goldgiroverkehrs. Leider hat jedoch die Reichsbank, welche hierbei in erster Linie mitzuwirken hat, noch immer nicht die Vorbedingungen für den Goldgiroverkehr geschaffen. Für den Kleinverkehr, insbesondere für die Lohnzahlungen, soll jedoch noch bis Anfang nächster Woche das Mittel geschaffen werden, um aus dem Elend herauszukommen. Und dieses Mittel ist ein wertbeständiges Zahlungsmittel. Das Reich will Goldanleihe in größerem Umfang in Umlauf bringen, später soll dann auch die Rentenmarkt in den Verkehr kommen. Durch Zusammenwirken von Industrie, Banken und Staat soll ferner für den lokalen Lübecker Bedarf ein wertbeständiger Spar- oder Guthschein herausgebracht werden, dem durch erstklassige Deckung und die Art der Einlösbarkeit der volle Goldwert gesichert werden soll.

Erst durch wertbeständiges Geld bekommt man wieder Werte in die Hand, ein Teil der Wirtschaft wird dem großen Schwund der Geldentwertung entzogen, man kann wieder einigermaßen berechnen, was man mit seiner Arbeit wirklich verdient. Soweit noch in Papiermark gezahlt wird, muß der Geldwert der Papiermark berücksichtigt werden und zwar gemessen am Dollarstand vom Tage vor der Zahlung. Wird bei Berechnung des zu zahlenden Betrages der Dollarstand von drei, vier oder fünf Tagen vor der Zahlung berücksichtigt, dann kann von wirklich goldwertiger Zahlung nicht mehr die Rede sein. Weder kann das Unternehmen richtig kalkulieren und dementsprechend möglichst viel Aufträge hereinholen, noch weiß derjenige, der das Geld bekommen soll, was er tatsächlich erhalten wird. Ist der Dollarinzwischen stark gestiegen, wird aber ein zurückliegender viel niedrigerer Dollarstand bei Berechnung des auszahlenden Papiermarkbetrages mitberücksichtigt, dann erhält der Betreffende stat 1 Goldmark möglicherweise nur 50 oder 30 Goldpfennige, d. h. be näherem Zusehen verliert der trügerische Schein.

Hoffen wir, daß es den gegenwärtigen Verhandlungen gelingt, in allen diesen Hinsichten gesunde christliche Grundlagen für die weitere wirtschaftliche Arbeit zu schaffen; Grundlagen, bei denen dem Arbeiter der wirkliche Lohn für seine Arbeit zu Teil wird, und die Unternehmungen in der Lage sind zu kalkulieren damit die suchbare Arbeitslosigkeit gelindert wird. Wir müssen uns hineindenken in diese z. T. etwas schwierigen Währungsfragen, denn Währung und Wirtschaft sind auf Geheiß und Verderb miteinander verbunden.

Amthche Anzeigen.

Das Geseh- u. Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 79 vom 26. Oktober 1923 enthält:

Gebührenordnung des Stadt- und Landamtes. — Fünfter Nachtrag zu dem Geseh vom 6. Dezember 1918 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. — Gebühren der Hauptpolizei. — Gebühren des Polizeiamtes. (7871)

Verteilung von Guthscheinen auf Haferröden

an zusagrentenberechtigte Kriegsbeschädigte in Zimmer 13 des Wohlfahrtsamtes,
an zusagrentenberechtigte Kriegshinterbliebene: Buchstaben A—L in Zimmer 1, M—Z 28, (bei der Zusagrentenzahlung)

Freitag, 26. Oktober 1923, vorm. 8^{1/2}—12^{1/2}; nachm. 3—6 Uhr. Lübeck, 25. Oktober 1923. Das Wohlfahrtsamt.

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 80 Abs. 1 der G. O. und des § 2 der P. O. wird folgendes verordnet:

In Nr. 23 der Allgemeinen Bestimmungen der 10. abgeänderten Ausgabe sind von heute ab folgende Änderungen vorzunehmen:

- a statt 20 und 40 sind zu setzen 30 und 60
- b 40 ist zu setzen 60
- c 60 ist zu setzen 90
- d und e statt 15 ist zu setzen 25.

Lübeck, den 25. Oktober 1923. Der Gesundheitsrat.

Währung und Wirtschaft.

Zu den gegenwärtigen Verhandlungen in Lübeck.

Es ist schwer, die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Tage und Wochen unvoreingenommen mit dem Auge des unbefangenen Kritikers zu betrachten. Jeder von uns ist selbst so sehr in den jammervollen Niedergang der deutschen Wirtschaft hineingeraten,

wobei, daß Jorn und innere Auflehnung uns gepackt hält. Aber wir müssen Klarheit gewinnen, wenn wir die Entwicklung — für die Wirtschaft als Ganzes wie für den Einzelnen — wieder nach oben lenken wollen.

Der Niedergang der Währung hat die Wirtschaft in den Ruin hineingezogen. Es gab mal eine Zeit, wo man die Verschlechterung der Währung, d. h. die Wertverminderung der deutschen Mark, für „wirtschaftsfördernd“ hielt; das war ganz besonders der Fall im Winter 1919/20, wo, kurz gefaßt, Industrie und Landwirtschaft sich gesund gemacht haben und die abgewirtschafteten Betriebseinrichtungen vielfach aus den Gewinnen in Stand gesetzt werden konnten. Die Gesundung unserer Wirtschaft zeigte sich damals in einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften; heute das Gegenteil: täglich wachsende Arbeitslosigkeit. Warum war die Entwicklung damals so völlig anders als jetzt? Es sind hauptsächlich zwei Momente. Erstens gab es damals noch für die Unternehmungen reichlich Papiermarkkredite; und man zahlte dann die geschuldeten Gelder nach der Geldentwertung mit Leichtigkeit zurück; an nichts verdiente man so gut wie an seinen Schulden. Zweitens ging die Geldentwertung damals langsamer vor sich und der ganze Zahlungsmechanismus klappte noch; wenn ein Lübecker Werk in Hannover irgend etwas gekauft hatte, dann konnte der Betrag durch eine Lübecker Bank nach Hamburg überwiesen werden und stand dann meist am nächsten Tag in Hamburg zur Verfügung; nennenswerte Verluste infolge Geldverschlechterung kamen inzwischen kaum vor. Wie ganz anders jetzt. Papiermarkkredite gibt es nur noch in lächerlich geringem Umfang; und damit ist der normale Weg, an der Geldentwertung zu verdienen, verschlossen. Trotzdem ließe sich wohl die Wirtschaft aufrecht erhalten, aber nun kommt erst das Schlimmste. Hat jemand heute etwas verkauft, um morgen mit dem Gelde etwas zu bezahlen, dann ist das Geld, in Goldmark gerechnet, möglicherweise nur noch die Hälfte oder noch weniger wert. Oder eine Lübecker Fabrik hat in Hannover Rohstoffe eingekauft und überwies vielleicht vor 14 Tagen den fälligen Betrag nach Hannover; bei dem Zusammenbruch des Bankverkehrs hat jetzt allmählich das hannoversche Werk den Betrag erhalten und — fordert den sechsfachen Betrag als Nachzahlung, weil das überwiesene Geld bei der Ankunft in Hannover in Goldmark gerechnet nur noch ein Sechstel wert war. Oder eine Fabrik veräußerte vor 2 bis 3 Tagen Waren oder Devisen, zahlte gestern Löhne aus, und wenn der

gelangenden Historismus. Denn nicht nur die Philosophen und die Dichter, sondern auch die wissenschaftlich gerichteten Theoretiker der neuen Epoche huldigten jener Anschauung des Unendlichen im Endlichen und jener neuen Mythologie. Die Brüder Schlegel wurden hierfür als vornehmste Zeugen aufgerufen. Friedrich Schlegel verlangte in seiner berühmten „Rebe über die Mythologie“, daß alle dichterischen Kräfte der Nation angespannt werden, eine neue Mythologie zu stiften. A. W. Schlegel empfahl hierfür die Anlehnung an die altgermanische Mythologie (Edda, Nibelungenmythos). Was die theoretische Forderung für das deutsche Kunstschaffen im 19. Jahrhundert zu bedeuten hatte, wurde am deutlichsten aus dem Gesamtsummenwert Richard Wagner's ersichtlich, der seine Ton- und seine Sprachphantasie dafür einsetzte, eine große deutsche Kunst, die eine Weltkunst wurde, aus dem Geiste des Mythos (Ring des Nibelungen) erstehen zu lassen.

In seiner zweiten akademischen Vorlesung grenzte der Kieler Gelehrte die Romantik gegen den Klassizismus Winkelmanns, Goethes und Schillers ab. Der erste von dem neuen Geschlecht, den die herrschende klassizistische Kunst im geschäftlichen Fortschritt hielt, den aber seine ungeschickliche, deutsche Sehnsucht nach dem Unendlichen aus dem hellenischen Bereich seines Lehrens und Vorbildes Schiller vertrieb, war Friedrich Hölderlin. Er ist eine höchst interessante Uebergangs-Erscheinung. Man kann von ihm sagen, er habe die klassizistische Poesie Deutschlands romantisiert.

Im Herbst 1794 erschien sein Hyperion, eine wundervolle Dichtung, die in Deutschland nicht ihres gleichen hat. Es ist eine hyperstische, von hintergehender Sprachkunst bewegter Bildungsroman, in dem das Beden des zukünftigen Deutschen, des romantischen Menschen dargestellt wurde. Von dem verbildeten und verwilderten und innerlich verarmten zeitgenössischen Deutschland lehrte Hölderlin hoffstrebender Geist sich ab. Die Entartung der Deutschen, durch den Abfall von ihren „Göttern“ verjüngt, wird, so hoffte er, ein Ende nehmen, wenn eine neue Religion die Seelen stark und gesund machen wird. Dies Grundgesetz romantischer Religiosität kam aus Hölderlins Naturromantizität. Er verstand unter dem Abfall der Deutschen

von ihren Göttern nicht, daß sie irgendwelchen Bildungsideal (der Aufklärung), sondern daß sie der großen, der schaffenden Natur ungetreu geworden seien. Es müsse also die Entkraftung des alten All-Lebens des Kosmos und dem deutlichen Geist hergestell werden. Um diese in der Richtung von Schellings Naturphilosophie liegende Religion dichterisch darzustellen, brauchte Hölderlin einerseits dem Griechentum und dem Griechentum entlehnte Symbole (Klassizismus), andererseits eine neue Mythologie (Romantik). Seine Götter führen bei ihm meist griechische Namen, sind aber nicht die griechischen Götter Schillers, sondern nicht im Pantheon der Hellenen, sondern waren Gebilde von Hölderlins mythen-schaffender Phantasie. Des schwäbischen Romantikers neue Mythologie (Mutternatur, Vater Selios, Mutter Erde, Vater Aether) war die dichterische Spiegelung einer auf die Schönheit des Universums und auf die die Menschen liebend umarmende Natur sich gründende Religion. Schönheit und Glück waren Offenbarungen des Unendlichen im Endlichen. Nach ihm lebte Hölderlins fromme Seele und um dieser Frommigkeit der letzte Form zu geben, paarte er ganz überraschenderweise griechische mit der deutschen Mythologie. Der christliche Gott der Liebe adelte die griechischen Göttermächte. So ungeschicklich romantisch war Hölderlins Mythenschöpfung.

Zu den Genien der Welt, die selig droben wandeln im Licht, hatte er ein wahrhaft tragisches Verhältnis. Dem Gottgeheiß der Unerschütterlichkeit des Individuellen entsprach nämlich die Individuation des Universums. Den daraus sich ergebenden Widerspruch zwischen dem Unendlichen und dem Endlichen hat der deutsche Dichter mit der tragischen Wucht empfunden, unter Hölderlin zusammengebracht ist. In seiner Den- und Symmetrie dichtung und in seiner lyrischen Tragödie „Der Tod des Empedokles“ (1797—1799) hat er dies Schicksal seiner Romantikerwelt niedergelegt. Deutsche Sehnsucht nach dem Unendlichen treibt griechischen Denterfüsten aus der sein Leben verwirklichen in Schuld verstrickenden Endlichkeit zu seinen Göttern in die Leintheit der Natur. Zu freigelegtem Geistesstand keine der Natur ungetreu gewordene Menschlichkeit opfernd, führt er die heiligen Flammen des Welters, in die Feuerarme der Natur, das ist seine Himmelfahrt. Das ist der Sinn von Hölderlins dichtung, einen klassischen Höhepunkt der deutschen Romantischen Dichtung.

Aus der Stadt.

Wertbeständige Sparscheine in Lübeck. Da trotz aller Bemühungen es bisher nicht gelungen ist, die schon vor vielen Wochen bestellten Goldanleihepapiere des Reiches zu erhalten, will Lübeck selbst für Abhilfe sorgen. Es wird beabsichtigt, schon in den nächsten Tagen Sparscheine, die auf den Gegenwert von 50 Gulden, unter Garantie des Lübeckischen Staates auszugeben.

Romantik.

Vortrag von Prof. Kauffmann.

(Universitätswoche.)

Prof. Kauffmann eröffnete am Montag im Johanneum die Reihe seiner akademischen Vorlesungen über die Blütezeit der deutschen Romantik.

Er ging von dem Gedanken aus, daß in der jetzigen Zeit, da Deutschlands schöpferische Kraft zu erlöschen scheint, es angebracht sei, aus der Geistesgeschichte des deutschen Volkes diejenigen Epochen hervorzuheben, in denen deutsches Schöpfertum zum Durchbruch gelangt sei. Die Romantik wurde dabei mit an erster Stelle genannt. Im Verlauf dieser großen geistesgeschichtlichen Bewegung ist also der spannendste Moment her, wo deutsche Schöpfung sich ankündigt und diese schöpferische Zeit war ihre Blütezeit, mit der eine neue Menschenform ein neuer Stil des Lebens und Schaffens die Herrschaft antrat. Ein Hauptmerkmal dieses neuen Stils hat schon E. Uhland (1805) richtig erkannt: Die Sehnsucht nach dem Unendlichen.

Der Vortragende fand diese neue religiöse Idee im musikalischen Werk Beethovens, im malerischen Werk Philipp Otto Runges und C. D. Friedrichs, konnte sich aber hauptsächlich auch auf Schleiermachers berufen, der in seinen „Reden“ (1799) die Religion als Gefühl und Anschauung des Unendlichen im Endlichen bestimmte. Von besonderer Tragweite war es, als Schelling (1796) zu diesem religiösen Unendlichkeitsgefühl bekannte und forderte, daß nimmeh auch die Poesie diese religiösen Idee in literarischen Ausdruck verleihe. Dies konnte nur mit Hilfe einer neuen Mythologie geschehen und das ist das zweite Hauptmerkmal der deutschen Romantik.

Seit Schelling, dem Begründer der Natur und Identitätsphilosophie, nahm diese neue Mythologie, die Mythologie der Romantik, die Grundfarbe seines Systems an. Nun suchten auch die Poeten unter den Romantikern die blaue Blume des Mythos in der Natur. Dabei war grundlegend, daß nicht die Raum-, sondern die Zeitphantasie dominierte. Die Geschichte des werdenden Genies sah man in den Gesängen der schaffenden Natur und das war der Auftakt zu dem in der deutschen Wissenschaft und der Wissenschaft der ganzen Welt im 19. Jahrhundert zur Herrschaft

Na~~ch~~richtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtenamt Lübeck.
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Stucken.

Nummer 1.

Freitag, 26. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Lübeck, 26. Oktober 1923.

Mit dem heutigen Tage erscheint zum erstenmal das vorliegende Nachrichtenblatt der freien und Hansestadt Lübeck. Ursache und Zweck seines Erscheinens sind folgende:

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt hat den Lübecker Volksboten für die Zeit vom 26. 10. bis 2. 11. 23 verboten. Seit der Neuregelung der Amtsblattfrage, welche im letzten Winter erfolgte, hat der Lübecker Volksbote neben seiner Funktion als politische Tageszeitung verschiedene Funktionen eines Amtsblattes ausgeübt. Der Lübeckische Staat kann die weitere Ausübung dieser letztgenannten Funktionen nicht entbehren. Ganz besonders in gegenwärtiger Zeit muß er Gelegenheit haben, seine amtlichen Bekanntmachungen und Mitteilungen über vorbereitete oder getroffene Maßnahmen weitesten Kreisen der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Der Lübeckische Staat hat ferner in der gegenwärtigen

ersten Zeit ein dringendes Interesse daran, daß weiteste Kreise alle Maßnahmen erfahren, welche im Interesse des deutschen Volkes und zur Erhaltung des Deutschen Reiches von der Reichsregierung unternommen werden; daß sie ferner über Vorgänge in der eigenen Stadt sowie im Reich unterrichtet werden. Diese Funktionen eines Amtsblattes soll in der Zeit, während der Lübecker Volksbote nicht erscheint, das vorliegende Nachrichtenblatt erfüllen. Mit der Leitung des Nachrichtenblattes ist der Unterzeichnete vom Senat beauftragt.

Das Nachrichtenblatt ist politisch völlig neutral. Es kann und will nicht alle vielseitigen Aufgaben erfüllen, welche eine Tageszeitung zu erfüllen sucht. Das Nachrichtenblatt wird aufhören zu erscheinen, sobald der Grund, weswegen es geschaffen wurde, nicht mehr besteht.

gez. Dr. Stucken,
Leiter des Nachrichtenamtes.

Arbeiter das Geld heute bereits restlos ausgegeben hat, dann hat es sich schon 2 bis 3 Tage entwertet können. So werden alle Teile der Wirtschaft in den Niedergang der Währung hinein-gezogen. Die Fabriken können ihre Leute nicht mehr beschäftigen und der Angestellte und Arbeiter, auch wenn er noch Arbeit hat, verelendet.

Aus diesem Elend müssen wir heraus. Für den Zahlungsverkehr zwischen den Unternehmungen, besonders von einem Ort zum andern, geht das nur durch Einführung des Goldgiroverkehrs. Leider hat jedoch die Reichsbank, welche hierbei in erster Linie mitzuwirken hat, noch immer nicht die Vorbedingungen für den Goldgiroverkehr geschaffen. Für den Kleinverkehr, insbesondere für die Lohnzahlungen, soll jedoch noch bis Anfang nächster Woche das Mittel geschaffen werden, um aus dem Elend herauszukommen. Und dieses Mittel ist ein wertbeständiges Zahlungsmittel. Das Reich will Goldanleihe in größerem Umfang in Umlauf bringen, später soll dann auch die Rentenmark in den Verkehr kommen. Durch Zusammenwirken von Industrie, Banken und Staat soll ferner für den lokalen Lübecker Bedarf ein wertbeständiger Spar- oder Guthaben herausgebracht werden, dem durch erstklassige Deckung und die Art der Einlösbarkeit der volle Goldwert gesichert werden soll.

Esst durch wertbeständiges Geld bekommt man wieder Werte in die Hand, ein Teil der Wirtschaft wird dem großen Schwindel der Geldentwertung entzogen, man kann wieder einigermaßen berechnen, was man mit seiner Arbeit wirklich verdient. Soweit noch in Papiermark gezahlt wird, muß der Geldwert der Papiermark berücksichtigt werden und zwar gemessen am Dollarstand vom Tage vor der Zahlung. Wird bei Berechnung des zu zahlenden Betrages der Dollarstand von drei, vier oder fünf Tagen vor der Zahlung berücksichtigt, dann kann von wirklich goldwertiger Zahlung nicht mehr die Rede sein. Weder kann das Unternehmen richtig kalkulieren und dementsprechend möglichst viel Aufträge hereinholen, noch weiß derjenige, der das Geld bekommen soll, was er tatsächlich erhalten wird. Ist der Dollarwert stark gestiegen, wird aber ein zurückliegender viel niedriger Dollarstand bei Berechnung des auszahlenden Papiermarkbetrages mitberücksichtigt, dann erhält der Betreffende fast 1 Goldmark möglicherweise nur 50 oder 30 Goldpfennige, d. h. be-näherem Zusehen verblaßt der tüglicheren Schein.

Hoffen wir, daß es den gegenwärtigen Verhandlungen gelingt, in allen diesen Hinsichten gesunde christliche Grundlagen für die weitere wirtschaftliche Arbeit zu schaffen; Grundlagen, bei denen dem Arbeiter der wirkliche Lohn für seine Arbeit zu Teil wird, und die Unternehmungen in der Lage sind zu kalkulieren damit die zu zahlende Arbeitslosigkeit gelindert wird. Wir müssen uns hindeuten in diese z. T. etwas schwierigen Währungsfragen, denn Währung und Wirtschaft sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden.

Aus der Stadt.

Wertbeständige Sparscheine in Lübeck. Da trotz aller Bemühungen es bisher nicht gelungen ist, die schon vor vielen Wochen bestellten Goldanleihe für das Reich zu erhalten, will Lübeck selbst für Abhilfe sorgen. Es wird beabsichtigt, schon in den nächsten Tagen Sparscheine, die auf den Gegenwert von Gold lauten, unter Garantie des Lübeckischen Staates auszugeben.

Amtliche Anzeigen.

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 79 vom 26. Oktober 1923 enthält:

Gebührenordnung des Stadt- und Landamtes. — Künfter Nachtrag zu dem Gesetz vom 6. Dezember 1918 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. — Gebühren der Baupolizei. — Gebühren des Polizeiamtes. (7871)

Verteilung von Guthabenschein auf Halterlöden

an zuschlagsberechtigigte Kriegsschadigte in Zimmer 13 des Wohlfahrtsamtes,
an zuschlagsberechtigigte Kriegshinterbliebene: Buchstaben A-L in Zimmer 1, M-Z 28, (bei der Zuschlagszahlung) (7865)
Freitag, 26. Oktober 1923, vorm. 8½—12¼, nachm. 3—6 Uhr.
Lübeck, 26. Oktober 1923. Das Wohlfahrtsamt.

Arztare.

Auf Grund des § 80 Abs. 1 der G. O. und des § 2 der M. O. wird folgendes verordnet:
In Nr. 23 der Allgemeinen Bestimmungen der 10. abgeänderten Ausgabe sind von heute ab folgende Änderungen vorzunehmen: (7867)

- a statt 20 und 40 sind zu setzen 30 und 60
- b " 40 ist zu setzen 60
- c " 60 ist zu setzen 90
- d und e statt 15 ist zu setzen 25.

Lübeck, den 25. Oktober 1923. Der Gesundheitsrat.

Währung und Wirtschaft.

Zu den gegenwärtigen Verhandlungen in Lübeck.
Es ist schwer, die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Tage und Wochen unvoreingenommen mit dem Auge des unbefangenen Kritikers zu betrachten. Jeder von uns ist selbst so sehr in den jammervollen Niedergang der deutschen Wirtschaft hineingeraten,

wobei das Jork und innere Auflehnung uns gepackt hält. Aber wir müssen Klarheit gewinnen, wenn wir die Entwicklung — für die Wirtschaft als Ganzes wie für den Einzelnen — wieder nach oben lenken wollen.

Der Niedergang der Währung hat die Wirtschaft in den Ruin hineingezogen. Es gab mal eine Zeit, wo man die Verschlechterung der Währung, d. h. die Wertverminderung der deutschen Mark, für „wirtschaftsfördernd“ hielt; das war ganz besonders der Fall im Winter 1919/20, wo, kurz gesagt, Industrie und Landwirtschaft sich gesund gemacht haben und die abgewirtschafteten Betriebseinrichtungen vielfach aus den Gewinnen in Stand gesetzt werden konnten. Die Gesundung unserer Wirtschaft zeigte sich damals in einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften; heute das Gegenteil: täglich wachsende Arbeitslosigkeit. Warum war die Entwicklung damals so völlig anders als jetzt? Es sind hauptsächlich zwei Momente. Erstens gab es damals noch für die Unternehmungen reichlich Papiermarkkredite; und man zahlte dann die geschuldeten Gelder nach der Geldentwertung mit Leichtigkeit zurück; an nichts verdient man so gut wie an seinen Schulden. Zweitens ging die Geldentwertung damals langsamer vor sich und der ganze Zahlungsmechanismus klappte noch; wenn ein Lübecker Werk in Hamburg irgend etwas gekauft hatte, dann konnte der Betrag durch eine Lübecker Bank nach Hamburg überwiesen werden und stand dann meist am nächsten Tag in Hamburg zur Verfügung; nennenswerte Verluste infolge Geldverschlechterung kamen inzwischen kaum vor. Wie ganz anders jetzt. Papiermarkkredite gibt es nur noch in lächerlich geringem Umfang; und damit ist der normale Weg, an der Geldentwertung zu verdienen, verfallen. Trotzdem ließe sich wohl die Wirtschaft aufrecht erhalten, aber nur kommt erst das Schlimmste. Hat jemand heute etwas verkauft, um morgen mit dem Gelde etwas zu bezahlen, dann ist das Geld, in Goldmark gerechnet, möglicherweise nur noch die Hälfte oder noch weniger wert. Oder eine Lübecker Fabrik hat in Hannover Rohstoffe eingekauft und überwies vielleicht vor 14 Tagen den fälligen Betrag nach Hannover; bei dem Zusammenbruch des Bankverkehrs hat jetzt allmählich das hannoversche Werk den Betrag erhalten und — fordert den fälligen Betrag als Nachzahlung, weil das überwiesene Geld bei der Ankunft in Hannover in Goldmark gerechnet nur noch ein Sechstel wert war. Oder eine Fabrik veräußerte vor 2 bis 3 Tagen Waren oder Devisen, zahlte gestern Löhne aus, und wenn der

Romantik.

Vortrag von Prof. Kauffmann.

(Universitätswoche.)

Prof. Kauffmann eröffnete am Montag im Johanneum die Reihe seiner akademischen Vorlesungen über die Blütezeit der deutschen Romantik.

Er ging von dem Gedanken aus, daß in der jetzigen Zeit, da Deutschlands schöpferische Kraft zu erlöschen scheint, es angebracht sei, aus der Geistesgeschichte des deutschen Volkes diejenigen Epochen hervorzuheben, in denen deutsches Schöpferium zum Durchbruch gelangt sei. Die Romantik wurde dabei mit an erster Stelle genannt. Im Verlauf dieser großen geistesgeschichtlichen Bewegung ist also der spannendste Moment der, wo deutsche Schöpfung sich ankündigt und diese schöpferische Zeit war ihre Blütezeit, mit der eine neue Menschenform ein neuer Stil des Lebens und Schaffens die Herrschaft antrat. Ein Hauptmerkmal dieses neuen Stils hat schon L. Uhland (1805) richtig erkannt: „Die Sehnsucht nach dem Unendlichen.“

Der Vortragende fand diese neue religiöse Idee im musikalischen Werk Beethovens, im malerischen Werk Philipp Otto Runges und C. D. Friedrichs, konnte sich aber hauptsächlich auf auf Schleiermacher berufen, der in seinen „Reden“ (1799) die Religion als Gefühl und Anschauung des Unendlichen im Endlichen definierte. Von besonderer Tragweite war es, als Schelling (1796) zu diesem religiösen Unendlichkeitsgefühl bekannte und forderte, daß nunmehr auch die Poesie diese religiösen Idee in literarischen Ausdrucksformen verfolge. Dies konnte nur mit Hilfe einer neuen Mythologie geschehen und das ist das zweite Hauptmerkmal der deutschen Romantik.

Seit Schelling, dem Begründer der Natur- und Identitätsphilosophie, nahm diese neue Mythologie, die Mythologie der Romantik, die Grundfarbe seines Systems an. Nun suchten auch die Poeten unter den Romantikern die blaue Blume des Mythos in der Natur. Dabei war grundlegend, daß nicht die Raum-, sondern die Zeitphantasie dominierte. Die Geschichte des werdenden Geistes sah man in den Geschöpfen der lebendigen Natur und das war der Auftakt zu dem in der deutschen Wissenschaft und der Romantik der ganzen Welt im 19. Jahrhundert zur Herrschaft

gelangenden Historismus. Denn nicht nur die Philosophen und die Dichter, sondern auch die wissenschaftlich gerichteten Theoretiker der neuen Epoche huldigten jener Anschauung des Unendlichen im Endlichen und jener neuen Mythologie. Die Brüder Schlegel wurden hierfür als vornehmste Zeugen aufgerufen. Friedrich Schlegel verlegte in seiner berühmten Rede über die „Mythologie“, daß alle dichterischen Kräfte der Nation angepannt werden, eine neue Mythologie zu stiften. A. W. Schlegel empfahl hierfür die Anlehnung an die altgermanische Mythologie (Edda, Nibelungenmythos). Was die theoretische Forderung für das deutsche Kunstschaffen im 19. Jahrhundert zu bedeuten hatte, wurde am deutlichsten aus dem Gesamtwerk Richard Wagners ersichtlich, der seine Ton- und seine Sprachphantasie dafür einsetzte, eine große deutsche Kunst, die eine Weltkunst wurde, aus dem Geiste des Mythos (Ring des Nibelungen) entstehen zu lassen.

In seiner zweiten akademischen Vorlesung grenzte der Vortrager die Romantik gegen den Klassizismus Winkelmanns, Goethes und Schillers ab. Der erste von dem neuen Geschlecht, den die herrschende klassizistische Kunst in griechischem Formwandel hielt, den aber seine ungreifliche, deutsche Sehnsucht nach dem Unendlichen aus dem hellenischen Bereich seines Lehrers und Vorbildes Schiller vertrieb, war Friedrich Hölderlin. Er ist eine höchst interessante Uebergangs-Erscheinung. Man kann von ihm sagen, er habe die klassizistische Poesie Deutschlands romantisiert.

Im Herbst 1794 erschien sein Hyperion, eine wundervolle Dichtung, die in Deutschland nicht ihres gleichen hat. Es ist eine hysterische, von himelstürzender Sprachkraft bewegter Bildungsroman, in dem das Werden des zukünftigen Deutschen, des romantischen Menschen dargestellt wurde. Von dem verblühten und verwilderten und innerlich verarmten zeitgenössischen Deutschland lehrte Hölderlins hoffendender Geist sich ab. Die Entartung der Deutschen, durch den Abfall von ihren „Göttern“ verurteilt, wird, so hoffte er, ein Ende nehmen, wenn eine neue Religion die Seelen heilt und gesund machen wird. Dies Grundgefühl romantischer Religiosität stammte aus Hölderlins Naturfrömmigkeit. Er verstand unter dem Abfall der Deutschen

von ihren Göttern nicht, daß sie irgendwelchen Bildungsideale (der Aufklärung), sondern daß sie der großen, der schaffenden Natur ungetreu geworden seien. Es müsse also die Eintracht zwischen dem All-Leben des Kosmos und dem deutschen Geist hergestellt werden. Um diese in der Richtung von Schellings Naturphilosophie liegende Religion dichterisch darzustellen, wandte Hölderlin einerseits dem Griechentum und dem Griechentum entlehnte Symbole (Klassizismus), andererseits eine neue Mythologie (Romantik). Seine Götter führen bei ihm meist griechische Namen, sind aber nicht die griechischen Götter Schillers, stamme nicht im Pantheon der Hellenen, sondern waren Gebilde von Hölderlins mythenhaftender Phantasie. Des überwältigenden Romantikers neue Mythologie (Allmüternatur, Vater Helios, Mutter Erde, Vater Aether) war die dichterische Spiegelung einer auf die Schönheit des Universums und auf die die Menschen liebende und armende Natur sich gründende Religion. Schönheit und Ziel waren Offenbarungen des Unendlichen im Endlichen. Nach ihm lebte Hölderlins fromme Seele und um dieser Frömmigkeit willen terische Form zu geben, paarte er ganz überaus glücklicherweise griechische mit der deutschen Mythologie. Der christliche Herr der Liebe adelte die griechischen Göttermächte. So ungreiflich echt romantisch war Hölderlins Mythenschöpfung.

Zu den Genien der Welt, die selig droben wandeln im Reich der Unvergänglichkeit, hatte er ein wahrhaft tragisches Verhältnis. Dem Stillsitzen der Individuen des Universums. Den daraus sich ergebenden Widerspruch zwischen dem Unendlichen und dem Endlichen hat der deutsche Dichter mit der tragischen Macht empfunden, unter Hölderlins zusammengebrochen ist. In seiner Oden- und Hymnedichtung und in seiner lyrischen Tragödie „Der Tod des Empedokles“ (1797—1798) hat er dies Schicksal seiner Romantiker niedergelegt: Deutsche Sehnsucht nach dem Unendlichen treibt die griechischen Denkerfüßen aus der Zeit seines Lebens verdrängend in die Schuld verdrängenden Endlichkeit zu seinen Göttern in die Kleinheit der Natur. Zu freigelegtem Liebestod keine der Natur ungetreu gewordene Menschlichkeit opfernd, stürzt er sich die heiligen Flammen des Aethers, in die Feuerarme der Natur, das ist seine Himmelfahrt. Das ist der Sinn von Hölderlins dionysischer, einen klassischen Höhepunkt der deutschen Romantik bildenden Dichtung.

Das Abstimmungsresultat der Arbeiter, Gruppe 3, für das Angebot der Arbeitgeber über einen Stundenlohn von 40 Goldpfennigen in der Spitze ergab 184 Stimmen für und 2386 dagegen.

Zu einem Eingreifen der Polizei kam es am Donnerstag abend gegen 9 Uhr. Wie uns mitgeteilt wird, hatte sich in der oberen Johannisstraße und vor der Kanleinwache eine rabauische Menge eingefunden, sodass man nach dem Hamburger Muster damit rechnen musste, dass irgendein Angriff auf die Polizeiwache geplant war. Die gesamte Wache trat daher heraus und wurde noch durch hinzugezogene Beamte verstärkt, die dann die Säuberung der Johannisstraße — Richtung Kanal — vornahmen. Als die Beamten vor dem Gewerkschaftshaus angelangt waren, lag aus einem Fenster des Gewerkschaftshauses ein Fuß in die vorkragende Wache. Daraufhin wurde auch das Gewerkschaftshaus mit Ausnahme einer dort tagenden Versammlung geräumt. Um 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Nachtsmaßnahmen des Wohlfahrtsamtes für Bedürftige. Vom Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben: Die entsetzliche Geldentwertung der letzten Tage hat die Not, besonders in den vom Wohlfahrtsamt betreuten Kreisen, so anschwellen lassen, daß mit den planmäßigen Zahlungen die Not nicht mehr gelindert werden konnte. Die Kreise der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, der Sozial- und Kleintrentner erhalten zwar Bezüge, die der Leistung dadurch folgen, daß sie entweder mit den Bezügen der Beamten oder mit den Reichsrückzahlungen steigen. In vieler Weise sind aber die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse in weit größerem Ausmaß gestiegen als diese amtlichen Leistungszahlen. Infolgedessen hat man zu außergewöhnlichen Maßnahmen greifen müssen, soweit Mittel vorhanden waren. Die Unterstützungen werden größtenteils aus Reichsmitteln gewährt. Infolgedessen ist Lüber nur in beschränktem Umfange in der Lage, hier auszubehelfen. Immerhin ist folgendes gegeben: Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, deren vom Reich aus angeordnete Zwischenzahlung in dieser Woche nur unzureichende Beträge ergab, haben in Anlehnung an die Handhabung bei den Erwerbslosen bei bis zu zwei unterstützungsbedürftigen Personen im Haushalt ein, bei mehr unterstützungsbedürftigen Personen in weiteres Brot erhalten. Außerdem ist aus Reservebeständen des Wohlfahrtsamtes, die es insbesondere zur Unterstützung von Kranken angehäuft hatte, um der größten Not dieser Tage zu wehren, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für die bedürftigen Personen im Haushalt ein Pfund Hafersoden unentgeltlich verabreicht. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden Anfang nächster Woche eine erhebliche Nachzahlung auf ihre Oktoberbezüge sowie ihre Zukunfte für November erhalten, sodass sie dann wieder in der Lage sind, über die höhere trockene Brot, auf das sie in diesen Tagen vielfach angewiesen waren, Lebensmittel sich zu beschaffen. Auf die im Inzidentteil erscheinende Verringerung der Zahlungen wird hingewiesen. Die Zahlungen werden an den beiden Tagen Montag und Dienstag durchgeführt werden.

Die Klein- und Sozialrentner, deren Bezüge nach erheblich unter denen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zurückbleiben, haben ebenfalls eine Zwischenzahlung erhalten, die aus lüberischen Mitteln soweit erhöht ist, daß sie sich, soweit sie lang alleinleben, wenigstens ein Brot dafür kaufen können. Ingerdem haben sie, damit sie bis zur nächsten Zahlung, die voraussichtlich am 1. November stattfinden wird, durchkommen können, einen Guthaben über ein Pfund Grütze und ein halbes Pfund Reis erhalten. Bekanntmachung über die nächste Zahlung erfolgt noch.

Unterstützungsmöglichkeiten aus den genannten Kreisen, die die abgeführten Vergütungen nach nicht erhalten haben, können, mit Ausnahme des Kleintrentnerbezirks, der seinen Zahltag in Montag hat, am Sonnabend, dem 27. Oktober ds. Js., die genannten Guthabens bei der für sie zuständigen Abteilung im Wohlfahrtsamt abholen.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Das Wohlfahrtsamt ist mit, daß an die Zusatzrentenempfänger Guthabens über Brot ausgegeben werden und zwar für 1 bis 2 Personen einen Guthaben, bei mehr als zwei Personen einen Guthaben mehr.

Voricht beim Häuserverkauf. Das Wohlfahrtsamt schreibt: Nachher Hausbesitzer, dem bei den geringen Mieten und den vielfach unerwarteten Reparaturkosten sein Grundstück keine reine Freude mehr macht, ist heute eher als sonst geneigt, zu verkaufen. Dazu wird vielfach durch kleinere oder größere Anreize, die sich besonders erfolgreiche Fachblätter bezeichnen, Gelegenheiten geben. Bei Benutzung solcher Gelegenheiten ist die größte Vorsicht in Rücksicht auf den Erfolg des Verkaufserfolgs zu walten, weil in die Anordnungen des betreffenden wirtgewandten Agenten, die wahr aber auch unmaß sein können. Deshalb sollte man es sich reiflich überlegen, ehe man für ein solches Inserat die zu-

weist nicht gerade niedrigen Gebühren aufwendet. Vor allem sei man vorsichtig bei Unterzeichnung von Auftragsformularen, da solche oft an verdeckter Stelle ungünstige Bedingungen enthalten.

Erhöhung der Gewerbesteuer. Die nach dem zweiten Nachtrage vom 3. Oktober 1923 zum Gewerbesteuergesetz vom 26. Mai 1923 für das Steuerjahr 1923 zu entrichtende Gewerbesteuer steht mit der inzwischen eingetretenen ungeheuren Geldentwertung nicht mehr im Einklang. Die Finanzbehörde hat daher beantragt, daß die auf Grund dieses Nachtrages festgesetzten Steuerbeträge, deren Erhebung unmittelbar bevorsteht, in Höhe des 50fachen erhoben werden. Der Senat erachtet diesen Vorschlag nach Lage der Sache für zweckmäßig und stellt demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerhaft: daß die auf Grund des zweiten Nachtrages vom 3. Oktober 1923 zum Gewerbesteuergesetz vom 26. Mai 1923 für das Steuerjahr 1923 festgesetzten Steuerbeträge in Höhe des 50fachen zu erheben sind.

Gehaltsbewegung der kaufmännischen Angestellten im Kleinhandel. Zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Parteien ist vereinbart worden, daß am 26. ds. Ms. eine weitere Abschlagszahlung geleistet wird in Höhe von 100 Prozent der für den 24. festgesetzten Summe.

Verlöbte der Landesarbeiter. Zur Errechnung der Löhne der in den Industrieunternehmen zum Brauerei-, Dittmarzger- und Schwanen-Tarifvertrag zugehörigen Gruppen ist für die Lohnzahlung laut Börsennotierung der Preis von 90 Milliarden Mark + 25 Prozent pro Zentner Roggen.

Stadttheater. Sonnabend, 7.30 für die Volksbühne: „Zar und Zimmermann“. Sonntag, 7.30: erste Wiederholung: „Die tote Stadt“.

Aus dem Reich.

Die Lage in Hamburg.

Die Widerstandskraft der Aufrührer ist durch das vorgestrichene und gestrichene Vorgehen der Polizei gebrochen worden. Bei dem, was sich noch in einzelnen Stadtteilen ereignete, handelte es sich um kleinere Scharmühen, die an dieser Feststellung nichts zu ändern vermögen. Die Zahl der Gefallenen der Ordnungspolizei hat sich leider auf 11, die der Verwundeten auf 34 erhöht, ein Beamter wird vermisst.

Gegenüber den großen Kampfhandlungen mußte das Interesse an kleinen Gewalttaten, die darin bestanden, daß Brot aus Geschäften oder von Wagen herunter und Waren aus Lebensmittelhandlungen gestohlen wurden, zunächst abgeschwächt sein. Zunächst kommen als Täter Halbstärke in Frage. Einige von ihnen sind festgenommen. Es wird jetzt in verstärktem Maße auch gegen solche Vorläufer eingeschritten werden.

Die Polizeibehörde hat mehrere Kommunistenführer vorläufig festgenommen, unter ihnen befinden sich auch einige Mitglieder der hamburgischen Bürgerhaft.

Schwere Unruhen in Kiel.

Ein amtlicher Bericht sagt: Der 24. Oktober war ein unruhiger Tag. Vom Morgen an fanden Aufläufe statt. Die Polizei mußte eingreifen und zerstörte sie, ohne ernstlichen Widerstand zu finden. Mehrere Polizeibeamte, die zu amtlichen Zwecken einzeln die Straßen passierten, sind überfallen und verletzt worden. Der Major Klinghammer ist schwer aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Am späteren Nachmittag begannen Versuche, Geschäfte zu plündern. Diese Versuche wurden häufiger, je mehr die Dunkelheit zunahm; sie wurden bald an diesem, bald an jenem Ende der Stadt unternommen. Die Polizei war dauernd in Streifen unterwegs. Bei der großen Zahl und bei der zerstreuten Lage der Geschäftsläden Kiels war es der Polizei nicht immer möglich, an jedem bedrohten Ort gleich zur Stelle zu sein. So konnte eine Anzahl von Scheiben zertrümmert, eine Anzahl von Schaufenstern geplündert werden. 23 Ladenfenster wurden zertrümmert. Bei den Zusammenstößen zwischen Polizei und Plünderern mußte vielfach blutige Gegebenheiten, mehrfach gefolgt werden.

Die Plünderer waren in kleinen Trupps tätig. Große Massen sammelten sich nicht an. Nur um 11 Uhr in der Nacht fanden sich am Sophienpark 300 Mann zusammen. Diese zerstreuten sich, ehe sie etwas angestellt hatten. Die Plünderungen gingen zwischen 11 und 12 Uhr zu Ende und wurden in der Nacht nicht erneuert. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte erfaßt werden.

Festgenommen sind 74 Personen, fast ausnahmslos junge Burken. Verwundet sind etwa 20. Ein Mann ist am Markt

durch einen Herzschlag getötet; er wurde bei der Plünderung des Karstadtischen Warenhauses betroffen und entflohen, als er angerufen wurde. Von der Polizei sind insgesamt 6 Beamte verletzt, davon 2 schwer, 4 leicht.

Die separatistische Bewegung im Rheinland.

In Trier sind die Sonderbündler nach wie vor der Herr der Lage. Die Zeitungen sind durch Demolierung ihrer Betriebe am Erscheinen verhindert. Nur der „Trierische Volksfreund“ ist nicht demoliert worden. Die Bürgerhaft verhält sich nach wie vor ablehnend. Französische Truppen ziehen durch die Straßen. Die Sonderbündler sind alle bewaffnet, während die Schutzpolizei von der Befehlshaberbehörde entwaffnet wurde. — In Koblenz ist die Situation unverändert. Es werden erneute Anstrengungen der Separatisten erwartet, mit denen man schon im Laufe der gestrigen Nacht rechnete. Oberbürgermeister Ruffell sowie 40 Verwaltungsbeamte wurden als Bergeltungsmassnahme für die Demonstration ausgewiesen. Die Ordnung wird durch französische Streifen aufrechterhalten, denen deutsche Polizisten beigegeben sind. — In Düsseldorf versuchten die Separatisten heute das Rathaus zu stürmen. Der Angriff wurde jedoch von der Polizei abgelenkt. — In Düren durchzogen französische Patrouillen die Stadt. — In Remagen besetzten die Separatisten das Rathaus. Eine französische Sicherheitswache ist in das Rathaus eingeleitet. — In Arzweiler und in Neuwahr wurde ebenfalls von den Sonderbündlern die separatistische Fahne gehißt.

Der Kampf um Aachen.

Aachen, 25. Oktober. Heute morgen wurde das hiesige Regierungsgebäude von der Polizei besetzt. Ein Teil der Separatisten entkam, ein anderer wurde gefangen genommen, ohne daß dabei von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht wurde. Nachher griff belgische Gendarmen ein und eröffnete das Feuer auf die deutsche Polizei, die mehrere Tote und einige Verwundete zu Verfliegen hat.

Man will den Erfolg abwarten.

Köln, 25. Oktober. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Mainz wird im „Echo der Rhein“, dem Sprachrohr der Franzosen, mitgeteilt, beim Empfang des Direktoriums der rheinischen Partei habe der Präsident der interalliierten Rheinlandkommission Lirard erklärt, er nehme von ihren Mitteilungen Kenntnis, könne aber andererseits bis auf weiteres das Direktorium als eine tatsächliche Macht nur in den Bezirken anerkennen, wo es sich der Amtsgewalt zu bemächtigen vermöge.

Die freien Gewerkschaften gegen jede separatistische Bestrebung.

Ul. S. 25. Oktober. Sämtliche hiesigen freien Gewerkschaften veröffentlichten eine Erklärung, in der die separatistischen Bestrebungen jeder Art auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Der Stillstand der Produktion im Ruhrgebiet.

Ul. Gelsenkirchen, 25. Oktober. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, sind bereits seit Montag im Ruhrgebiet die Eisenwerke stillgelegt. Ein Teil der Zechen hat gleichfalls schon am gestrigen Tage die Förderung eingestellt. Bei dem Rest der Zechen wird heute die letzte Schicht gefahren.

Devisen- und wertbeständiger Anleiheverleih auch am Sonnabend.

Ul. Berlin, 25. Oktober. Der Berliner Börsenverband gibt folgendes bekannt: Beginnend mit Sonnabend, dem 27. Oktober 1923 werden in der Folge auch an den Sonnabenden in der Zeit von 11—12 Uhr ausländische Zahlungsmittel (Devisen und Noten), um 12 Uhr deutsche wertbeständige Anleihen und deutsche Dollarschahenweisungen zur amtlichen Notiz gelangen.

Reichsarbeiterlöhne und Beamtengehälter.

Ul. Berlin, 26. Oktober. Auf Grund der am Donnerstag im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Lohnmehrzahl für die Arbeiter für die laufende Woche auf 10 Millionen und die Mehrzahl für Beamtenbezüge für das vierte Monatsviertel auf 2 031 000 festgesetzt.

Dollar 65 Milliarden.

Druck: Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb meine liebe Frau, unsere gute Mutter (7877)

Henriette Grabbe.

In tiefer Trauer Aug. Grabbe nebst Angehörigen. Kenesfeld.

Beerdigung Sonnabend nachmittags 3½ Uhr von der Kapelle Kenesfeld.

Starter Eisenstich, 1,60 Meter lang, unten Bord, geg. Chailongue oder Roggen zu tauschen oder zu verkaufen. Ang. unt. G 408 an die Exp. d. Bl. (7859)

Gebr. Sade gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angeb. unter C 409 an die Expedition d. Bl. (7874)

5 Zentner Eier-Kartoffeln gegen Damenrad ohne Ver. zu tauschen gesucht. Angebote (7862) An die Stadt-Freiheit 7. Lübeck.

Sehe neue Wäsche für Kohlen oder Kartoffeln. Ang. unt. G 497 an die Exp. d. Exp. (7861)

Billiger Glückhoff (gefertigt), solange Vorrat reicht, pro Zentner 30 Goldpfennige, sowie sämtliche Brennstoffe empfiehlt ab Lager Falkenstraße

Max Boye. (7863) Telephon 8441.

Morgen Sonnabend, Anfang 7 Uhr

Gr. Bunter Abend

unter Mitwirkung des bekannten Niederländers Adolf Friedrichs, des Humoristen Max Giesenberg, sowie der plattdeutschen Stimmungskanone

Adje Otto, Hamburgs bester Typen-Darsteller. (7878) Rudolf Jäde.

Allgemeine Ortsrententafel Lübeck.

Mit Wirkung vom 29. Oktober 1923 treten folgende neue Lohnstufen und Beiträge in Kraft:

Lohnklasse	Arbeitszeit für die Woche d. einjähr.	Grundlohn in Millionen Mark	Wochenbeitrag	Stantfengelb bei		Esterengelb bei	
				Regel- Leistungen	Mehr- Leistungen	Regel- Leistungen	Mehr- Leistungen
I	2205	210	147	105	126	42	63
II	11 025	950	683	475	570	19	25,5
III	22 050	2 400	1 680	1 200	1 440	48	72
IV	33 075	4 200	2 940	2 100	2 520	84	126
V	51 450	6 300	4 410	3 150	3 780	126	189
VI	66 150	8 400	5 880	4 200	5 040	168	252
VII	80 850	10 500	7 350	5 250	6 300	210	315
VIII	95 550	12 600	8 820	6 300	7 560	252	378
IX	110 250	14 700	10 290	7 350	8 820	294	441
X	124 950	16 800	11 760	8 400	10 080	336	504
XI	139 650	18 900	13 230	9 450	11 340	378	567
XII	154 350	21 000	14 700	10 500	12 600	420	630

Der Zutritt auf die Stellen nach diesen Grundlöhnen erst nach dem 12. November 1923 an.

Lübeck, den 25. Oktober 1923. (7872)

Joh. Körner, Schriftgeber. A. Stendel, Schriftführer.

Diebstahl.

In der Nacht zwischen 23. und 24. Oktober sind von meinem Lagerplatz auf den Vorwerker Wiesen 120 Stück prima schwedische Kiefern-Bretter gestohlen worden; die Maße sind: 26 mm dick und 18 cm breit. 50 Bretter sind 2.70 bis 3 m und 70 Bretter 4 bis 4.30 m lang. Alle Bretter haben an den Enden folgenden roten Stempel „H + R“.

Derjenige, der die Täter nachweist, erhält von mir Mk. 500 Milliarden und für die Herbeischaffung der gestohlenen Bretter werden weitere Mk. 500 Milliarden nach dem amtlichen Dollarkurs vom 24. Oktober als Belohnung ausbezahlt.

John Merckisch Nachf., Schriftführer, auf der Wallhallbinsel 15/17. Tel. 114, 115, 116.

BIOPHON.

Ein Frauenschicksal in 5 Akten.

Die Schatten jener Nacht.

Harry Piehl.

Das schwarze Kuvert.

7860) 1. Teil, 6 Akte.

Ein reizendes Lustspiel.

Stadttheater Lübeck.

Sonnabend, 7.30 Uhr: Zar u. Zimmermann. (Volksbühne). (7864)

Samstag, 7.30 Uhr: Die tote Stadt.

Operette in 3 Akten von Karl Hajos. 82

Nachrichtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtenamt Lübeck,
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Strecken.

Nummer 2.

Sonntag, 27. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Ämtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Vorgänge in Hamburg, hervorgerufen durch kommunistische Gewalttaten, die auch bereits auf preussisches Staatsgebiet übergreifen haben, veranlassen mich, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923, betr. den Ausnahmezustand, mit Zustimmung des Regierungskommissars, Herrn Hartwig, für das Gebiet des Wehrkreises II folgendes anzuordnen:

1. Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Kundgebung, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zum Stillstand zu bringen, ist verboten.
 2. Jede Arbeitsniederlegung sowie jede Ausperrung von Arbeitern in lebenswichtigen Betrieben ist verboten. Soweit in solchen Betrieben Arbeiter die Arbeit bereits niedergelegt haben oder ausgesperrt worden sind, haben diese ihre Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen bzw. sind wieder einzustellen.
 3. Als lebenswichtige Betriebe gelten im besonderen: Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Eisenbahnen, Schiffsfahrtswege, Hafenanlagen, Post, Telegraphie, Krankenhäuser, Säulenbetriebe, Bergwerke, Landwirtschaft, Zuckerraffinerien, Brennerien, Mühlen, Schlachthöfe, Kühl- und Gefrieranlagen, Molkereien und alle Betriebe, die der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung dienen; ferner alle Einrichtungen, die sich mit Herstellung und Verteilung von Lebensmitteln befassen.
 4. Verboten ist jedes Streikpostenstreiken.
 5. Arbeitswillige durch Gewalt und Drohungen von der Arbeit abzuhalten, ist verboten.
 6. Jeder Sabotageakt in lebenswichtigen Betrieben ist untersagt.
 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden nach § 4 und 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 über den Ausnahmezustand, also unter Umständen mit Zuchthaus oder gar Todesstrafe, bestraft.
- Wer diese Verordnung böswillig abreißt, beschädigt oder verunstaltet, wird nach den durch die Ausnahmeverordnung angeordneten Strafen bestraft.

Stettin, den 23. Oktober 1923.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt.

von Tschischwitz,
Generallieutenant.

(7900)

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 29. Oktober 1923:

a) Einzelfahrscheine:

bis zu 2 Zonen . . . M. 1,5 Milliarden
für 3 und 4 Zonen . . . 2,3
für 5 und mehr Zonen . . . 3

b) Monatskarten:

bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt M. 65 Milliarden
für 3 u. 4 Zonen 4mal. Fahrt . 120
2mal. Fahrt . 105
4mal. Fahrt . 200
für 5 u. mehr Zon. 2mal. Fahrt . 125
4mal. Fahrt . 240

c) Jugendfahrscheine: je 0,75 Milliarden Mark.

d) Gepäckstücke und Hunde: 1,5 Milliarden M.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 1 sind bis einschl. 30. Oktober 1923 gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roedstraße Nr. 49a oder durch Brief.

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 2 zu erfolgen.

Lübeck, den 27. Oktober 1923.

(7896)

Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Im Betriebe der Lübecker Straßenbahn tritt über das Winterhalbjahr ab 1. November bis auf weiteres nachstehende Fahrpläneinschränkung ein:

Es fallen aus die Fahrten auf:

- Linie 1 820 N. ab Roedstraße, 924 N. ab Røgeburger Allee.
- Linie 2 912 N. ab Kirchhof, 942 N. ab Krankenhaus.
- Linie 3 510 B., 560 B. ab Markt, 566 B. ab Krempelsdorf.
- Linie 4 keine Veränderungen.
- Linie 9 545 B., 710 B., 810 B. ab Markt, 520 B., 640 B., 740 B., außerdem Sonntags 610 B. ab Moislinger Baum.
- Linie 11 922 N. ab Kohlmarkt, 912 N. ab Danfaistraße.
- Linie 12 525 B. ab Markt, 566 B. ab Schwartau.
- Linie 14 keine Veränderungen.
- Linie 15 430 B. ab Weibelplatz, 566 ab Schlutup.
- Linie 10 verkehrt nur noch:
ab Weibelplatz 1208 N., 1288 N., 106 N., 138 N., 208 N.,
238 N., 308 N., 388 N.,
ab Bornwerter Friedhof 1241 N., 111 N., 141 N., 211 N.,
241 N., 311 N., 341 N., 411 N.

Lübeck, den 27. Oktober 1923.

(7897)

Städtische Betriebe.

Die Sätze der Beibrühordnung der Schornsteinfeger sind vom 21. Oktober ab mit 14 470 zu veröffentlichen.

Lübeck, den 25. Oktober 1923.

Das Polizeiamt.

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden die Preise für Gas, Strom und Wasser 3 mal in jeder Woche festgesetzt.

Demgemäß betragen die vom 28. bis 31. Oktober d. J. für den rückliegenden Verbrauch zur Verrechnung kommenden Preise:

- I. 1 cbm Gas M. 2 500 000 000
- II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom 5 400 000 000
- 1 Kraftstrom 3 600 000 000
- III. 1 cbm Wasser

- A. in Lübeck:
 - 1. für Haushaltungszwecke M. 1 600 000 000
 - 2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbr. M. 3 200 000 000
- B. in Travemünde 1 600 000 000

- IV. Für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:
 - 1. Häuser mit Leitungen M. 2 400 000 000
 - 2. Häuser ohne Leitungen 800 000 000

Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.
Bei Ueberschreitung der Zahlfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 M. für jede angefangene 100 000 M. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 5 Milliard. Mark zu zahlen.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 29. Dezember d. J. sind am Montag und Dienstag nächster Woche vormittags bis 12 1/2 Uhr in allen Verkaufsstellen zu haben.
7893) Städtische Betriebe.

Abgeänderte Zahltag für Kriegsbefähigte und Hinterbliebene.

Nächste Zusatzrentenzahlung:	(7902)
Buchstabe A-B Montag, den 29. Oktober	8 1/2 - 10 Uhr
C-G	10 - 11 1/2 "
H-L	8 - 5 "
M-P Dienstag, " 30.	8 1/2 - 10 "
R, Sch, St	10 - 11 1/2 "
S-Z	8 - 5 "

Lübeck, 27. 10. 23. Das Wohlfahrtsamt.

Nächste Zahlung an Kleinrentner

illa-rote Ausweisarten
nicht im Wohlfahrtsamt, sondern im Bezirk (Schule)
Mittwoch, den 31. Oktober, nachmittags.
Anfangsbuchstaben A-L 3-4 Uhr (7901)
M-Z 4-5 "

Lübeck, 27. 10. 23. Das Wohlfahrtsamt.

Schritte zur Gesundung.

Wir haben gestern an dieser Stelle dargelegt, daß die Krankheit des Wirtschaftslebens von der Krankheit unserer Währung herrührt. Währungsfragen sind an sich Angelegenheiten des Reichs, und das Reich hat mit der Obhut über die Währung die Reichsbank betraut. Leider bedurfte es erst des jüngsten Zerfalls der Wirtschaft, um die Reichsbank zu den dringend notwendigen Reformen zu bewegen; vielleicht ist auch das Vorgehen Hamburgs nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Reichsbank geblieben. In Hamburg haben die Wirtschaftskreise die Schaffung einer Bank beschlossen, welche den Goldmark Giroverkehr ausbilden soll. Das heißt nichts anderes, als daß für den Hamburger Platz die Reichsbank, welche sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat, mehr oder weniger ausgeschaltet werden soll. Die neugeschaffene Bank erhielt den Namen „Hamburgische Bank von 1923“. Leider ist es nun so, daß zwar das außerordentlich kapitalstarke Hamburg so etwas unternehmen kann, während wirtschaftlich nicht so bedeutende Städte kaum aus eigener Kraft, Gleiches schaffen können. Deshalb dürfen wir hier in Lübeck erfreut sein, daß die Reichsbank nun ihrerseits einen Geldverkehr einrichtet, welcher auch den übrigen Banken Wege für den Geld Giroverkehr eröffnet. Die Reichsbank wird ermächtigt, Goldnoten auszugeben, welche zu 1/2 in Gold oder Devisen und zu 1/2 in Goldmarkhandelswechseln gedeckt sein sollen. Außerdem erhält die Reichsbank die Berechtigung, unverzinsliche, wertbeständige Schuldverschreibungen auszugeben. Die Emission erfolgt, um den Bedürfnissen des Verkehrs nach kurzfristiger Anlage von Geldern auf wertbeständiger Basis Genüge zu leisten. Da die Reichsbank ihre Kredite fast ausnahmslos auf wertbeständige Basis gestellt hat, so finden die Schuldverschreibungen in diesen wertbeständigen Krediten eine entsprechende Deckung. Das Maximum der Emission dieser Schuldverschreibungen ist auf den dreifachen Beitrag des Goldbestandes festgesetzt, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. — Wir erhoffen von diesen Maßnahmen die Ausbildung des Geld Giroverkehrs auch für das Lübecker Wirtschaftsbereich. Das würde bedeuten, daß die ungeheuren Verluste bei Ueberweisung von Geldern, welche bisher das Wirtschaftsleben ruinieren und den Werken das Weiterarbeiten im bisherigen Umfang unmöglich machen, ausgeschaltet werden. Damit wäre ein großer Schritt zur Gesundung getan. Daß die Reichsbank mit ihren Reformen nicht auf halbem Weg stehen

bleibt oder sich die Ausführung allzulange überlegt, dafür wird hoffentlich die drohende Konkurrenz der Hamburger Bank sorgen.

Die genannten Reformen werden, wie wir hoffen, für den Zahlungsverkehr der wirtschaftlichen Unternehmungen untereinander in Kürze die Lösung bringen können. Für den Kleinverkehr will das Reich vorläufig mit seiner Goldanleihe auskommen; die Goldanleihe, von der auch Stücke ausgegeben werden sollen, die auf Bruchteile eines Dollars lauten, soll in größeren Mengen zur Verfügung gestellt werden, nur der Verkehr mit Goldanleihe soll so geregelt werden, daß man täglich Papiermark in Goldanleihe und Goldanleihe in Papiermark umwechseln kann. Aber bis das Reich so weit ist, können wir nicht warten; wir müssen uns hier in Lübeck selbst helfen. Der erste Gedanke war natürlich, wertbeständiges Notgeld von Seiten der Stadt herauszugeben. Aber da hat das Reich einen Niegel vorgeschoben, um den völligen Zerfall der Währungseinheit des Deutschen Reichs zu verhindern; die Bedingungen für die Ausgabe von Notgeld sind so, daß andere bessere Wege gesucht werden müssen, und was wir in dieser Hinsicht zu erwarten haben, jagt folgende Mitteilung von zuständigen Stellen:

Da durch den Beschluß der Reichsregierung für die Länder nur eine sehr beschränkte Möglichkeit gegeben ist, wertbeständiges Notgeld herauszugeben, hat die Finanzbehörde beschlossen, von der Herausgabe eines besonderen Lübeckischen Notgeldes Abstand zu nehmen. Angesichts des dringenden Bedürfnisses aber, das jedermann hat, seine Papiermarkmengen sofort wertbeständig anzulegen, wird auf Veranlassung der Finanzbehörde bei der hiesigen Commerzbank eine Spareinrichtung getroffen werden, die diesem Bedürfnis Rechnung trägt. Es werden dort Goldmarkkonten eingerichtet werden, die jedermann benutzen kann. Gegen Einzahlung der entsprechenden Papiergeldmengen werden Goldmarkauszahlungen, die auf 1/2, 1 und 5 Goldmark lauten, unter Garantie des Lübeckischen Staates ausgegeben werden. Die Höhe der Papiergeldsumme, die für jede Goldmark einzuzahlen ist, richtet sich nach dem Kurse der Mark im Verhältnis zur Schwedenkrone an der Börse des Vortages. Ferner haben mehrere industrielle Werke die Absicht, mit Genehmigung des Reichsfinanzministers und unter Zustimmung des Senats wertbeständiges Geld herauszugeben und bei ihren Lohnzahlungen zu verwenden. Das Höchstmaß will, gutem Vernehmen nach, ab Ende kommender Woche bei der Lohnzahlung ein Notgeld verwenden, das auf Goldmark und Goldpfennige lautet."

Die Verkaufbarung zeigt, daß man hier in Lübeck rechtlich bemüht ist, wieder ehrliche gesunde Verhältnisse auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs zu schaffen. Goldwertige Sparkonten, goldwertige Quittungen, die jederzeit entsprechend dem jeweiligen Wert der Mark einlösbar sind, goldwertiges Notgeld der Industrie, dazu die Maßnahmen des Reichs, welche das gleiche Ziel erstreben — auf diesen Wegen wird es hoffentlich gelingen, aus dem bisherigen zur Sinnlosigkeit gewordenen Zustand herauszukommen. Mit der Verwirklichung der Maßnahmen wird auch ein völlig neuer Zustand hinsichtlich der Entlohnung für geleistete Arbeit geschaffen; keine Milliardenzahlen mehr, sondern nüchterne Pfennigrechnung in wertbeständiger Geldeinheit; dafür jedoch wirkliche Werte statt Scheinwerten. Man wird sich leicht trennen von den herausgehenden großen Zahlen, denn aus dem Zahlenrausch ist längst ein allgemeiner Zahlenkassenjammer geworden. Allerdings wird es ohne starke Ernüchterung nicht abgehen, denn erst, wo wir wieder mit altbekannten Vorkriegsziffern vergleichen können, werden wir erst recht sehen, wie hoch die ganze Wirtschaft in der Zeit des Währungszerfalls heruntergekommen ist, und es wird ein langer steiniger Weg sein, bis wir die Vorkriegsverhältnisse nur annähernd wieder erreicht haben.

Aus der Stadt.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 29. Oktober hat folgende Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Erlaß eines zweiten Nachtrages zur Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920. 2. Zweiter Nachtrag zur Medizinalverordnung. 3. Einbau von Spülloabarten. 4. Erlaß eines zweiten Nachtrages zur Stempelordnung. 5. Erhöhung der Gewerbesteuer. 6. Mündlicher Bericht des Verkehrsamts über das ihm zur Nachprüfung überwiesene Gesetz betreffend Fahrzeugsteuer. 7. Unterstützung von Bauwesen durch den Bauernverband. 8. Gewerkskältern zum Besuch der Bauergewerkschule in Hamburg. 9. Erlaß von Ruhestands- und Hinterbliebenengeh. 10. Erlaß eines dritten Nachtrages zum Ruhelohngesetz für die Lübeckischen Staats- und Gemeinbediensteten vom 23. November 1921. 11. Antrag von 22 Mitgliedern der Bürgerschaft: „Der Senat besitzt nicht mehr das Vertrauen der Bürgerschaft.“ 12. Ein Antrag von Jochen: „Der Senat möge als Oberaufsichtsbehörde der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft dahin wirken, daß die Lübeck-Büchener Eisenbahn ihren Fahrplänen die gleichen Vergünstigungen hinsichtlich der Beförderung von Kindern einräumt, wie die Staatsbahn, daß sie ferner den Zugverkehr von Travemünde den Verhältnissen eines Wortsverkehrs gemäß gestalte.“ 13. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen über die ihm übertragenen Prüfung der von Dreger in der Versammlung vom 7. Mai d. J. gegen Gewerbetreibende, die bei dem Neubau des Polizeiamtes beschäftigt gewesen sind, erhobene Vorwürfe.

Der Ausschuss für die Ruhr- und Rheinländer in Lübeck hat seine Tätigkeit nunmehr abgeschlossen und hat einen Bericht über das von ihm geleitete Hilfswerk gegeben. Wir entnehmen daraus

elnige Angaben: 240 Hamburger Kinder waren vom Mai bis einschließlich September in Lübeck untergebracht, und zwar in der Stadt und den Vorstädten 104 Kinder, im Bereich des Hochhewerkes, der Glendertfontone und der Heberlandstraße 31 Kinder und im Landgebiet 105. Von den verschiedensten Seiten hat die Ruhr- und Rheinkinderhilfe Unterstützung erhalten und ganz besonders haben die hiesigen Pflögeletern sich in uneigennützigster Weise um ihre Pflichten gekümmert. Das Verhältnis zwischen Pflögeletern und Pflegekindern war durchgängig das beste, wie sich auch besonders beim Abchied der Kinder von Lübeck zeigte. Der Abtransport der Kinder in ihre Heimat Hamburg erfolgte am 21. September. Der Abtransport ging glücklich vonstatten trotz verschiedener Schwierigkeiten, welche von der hier in Lübeck ansässigen Eisenbahnverwaltung gemacht wurden. 12 Kinder sind auch weiterhin in Lübeck zurückgelassen auf Grund persönlicher Vereinbarungen zwischen den Pflögeletern und den Eltern der Hamburger Kinder. Die Arbeiten des Ausschusses für die Ruhr- und Rheinkinderhilfe wurden hier in Lübeck von Bürgermeister a. D. Christern geleitet, der sich um die glückliche Durchführung des ganzen Kinderhilfe-Werkes außerordentlich verdient gemacht hat. Bei Pflögeletern wie Pflegenkindern scheint überall eine freundliche Erinnerung an den Aufenthalt der Hamburger Kinder hier in Lübeck zurückgelassen zu sein.

Millionenzahlung bei der Post. Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems, unter deren Wirkung die pünktliche Abfertigung der Besoldungen an den Postämtern außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungswesen und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millioneneinheiten einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Wertsendungen, Zinsfaktoren, Postüberweisungen, Gekostungen, Postchecks und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben; z. B. statt 16 000 000 Mark künftig 16 Millionen Mark zu schreiben. — Die Stammeinlagen, die auf jedem Postkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgelegt werden. Bruchteile von 1 Million Mark, die über den 1. November hinaus als Guthaben auf den Postkonten liegen geblieben sind, werden gestrichen werden.

Erhöhte Eisenbahntarife. Vom Montag ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr sechs Milliarden und im Güterverkehr zwölf Milliarden betragen.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Ein Interdikt der Brückenbau-Genossenschaft U.-G. in den hiesigen Tageszeitungen ist es, dass die Aushändigung der Entlassungspapiere wegen behördlichen Verbots nicht im Gewerkschaftshaus stattfinden dürfte. Ein Verbot in diesem Sinne ist jedoch vom Polizeiamt nicht ausgesprochen; das Polizeiamt hat nur die Verantwortung, welche selbst mit Schwierigkeiten bei der Auszahlung im Gewerkschaftshaus rechnen, solche Wege bei der Durchführung zu wählen, bei denen ein polizeilicher Schutz voraussichtlich nicht erforderlich ist.

Die Lohnsteuerermäßigungen. Vom 28. Oktober bis 3. November: 6000. Die Verhältniszahl mit der die in der zweiten Septemrhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfältigen sind, beträgt für die Zeit vom 28. Oktober bis zum 3. November 1923: 6000.

Verbot des Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Der Militärbehörden des Wehrkreiskommandos II, zu dessen Bereich auch Lübeck gehört, hat eine Verordnung erlassen, wonach der Streik in lebenswichtigen Betrieben verboten wird und Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot unter schwere Strafen gestellt werden. Das Verbot gilt für den ganzen Bereich des Wehrkreiskommandos. Am Freitag werden vorzubringen, sei darauf hingewiesen, dass die darin genannten Einschränkungen des Streikrechtes sich nur auf lebenswichtige Betriebe beziehen.

Deutsche Notgemeinschaft Lübeck. Der Verteilungsausschuss der Deutschen Notgemeinschaft hat am Freitag nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um über sofort zu ergreifende Maßnahmen zu beschließen. Die kürzlich erneut in Gang gesetzte Werbung hat größere Mittel aus Kreisen der Kaufmannschaft und aus Kreisen der Beamten und Staatsangestellten gebracht. Nachdem, dass die eingehenden Gelder leinerzeit leger in wertvollster Weise angelegt wurden, ist es jetzt möglich, eine Verteilung von Lebensmitteln nicht mehr wie bisher auf mehrere Hundert Lebensmittel lauten können, da der Personenkreis, der berücksichtigt werden muß, enorm gewachsen ist; wegen der ungeheuren Not soll jedoch trotzdem schnellstens zur Verteilung geschritten werden, wenn auch nur kleinere Mengen ausgegeben werden können.

Miete für möblierte Zimmer. Vom Einigungsamt wird uns mitgeteilt: Die neuesten Abgabenerhöhungen und die eingetretene

weitere allgemeine Preissteigerung rechtfertigt eine wesentliche Erhöhung der Mieten für möblierte Räume. Bei wöchentlichem Vorauszahlung ist für die mit dem 28. Oktober 1923 beginnende Woche das Zehnfache des Betrages der Vormiete angemessen. Für die übernächste Woche ist mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Sie wird rechtzeitig bekanntgegeben. Bei monatlicher oder halbmöblierter Vorauszahlung stellt sich die angemessene Miete für den Monat November auf das Zweifelhundertfache des zu Anfang des Monats Oktober gezahlten Betrages. Es wird anheimgegeben, bei der Mietzahlung Nachforderungen vorzubehalten, für den Fall, daß im Laufe des Monats November weitere Steigerungen eintreten.

Aus dem Reich.

Hamburgische Bank für Goldmarkkonten.

Umtlich wird berichtet: Unter dem Namen „Hamburgische Bank von 1923“ wurde heute in der Handelskammer in Hamburg unter Beteiligung der Hamburger Banken, Bankiers, Schiffahrt, Industrie, Kaufmannschaft und Versicherungsgesellschaften die Errichtung einer neuen Bank beschlossen, die sich die Aufgabe gestellt hat, den Zahlungsverkehr zu erleichtern, insbesondere durch Errichtung von Goldmarkkonten. Die Bank soll berechnigt sein, alle in Verbindung mit der Errichtung von Goldmarkkonten stehende Geschäfte zu tätigen. Die erste Aufgabe, die die Bank übernimmt, ist die Förderung des Goldmark-Giroverkehrs. Aus technischen Gründen wird die Bank im Anfang nur mit Bankier- und Bankiers arbeiten können. Die Erweiterung des Kreises der mit der Bank arbeitenden Kaufmannschaft und Industrie werden durch die Bank und Bankiers Goldmark-Girokonten eröffnen können, indem die Banken und Bankiers Rückdeckung bei der Hamburgischen Bank von 1923 nehmen.

Verfügungen gegen das Goldmarkkonto können im Wege der Wehrweisung an ein anderes Goldmarkkonto erfolgen. Außerdem ist die Bank befugt, als zeitweiligen Notbehelf gegen eingetretene Devisen-Gutscheine in Goldmark in Teilabschnitten auszugeben. Die Einzelheiten über diese Gutscheine sind noch in der Ausarbeitung begriffen.

Das Aktienkapital der Bank beträgt mindestens 5 Billionen Papiermark. Außerdem ist ein unfürdbarer Garantiefonds in Höhe von mindestens 5 Millionen Goldmark bereitgestellt, auf den bei der Gründung höchst 25 Proz. eingezahlt werden.

Die Leitung der Bank liegt in den Händen von Senator a. D. John Berenberg-Görlitz und Dr. P. J. Grafemann. Soweit die Bank gegen die bei ihr eingelieferten Devisen Gutscheine ausgibt, handelt es sich lediglich darum, den bis zum Erscheinen des neuen vom Reich zu erwartenden Zahlungsmittels bestehenden Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln durch das Hilfsmittel des Gutscheins wenigstens teilweise zu mildern.

Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Die Lage der deutschen Industrie hat sich in den letzten Wochen zusehends verschlechtert. Die Gestehungskosten zahlreicher Gewerbe sind über dem Weltmarktpreis angelangt. Der Absatz ins Ausland ist ins Stöden gekommen. Auf den heimischen Märkten hat die Umstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung die Kaufkraft der breiten Masse, deren Arbeitsentgelt noch nicht auf der Goldbasis beruht, teilweise über die Grenzen des Existenzminimums herabgedrückt. Eine schwere Absatzkrise ist die Folge. Die Zurückhaltung in der Gewährung von Krediten durch die Reichsbank hat den Mangel an Betriebskapital erheblich verschärft. Die Produktionsmöglichkeiten sind aus hierdurch gemindert worden. Deutschland macht gegenwärtig eine Wirtschaftskrise durch, wie sie seit dem Ausbruch des Weltkrieges noch nicht erlebt wurde.

Die Lage der deutschen Industrie zeigt sich vor allem an der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Bei 970 Betrieben, die an das Reichsarbeitsblatt über ihre Wirtschaftslage regelmäßig berichten, wurde der Tätigkeitsgrad im August für 18 v. H., im September für 12 v. H. als gut gekennzeichnet, für 33 v. H., im August und nur für 17 v. H. im September als genügend; schlechter Geschäftsengang wurde für Betriebe angegeben, die im Berichtsmontat 71 v. H. gegen den Vormonat 49 v. H. der Arbeiter und Angestellten beschäftigt, über die insgesamt Berichte vorliegen. Besonders kritisch ist die Lage in der Elektrizitätsindustrie. Dort konnten nur noch 8 Proz. der Arbeiterschaft in gut beschäftigten, 9 Proz. in befriedigend beschäftigten Betrieben arbeiten, während die entsprechenden Zahlen aus dem Monat August 14 Proz. bezw. 72 Proz. lauteten. Der Anteil der schlecht beschäftigten Arbeitskräfte betrug in diesen Gewerben 83 Proz. im September gegen nur 14 Proz. im Vormonat. Im Ma-

schienenbaugewerbe stieg der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe von 53 auf 70 Proz., während nur noch 7 Proz. gegen 10 Proz. im August als gut beschäftigt bezeichnet werden. In der Eisen- und Metallindustrie stieg der Anteil der Unternehmungen mit schlechtem Geschäftsgang von 58 v. H. im August auf 77 v. H. im September. Gut beschäftigt waren nur noch 8 Proz. der Betriebe gegen 16 Proz. im Vormonat und befriedigend beschäftigt 15 Proz. an Stelle von 26 Proz. im August. Auch in der Textilindustrie ist die Lage katastrophal. Das Warenpreisniveau hat in den meisten Artikeln den Weltmarktpreis überstiegen, jedoch ausländische Textilwaren zum Teil billiger als deutsche Erzeugnisse angeboten werden konnten. Die Käufer von Textilwaren haben sich daher vornehmlich mit ausländischer Ware eingedeckt. Auf dem Baumarkt konnten die erforderlichen Summen für die Durchführung und Beendigung der Bauarbeiten fast in einem Falle noch ausgebracht werden. Neue Bauten sind kaum nirgend in Angriff genommen worden. Die private Bauwirtschaft beschränkte sich auf die Fertigstellung begonnener Bauten.

Besonders kennzeichnend für die Bedeutung, die die Herabminderung der Kaufkraft der breiten Masse für die Wirtschaftskrise hatte, ist die Lage der Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe. Die überwiegende Mehrheit der Betriebe ist völlig ungenügend beschäftigt. Im Tabakgewerbe sind Einschränkungen der Betriebe (Feierschichten, Stilllegungen, Entlassungen bis zu 50, 80 und mehr Prozent der Arbeiterschaft) an der Tagesordnung. Im gesamten graphischen Gewerbe und in den verwandten Gewerben (Schriftgießereien, Buchbinder-reien usw.) nimmt die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades ihren ununterbrochenen Fortgang (Sterben der Zeitungen, trostlose Lage der Abdrucken- und Werkdruckereien, da Bücher, Zeit-schriften, Druckfächer, Propagandaschriften usw. zu den Luxus-artikeln zählen, recht ungünstige Verhältnisse in den chemi-graphischen Anstalten, Steindruckereien usw.).

Die Krise ist im wesentlichen die Folge der dauernden Passivität unserer Zahlungsbilanz. Deutschland hat in den letzten Jahren an seine Gläubiger stets mehr bezahlt, als es seiner-seits von seinen Schuldner eingekommen hat, und es ist hierbei mehr und mehr verarmt. Die Abnahme der Kaufkraft seiner Bevölkerung ist das äußere sichtbare Zeichen dieser Verarmung. Nur die Aktiverung unserer Zahlungsbilanz kann uns die Rettung aus diesem Elend bringen. Verminderung der Einfuhr, Vermehrung der Ausfuhr muß die Parole sein. Hierzu bedarf es jedoch einer radikalen Umstellung unserer Wirtschaft, die nicht von heute auf morgen zu erreichen ist und die ganz gewiß durch jeden politischen oder wirtschaftlichen Umsturzversuch nur verlangsamt werden wird. Gelling ist nicht, alle Kreise der werktätigen Bevölkerung, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zur dauernden tätigen Mithilfe an dieser Umstellung der Wirtschaft zusammenzuführen, dann wird auch dies letzte Mittel der Gesundung Deutschlands vergeblich angewandt sein.

Eine Rede Stresemanns.

Im Anschluß an die internen Konferenzen der Reichsregierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes, die heute den ganzen Tag ausfüllten, sprach Reichskanzler Dr. Stresemann heute abend in einer überfüllten Volksversammlung über die politische Lage.

Die Rede war ein scharfer Protest gegen die französische Politik, die, unbekümmert um die Einstellung des passiven Widerstandes fortgesetzt wird und deren Wirkungen von Tag zu Tag verhängnisvoller werden. Zum ersten Male seit der Übernahme der Regierung gab der Reichskanzler der tiefen Erbitterung des deutschen Volkes über die französische Politik einen durch feinerkeit diplomatische Rücksichten gemilderten Ausdruck. Die Unterstützung der Separatisten durch Frankreich und Belgien nannte er angesichts der oft ausgesprochenen Versicherungen Frankreichs, daß es keine Eroberungsabsichten am Rhein hege, einen ungeheuerlichen Wortbruch. Der Behauptung Frankreichs, daß der passive Widerstand erst dann als eingestellt gelten könne, wenn der Zustand vor dem 11. Januar wiederhergestellt sei, stellte der Reichskanzler die Frage entgegen, ob Frankreich denn überhaupt wollte, daß dieser Zustand wiederkehre. Habe es denn etwa vor dem 11. Januar eine Eisenbahngeregung und nicht vielmehr deutsche Eisenbahnen im besetzten Gebiet gegeben? Der Reichskanzler erwähnte mit Betonung, daß das Kabinett den ihm von französischer Seite vorgelegten Eisenbahnregierungsvertrag abgelehnt habe, und bemerkte im Anschluß daran: Es muß einmal die Zeit vorüber sein, in der man glaubt, daß man mit uns auf dem Wege der Diktate weiterreden könne. Wir mögen zu schwach sein, um uns zu wehren, man kann uns vergewaltigen und uns Land und Eigentum rauben, aber man kann uns nicht zwingen, unsere Unterschrift unter einen

Schicksal und Willensfreiheit im indischen Denken.

Vortrag von Prof. Dr. Otto Schrader (Universitätswoche.)

Über dieses Thema sprach am Donnerstag nachmittags in der Aula des Johanneums Professor Dr. Otto Schrader. Professor Schrader wies einleitend darauf hin, daß der Schicksalsgedanke, obwohl bei allen indogermanischen Völkern nachweisbar, dennoch nicht in die indogermanische Urzeit zurückzuführen ist. In der ältesten indischen Literatur ist er nicht vorhanden.

Erst nach dem Aufkommen der Seelenwanderungslehre, vielleicht nur etwa 2 Jahrhunderte vor Buddha, beginnen in Indien fatalistische Theorien sich breit zu machen, über welche die Literatur der Jainas und Buddhisten sowie das große Epos Mahabharata uns belehrt. Großer Beliebtheit erfreute sich vor allem die sogenannte „Jainphilosophie“, die nach im letzten Jahrhundert nach Christa unter den philosophischen Systemen aufgezählt wird. Sie steht in der Zeit der geschichtlichen Macht, von der in jedem Augenblick alles Geschehen abhängig und der gegenüber der Mensch gänzlich ohnmächtig ist. Eine andere Theorie sah nicht in einem äußeren Agens die unabweislich treibende Macht, sondern in dem „Eigenwesen“, d. h. der Natur, der Dinge. Eine dritte Theorie führte das Geschehen überhaupt auf keine metaphysische Wesenheit zurück, sondern nur auf ein unerklärliches Geschehen. Dies war die Ansicht des Natthali Sphala, des Begründers der von den Jainas im sechsten Jahrhundert untergegangen der Ajivitas, des bedeutendsten Gegners des Buddha neben Mahavira, dem Führer der Jainas. Eine vierte Theorie präparierte den „Zufall“. Eine fünfte sah in dem Menschen ein bloßes Spielzeug eines persönlichen Gottes; des „Herrn“ oder „Zerstörers“ der Welt. Endlich gab es noch die Meinung, daß alles Tun und Lassen des Menschen nichts sei als die notwendige Folge seiner früheren Leben.

Das Aufstehen des Buddha bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte des Freiheitsproblems in Indien. Hier finden wir zum erstenmal einen Helden-Protest gegen alle Schicksals-theorien; ja der Buddha und genau so kein Gegner Mahavira teilte die Philosophie der Laien und Philosophen der Rigveda. Dem Buddha determinismus eines Schicksals hat Buddha entgegen mit dem folgenden Bekenntnis: „Ich verkünde die Laien, ich verkünde das

Handeln, ich verkünde die Kraft.“ Aber nach einer philosophischen Begründung dieses Standpunktes suchen wir vergebens. Buddha wies nur darauf hin, daß es widerförmig sei, Mod, Diebschaft, falsche Ansichten usw. auf die Taten in einem früheren Leben oder auf Gott oder auf den Zufall zurückzuführen zu wollen. Er glaubte jedoch an die notwendige Folge der freien Tat und sah vor allem die besondere Art der Geburt als durch das Vorleben bestimmt an. Er glaubte ferner auch, ohne sich näher darüber zu ärgern, an eine gewisse kosmische Notwendigkeit, durch welche die Weltperioden und das Entstehen der Buddhas bestimmt werden und kraft welcher es z. B. unmöglich ist, daß ein Buddha eines gewaltigen Todes stirbt.

Professor Schrader wandte sich dann zu dem brahmanischen Vermittlungsversuchen zwischen der von Buddha proklamierten Freiheit des Tuns und den verschiedenen Schicksals-theorien. Diese Versuche seien besonders in den sogenannten Rechtsbüchern zu finden. In einem derselben werden z. B. „Schicksal“, „Natur“, „Zeit“ und „freie Tat“ als Faktoren im menschlichen Geschehen bezeichnet. Schließlich reduzierte man die Faktoren auf nur zwei, indem man dem freien Tun des Menschen alle Schicksalsfaktoren zusammen als das „Göttliche“ oder „Dämonische“ (daiva) gegenüberstellte. Der letzte Schritt war, das „Göttliche“ als die „frühere Tat“ des Menschen (d. h. die notwendige Folge derselben) zu erklären und so die beiden (notwendige Folge und freie Tat) z. B. mit den beiden Nadeln eines Schlangentanzes oder arbeitsreichs mit zwei beständig einander bekämpfenden Wildtieren zu vergleichen. Allen diesen Versuchen gemeinsam ist die Bemerkung, den absoluten Fatalismus als eine unwürdige und falsche Weisheitslehre zu erweisen.

Der letzte Teil des Vortrages war den theologischen Lösungsversuchen des Freiheitsproblems gewidmet, wie sie in den Kommentaren und Subcommentaren zu den heiligen Indier, bedingt anerkannt, aber verschiedenes ausgelegt, Brahmanetra genannten theologischen Apophorismen (wunderlich) vorliegen. Hier handelt es sich um jähliche, einer fremden Logik nicht stehende Lehren, das Dogma der Allgegenwart Gottes mit der Forderung der menschlichen Freiheit im Einklang zu bringen. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß im heutigen Indien der Fatalismus in der Gestalt des Glaubens an die „frühere Tat“ außerordentlich stark sei. In dieser Hinsicht habe der aus Indien zurückgekehrte Buddha sich als der große weniger philosophische, aber praktische Religions-erzieher: der Buddha glaube an die Unabwendbarkeit der Folgen seines Tuns — mehr

noch als der Hindu, der durch Wallfahrt und Askese die Vergangenheit auslöschung zu können meint — aber er glaube nicht an Taten als ein bloßes Ergebnis früherer Taten.

Nordische Beziehungen der südbindischen Sprachen.

Vortrag von Prof. Dr. Schrader (Universitätswoche.)

Der zweite Vortrag von Professor Schrader, am Freitag nachmittags in der Aula des Johanneums gehalten, war einem philologischen Problem gewidmet, das insofern besonderes Interesse verdient, als es uns bis ins Ferne zurückführt in eine Vergangenheit, von der keine Gewähr berichtet. Der Vortrag handelte von dem Zusammenhang der jetzt völlig getrennter Sprachstämme, nämlich der großen nordischen Sprachfamilie Südbindiens und der unter dem Namen „uralisch“ zusammengefaßten finnisch-ugrisch-amojedischen Sprachen. Professor Schrader suchte zu zeigen, daß dieser schon vor 70 Jahren von dem englischen Bischof Caldwell vermutete Zusammenhang wirklich existiert. Nach einem Überblick über die einzelnen Sprachen der beiden Gruppen besprach er zunächst einige hervorstechend gemeinsame Eigentümlichkeiten des Sprachsystems wie den sogenannten Stufenwechsel und darauf an etwa 20 Beispielen die Entsprechung einzelner Laute. Dann zeigte er, daß in beiden Gruppen großenteils dieselben morphologischen Suffixe verwendet werden und daß auch in der Declination, weniger in der Konjugation, auffallende Berührungspunkte vorhanden seien; daß ferner auch die meisten Pronomina, wenigstens drei Zahlwörter (eins, vier und zehn) und die wichtigsten Ver-wandtschaftsnamen beiderseits dieselben seien. Er schloß mit einer Beantwortung der Frage, wie denn bei der auffallenden anthropologischen Verschiedenheit der Dravidier von den Finnen usw. ein sprachlicher Zusammenhang zwischen ihnen möglich sei. Als Erklärung hierfür mittle ein Sprachwechsel angenommen werden, nämlich z. B. dem von den Bulgaren vollzogenen, die nachweislich erst vor ca. 1000 Jahren ihre damalige finnisch-ugrische Sprache vollständig aufgaben gegen die der von ihnen unterworfenen, ihnen der Zahl nach und kulturell überlegenen slavischen Bevölkerung. Möglicherweise aber — was spätere Forschung entscheiden mag — sei die Uebernahme der fremden Sprache keine vollständige gewesen; in diesem Falle würde es sich nur um ein starkes uralisches Element im Dravidischen handeln, nergleichbar etwa dem französischen Element im Englischem.

solchen Raub zu sehen. Der Reichskanzler legte dar, daß die Regierung das Letzte getan habe, um die Wirtschaft des besetzten Gebietes wieder in Gang zu setzen. In den letzten Tagen noch habe sie sich zur späteren Zurückzahlung von Krediten bereit erklärt, die die Industrie aufnehmen versuchen solle, um Reparationskosten liefern zu können. Es sei noch ungewiß, ob die Verhandlungen, die hierüber mit der Besatzungsbehörde geführt werden, und die zunächst zu keinem Ergebnis geführt haben, weil Frankreich auch die Bezahlung der Kohlensteuer verlangt habe, schließlich zu einem positiven Abschluß führen werden. Er hoffe es, nicht um der Politik willen, sondern um des Glanzes der Bevölkerung des besetzten Gebietes willen, die durch ein solches Abkommen von schwerem Druck befreit würde. Die Befürchtung, die in der letzten Zeit wiederholt ausgesprochen wurde, daß die Regierung das besetzte Gebiet preisgeben wolle, wies der Reichskanzler mit der größten Entschiedenheit zurück. Das besetzte Gebiet habe den gleichen Anspruch auf die Hilfe der Regierung wie jedes andere Stück deutschen Landes, aber die Mittel der Regierung seien infolge der furchterlichen Finanznot beschränkt. Der Reichskanzler ging dann auf die Reparationsfrage ein. Er wiederholte seine früheren Erklärungen, daß das deutsche Volk zu größten materiellen Opfern bereit sein müsse, um seine Freiheit zurückzugewinnen. Unsere Lage sei aber so, daß wir am Ende unserer Leistungskraft seien, wenn man das Ruhrgebiet und das Rheinland von uns abschneidet. Wir können nicht zahlen, so rief der Reichskanzler aus, und wir werden nicht zahlen, solange die Ruhrbesetzung anhält.

Die Rechtswidrigkeit des Einbruchs in das Ruhrgebiet wird auch von England anerkannt. Was aber tut England, um diesen Rechtsbruch zu beistimmen? Wenn mehrere Staaten einen Vertrag gemeinsam geschlossen haben, so ist auch ihre Ehre gemeinsam für die Einhaltung dieses Vertrages engagiert. Wir bitten nicht um Gnade, aber wir fordern die Gerechtigkeit und Wiederherstellung des Rechtes, das uns der Versailler Vertrag zugesprochen hat. Die Entscheidung muß bald fallen; wir verlangen Klarheit. Die Behauptung von der Alljährlichkeit Deutschlands am Kriege wies der Kanzler mit Schärfe zurück. Er verwies darauf, daß Deutschland die Prüfung der Kriegsschuldfrage durch einen unparteiischen internationalen Gerichtshof angeregt und daß es keine diplomatischen Akten veröffentlicht hat. Wer ein ebenso gutes Gewissen hat, der gehe hin und tue dasselbe. Der Reichskanzler, dessen Ausführungen oft von starken Beifallskundgebungen unterbrochen wurden, schloß mit einer eindringlichen Mahnung zur Einigkeit und zur Bewahrung des Glaubens an die Zukunft des deutschen Volkes.

Vor dem Reichskanzler hatte der Reichsminister des Innern Solmann, in einer Ansprache innerpolitische Fragen berührt. Er betonte stark, daß kein ausländischer deutscher Mann mit dem separatistischen Gesindel, das jetzt im Rheinland Unruhen stiftet, etwas gemein habe. Man kann vielleicht mit Gewalt staatsrechtliche Verhältnisse am Rhein ändern, aber ich habe die feste Zuversicht zu allen Schicksalen des deutschen Volkes, daß das deutsche Volk in seinem Gewissen niemals die Gewalt als wirkliches Staatsrecht anerkennen wird. Dem besetzten Gebiet werde die Regierung weiterhin helfen, so gut und so schlecht sie jeder anderen Provinz im deutschen Vaterlande helfen könne. Man dürfe aber in der gegenwärtigen Lage nicht zuviel von oben her erwarten, sondern es müsse jeder selbst mit helfen, so gut es gehe. Alle Mitglieder des Kabinetts seien einig in dem Willen, den hungernden Volksgenossen mit dem Notwendigsten über diesen Winter hinwegzuhelfen.

Besprechungen mit Vertretern des besetzten Gebiets.

Hagen, 25. Oktober (Wolff.) Im Rathaus zu Hagen fand heute eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet statt, an der der Reichskanzler mit den Ministern für die besetzten Gebiete und des Innern, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Wirtschaftskreise aus verschiedenen Teilen des besetzten Gebiets teilnahmen.

Der Reichskanzler erklärte mit Nachdruck, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Befürchtungen absolut unbegründet seien. Er legte im einzelnen dar, in welcher Weise die Reichsregierung unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage des Reiches die finanzielle Leistung für das besetzte Gebiet geregelt habe. Dies solle auch weiterhin in den Grenzen der Leistungsmöglichkeit des Reiches fortgesetzt werden. Zu den gegenwärtigen separativistischen Forderungen bemerkte der Reichskanzler, daß nach wie vor die Zurückweisung solcher vaterlandlosen Bestrebungen erwartet werden müsse, und daß für die Reichsregierung und die Länderregierungen jeder Gedanke einer Losreißung der besetzten Gebiete vom Reich und den Ländern selbstverständlich unerwünscht sei.

An die Darlegungen des Reichskanzlers, denen der preussische Ministerpräsident für die preussische Staatsregierung in vollem Umfange beirat, schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von den Vertretern des besetzten Gebietes auch die mit der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der Lebensmittellage für die besetzten Gebiete verbundenen Gefahren hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für die besetzten Gebiete wurde als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten möglichst schnelle Hilfe zu. Ein wertbeständiges Zahlungsmittel werde nach Mitteilung des Vorsitzenden der Städtevereinigungen von den rheinischen Städten mit Genehmigung der Reichsregierung geschaffen werden. Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer ständigen engen Fühlungnahme untereinander und mit der Reichsregierung und zur Mitwirkung bei den nötigen Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiete einen Ausschuss von 15 Personen bereits eingesetzt hätten.

Krupp und die Kruppdirektoren aus der Haft beurlaubt.

Essen, 25. Oktober. Herr Krupp von Bohlen und Halbach sowie die drei im Düsseldorf-Gefängnis sitzenden Kruppischen Direktoren Hartwig, Bruns und Oesterlen wurden zur Erledigung dringender geschäftlicher Angelegenheiten auf sieben Tage aus der Haft nach Essen beurlaubt. Wie verlautet, finden am Donnerstag Verhandlungen über die Haftentlassung weiterer politischer Gefangener statt. Man nimmt an, daß die „Beurlaubung“ der Kruppischen Direktoren die Einleitung zu ihrer endgültigen Entlassung sein wird.

12 Stunden Arbeitszeit unter der französischen Regie.

II. Berlin, 25. Oktober. Die Einstellung von deutschem Eisenbahnerpersonal bei der Regie im Ruhrgebiet ist bis jetzt nur

in ganz geringem Maße erfolgt. Vorwiegend wurden solche Bedienstete übernommen, die im besetzten Gebiet geboren sind. Im Allgemeinen ist die Arbeitszeit auf 12 Stunden bemessen; für das Zug- und Lokomotivpersonal ergeben sich meist noch längere Dienstdauern.

Französische Sabotage des Reichsbahnverkehrs.

II. Eissenkirchen, 25. Oktober. Die Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs sind völlig ins Stocken geraten. Zentrale Verhandlungen in Mainz haben zu keinem Erfolg geführt, weil die französischen Bedingungen völlig unannehmbar waren. U. a. wurde gefordert, völlige Wiederherstellung der Strecken, des Materials, der Bahnhöfe nach dem Stande vom 10. 1. 23, Lieferung von außerordentlich großen Mengen rollenden Materials, Bereitstellung von Brennstoffen. Alles natürlich auf deutsche Kosten. Von den Eisenbahnern, die sich zur Wiederaufnahme des Dienstes gemeldet haben, ist kaum einer wieder eingestellt worden; von den oberen Beamten niemand. Der Durchführung des Verkehrs bereiten die Franzosen die größten Schwierigkeiten. In Bismarck 3. B. wird die Zollkontrolle der Güterzüge auf den Personenbahnsteigen angenommen, jedoch bereits das größte Durchsicherungsgebiet. Zurzeit ist nicht damit zu rechnen, daß zollpflichtige Güter ins Ruhrgebiet kommen, da die Schwierigkeiten zu groß sind. In eine Wiederaufnahme eines einigermaßen geregelten Verkehrs ist nicht zu denken.

Abflauen der Separatistenbewegung im nördlichen Rheinland.

II. Lüttich, 26. Oktober. Die belgische Telegraphen-Agentur meldet: Die deutsche Polizei in Aachen versteht unter der Kontrolle belgischer Genarmen den Ordnungsdienst. In Aachen muß die Lage für die Separatisten als verloren angesehen werden. Aus den anderen Städten, wo die rheinische Republik ausgerufen wurde, mußten die Separatisten sich wieder zurückziehen. Sie halten sich nur noch in Montjoie. Im ganzen ist die Bewegung in der belgischen Zone zurzeit zum Stillstand gekommen.

Der Stand der Separatistenbewegung.

Hagen, 26. Oktober. In Bonn ist der Belagerungszustand erklärt und das Rathaus erneut besetzt worden. In Koblenz erg besetzten die Sonderbündler nach einem zunächst mißglückten Versuch das Rathaus, hielten die grün-weiß-rote Flagge und riefen die Republik aus. In Beul kam es gestern zwischen Separatisten und Antiseparatisten zu schweren Kämpfen. Das Rathaus ist von den Sonderbündlern besetzt. Die Franzosen verlangen, daß die Beamten, die sich weigern, den Anordnungen der Separatisten zu folgen, die Gebäude verlassen. Tizard soll die Separatisten anerkannt haben. In Aachen sind vor dem Regierungsgebäude drei belgische Panzerautos mit Maschinengewehren zum Schutze der Sonderbündler aufgeföhren. Das Rathaus und die Reichspost befinden sich noch in Händen der reichstreuen Deutschen. — Königswinter ist heute morgen von Sonderbündlern überfallen worden. — In Aachen und Arelsd herrscht der separatistische Terror. — In Eissen ist die Lage un verändert, doch macht sich immer schrofferes Vorgehen der Franzosen zugunsten der Separatisten bemerkbar.

Sitzung des Reichskabinetts.

II. Berlin, 27. Oktober. Die Reichsminister traten am Freitag abend zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Lage im Rhein- und Ruhrgebiet zusammen. Der Reichskanzler und die Reichsminister, die die Besprechung in Hagen geführt hatten, erstatteten Bericht über ihre Eindrücke und die Ergebnisse ihrer Reise. Der Reichskanzler und die Minister ließen keinen Zweifel darüber, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders des Ruhrgebietes, die sich in Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit ausdrückt, zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gebe.

Die Beamtenehaltszahlungen am 1. November. Zahlungen für das erste Monatsviertel.

II. Berlin, 26. Oktober. Die in der letzten Zeit überaus schnell fortschreitende Entwertung der Papiermark hat dazu geführt, daß eine gerechte Anpassung der Bezüge der Gehalts- und Lohnempfänger an diese Entwertung immer schwieriger wird. Die Reichsregierung beabsichtigt daher, so schnell wie möglich zu einer Bezahlung dieser Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln überzugehen. Da jedoch am 1. November diese Zahlungsmittel noch nicht in erforderlichen Mengen bereitstehen werden, um schon zu diesem Zeitpunkt mit einer auch nur zeitweiligen wertbeständigen Auszahlung der genannten Bezüge beginnen zu können, muß die Auszahlung der am 1. November fälligen Bezüge der Beamten um zunächst auf das erste Monatsviertel beschränkt werden, um wertbeständigen Zahlungen für spätere Monatssteile nicht vorzugreifen. In der Verordnung der Reichsregierung vom 24. Oktober 1923 (Reichsbesoldungsblatt Seite 355) ist daher vom Reichsminister des Innern verordnet, daß am 1. November 1923 den Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie den Besoldungsberechtigten nur die Bezüge für die Zeit vom 1. bis 8. November (erstes Monatsviertel) ausgezahlt werden. Diese Abweichung von der gesetzlich festgelegten Zahlungsart der Beamtenbezüge stellt eine Notmaßnahme dar, die aus den oben genannten Gründen unvermeidlich ist. Die Reichsregierung wird aber sobald wie irgend möglich zu der gesetzlich festgelegten Art der Auszahlung der Beamtenbezüge zurückkehren.

Lohnzahlungen in wertbeständigem Geld.

II. Berlin, 26. Oktober. Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auch den Arbeitern und Angestellten zugute kommen muß. Mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr müssen selbstverständlich auch die Gehälter auf das neue Zahlungsmittel umgestellt werden. Diese Umgestaltung wird mit einem Teil des Lohnes beginnen und entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt werden müssen. Zu einer Rücksprache über die zur Umgestaltung erforderlichen Schritte hat der Reichsarbeitsminister die Spitzengewerkschaften auf Montag, den 29. Oktober, eingeladen.

Die wochentäglichen Unterstützungssätze für Erwerbslose

im unbesetzten Gebiet betragen in der Woche vom 22.—27. Oktober in den Ortsklassen A, B, C und D bzw. E für Männer über 21 Jahre 10,5, 9,8, 9,1 und 8,4 Milliarden, für Männer

unter 21 Jahren 8,8, 8,9, 8,5 und 8,1 Milliarden, für Frauen über 21 Jahre 8,4, 7,8, 7,2 und 6,8 Milliarden, für Frauen unter 21 Jahren 4,9, 4,8, 4,3 und 4,8 Milliarden. Der Familienzuschlag für den Ehegatten beläuft sich auf 3,9, 3,6, 3,3 und 2,5 Milliarden, der für jedes Kind oder jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen auf 3,1, 2,9, 2,7 und 2,5 Milliarden. Familienzuschläge können nur bis zum Höchstbetrag der doppelten Hauptunterstützungssätze gewährt werden.

Kleingeld in Rentenmark.

Die Vorbereitungen zur unmittelbaren Aufnahme der Tätigkeit der Rentenbank stehen vor dem Abschluß. Mit der Prägung der Münzen für das Kleingeld ist bereits begonnen worden. Es werden für den Kleinverkehr 1-, 2-, 5-, 10- und 50-Pfennig-Stücke geschaffen. Die eigentliche Rentenmark, die Einheit der Rentenbank, soll bis zur Schaffung der Goldmark als Zwischengeld dienen und durch Goldmark eingelöst werden. Die Arbeiten für die Goldnotenbank werden beschleunigt durchgeführt. Der Erlaß einer Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes steht unmittelbar bevor.

Die ersten kleinen Goldanleihestücke in Verkehr gebracht.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß am Freitag die ersten Zwischenscheine der Goldanleihe, lautend über 1/2, 1/4 und 1/10 Dollar dem Verkehr zugeleitet wurden. In den nächsten Tagen wird der Druck in erhöhtem Umfange fortgesetzt. Gleichzeitig wird mit der Herstellung der endgültigen Stücke von 1/2, 1/4 und 1/10 Dollar begonnen und mit dem der Rentenmarktscheine, sowie der Goldanleihestücke von 1,2 und 5 Dollar fortgeföhren. Es kann also erwartet werden, daß in wenigen Tagen für den Verkehr die genügende Menge von wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Verfügung stehen wird. Der Gesamtbetrag der zur Ausgabe gelangenden Goldanleihestücke einschließlich der Zwischenscheine darf insgesamt die durch Reichsgesetz vom 14. 8. 1923 bestimmte Höchstgrenze von 500 Millionen Goldmark nicht überschreiten.

Bayerische Goldquittungen.

II. München, 25. Oktober. Die bayerischen Großkraftwerke haben Goldquittungen zur Finanzierung ihres Weiterbaues ausgegeben. Diese Goldquittungen gehen an die landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Landesproduktienhandel und den Viehhandel, die dafür die Verpflichtung übernehmen, Getreide, Kartoffeln, Vieh und andere Lebensmittel vom Erzeuger dem Bedarf zuzuföhren. Die Goldquittungen sind gestiftet in 1, 2, 5 und 10 Dollar. Der Landwirtschaft wird dadurch ein wertbeständiges Zahlungsmittel geboten, nach dem sie schon lange verlangt. Das Papiergeld bleibt jedoch nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Strafanträge im Rüstiner Putschprozeß.

II. Kottbus, 26. Oktober. Die Vertreter der Anklagebehörden vor dem außerordentlichen Gericht in Kottbus beantragen gegen die wegen der Rüstiner Vorgänge am 1. und 2. Oktober angeklagten 14 Personen folgende Strafen:

1. gegen Buchruder lebenslängliche Festungshaft; dauernden Verlust des Rechtes zur Bekleidung öffentlicher Ämter; gänzlicher und dauernder Verlust des Ruhegehaltes und die Absperrung der Fähigkeit zum Tragen der Offiziersuniform unter Verfolgung mildernder Umstände.
- Den übrigen 13 Angeklagten sollen mildernde Umstände zugestanden werden. Dementprechend wird
2. gegen Herzer beantragt: 12 Jahre Festungshaft; im übrigen dieselben Strafen wie Buchruder;
3. gegen Heyn und
4. gegen Fliege je 5 Jahre Festung;
5. gegen Vogt 4 Jahre und 2 Monate Festung;
6. gegen Stobbe 4 Jahre und 2 Monate Festung;
7. gegen Koertger 2 Jahre und 9 Monate Festung;
8. gegen Wojzianski,
9. gegen Walter und
10. gegen Schrant je 3 Jahre und 6 Monate Festung;
11. gegen Reichelt 3 Jahre und 6 Monate Festung;
12. gegen Dubkowsky,
13. gegen Kühn und
14. gegen Burthard je 3 Jahre Festung.

Der Strafantrag stützt sich bei Buchruder und Herzer auf Hochverrat und bei den übrigen 12 Angeklagten auf Beihilfe zum Hochverrat.

Amerikanisches Getreide für Deutschland.

II. Washington, 27. Oktober. Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Colidge den Plan eines Verkaufs von 50 Millionen Bushels Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu schaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler befürworteten, daß der Kauf dieser 50 Millionen Bushels durch Wechsel geschieht, wie sie von der Kriegsfinanzkorporation ausgestellt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Vornehmen nach bringt Präsident Colidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

Dollar 65 Milliarden.

Spanetti

die beste Milch-Schokolade

Persil Halbe Arbeit billiges Waschen und die Wäsche tadellos!

Bekanntmachung!

Wir fordern hierdurch die im Streit befindlichen und noch nicht entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Mitgliedsfirmen auf, die Arbeit spätestens (7898)

am Montag, dem 29. Okt. d. J.,

wieder aufzunehmen.

Gleichzeitig geben wir das von uns gemachte Angebot über die Lohnhöhe ab 24. Oktober bekannt:

Gelernte Arbeiter	über 22 Jahre	0,40	Goldmark
"	von 20-22	0,35	"
"	unter 20	0,30	"
Ungelernte	über 22	0,38	"
"	von 20-22	0,33	"
"	von 18-20	0,28	"
"	von 16-18	0,24	"
Ungelernte	über 22	0,35	"
"	von 20-22	0,30	"
"	von 18-20	0,26	"
"	von 16-18	0,22	"
Frauen	über 22	0,24	"
"	von 20-22	0,20	"
"	von 18-20	0,17	"
"	von 16-18	0,15	"

Die Verheirateten sollen eine Sonderzulage in Höhe von 5 Prozent des Spitzenlohnes erhalten. Die Beträge sollen, soweit wertbeständige Zahlungsmittel vorhanden sind, in diesen geleistet werden, andernfalls soll der Goldmarkbetrag in Papiermark nach dem amtlichen Geldkurs des Dollars am letzten Börsentag vor der Zahlung umgerechnet werden.

Nach dieser Regelung würde ein verheirateter gelernter Arbeiter über 22 Jahre, der am heutigen Tage den üblichen Vorschuss für die am Mittwoch und Donnerstag geleisteten Arbeitsstunden erhält, folgende Abschlagszahlung auf Grund der Tariflöhne zu beanspruchen haben: 16 Arbeitsstunden je 42 Goldpfennig = 6,72 Goldmark, umgerechnet zu dem gestrigen Geldkurs des Dollars 103,74 Milliarden Mark.

Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die dieser Aufforderung nicht entsprechen, sind mit Sonnabend, den 27. Oktober, entlassen.

Lübeck, den 26. Oktober 1923.

(7898)

Bund der Arbeitgeber für Lübeck und Umgegend
Gruppe Metallindustrie.

Wir müssen

Opfer

bringen, um Entlassungen vorzubeugen

Wir bringen Maßanzüge aus
allerbestem Material mit besten
Zutaten in bester Verarbeitung
zum Preise

Serie I

100 Goldmark

Serie II

120 Goldmark

Karstadt
A.-G.



Lübeck,
Untertrave
111/112

Kohlen-Kontor

Lübeck,
Untertrave
111/112



ab Anfang November

Holstenstr. 17.

Telephon
818/19.

Telephon
818/19.

Bekanntmachung.

Wir sind bereit, auf folgenden Grundätzen die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen:

1. Der Betrieb wird am Montag, dem 29. Oktober wieder eröffnet und grundsätzlich die ganze Belegschaft wieder eingestellt.

2. Es gilt als Neueinstellung. Deshalb ist das Amt des letzten Betriebsrats erledigt.

Die Neuwahl des Betriebsrates hat baldmöglichst stattzufinden.

3. Da die Erdarbeiten sowie Ende Oktober ganz stillgelegt werden sollten, bleiben die Erdarbeiter von der Wiedereinstellung ausgeschlossen.

Da ferner auch in anderen Betriebsstellen Entlassungen in Aussicht genommen waren, behält sich die Direktion vor, zunächst etwa 5 Proz. der bisherigen Belegschaft nicht wieder einzustellen.

Wir werden diejenigen, die wieder eingestellt werden sollen, durch Karte dazu auffordern.

4. Mit dem neuen Betriebsrat ist eine Aenderung der Arbeitsordnung zu vereinbaren.

5. Wir sind bereit über etwaige Härten mit der Gewerkschaft zu verhandeln.

Lübeck, den 27. Oktober 1923.

(7807)

Brückenbau Slender A.-S.

Schiffswerft Lübeck-Siemens.

Verklärung.

Am 29. 10. 23, mittags 12 Uhr, wird der Kapitän Brangul vom D. „Emma“ wegen seiner Reise von Danzig nach Lübeck im Gerichtshause, Große Burgstraße 4, Zimmer Nr. 9, Verklärung ablegen.

Umtsgericht Lübeck.

Starter Ziehhund
abgegeben. (7891)
Kronsforder Allee 89.

Holz gegen Kinderwagen zu tauschen.
(7890) Werderstr. 10, I.

Ober- und Unterbett zu kaufen gesucht oder geg. Kartoffeln zu tausch. Ang. unt. 6 410 an die Exp. d. Bl. (7891)

H. Handblodwag.
gegen Korn oder Lebensmittel zu tauschen. Ang. unt. 6 411 an die Exp. d. Bl. (7894)

Verztl. Sonntagsdienst (7888)
Dr. Petersen, Wengstr. 16.
Dr. Stoffer, Kronsf. Al. 6.
Dr. Matthias, Warendorff 52

(7905) In
Honigs
Tuchlager
Fleischhauerstr. 71
kaufen Sie
Stoffe
aller Art
gut, reell u. billig.

Z. P. F.

(Zentrale für private Fürsorge)
Johannisstr. 47/49 (7899)

Annahme von feinen Handarbeiten fürs Ausland.

Montags und Donnerstags von 3 bis 4 Uhr.

Die Gasrechnungen sind zu hoch!

Was ist zu tun?
Die Anschaffung des **Sparkochers „Küchenec“** hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Stauend geringer Brennstoffverbrauch. Kostenlos, unverbindliche Bestätigung jederzeit. Billigste Fabrikpreise.
Christianus & Co., Maschinenfabrik, Lübeck, Fackenburg Allee 56. (7895)

Billiger Gürtel

(Geort), solange Vorrat reicht, pro Zentner 30 Goldpfennige, sowie sämtliche Brennstoffe empfiehlt ab Lager Falkenstr. **Max Boye.** (7879) Telephon 8441.

In meinen Kleinverkaufsstellen **Königsstraße 48 a, Obertrave 10, Beckergrube 29** habe ich die Preise für (7906)

Margarine, Käse und Dosenmilch trotz fester Dollarkursen ermäßigt. Nur solange Vorrat reicht.
Robert Erasmi, Abtl. Kleinhandel.

Bereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Kolosseum
Heute **Sonnabend.**
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr,
Morgen **Sonntag.**
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr:
Gr. Ball
(7892) Joh. u. R. Mittag.

Jeden Sonntag: (7884)
Weißer Engel. Tanzkränzchen.

Moislinger Baum

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:
Bornehmes Tanzkränzchen
verbunden mit
heiteren **Künstler-Vorträgen**
unter Mitwirkung des bekannten Niederländer Adolf Friedrichs, des Langhümmert Max Glesenberg, sowie der plattdeutschen Stimmungskanone **Adje Otto,** Hamburgs bester Typen-Darsteller. Moderne Tänze. Künstlerkapelle. Leitung: Herr **Karl Stucht.** Prima Kaffee und Kuchen. Spezialität: **Porter vom Fass.** Für Familien freier Eintritt.
(7896) **Rudolf Jäde.**
Ich weise noch besonders auf den am Sonnabend, dem 3. Novbr. stattfindenden, stets so beliebten Herbstball des Gesangsvereins „Sangeslust“ hin.

Pledermans

8 Uhr. (7882)

Café Bernhardt
Fackenburg Allee 9.
Täglich nachm. Konzert.
(7887) u. abds.: Konzert.

Trocadero.
Schlüsselbld. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.

Hansa-Theater.

Heute Sonnabend sowie Sonntag 7 1/2 Uhr: (7882)

Die rote Kabe.
Montag 7 1/2 Uhr:

Die rote Kabe.
Dienstag 7 1/2 Uhr:

Gastspiel der I. Operettensängerin **Margret Wagner** als **Josephine** (7889)
„Die Försterchristl“ mit **Hertha Witt** in der Titelrolle.

Gladtheater Lübeck.

Sonntag, 7 30 Uhr:
Die rote Stadt.
Montag, 7 30 Uhr:
(Volksbühne). (7904)
Der Marquis v. Keith.

Nachrichtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtenamt Lübeck,
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Stüben.

Nummer 3.

Montag, 29. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Amthche Anzeigen.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 wird verboten:

Militärisches Kampfgerät, insbesondere Militärwaffen oder Munition für Militärwaffen anzubieten, feilzuhalten, sowie an Personen, die nicht zum Besitz solcher Gegenstände berechtigt sind, zu überlassen, den Erwerb oder das Überlassen zu vermitteln oder sich zum Erwerb zu erbieten und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Täter sich im Besitz dieser Gegenstände befindet.

Dieses Verbot findet keine Anwendung auf die auf Grund des Friedensvertrages durch die F. M. R. R. zugelassenen Firmen für ihre Lieferungen an solche amtlichen Stellen, die nach den geltenden Bestimmungen ihre Organe mit diesen Gegenständen versehen dürfen.

Zumverhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 bestraft.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 20. Oktober 1923.
Nr. 510. 10. 23. T. I. III.

Der Reichswehrminister
Dr. Cessler.

Vorstehende Verordnung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Wer diese Verordnung böswillig abreißt, beschädigt oder verunstaltet, wird nach den durch die Ausnahmeverordnung angeordneten Strafen bestraft.

Stettin, den 24. Oktober 1923.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt.

von Tschischwitz,
Generalleutnant.

Behrkeiskommando II, Ic Nr. 343/23 A. 3. (7926)

Öffentliche Verdingung.

Ausführung v. Klempnerarbeiten f. d. Neubau v. Siedlungsdoppelhäusern a. d. Dornbreite. Angeb. sind zum 1. November mittags 12 Uhr einzureichen. (7921)
Lübeck, den 29. 10. 23. Das Bauamt.

Ab 1. November ist die Betriebszeit für den Wagenführer der Krimalfähre von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Lübeck, den 26. Oktober 1923. (7920) Die Baubehörde.

Stadt und Land.

Es ist leider wahr, daß das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung heute schlechter ist denn je. Gewisse Schwierigkeiten für das gegenseitige Verständnis bestanden auch schon vor dem Kriege; die Lebensweise, die Arbeitstätigkeit, die geistige Grundeinstellung der Landbevölkerung, ganz besonders des Bauern, unterschied sich allzu sehr von der Lebenssphäre der meisten Stadtbewohner. Während des Krieges bei den Nahrungsjorgen der Stadtbevölkerung wurde das Verhältnis von Stadt und Land dann erheblich schwieriger; durch die letzten Jahre hindurch wurde es zusehends weiter verschlechtert und heute muß man von einem recht gespannten Verhältnis, wenn nicht gar von offener Feindschaft sprechen.

Das Gefährdende an diesem Zustand ist, daß Stadt und Land in Deutschland eine Schicksalsgemeinschaft bilden, jedoch aufgehört haben, sich dieser Gemeinschaft bewußt zu sein. Zwei verschiedene Gedankentrichtungen stehen einander gegenüber. Auf der einen Seite der Landwirt, der seinen Hof in seinem Bestand erhalten und möglichst auf einen besseren Stand bringen will. Auf der anderen Seite der Städter, der verlangt, die lebensnotwendigen Nahrungsmittel ausreichend und zu Preisen geliefert zu erhalten, daß es ihm möglich ist, einen bescheidenen Lebensstandard zu bewahren. In gewöhnlichen Zeiten entsteht daraus kein Gegensatz, denn eine leistungsfähige Landwirtschaft ist am ehesten geeignet, eine ausreichende Versorgung der Städte zu bewirken. Gänzlich anders jedoch wird es in anormalen Zeiten wie besonders in den letzten Monaten. Als zu Anfang dieses Jahres der Ruhrkampf begann und dann im Laufe der Monate immer schärfere Formen annahm, da ist von vielen einsichtigen Leuten, auch von den Führern der Landwirtschaft, immer wieder in ernstester und eindringlichster Weise verlangt worden, die Landwirtschaft als Ganzes müßte die größten Opfer bringen, nicht nur fürs Ruhrgebiet selbst, sondern auch ganz besonders für die Versorgung der Städte im unbesetzten Deutschland. Es sind Opfer gebracht worden — wir erinnern an die Aufnahme Lübecker Kinder bei Lübecker Landwirten — aber was geschah, konnte doch nichts daran ändern, daß die Stadtbevölkerung sich im Stich gelassen und mit der ganzen Last des nationalen Kampfes beschwert fühlte. Ein solches Gefühl erzeugt Verbitterung, und diese Verbitterung wurde besonders stark, weil die meisten politischen Vertreter der Landwirtschaft immer mit dem Anspruch auf ganz besonders nationale Gesinnung aufgetreten waren. Hier sind Klüfte zwischen Stadt und Land entstanden, die Heberdrückung lange dauern wird.

Gänzlich unhaltbar wurde nun die Situation in den letzten Wochen. Während die schlechte Wirtschaftslage schon seit Wochen Laufende um Lohn und Brot brachte, wurde die Nahrungsmittel-

versorgung derart, daß sich wohl die meisten Städter an allen Ecken und Enden betrogen und bewuchert fühlten. Es konnte wirklich nicht mehr schlimmer werden. Man war auf schmale Kost gesetzt, und je dreifacher es einem selbst ging, um so mehr glaubte man die auf dem Lande im Fett schwimmen. Leider ist es richtig, daß viele Landwirte die Situation rücksichtslos ausgenutzt haben; aber daneben gibt es eine Anzahl von Landwirten, die nicht nur das beste Gewissen haben, sondern sich selbst um den Lohn ihrer Arbeit betrogen fühlen. Man versehe sich einmal in die Gedanken eines Landwirts, der eine Wagenladung Kartoffeln abgeliefert hat, sein Geld dafür erhalten hat und dann glücklich einen halben Sack Mais für das Ganze bekommt, weil das Geld sich inzwischen entwertet hat; während der Ernte und Herbstbestellung hat schließlich der Landwirt mehr zu tun, als für tägliche wertbeständige Anlage seines Geldes zu sorgen, ihm wohnt der Kaufmann oder Bankier auch nicht so nahe wie dem Städter. Oder man denke an den Bauern, der tatsächlich nach besten Kräften Milch für die Städte geliefert hat, und der dann am Ende der Woche vor den Papierstücken steht, die am Anfang der Woche noch was waren, aber bloß jetzt nicht mehr und damit soll er dann seinen Hof instand halten.

So sieht es schließlich aus: der eine darbt und fühlt sich bewuchert und der andere hat auch meist nichts davon. Es soll nicht beschönigt werden, aber wir wollen den Unschuldigen nicht mit dem Schuldigen verbrennen. Stadt und Land sind aufeinander angewiesen und wir müssen wieder lernen, einer den anderen zu verstehen. Leicht wird das Verstehen nicht werden, aber wir hoffen, daß es gelingt, wenn der große Schwindel, der in unserer Inflationwirtschaft liegt, erst einige Zeit beseitigt ist, d. h. wenn Bauer wie Städter für ihre Arbeit mit ehrlichem Gelde bezahlt werden. Möge der Landwirt dann nicht vergessen, daß die Masse der städtischen Bevölkerung nicht in der Lage war, ihren Lebensstandard zu bewahren und daß die Entbehrungen der letzten Monate groß waren. Was der Städter heute vom Landwirt verlangt und verlangen kann, ist die äußerste Beschränkung seiner Forderungen auf das Maß, das unumgänglich ist, um den Hof zu erhalten; die Forderung ist billig, denn es bedeutet Sabotage am Leben des deutschen Volkes, wenn einzelne Bevölkerungsteile versuchen, die ganze Last unseres Niederganges auf andere Bevölkerungsteile abzuwälzen. St.

Aus der Stadt.

Volkshochschule. Da die Anmeldungen für die angekündigten 13 Lehrgänge noch nicht genügend zahlreich eingelaufen sind, ist der Beginn des Unterrichts noch um eine Woche — also bis zum 5. November — hinausgeschoben worden, in der Erwartung, daß in dieser Zeit noch zahlreiche Hörer und Hörerinnen sich in die Listen eintragen werden, die täglich von 5 bis 8 Uhr in der öffentlichen Lesehalle in der Mengstraße ausliegen. Die Gebühr für jeden Lehrgang beträgt 25 Goldpfennige; Erwerbslose zahlen den fünften Teil davon. Die Vorleseabende beginnen am 31. Oktober.

Die Verkaufs-Nichtzahl für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 1288 Millionen am 16. Oktober auf 16 800 Millionen am 29. Oktober gestiegen.

Vom Senat. Der Senat hat als Nachfolger des verstorbenen Senators Dimpster zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der städtischen Betriebe Senator Paul Löwig, und als dessen Stellvertreter Senator G. v. S. gewählt.

Wiederannahme des Betriebes der Volkstüche. Durch Vertrag mit der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit hat die Volkstüche dem Staate die Räume und das Inventar der Volkstüche zum Zwecke öffentlicher Speisungen überlassen. Der Senat hat im Einvernehmen mit der Bürgerstüche die Kosten für die Instandsetzung der Räume und die Ergänzung des Inventars zur Verfügung gestellt. Die Vorarbeiten sind jetzt erledigt, sodas die Volkstüche am Dienstag, dem 30. ds. Mts., wieder eröffnet werden wird. Nebenher wird die wohlfeile Speiseanstalt in der Stavenstraße den Speisebetrieb in der jetzigen Anordnung beibehalten. Der Speisezettel und die Preise in den beiden Küchen werden gleich sein. Die Küchen sind lediglich während der Speiszeiten für das Publikum geöffnet und zwar: a) in der Volkstüche mittags von 11 1/2 bis 1 Uhr, abends von 5 1/2 bis 7 Uhr; b) in der wohlfeilen Speiseanstalt mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 6 bis 7 Uhr. An Sonntagen wird in beiden Küchen nur mittags die Speise ausgegeben.

Der Schiedspruch im Metallgewerbe. Am Sonnabend hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, der für Ledige einen Spitzenlohn von 48 Goldpfennig und für Verheiratete von 50 Goldpfennig vorsieht. Eine Versammlung der Metallarbeiter am Montag morgen nahm zu diesem Schiedspruch Stellung; es wurden 920 Stimmen dafür und 1526 dagegen abgegeben.

Wertbeständige Spareinlagen in Lübeck. Das heutige Sparfassenweien leidet vielfach darunter, daß die Untkosten in keinem Verhältnis mehr stehen zu dem wirklichen Wert der Spareinlagen, weil das Verzehren zu umständlich ist. Dieser Mangel soll bei der Spareinrichtung, die auf Veranlassung der Finanzbehörde bei der hiesigen Commerzbank demnächst ins Leben treten wird, vermieden werden. Das Verfahren wird so einfach wie nur irgend möglich sein. Tagtäglich wird am Schalter der Bank und in den Zeitungen bekannt gegeben werden, welche Papiergeldmengen für eine Goldmark zu zahlen sind. Gegen bare Einzahlung am Schalter wird dann sofort die entsprechende Goldmark-Quittung verabsolgt. Auch wird nur für 1/2, 1 oder 5 Goldmark der Gegenwert

angenommen. Da die Spareinrichtung für den kleinen Sparer, der nicht in der Lage ist, sein Papiergeld anderweitig anzulegen, bestimmt ist, wird der Höchstbetrag, bis zu dem Einzahlungen zulässig sind, beschränkt werden. Größere Beträge, die die Vorteile dieses Sparsystems ihren Angestellten und Arbeitern zuwenden wollen, werden gut tun, sich alsbald mit der Commerzbank in Verbindung zu setzen.

Mieterhöhung zum 1. 11. bzw. 16. 11. 1923.

Vom Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben: Die Zuschläge zur Grundmiete nach dem Reichsmietengesetz sind durch Senatsbeschluß wie folgt erhöht worden: Der Zuschlag für Verwaltungskosten und ähnliche Unkosten von 5 000 750 Proz. auf 2 499 999 750 Proz. der Grundmiete, für laufende Instandsetzungskosten von 180 000 000 Proz. auf 24 000 000 000 Proz. der Grundmiete, für große Instandsetzungskosten von 64 000 000 Proz. auf 6 000 000 000 Proz. der Grundmiete. Das bedeutet, daß die Miete in der Regel, das 280 000 000 fache der Friedensmiete ausmacht. Diese Erhöhung tritt in den Fällen, in denen die Miete monatlich im voraus zu zahlen ist, mit dem 1. November in Kraft, in den Fällen, in denen die Miete am 1. Oktober für das ganze Vierteljahr im voraus gezahlt ist, erst mit dem 16. November in Form einer Nachzahlung.

Die erhebliche Erhöhung der Miete ist darauf zurückzuführen, daß die Landesregierungen vom Reichsarbeitsminister dringend ersucht sind, die Miete mehr als bisher der herrschenden Teuerung anzupassen, damit die nötigen Instandsetzungsarbeiten an den Häusern ausgeführt werden und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gemindert wird. Der Minister hat empfohlen, der Berechnung die jeweilige Reichsrichtzahl (Indexzahl) zugrunde zu legen und im Verhältnis der Reichsrichtzahl jeweils den in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungskosten enthaltenen Betrag zu erhöhen. Der Senat hat allerdings nicht geglaubt, den vollen vor dem Krieg für Verwaltungsmühe und Instandsetzungskosten mit der Miete gezahlten Satz auch jetzt zubilligen zu können, weil bei der heutigen Verarmung unseres Volkes die Häuser, insbesondere im Innern der Mieträume, nicht im gleichen Umfang wie früher instand gesetzt werden können. Es ist daher ein Satz von 8 Prozent der Friedensmiete für Instandsetzungen und 0,8 Prozent für Verwaltungsmühe mit der letzten Reichsrichtzahl verpfändigt worden.

Weil nunmehr die Miete einigermaßen den heutigen Teuerungverhältnissen entspricht, erscheint der Sonderzuschlag bei solchen Mietern, die weitervermietet haben, entbehrlich und kommt damit mit der neuen Zahlung in Fortfall. Der Sonderzuschlag für Räume, die nicht zu Wohnzwecken dienen, ist ein für allemal auf 1—10 Proz. des Hauptzuschlages für laufende Instandsetzungskosten festgesetzt worden.

Ein Fernbrief 100 Millionen Mark.

W.B. teilt aus Berlin mit: Unter dem Zwang der Goldentwertung mußte die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten Gebühren für Briefsendungen und Pakete im Inlandsverkehr verdoppeln. Somit kostet ein einfacher Fernbrief ab 1. November 100 Millionen und eine Fernpostkarte 40 Millionen. — Eine weitere vorausichtlich sehr beträchtliche Erhöhung steht für den 5. November bevor.

Aus dem Reich.

Zur Frage der wertbeständigen Lohn- und Gehaltszahlungen.

Die Regelung in Hamburg.

Der unaufhaltsam sprunghaft fortschreitende Währungsverfall hat besonders die Lohn- und Gehaltsempfänger in die schlimmste Lage gebracht, daß ihr verdientes Geld täglich und stündlich rapid an Kaufkraft verliert. Die Reichsregierung hatte deshalb schon vor Wochen beschlossen, eine stabile Währung zu schaffen. Der Durchführung der neuen Währung haben sich jedoch große Schwierigkeiten entgegengestellt, daß die in Aussicht genommene Rentenmark, die durch Hypotheken auf den Grundbesitz gesichert wird, erst allmählich, frühestens in zwei oder drei Wochen zur Ausgabe gelangen kann.

Um über diese Zeit hinwegzuhelfen, hatte der Hamburger Senat, gleich wie die Regierungen einiger anderer Länder, beschlossen, auch seinerseits den Versuch der Ausgabe eines wertbeständigen Zahlungsmittels zu machen. Durch die Verordnung, die der Reichsfinanzminister gegen die Herausgabe von wertbeständigen Zahlungsmitteln durch die Länder im Interesse der Einheitlichkeit der Währung des Reichs erlassen hatte, wurde es dem Staate Hamburg unmöglich gemacht, seinen Plan in der bisher beschaffigsten Form auszuführen. Es mußte aber mit aller Energie versucht werden, den berechtigten Forderungen der Lohnempfänger doch so lange durch ein Provisionarium Rechnung zu tragen, bis die wertbeständigen Zahlungsmittel des Reichs in einer dem Verkehr genügenden Menge in Umlauf gesetzt werden.

In den Beratungen des Senats und der Finanzdeputation und Besprechungen, an denen führende Vertreter der Wirtschaft und der sozialdemokratischen Partei teilnahmen, wurden die großen Schwierigkeiten, die einer Lösung entgegenstanden, besprochen. Diese Beratungen führten zu folgenden Ergebnissen:

Die am kommenden Montag in Tätigkeit tretende Hamburgische Bank von 1923 übernimmt die Herausgabe von wertbeständigen Notscheinen und Verrechnungsmünzen. Der Staat wird bemüht sein, auch denjenigen Arbeitgebern, die nachweislich nicht im Besitz von Devisen sind, bei der Befassung der wertbeständigen und voll durch Gold gedeckten Zahlungsmittel der Hamburgischen Bank von 1923 zur Hand zu gehen.

Jedem feiner Gehalts- und Lohnempfänger wird der Staat von Anfang November ab als Teilbetrag seines Gehalts oder Lohnes wöchentlich 4 Mark in Gold in den Wertzeichen der Hamburgischen Bank von 1923 auszahlen und den entsprechenden

Betrieb in Dresden werden, die ihm für die nächsten Wochen durch die hampburgische Kaufmannschaft durch eine Anleihe zur Verfügung gestellt werden.

Durch diese Uebergangsmahnahme hofft der Senat, unterstützt von der hampburgischen Kaufmannschaft, die Schwierigkeiten, die durch unzureichende Währungsverhältnisse entstanden sind, zu mildern, bis sich die Maßnahmen des Reiches auswirken können.

Hamburg, 27. Okt. Das zur Aburteilung der kommunistischen Aufrehrer eingesezte außerordentliche Gericht des Reichs, das nach einer Beschlusnahme durch die Kampfbezirke in den verschiedenen Stadtteilen heute seine Tätigkeit aufgenommen hat, verurteilte den Schlosser Thorell wegen Hochverrats und Aufruhrs zu m. Lode wegen verurteilten Todschlags zu 6 Jahren Zuchthaus.

Hamburg, 29. Okt. Wiederaufnahme der Arbeit im Hafen. — Annahme des Schiedsspruches durch die Hafenarbeiter. — Wie nach dem Gang der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss vorauszusehen war, hat die Verammlung der Vertrauensleute den Schiedsspruch angenommen.

Blutige Zusammenstoße mit Reichswehr in Freiberg i. S.

M. Dresden, 27. Oktober. Das Reichswehrkommando 4 teilt mit: In Freiberg kam es heute zu ersten Zusammenstoßen zwischen Reichswehr und radikalen Elementen. Am Laufe des frühen Nachmittags wurde auf Anforderung der Polizei Reichswehr auf zwei Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen.

Reichswehrsoldaten, würde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Die Reichswehr machte in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch.

Ultimatum der Reichsregierung an Sachsen.

M. Berlin, 27. Oktober. Das Kabinett hat einstimmig beschlossen, den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner schriftlich aufzufordern, daß er die derzeitige sächsische Regierung auflöst und daß eine neue verfassungsmäßige Regierung in Sachsen gebildet wird.

Die amtliche Meldung über die Ernennung des Reichskommissars für Sachsen.

M. Berlin, den 29. Oktober. Die Ernennung eines Reichskommissars für Sachsen wird durch folgende halbamtliche Mitteilung der Reichsregierung bestätigt: Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzulösen.

Ministerialdirektor Schulze sächsischer Regierungsvertreter.

M. Berlin, 29. Oktober. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Am Montag früh wird auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten der frühere Chef des sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, zum Regierungskommissar für Sachsen ernannt werden.

Die Reichswehr in Bayern.

M. Berlin, 27. Oktober. Im Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefassten Entschlusung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehls-gewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Bayerische Stellungnahme erst am Dienstag.

Berlin, 28. Oktober. Nach den an amtlicher Stelle heute abend vorliegenden Berichten wird sich das bayerische Ministerium mit dem Verlangen der Reichsregierung auf Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände in der deutschen Reichswehr erst in seiner Sitzung am kommenden Dienstag befassen.

Heute Ministerrat in München.

München, 29. Oktober. Die von der Reichsregierung an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen, ist dem Ministerpräsidenten am Sonntag überreicht worden.

Die preussische Grundvermögenssteuer auf Goldbasis.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die seit dem 1. April d. J. eingeführte preussische Grundvermögenssteuer ist durch die Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 22. Oktober d. J. mit Wirkung vom 1. November auf Goldbasis gestellt und dadurch werbeständig gemacht.

Die Hochverräter von Rüsteln.

Kottbus, 27. Oktober. Der Anführer der Rüstliner Putschisten, Buchrucker, wurde in dem am Sonnabend abgeschlossenen Prozeß wegen Hochverrats zu zehn Jahren Festungshaft, Herzer wegen Mötigung zu 2 Monaten Gefängnis und ein Teil der übrigen Angeklagten zu Strafen zwischen 8 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Unter französischer Regie.

M. Eilen, 27. Oktober. Obgleich die Franzosen in Serne, Mühlheim-Styrum, Langendreeer und Essen deutsche Eisenbahner für die Regie angefordert hatten, ist dieser Einstellung deutscher Eisenbahner für die Entwicklung des Verkehrs im Ruhrgebiet nur geringe Bedeutung beizulegen.

Hochverratsverfahren gegen die Pfälzer Sonderbündler.

M. Berlin, 27. Oktober. Die Reichsregierung hat Anweisung gegeben, gegen alle diejenigen Persönlichkeiten, die bei dem Pfälzer Separatistenkrieg beteiligt gewesen sind, ein Verfahren wegen Landesverrats einzuleiten.

Französisches Entgegenkommen in der Rohlensteuerfrage.

M. Paris, 27. Oktober. Den Pariser Blättern wird aus Düsseldorf gemeldet, gestern nachmittag habe im Sitze der Interalliierten Kontrollkommission eine fast sechsstündige Beratung stattgefunden, an der außer den französischen und dem belgischen Leiter der Mission die deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes, Klöckner, Kögler, Hoersch und Hubert von der Dortmund-Union

Der deutsche Bauer und die Revolution.

Vortrag von Prof. Dr. Stalweit. (Universitätswoche.)

Der Nationalökonom interessiert sich für den Bauern wegen der Bedeutung, die er für die Wirtschaft und Gesellschaft eines Volkes hat. Deutschland ist seiner Agrarverfassung nach ein Bauernland, denn Großgrundbesitz tritt nur sporadisch auf. Der Bauer ist daher der Hauptträger der landwirtschaftlichen Produktion, die für die deutsche Volkswirtschaft leidet in der Zeit zunehmender Industrialisierung von höchster Wichtigkeit geblieben ist und deren Gewicht nach der Schwächung seiner Industrie durch das Versailles Friedensdiktat relativ noch gewachsen ist.

Es erhebt sich die Frage, ob das deutsche Bauerntum durch die Entwicklung, wie sie sich neuerdings vollzogen hat, in seinem Bestande gefährdet ist. Ganz klarer des Bauernums haben die Verhältnisse des Bauernums bereits durch den Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft prophezeit oder gar gehandelt zu müssen gelehrt. Das ist eine Lebensfrage. Bei näherem Zusehen wird man vielmehr erkennen, daß der Bauer, nachdem er die ersten Kräfte überwand, den Uebergang zu der modernen Wirtschaft recht glücklich vollzogen hat.

von der Geldwertung zunächst einen Vorteil gehabt; er ist mit einem Schlage seine Grundschulden losgeworden, die ihn früher schwer belasteten. Doch hat er damit zugleich an Kreditfähigkeit eingebüßt. Die Regierungen bieten einen zwar willkommenen, doch unzulänglichen und nicht einwandfreien Ersatz. Die Hauptgefahr droht ihm aber von der Konsumantenseite her.

Die Lage gerade des ländlichen Mittelbetriebs hat sich also relativ verschlechtert. Sache der Agrarpolitik wird es sein müssen, den Bauern zu helfen. Mit welchen Mitteln? Nicht durch unmittelbare Unterstützung mit Geld oder Geldeswert. Auch nicht durch Agrarsubventionen. Beide ist weder Staat noch Volk zu leisten und zu tragen imstande.

Stadttheater.

Die tote Stadt. Oper in 3 Akten von C. Korngold.

Man würde doch die großen Persönlichkeiten, welche die Behauptung, daß es noch eine Kunst von schicksalhafter Notwendigkeit gebe, rechtfertigen. Man sieht nach der selbstverwirklichten und notwendigen Aufgabe, die auf sie wartet. Man gehe durch alle Vorstellungen, Konzerte, Theater und man wird nur betrieblamen Kocher und lärmende Narren finden, die sich darin gefassten, etwas — innerlich längst als überflüssig Empfindendes — für den Markt herzutreiben.

Man könnte auf den Gedanken kommen, daß Korngold, der im Sommer 1916 am Georges-Codensbachs Schauspiel „Das tote Brügge“ gar nicht geleitet habe — so wenig weiß ich die Kunst in das traumhafte Zitiert dieser verurteilten Stadt einzuführen, so sehr erweist diese Kunst voll von künstlichen Form mollenhafter Instrumente das tote Brügge. Und dieses sangliche Ueberwachen eines Kleinodensetzers, dazu Harmonium, Celesta, Mandoline, Orgel, Glocken, selbst das Klavier wird ohne zwingende Notwendigkeit bemüht ist es zunächst, welches die Stimmung, die wir erwarten müssen, nicht aufkommen und den Stimmt bereitet werden läßt, daß dieser andrängende Aufwand Stranzlicher Struktur eine leicht fliegende Hülle für die traumhaft romanischen Visionen der Dichtung zu sein scheint.

Großadmenfch zeigt hier deutlich in dem Gemisch „von Brutalität und Raffinement“ die Barbarei der großen Städte — Alexanderismus! Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß der Komponist abhängig wurde von den Vergrößerungen eines für die Bühne zurecht gemachten Textbuches, das ihm vor allem im zweiten Akt entgegen kommt; hier gibt er — verwardt mit Schreiers Schreibweise — farbige, bizarr schillernde Bilder, deren schwingender und felsam dräuender Rhythmus traumhafte Vorstellungen in uns wach ruft. Aber noch eins: was soll uns denn heute diese überfeinerte Weitheten-Kunststiel, dieses Gneinkreischen in die Seele eines Träumers, dessen Schicksal uns wirklich hehula ist, das wir übrigens ohne Vorbereitung, ohne Kenntnis der Bücher, ohne vorherige Belehrung (mag sie noch so einleitig sein wie der Mannfiedliche Vortrag) gar nicht verstehen. Alles Edle und Große ist einfacher Art“ sagt Gottfried Keller — wie weit ist diese komplizierte Traumwelt davon entfernt — Georges Rodenbach der Jugendfreund Maeterlincks liebte die unbestimmten Farben, das Geheimnis des Wassers, das Gelächter der Glocken, die Stimmen des besthenden Lafes — es ist ein Gefühl in uns, das sich gegen diese „jiebernde Psychologie und mystische Schwermut“ wehrt und uns trotz des fessellenden Stimmungszaubers auch hier grausam deutlich werden läßt: Untergang des Abendlandes. — Im musikalischen Aufbau, den dieser junge Musiker mit genialer Sicherheit und virtueller Handhabung meistert, geht Korngold von dem starren System des Wagnerischen Motives, das den Trägern wie mit einem eigenen Ring um den Leib geschmiedet ist, ab; aber was gibt er dafür? Wo bleibt die Schlagkraft und die überzeugende Eindringlichkeit Wagners? In dem Versuch, die Stimmung funktvoll zu charakterisieren, zerflattert und zerbröckelt diese Musik, jeder Größe, jeglicher schwingungsvollen Linie bar. Und wo Korngold schlägt, gefühlsmäßig schreiben will, bringt er kaum in die Tiefen des Herzens — wie ihn Dr. Rudolf Hoffmann, sein begeisterter Biograph, einen der „stärksten Melodiker der Zeit“ nennen mag, bleibt mir unverständlich. Jedenfalls gehört wohl nicht viel Prophetenabgabe dazu, um zu fühlen, daß dieses Traumpiel bald verflinten wird — es bleibt der Trost, daß der junge und schaffensfreudige Tonfchöpfer erst am Anfange einer Laufbahn steht. —

Die Wiedergabe dieses überaus schwierigen, auch hier offensichtlich überschätzten Wertes, verdient lebhafteste Beachtung; sie offenbarte neben einer sehr glücklichen Befegung ein erlauchtes Maß von Energie, Fleiß und künstlerischem Willen in der Vorbereitung. Herrn Carl Manuajedis Unermüdlichkeit und seinen, der modernen Diktion entgegenkommenden Fähigkeiten ist in erster Linie der Erfolg zu danken; seine Sicherheit ließ die üblichen Unausgeglichheiten einer Erstausführung nicht aufkommen und war dem aufmerksamen folgenden Orchester, dem auch die Eigenwilligkeiten der verzwickten rhythmischen Ausgestaltung keine Fährnisse boten, der bewährte Führer. Fräulein Ena Döhle sang und spielte die Marietta mit packender Wirkung: das frische, fest zugreifende Leben inmitten einer Welt traumhaften Grauens; und überall behauptete sich die klangovolle Stimme, ohne an Schönheit einzubüßen. Mit höchstem Einfaslen in die Stimmung des Wertes ließ Herr Prohaska die Vorzüge seines sonoren Baritons und seiner geschmackvollen Bühnenederherrschung zur Geltung kommen. Die nicht immer dankbare Partie des Paul fühlte Herr Seimberg wirkungsvoll durch, auch seine Stimme zeigte im Forte überzeugende Kraft. Von den übrigen Leistungen, die wie gesagt, an künstlerischer Eindringlichkeit den Hauptpartien nicht nachstanden, sei noch die Brigitta des Fräulein Diepenbachmann genannt. — Der Intendant des Theaters, Herr Georg Hartmann, hatte mit dem sicheren Blick für die Bühne und mit feinsinnigem Nachspüren den dichterischen Absichten einen fessellenden, geheimnisvoll anziehenden Rahmen geschaffen; ein Künstler wie Alfred Mahlau hatte ihn unterstützt. H.

teilnehmen. Die Verhandlungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden. Nach den französischen Presseberichten ist eine Verständigung über die Frage der Sachverständigen zu erwarten. Die Großindustriellen sollen bereit sein, die Kohlenlieferungen sofort wieder aufzunehmen und dem Reich für die Rückzahlung des Gegenwertes Kredit zu gewähren, falls die Besatzungsbefehle ihnen einen Teil der Kohlenlieferungen erlassen. Frankreich und Belgien scheinen diese Bedingungen anzunehmen.

Reparationsfrage.

Paris, 27. Oktober. Die bevorstehenden Beratungen der Reparationskommission werden mit ungeheurer Spannung erwartet. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß die Kommission am Dienstag die Ernennung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und die Anhörung deutscher Vertreter über diese Frage beschließen wird. England und Belgien wollen, wie verlautet, beantragen, daß die deutschen Vertreter vor dem Sachverständigenausschuss anwesend sein müssen. Frankreich wird sich aller Voraussicht nach bemühen, die Aufgaben des Sachverständigenausschusses nach Möglichkeit einzuschränken.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, der Ausschuss habe nach französischer Auffassung nur die gegenwärtige Leistungsfähigkeit Deutschlands im Hinblick auf ein Moratorium zu prüfen. Frankreich nehme weder eine Herabsetzung der deutschen Schuld, noch eine Verringerung der Verzinsfußbestimmungen, noch eine Umfassung der französisch-belgischen Forderungen an. Der Sachverständigenausschuss werde sich mit der Frage der Gesamtregelung über dieses nicht zu befassen haben. Man nimmt in französischen amtlichen Kreisen an, daß die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit ziemlich viel Zeit erfordern wird, und scheint eine besondere Beschleunigung auch nicht zu wünschen. Natürlich rechnet man aber damit, daß die bevorstehenden Verhandlungen schließlich zum Problem der Gesamtregelung führen. Für diesen Fall wird Frankreich, wie ich von unterrichteter Seite erfahre, eine provisorische Regelung erstreben, da die endgültige Regelung nach französischer Auffassung erst nach Lösung des Problems der interalliierten Schulden möglich ist.

Frankreich wird nachfolgend die deutsche Schuld in zwei Teile zu zerlegen und den ersten Teil auf unabherrschbar 50 Milliarden Goldmark festzusetzen, von denen Frankreich 26 Milliarden beanspruchen wird, und die Frage des zweiten Teils der deutschen Schuld bis auf weiteres ganz zurückstellen.

Der Temps äußert im Leitartikel den Wunsch, daß Frankreich bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen nicht in Rücksichtnahme verharren, sondern die Führung übernimmt.

Die Abendblätter kündigen an, daß Poincaré morgen in Cambray eine außerordentlich wichtige Rede halten wird. Tatsächlich ist den französischen Pressevertretern heute mittag am Quai d'Orsay erklärt worden, Poincaré werde auf Baldwin's Rede antworten und den französischen Standpunkt zu den bevorstehenden Reparationsverhandlungen „präzisieren“. Heute nachmittag hat Poincaré, wie verlautet, mit dem plötzlichen hier eingeetroffenen französischen Botschafter in London, Fomert, und heute abend wurde es am Quai d'Orsay als „nicht sicher“ bezeichnet, daß die Rede Poincaré's „große Erwartungen erfüllen wird“.

Paris, 27. Oktober. Wie die „Agenzia Stefani“ mitteilt, hat die italienische Regierung auf die englische Note, welche die Anregung gab, eine gemeinsame Einladung an die Regierung der Vereinigten Staaten erlassen zu lassen, damit diese zusammen mit den Alliierten an der Lösung des Reparationsproblems teilnehme, eine günstige Antwort erteilt.

Verhandlungen der Industrie mit der Besatzung.

Gelsenkirchen, 28. Oktober. Die Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie haben gestern erneut mit den Besatzungsbefehlshabern in Düsseldorf über die Angangshaltung der Wirtschaft im Ruhrgebiet verhandelt. Auch diese neuen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt; im Gegenteil hat die Industrie noch unannehmer Forderungen an die deutsche Industrie gestellt, und man kann daher sagen, daß die Parteien sich nicht nur nicht genähert, sondern eher getrennt haben. In den Verhandlungen stellen die Franzosen als neue Forderung auf, daß die Deutschen für den Abtransport der Reparationsstoffe die notwendigen Dampfer und Röhre einschließlich der Schiffmannschaften zur Verfügung stellen müssen. Außerdem fordern die Franzosen, daß alle Ausgaben nicht in deutschem Gelde, sondern in fremden Devisen bezahlt werden müssen. Morgen werden die Verhandlungen in Düsseldorf fortgesetzt werden, aber man kann heute schon sagen, daß unter den schwallenden Umständen auch für morgen wenig Aussicht auf Verständigung vorhanden ist. Es stellt sich immer klarer heraus, daß die Franzosen jede Möglichkeit, die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang zu bringen, systematisch sabotieren.

Auch die drei großen Metallarbeiterverbände der rheinisch-westfälischen Industrie hatten eine längere Konferenz mit General Degoutte in Düsseldorf, in der die Arbeitervertreter auf die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet hinwiesen und an General Degoutte die Frage stellten, ob er bereit sei, der Industrie bei der Kreditbeschaffung behilflich zu sein, um eine Weiterbeschäftigung der Arbeiter zu ermöglichen. Ferner erbat er die Behinderung der Ausfuhr aufzuheben und die Regelung des Eisenbahnbetriebes tatkräftig fördern wolle, und zwar besonders durch die größere Einstellung deutscher Eisenbahner. General Degoutte antwortete nur mit allgemeinen Redensarten. Er stehe grundsätzlich einer Kreditbeschaffung der deutschen Industrie nicht hinderlich im Wege und wolle sie fördern. Im übrigen erklärte er, die Wiederherstellung der Eisenbahnlinien im Ruhrgebiet könne noch einige Zeit dauern, da der „passive Widerstand“ viel Ansehens erlangt habe, was zu dem heißt, daß die französischen Eisenbahner während des Ruhrwiderstandes die deutschen Eisenbahnen vollkommen desorganisiert haben. General Degoutte erklärte, sein Bestreben sei darauf gerichtet, möglichst bald geordnete Verhältnisse herzustellen.

Im Bezirk Essen haben am Sonnabend von 57 Zechen 53 Zechen stillgelegt. Im Gelsenkirchener Bezirk arbeiteten von allen Gruben am Sonnabend noch fünf. Aus diesen Zahlen geht deutlich genug hervor, welche Verheerungen die Hungerherrschaft der Franzosen in der Wiedererlangung des Ruhrgebietes zur Folge gehabt hat. Im Gelsenkirchener Bezirk sind für den morgigen Montag etwa 6000 Bergleute gefoltert worden, im Essener Bezirk etwa 10 Prozent aller im Bergbau Beschäftigten.

Aus Paris wird wieder, wie mehrfach in den letzten Tagen, eine andere Darstellung über die Aussichten der Verhandlungen gegeben. Der Korrespondent des Petit Journal berichtet, daß Stimmes der französisch-belgischen Militärmission ein Projekt zur Wiederannahme der Arbeit unterbreitet habe, das eine ernste Verhandlungsgrundlage darstelle. Er habe dementsprechend zurückgelassen, die den gestrigen Tag hindurch die Verhandlungen fortgesetzt hätten. Sie hätten vor dem Ablauf und würden höchstwahrscheinlich nächsten Dienstag zu einem bestimmten Abkommen führen.

Protest der Aachener Bevölkerung.

Ein Appell an das Weltgewissen.

Aachen, 27. Oktober. Nachdem die Polizei vorgestern entwaffnet worden war, wurden ihr gestern die Waffen wieder zurückgegeben unter der Bedingung, daß die Polizei sich unter das Kommando des Kommandeurs der belgischen Gendarmerie stellt. In der Nacht blieb die Lage ruhig. Die Sonderbündler sitzen noch im Regierungsgebäude. Das Rathaus und alle übrigen Gebäude sind frei. Es sind während der Nacht 39 Schutzpolizisten und 19 Studenten ins belgische Gefängnis eingeliefert worden.

Die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden von Aachen, die Reaktionen, der Stadtverordnetenversammlung, die politischen Par-

teien, die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Gewerkschaften und die Beamtenverbände, die Handels- und Handwerkskammer, die Frauenverbände und die konfessionellen Vereinigungen haben folgenden Aufruf erlassen: „In den schmerzlichen Tagen, die der aufgezogene Friedensvertrag in besonderer Maße dem Rheinlande auferlegt hat, kamen in der letzten Zeit stetig wachsend die Drangsalierungen, denen das rheinische Volk durch die sogenannten Sonderbündler ausgesetzt war. Diese angeblichen Vertreter rheinischer Interessen streben unter Mithilfe aller demokratischen Formen danach, auch das Rheinland, die Wiege der deutschen Kultur, vom Reiche loszulösen. In Aachen, einer der ältesten Städte deutscher Kultur, entzündet sich eine Gruppe stadtfremder und volksverräterischer Gesellen nicht, unterstützt durch die Besatzungsmacht, die sogenannte rheinische Republik auszurufen. Die erdrückende Mehrheit der gesamten Bevölkerung der alten deutschen Reichsstadt erhebt gegen diese drohende ungeheuerliche Vergewaltigung vor dem Forum der gesamten Welt flammenden Protest. Möge das Weltgewissen, das so oft in den letzten Jahren gegen Deutschland aufgerufen wurde, jetzt auch endlich einmal dem bedrängten und vergewaltigten deutschen Volksteil, dem deutschesten aller Stämme, Gehör verleihen. Die Aachener irrenden Bevölkerung richtet diesen energischen Protest insbesondere auch an den Völkerbund, auch an alle die Mächte, die an der Besatzung teilnehmen und teilgenommen haben, und fordert, ihr in diesem Falle wirksamem Schutz gegen Terror und Vergewaltigung nicht zu verjagen oder ihr doch wenigstens durch wirkliche Neutralität die Möglichkeit zu geben, selbst verfassungsmäßige Zustände herzustellen. Möge dieser flammende Protest des Aachener Volkes, das keinen anderen Wunsch hat, als in Frieden mit aller Welt den bornenwollen Leidensweg des Wiederaufbaues seines geliebten Vaterlandes zu gehen, nicht ungehört verhallen.“

Maßnahmen gegen die Not in Preußen.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages nahm eine Reihe von Anträgen an, die Maßnahmen zur Linderung der Not des Volkes betreffen. Bei der für den Winter als notwendig in Aussicht genommenen Volkspreisung sollen ganz besonders die Kinder berücksichtigt werden. Zur Sicherung der Milchversorgung für bedürftige Säuglinge, Schwangere usw. sollen Mittel bereitgestellt werden. Hinsichtlich der Kohlenversorgung sollen die Schulen vornehmlich bedacht werden, damit diese an den Nachmittagen den Kindern als warme Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen. Die Zuschüsse für den Transport von Getreide und anderen Lebensmitteln sollen herabgesetzt werden. Die Wirksamkeit der Markt- und Wuchergerichte soll gesteigert werden, daß ihre Tätigkeit Handel und Gewerbe und auch die Verbraucher mit Vertrauen erfüllt. Ungeklärte Kontrollausschüsse sollen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vermindert werden. Die Zahl der Handeltreibenden soll auf ein dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis entsprechendes Maß herabgesetzt und das wilde Aufkaufswesen energig bekämpft werden. Auf die Reichsregierung soll hingewirkt werden, daß das Tumultgesetz dahin geändert wird, daß in Zukunft voller Ersatz für alle Schäden zu leisten ist, die durch Übersetzungen, Ueberfälle und Brandstiftungen herbeigeführt werden. Die Unterstützungslöhne für Erwerbslose im besetzten Gebiet sollen nicht auf die im übrigen Deutschland geltenden Sätze herabgesetzt, vielmehr so bemessen werden, daß sie mindestens um denselben Prozentsatz höher stehen als die Gehälter der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten gegenüber den Beamteneinküfern im unbesetzten Gebiet.

Eine Wohlfahrtsliste der Berliner Frauen.

Zur Bekämpfung der Not haben die Groß-Berliner Frauen sich, auf Veranlassung von Dr. Alice Salomon und Anna v. Gierke zu einem Hilfsverein zusammengeschlossen, das ohne Aufwand von Geld und Zeit für unfruchtbare Organisation sofort in die Tat umgesetzt werden kann: man will die Nachbarschaft mobil machen. In „Nachbarschaftsgilden“, die den Bezirken der 1200 Wohlfahrtskommissionen entsprechen, soll der eine dem andern helfen und ihm, soweit es Zeit und Mittel erlauben, Unterstützung bieten.

In den Bezirken, in denen Besitzende neben Bedürftigen wohnen, wird die Hilfe leichter durchzuführen sein als dort, wo die Massen der Bedürftigen nebeneinander wohnen. Aber man rechnet mit dem guten Geist, der auch jetzt noch in der bedürftigen Bevölkerung wohnt. Materielle Unterstützung ist nicht zu entbehren, aber sie soll nicht das Einzige in diesen Nachbarschaftsgilden sein. Junge Leute sollen ihre freien Stunden den Älteren widmen, sie in die Sonne führen und ihnen in der Wirtschaft helfen. Eine Haushilfe soll dergestalt organisiert werden, daß stilleselbstige Hausangehörige und Stundenfrauen für mehrere Familien nutzbar gemacht werden, die sich eine einzelne Hilfskraft nicht mehr leisten können. In mancher Familie steht ein Zimmer frei, das einer Hausangehörigen als Wohnraum dienen kann, die dann dafür Stunden arbeitet. In einer anderen Familie wird sie gegen das Mittagessen, in einer dritten gegen Abendbrot und in einer vierten gegen bare Entschädigung helfen können. Wehlich läßt sich eine Krankenpflege für bedürftigste Krankenschwestern gründen. Männer, die sich noch Heizung und Licht leisten können, sollen auch den einen und andern, der daheim friert, an dieser Wohltätigkeit teilnehmen lassen. So können Zusammenkünfte veranstaltet werden, die durch Unterhaltungen, belehrende Vorträge und Musik Menschen, die tagsüber so schwer zu kämpfen haben, geistige und seelische Anregung bieten.

Damit Volkspreisungen in allen Bezirken ausreichend durchgeführt werden können, wollen die Frauenverbände ihre Initiativen und sonstigen Einrichtungen, sowie ehrenamtliche Hilfskräfte zur Verfügung stellen. Auch für die Unterbringung von Kindern zur Entlastung der Frauen, für die Beschäftigung erwerbsloser Jugendlicher und dergleichen wollen die Nachbarschaftsgilden Rat und Hilfe schaffen, und so die Tätigkeit der Wohlfahrtskommissionen unterstützen und beleben.

Ein geschäftsführender Ausschuss aus den Vertreterinnen des Stadtverbandes Groß-Berliner Frauenvereine (Anna v. Gierke und Dr. Alice Salomon), der Vaterländischen Frauenverbände (Christine Groeben), der Evangelischen, Katholischen und Jüdischen Frauenverbände, des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt und der Groß-Berliner Wohlfahrtsvereinigungen wird alle Fragen prüfen, die ein gemeinsames Vorgehen der Groß-Berliner Frauen erfordern und Vertrauensfrauen in den 1200 Bezirken alarmieren, die dort die Nachbarschaft durchzuführen. Die Verbände haben einmütig ihre Einrichtungen und Hilfskräfte in den Dienst dieser Nachbarschaftsgilden gestellt.

Eisenbahngoldtarife.

Einführung am 1. November.

Amlich wird mitgeteilt: Infolge des Niederganges der Papiermark und der zunehmenden Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Goldmarkrechnung wird auch die deutsche Reichsbahn zum Goldrechnungstari übergehen. Die bisherigen Grundzahlen, die durch Vervielfachung mit der Schlüsselzahl den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergeben, werden auch künftig der Tarifberechnung zugrunde gelegt, nur mit dem Unterschied, daß die Vervielfachung mit dem jeweiligen Kurs der Goldmark erfolgt. Der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark in die Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgesetzt und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungskurs gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Goldtarifhöhe in Papiermark zur Anwendung.

Die Umwertung der Reisenden erfolgt in derselben Weise und an denselben Schaltern wie bisher. Besondere Einrichtungen, wie Verweisung an bestimmte Schalter, im Korballe an bestimmte Wechselkästen, läßt sich dort nicht umgehen, wo bei zunehmendem

Umlauf von Rentenmark, Dollarkursanweisungen, Goldanleihe usw. die Umrechnung am Zahlarschalter die Umwertung zu sehr aufgehalten würde. In der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Die Rückgabe der Fahrkarten am Schalter ist nur am Lösungstage zugelassen: Fahrgebi, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldtarife am Tage der Zahlungsanweisung erstattet. Frachttung findet nur noch auf Goldbasis statt; Nachweisungen sind nur noch in Goldmark zugelassen. Der 10prozentige Zuschlag bei Ueberweisungstrahnen fällt mit Einführung des Goldumrechnungstariwes weg.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Die verflossene Woche brachte die überaus wichtige Abänderung des Bankgesetzes, durch die der Weg für die Goldwirtschaft, wenn man die Einführung der wertbeständigen wertbeständigen Zahlungsmittel so nennen darf, frei gemacht wird. Die Berliner Produktenbörse hatte schon am Freitag ihre Notierungen in der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches von 1923 vorgenommen, wobei sie als Einheitsgewicht bei Getreide 1000 Kilogramm und bei Hülsenfrüchten und Futtermitteln 100 Kilogramm zugrunde legte. Am Sonnabend begann die Reichsbank in Berlin mit der Ausgabe der sogenannten Interimscheine der Goldanleihe zu 1/4, 1/2 und 1/3 Dollar. Dem Verkehr, der in den letzten Tagen sehr unter dem Mangel an Zahlungsmitteln litt, kamen die ersten Emissionen von ungefähr 15.000 Dollar sehr zu statten. Inwieweit die Ausgaben der wertbeständigen Zahlungsmittel auf die Bewertung der Devisen einwirken und die Einführung eines allgemeinen wertbeständigen Zahlungsmittels, der Rentenmark, als Stützversuch der Reichsmark anzusprechen ist, muß die Zukunft lehren. Allerdings wird der Übergang zur „Goldwirtschaft“, wenn die deutsche Wirtschaft auch an und für sich einen äußerst starken Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln hat, den sie porckünftig keineswegs durch Warenausfuhr begleichen und bezahlen kann, den Devisenmarkt entlasten und bessernd auf die Papiermark einwirken, die sich ja auch durch Einführung von Schahnanweisungen durch das Reich und Aufkauf von Papiermarknoten durch die Reichsbank in ihrem Umlauf automatisch verringert.

Hand in Hand mit der Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel geht der Übergang von der Papiermarkführung zur sogenannten Goldführung. Der Arbeitsminister ist der Ansicht, daß mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr selbstverständlich auch Löhne und Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umgestellt werden müssen, in der Art, daß die Umstellung mit einem Teile des Lohnes beginnt und sich entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt. Das Reich wird den Beamten bereits am 1. November einen Teil des Gehaltes wertbeständig auszahlen. Damit ist einer seit Monaten erhobenen Forderung Rechnung getragen worden und ein alter Uebelstand, soweit das überhaupt angeht, der deutschen Inflation möglich ist, aus der Welt geschafft. Gerade in der abgelaufenen Woche hat die Löhnmehrhöhe in Deutschland große und katastrophale Formen angenommen. Der Teuerungsinde der „Industrie- und Handelszeitung“, der ein ziemlich genaues Bild der tatsächlich eingetretenen Teuerung wiedergibt, berechnet eine Steigerung von 716,3 v. H. Das bedeutet eine Steigerung um das siebenzehnfachmilliardenfache gegenüber dem Vorkriegsstand. Die Differenzen auf dem Arbeitsmarkt, die zu großen Streiks in den Grund- und in den Fertigwarenindustrien, z. B. in den sächsischen und schlesischen Kohlenbezirken, in der Metallindustrie in Steffin und in den Hamburger Hafenbetrieben geführt haben, sind unter diesen Umständen nur zu begreiflich. Die Lage wird verschärft durch die um sich greifende Krise und die Verzögerungen der Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet, wo im Laufe dieser Woche 150.000 Bergleute entlassen werden sollen und große Metallwerke in Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen, Essen und Bochum schon auf Kurzarbeit gestellt oder gänzlich stillgelegt worden sind. Der Bergbau, der nach dem Kriege ohne Unterbrechung Hochkonjunktur hatte, leidet jetzt unter einer schmerzlichen Brennstoffkrise. Doppelt unverdächtig erscheinen deshalb die günstig verlaufenden Verhandlungen über Kohlenkredite in England. Wenn wir auch die Unverwendbarkeit gewisser Kohlen, die dem Reiche augenblicklich genügend zur Verfügung stehen, für den Lokomotivbrand kennen, müssen doch alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um zum mindesten die Reichseisenbahn so schnell wie möglich von dem englischen Kohlenbezug unabhängig zu machen.

Die Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel ist der für ungewisse Ausbruch für das Ende des deutschen Dumping. Die deutsche Industrie hat in den Jahren nach der Revolution ihre Waren unter Weltmarktpreis veräußert und die Ende vorigen Jahres zusammengebrochene Hoch- und Scheinkonjunktur ausgelöst, die nicht nur das Ausland, sondern auch das Inland über den tatsächlichen traurigen Stand der deutschen Wirtschaft täuschte. Die volkswirtschaftlich schädlichen Auswirkungen, Schwinden der Kaufkraft, Stillstand in Produktion und Handel, Erliegen der Ausfuhr führten zur gegenwärtigen Krise.

Eine andere Frage, die vielfach erörtert wird, ist, ob es günstig, die Rentenmark stabil zu halten. Es gibt Fachleute, die sie äußerst pessimistisch betrachten und wichtige Bedenken für ihre Meinung ins Feld führen. Zu einem Teil mit vielem Recht. Die Rentenmark ist gedekt, aber nicht gegen richtiges Geld einlösbar. Diese Tatsache spricht gegen die stabile Rentenmark. Die Stabilität eines Geldes, ihr Schutz gegen Inflation, hängt nämlich immer von der Möglichkeit ab, sie gegen Gold oder Devisen unmittelbar umtauschen zu können. Diesen Vorzug hat die Rentenmark nicht. Sie stellt ja auch keine Währungsreform, sondern nur ein wertbeständiges Zahlungsmittel dar und wird die Goldwährung, die Goldnote, auf die Dauer nicht ersetzen können. Deshalb muß vor der Illusion gewarnt werden, als ob mit den von der Regierung vorgenommenen technischen Maßnahmen ein Dauerzustand geschaffen werden könnte. Es ist unbedingt notwendig, daß der Staat seine Finanzen mit Aufbietung aller Kraft in Ordnung bringt, um die endgültige Lösung zu ermöglichen, ehe die Rentenmark einer irgendwie gearteten Inflation unterliegt. Je schneller das erreicht wird, desto besser ist es. Hand in Hand muß sich damit die Reform der deutschen Wirtschaft zur Steigerung der Produktion vollziehen. Nur so wird die von der Regierung eingeleitete Deflation Sinn und Aussicht auf Befriedung der deutschen Verhältnisse haben.

Dem Reichstag ist eine Novelle zum Gesetz über den Volksentscheid zugegangen. Der Entwurf bringt keine grundsätzliche Änderung in der Art der Durchführung eines Volkswillens. Es wird lediglich bestimmt, daß Verfahren bei Volksbegehren, die von ihren Antragstellern nicht weiter verfolgt werden, jederzeit vom Reichsinnenminister eingestellt werden können. Die Einstellung muß erfolgen, wenn seit Ablauf der Eintragungsdauer sechs Monate verfloßen sind, ohne daß das Eintragungserlösen abgeschlossen ist. Außerdem wird vorgeschrieben, daß die Kosten der Herstellung der Eintragungslisten und ihrer Verjendung den Antragstellern zur Last fallen.

Dollar 65 Milliarden.

Tausche meine 2-Zim.-Wohnung mit Stall und 85 Ruten Land gegen andere 2- oder 3-Zim.-Wohnung. **M. Harms**, Israelsdorfer Allee, bei der Flughafen. (7925)

Haus mit 8 Wohnungen für 1000 Goldmark zu verkaufen. (7913) **H. Jensen**, Balauerföhr 21

Wer tauscht Fahrradmäntel gegen Kartoffeln? Ing. unt. G 413 an die Exp. d. Bl. (7915)

Gel. älteres Fahrrad. (7916) **Wahmitz**, 81, p. r.

Starker Blockwagen gegen Lebensmittel zu tauschen. Ing. unt. G 412 an die Exp. d. Bl. (7914)

Tausche 1 Ztr. Kartoffeln gegen Babywädel und Lächer. Ing. unt. G 414 an die Exp. d. Bl. (7917)

Gebrauch. Güter gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angeb. unter C 409 an die Expedition d. Bl. (7874)

Übermorgen Mittwoch 9 1/2 Uhr findet eine große Möbel-Auktion über best. Wohnmöbel, Schlafstühle u. Küchenrichtungs- u. viele Hausstandsachen in Kochs Auktionshäusern statt. Besichtigung sofort (7929) Die nächste Sitzung abm. Fundstücken-Auktion im Wartesaal 4. St. findet Montag vormitt. 9 Uhr statt.

In allen Abteilungen SONDER-ANGEBOTE

Bei Zahlung mit Goldanleihe oder Dollarschatzanweisungen gewähren wir einen Wertbeständigkeitsrabatt von **10 Prozent**

Total-Ausverkauf der Abteilung Haushaltwaren wegen Auflösung dieser Abteilung

Holstenhaus

Lübeck. * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Eimerbier
Dienstag von 3-6 Uhr.
7909) **H. Bade**.

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (7881)
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion,
Erstkl. Manufakturwaren.

Verkauf v. Gold- und Silber-Druck, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfeling
[32] Holstenstr. [32]

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7880)
Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10

Zum 1. November:
Zeitungsträgerin
für Seeretz
bei gutem Gehalt gesucht.
Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote“
Zu melden bei: (7858)
Richard Sell, Seeretz, Schwarz, Str. 37

Steppdecken
(auch Neubeziehen).
Spethmann, Erste Str. 31.
(7910)

Latent-Matratzen,
Mullege-Matratzen
jed. Maß in fürz. Zeit.
Gedr. Ref. 11, Lübeck,
Invertr. 111/112 (7498)

König kauft Felle

Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!

Karl König (7707)

Hamburg, Bergedorf, Leipzig,
Zeughausmarkt 2. Kuhberg 2. Packhofstraße 3.
Fernruf Merkur 5128. Fernruf Nr. 777. Fernruf Nr. 29 519.
Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

Felle
kauft Isast Frankenthal
höchstdenkb. Seefergasse 53. Eck. 8641.
(7924) **Haare**

Belegsmarken
für Vereine und Gewerkschaften

Fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Grubbenerei Seiede, Meyer & Co

An die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.

Das Erscheinen des „Lübecker Volksboten“ ist bis zum 2. November verboten! Wir bitten unsere Abonnenten, einstweilen das „Nachrichtenblatt“ zu beziehen. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsnachrichten werden im Anzeigenteil dieses Blattes veröffentlicht.

Im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung ist es dringend erforderlich, daß alle unsere Freunde dem „Lübecker Volksboten“ die Treue halten und zum Wiedererscheinen neue Abonnenten zuführen.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebekarten
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter

zu haben in der (8762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Bereins- u. Vergütungs-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.

Dienstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (7980)
Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Deutscher Verkehrsband.
Ortsverwaltung Lübeck. (7919)

Versammlung
der Kohlenplaharbeiter
am Dienstag, d. 30. Okt.
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der
Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Schauspieltheater.

Heute Montag 7 1/2 Uhr:
Zum letzten Male

Die rote Kasse.
Dienstag und Mittwoch,
7 1/2 Uhr:

Gastspiel der Operettensängerin **Margret Wagner**
von der Hamburger
Volksoper: (7918)

„Die Försterchristi“.

Gladthaus Theater Lübeck.

Dienstag, 7.30 Uhr:
Marinas halbes Herz.

Mittwoch, 7.30 Uhr:
Zum 1. Male (7928)
Die Propheten.

Schauspiel von Hanns
Tobst.

Hedemanns
(7882)

8 Uhr.

Café Bernhardt

Packenburger Allee 9.
Täglich nachm. Konzert.
(7887) u. abds.

Billige Hüte

	Goldmarkpreise
Duvetinhüte in allen Farben und Formen..	2,- bis 4,-
Samttoques elegante kleine Formen.....	3,-
Zylindertoques elegante kleine Formen.	5.50
Zylinderformen moderne große Formen.	6,- bis 8,-
Seidenzylinderformen moderne große Form.	9,- bis 11,-
Zylinderglocken mit farbig. Unterrand	10,-

Goldmarkpreise
Bluse a. best. Hemden-
flan., in 2er-
Str., m. doppelt.
Mansch. und Perlmutterknöpfen **5.75**

Goldmarkpreise
Kleid aus gestreift.
Popelin, mit
modernem Schalkragen .. **19,-**

Goldmarkpreise
Mantel a. reinw.
Flauschst.,
offen u. geschl. zu tragen **17.50**

Goldmarkpreise
Mantel aus ge-
musterter
Flauschstoffen..... **26,-**

Warstadt A. G.



Erst Erdal,
dann ein Bürstenstrich,
Schon glänzt der Schuh
fein säuberlich.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

Die Gastrechnungen sind zu hoch!

Was ist zu tun?

Die Entschöpfung des
Sparkochers „Küchenec“
sind schon aus allen Küchen. Stau-
wend geringer Brennstoffverbrauch.
Kostenlos, unverbindliche Beratung jederzeit.
Büchlein gratis.
Christians & Co. Fabrikantenfabrik
Lübeck, Wartenburgstr. 50. (7905)

Nachrichtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtenamt Lübeck.
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Stüben.

Nummer 4.

Dienstag, 30. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Ämliche Anzeigen.

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 80 vom 29. Oktober 1923 enthält:

Nachtrag zu der Verordnung vom 8. März 1922 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. — Sechster Nachtrag zu der Verordnung vom 24. Juni 1922 zur Ausführung des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1923. — Bekanntmachung, betreffend die Gebührenordnung der Senatskanzlei. (7952)

Die Rakeburger Allee wird auf der Strecke von „Bei der Wasserfont“ bis „Mönthofer Weg“ bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. (7948)
Lübeck, den 29. Oktober 1923. Das Polizeiamt.

Zahltag für Sozialrentner

für die Buchstaben:

A—E	Donnerstag, 1. November, 8½—10 Uhr.
F—K	1. „ 10—11½ „
L—R und S	1. „ 1—2½ „
Sch, St—Z	1. „ 2½—4 „

im Konzerthaus Lübeck, Fackenburg Allee 40—42.

7942) Das Wohlfahrtsamt.

Öffentliche Verpachtung des Reits an der Untertrave am Donnerstag, dem 8. November 1923, vormittags 10½ Uhr auf der Staatswerft. Die Karten und Bedingungen liegen während der Dienststunden im Wasserbauamt, Mühlenstamm 10, aus. (7955)
Lübeck, den 30. 10. 23. Das Bauamt.

Öffentliche Verdingung.

Ausführung von Tischlerarbeiten f. d. Neubau v. Siedlungs-doppelhäusern a. d. Dornbreite. Angeb. sind bis z. 3. November, mittags 12 Uhr, einzureichen. (7950)
Lübeck, den 30. 10. 23. Das Bauamt.

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 80 der G.O. und des § 2 der M.O. wird verordnet:

Die Apotheken haben bis auf weiteres, längstens bis 31. Dezember 1923 die Schlüsselzahlen für Arzneimittel und Gefäße im Sinne der Nr. 1 B. a der Allgemeinen Bestimmungen der Deutschen Arzneitaxe 1923 aus dem jeweils gültigen, in den Postanstalten durch Aushang veröffentlichten Goldumrechnungssatz für Reichssteuern und Zölle zu errechnen.

Als Schlüsselzahl für Arzneimittel und Gefäße gilt im unbefestigten Gebiet der durch 100 geteilte, im befestigten Gebiet der durch 100 geteilte, und um 33⅓ v. H. erhöhte Goldumrechnungssatz. Die Schlüsselzahl ist nötigenfalls in der Weise abzurunden, daß Endsummen von 1 bis 500 000 fortfallen, Endsummen über 500 000 auf die nächste durch 1 000 000 teilbare Zahl erhöht werden.

Die Festsetzung und Veröffentlichung von Schlüsselzahlen für Arzneimittel und Gefäße kommt mit dem 30. Oktober 1923 in Fortfall, die Schlüsselzahl für Arbeitsvergütungen wird in der bisherigen Weise auch weiterhin bekanntgegeben. (7944)
Lübeck, den 29. Oktober 1923. Der Gesundheitsrat.

Frau Marie Vorn geb. Kleinfeldt, Lübeck, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Fock, Lübeck, ladet den Arbeiter Ferdinand Karl Vorn, z. Zt. unbekanntem Aufenthaltsort, zur Gidesleistung gemäß Urteil vom 5. 6. 23 und Verhandlung vor Landgericht, Zivilkammer III, Lübeck, zum Termin am 18. Dezbr. 1923, morgens 10 Uhr, mit Aufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu seinem Vertreter zu bestellen. (7932)
Lübeck, 26. 10. 23. Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Bekanntmachung.

Der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn wird vom 1. November 1923 ab für die Bezirke der Finanzämter Lübeck und Gutin wie folgt festgesetzt:

I. Volle freie Station (einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)

- a) für weibliche Hausangestellte täglich Mt. 5 760 000 000
- b) männliche „ 7 716 000 000
- c) Angestellte höherer Ordnung „ 9 600 000 000
- d) in der Großschiffahrt beschäftigte Kapitane und im Offiziersrang stehende Angestellte „ 11 520 000 000
- e) für alle übrigen in der Großschiffahrt beschäftigten Angestellten und Mannschaften „ 7 992 000 000

Von vorstehenden Sätzen sind zu rechnen:

- 1) für Wohnung einschl. Heizung und Beleuchtung 1/6
- 2) für volle Beköstigung 5/6
- 3) für Mittagessen 3/6
- 4) für Morgen- und Abendbeköstigung 1/6

II. Wert des Deputats:

- a) 30 Ztr. Getreide zum Großhandelspreis Mt. 3 070 800 000 000
- b) Milch: 1095 l je 864 000 000 946 000 000 000
- c) 1 Ferkel 168 000 000 000
- d) Feuerung 180 000 000 000
- e) Kartoffelland 132 000 000 000
- f) Wohnung 360 000

zus. abgerundet Mt. 4 496 800 000 000

bei 2800 Pflichtarbeitsstunden, mithin stündlich: 1 606 000 000.

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck, Abteilung Ia für Besitz- u. Verkehrssteuern.

7956)

Berufung der Bürgerschaft.

Lübeck, 29. Oktober.

Der Wortführer G. Ehlers widmet dem verstorbenen Senator Dimpfer einen warmen Nachruf. Der Verstorbene gehörte 20 Jahre der Bürgerschaft an und war 10 Jahre Wortführer derselben. — Auch der ständige Senatskommissar Dr. B. z. m. e. h. r. e. n. g. e. b. e. n. d. e. s. L. o. t. e. n. und dessen Verdienste im Interesse des Vaterlandes und Lübeds. — Eine Neuwahl für den Verstorbenen in den Senat findet nicht statt.

Das Bürgerchaftsmitglied Karstedt (D.) legte aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat nieder. An dessen Stelle tritt Herr Roschke.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt folgende Interpellation an den Senat:

Was gedenkt der Senat angesichts der vom Inhaber der vollziehenden Gewalt, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Artikels 37 der Reichsverfassung angeordneten Verhaftungen von Bürgerchaftsmitgliedern zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu tun?

Ein Schreiben der kommunistischen Fraktion an den Wortführer wendet sich gegen die Verhaftung eines kommunistischen Bürgerchaftsmitgliedes, die gegen den Art. 37 der Reichsverfassung verstoße. — Der Wortführer erklärt, er schübe selbstverständlich die Mitglieder der Bürgerschaft und habe sich dieserhalb an den kommandierenden General gewandt. Das verhaftete Bürgerchaftsmitglied Klann sei dann auch entlassen worden.

Haut (Soz.): Der Kommandeur des zweiten Wehrkreises v. Tschischwitz trifft Maßnahmen, die sich nicht mit den Bestimmungen der Verfassung decken. Die Verhaftung der kommunistischen Fraktion steht im Widerspruch mit dem Wortlaut des Artikels 37 der Reichsverfassung. Das ganze Verhalten des Wehrkreiskommandeurs bei der Verhaftung von Klann ist inkonsequent. Wir denken nicht daran, die Parolen der Kommunisten zu verteidigen, sondern wir lehnen diese ganz entschieden ab. Wir bebauern außerordentlich, daß auch eine Anzahl sonst ruhig denkender Arbeiter diesen Parolen Gefolgschaft leisten. Wir verstehen aber auch angesichts der traurigen Wirtschaftslage und der ungeheuren Not die Erregung großer Volksteile. An dieser Erregung tragen die Arbeitgeber ein gerütteltes Maß von Schuld. Trusts, Kartelle und Spindlatsche breiten das Volk in schamloser Weise aus. Die Preise aller Bedarfsartikel passen sich stündlich dem Dollarkurs an. Löhne und Gehälter halten nicht im geringsten Schritt mit den Diktatorpreisen. Die ungeheure Zahl der Erwerbslosen senkt unter den viel zu geringen Sätzen der Unterstützung. Die Zahl der übrigen Leidenden steigt ins Uferlose und eine ungeheure Erregung bemächtigt sich der Massen. Die Stimmung wird gereizt. Die Militärs gelangen zur Macht, Zeitungen werden verboten und eine Maßnahme ist fälscher wie die andere. Weshalb wurde zum Beispiel der „Volksbote“ verboten? Weil er auf die ungleichmäßige Behandlung Sachsens und Bayerns durch das Reich hingewiesen hat! Noch heute müssen wir dieselbe ungleichmäßige Behandlung abermals feststellen. In Sachsen ein Ultimatum an die Regierung, bis Sonntagabend zurückzutreten, Bayern gegenüber eine geradezu klägliche Haltung. Nach Bayern wurde, trotzdem es sich vom Reich los sagte und die Bestimmungen der Reichsverfassung, soweit es gegen die Arbeiterschaft ging, nicht achtet, trotzdem dort die Hitlergarde bis an die Zähne bewaffnet ist, kein einziger Reichsmehrsoldat geschickt. Sachsen ist vollgeproppelt von Reichsmehrsoldaten. Auf diese Ungleichheiten hat der „Volksbote“ hingewiesen. Deshalb wurde er verboten! Deshalb wurde dem politischen Redakteur des „Volksboten“ die Verhaftung angedroht. Rechtsstehenden Blättern, die den Meuturer v. Löffow und die Rebellion Bayerns entschuldigen, ist nichts geschöhen. Damit wurde uns das einzige Blatt über das wir verfügen, in einem Augenblick, wo wir es nötiger denn je gebrauchen, aus der Hand geschlagen. Die Maßnahmen, die vom General getroffen werden, erreichen das Gegenteil von dem, was beabsichtigt wurde. Die Haltung der Reichsregierung gegen Bayern und Sachsen gegenüber muß jeden Republikaner in Erregung bringen. Viel zu lange hat man von Seiten der Reichsregierung geögert, gegen Bayern vorzugehen. Dadurch wurden die Dinge in Sachsen geradezu herausgefordert. Die Koalition in Sachsen war ein bedenkliches Experiment. Wer hatte aber dort die sozialistische Regierung gestützt? Bürgerliche und Kommunisten. Man wollte die Kommunisten für praktische Arbeit auf dem Boden der Verfassung gewinnen. Leider konnte sich dieser Versuch nicht auswirken, es war der KPD. nicht ernstlich um eine Mitarbeit zu tun. Die Handlungsweise der Kommunisten muß auf das entschiedenste verurteilt werden. Die Reichsregierung muß sich, wenn sie erfolgreich sein will, auf die republikanisch gestimmte Bevölkerung verlassen. Zwischen der Reichsregierung und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft muß ein Zustand des Vertrauens herbeigeführt werden. Durch das Vorgehen gegen Sachsen und durch die Zeitungsverbote wird dieses Vertrauen allerdings nicht hergestellt. Was in Sachsen heute in der Reichsmehr als Zeitfreiwillige herumläuft, sind zum Teil Arbeiterfeinde aller Art. Gegen Sachsen ist in der Presse ein planmäßiger Verleumdungsflug geführt worden. Telegramme der demokratischen Partei Zwickau an den Reichszentralrat und die demokratische Reichstagsfraktion betonen: „Die unverantwortliche Pressebege gegen das Verhalten weiter Kreise der sächsischen werktätigen Bevölkerung erfordert dringend eine abweichende Stellungnahme der Partei. Während die an vielen Orten des Reiches vorgekommenen blutigen Krawalle in der Presse nur kurz registriert werden, sind die sächsischen Vorkommnisse, die weit weniger schwerer Art sind, offenbar absichtlich aufgebauscht und entstellt berichtet worden, zum großen Schaden der sächsischen Wirtschaft und Lebensmittelerzeugung.“ Das Telegramm von Löffow an die Generale war eine geradezu ungläubliche Frechheit. Was wurde bis heute dagegen unternommen? Nichts! Wöge sich die Reichsregierung einmal an die republikanische Arbeiterschaft wenden, im Handumdrehen wird auch in Bayern wieder die Reichsverfassung gelten. Und auch in Sachsen werden sich die Dinge so gestalten, wie es im Interesse der Republik erforderlich ist. Feuerung, Not und Erwerbslosigkeit müssen die Erregung bis zur Stechzigkeit

steigern. Dagegen die Generale einzusehen, war eine falsche Medizin. Den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber wurde die Verordnung vom 23. Oktober 1923 nicht angebracht. Was wurde nun gegen die Arbeitgeber unternommen? Nichts! Was hat der Inhaber der vollziehenden Gewalt unternommen, um den Arbeitern unter dem Ausnahmezustand einen der Feuerung entsprechenden Verdienst zu sichern? Nichts, garnichts! Dafür hat er das einzige Sprachrohr der Arbeiterschaft, den „Volksboten“, verboten. Angesichts der ganzen Maßnahmen muß man zu der Ueberzeugung kommen: Dieser Zustand wird unerträglich. Fort mit der Militärgewalt! Die Ordnung der Dinge muß in die Hände von Zivilkommissaren übergehen. Wir erwarten, daß der Senat für diese Forderung unsere Seite eintritt. Wir gebrauchen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft ein wertbeständiges Zahlungsmittel. Wollen wir uns dieses schaffen, so gebrauchen wir Ruhe und Ordnung im Lande. Von den Arbeitgebern erwarten wir das größte Entgegenkommen, um Erwerbsloie unterzubringen. Die Stilllegung von Betrieben muß endlich aufhören. Aufhören aber müssen auch die falschen Maßnahmen der Militäristen. Aufhören muß die Nachsicht der Reichsregierung gegen Bayern. Alle republikanisch gesinnten Kreise müssen zusammenstehen gegen rechts und links.

Senator Dr. B. z. m. e. h. r. e. n. e. r. w. i. d. e. r. i. d. e. t. im Namen des Senats, daß sofort auf Grund des Art. 37 der Reichsverfassung Einspruch gegen die Verhaftung erhoben und die Verhaftung wieder rückgängig gemacht worden sei. Der Senat sei mit den übrigen Landesregierungen dafür eingetreten, an Stelle der militärischen Befehlshaber zivile zu setzen. Der Senat setze fest auf dem Boden der Verfassung und unterstütze die Reichsregierung nach Kräften.

Wortführer G. Ehlers erhebt Protest dagegen, daß die Bestimmungen der Verfassung außer acht gelassen und ein Mitglied verhaftet wurde. Weiter protestiert der Wortführer gegen die Unterdrückung des Lübecker Volksboten.

Rosch (Komm.): Der Bruch der Verfassung, Rechtsverletzung und Beschneidung der Meinungsfreiheit wird jetzt nicht von den Kommunisten, sondern von der anderen Seite getrieben. Verfassungsfragen sind Machtfragen, und diese Macht haben die Sozialdemokraten den Militärpartei in die Hand gespielt. Die Kommunisten tragen vor der Geschichte die Verantwortung für ihr Tun. Man hat unsere Taten verbrecherisch genannt. Aber außerhalb des Parlaments mag der Sprecher der Sozialdemokratie nicht gegen die Gewalten vorzugehen. Es fällt uns nicht ein, uns den Schergen anzuliefern. Wir stehen heute noch auf dem Boden, daß das Proletariat nichts als die Ketten zu verlieren hat. Die heuligen Verhältnisse sind von den Kommunisten seit Jahren vorausgesagt worden. Wir können den Kämpfen nicht aus dem Wege gehen. Bayern und Sachsen haben den Anfang gemacht. Das Bürgertum erhofft von Bayern die Wiederherstellung seiner Bestrechte, die es bedroht sieht. Sachsen macht man zum Vorwurf, daß es sich eine Regierung gegeben hat, die seinen Mehrheitsverhältnissen entspricht. Nach Minorität sucht man vergeblich in Sachsen. Aber in Bayern ist sie vorhanden. Die bürgerliche Presse berichtet die Unwahrheit über Sachsen. In Bayern erhält sich die Regierung durch Militär und Hafentrawler. Wenn die Kommunisten heute eine scharf umrissene, einseitige Stellung einnehmen, dann wird die Geschichte dies gütigen. Der Reichspräsident habe wohl gegen Sachsen Ausnahmereordnungen erlassen, nicht aber gegen Bayern. Das zeige die ganze Erbärmlichkeit des jetzigen Zustandes. Dem Ausnahmezustand habe die sozialdemokratische Partei zugestimmt. Von der Militärpartei sei nichts Gutes zu erwarten. (Zuruf Dr. Lebers: Aber von Euch, die die Hafentrawler geschaffen haben!) Uns fällt gar nicht ein, in der Not zu der Sozialdemokratie zu laufen. Wenn wir kommen, dann nur, um eine einheitliche Arbeiterbewegung zu schaffen. Wir wissen, daß man uns eines Tages an die Wand stellen wird, aber die Tat wird nicht ungeführt bleiben. Die endliche Abrechnung zwischen den beiden Klassen wird kommen. Allerdings ist mit der Sozialdemokratie von heute kein einheitlicher Kampf zu führen. Zu der Senatsklärung über die Verhaftung der kommunistischen Bürgerchaftsmitglieder betont der Redner, daß der Haftbefehl noch nicht aufgehoben sei, sondern vorläufig nur zurückgestellt wurde. Unsere Idee wird aber doch liegen. Im Auftrag der kommunistischen Fraktion verliest Rosch eine Erklärung, die sich gegen die Hausdurchsuchungen bei den Kommunisten und die Verhaftungen wendet und die Mobilisierung der Massen gegen die militärische Gewalt fordert.

Senator Mehlert gibt eine Erläuterung über die Verordnungen, der Verhaftung und die Streikverbote in lebenswichtigen Betrieben. Er habe keine Bedenken darüber geäußert und auch der Senat habe den Standpunkt geteilt, daß derartige Verordnungen nur Erregung herbeibringen. Das Streikpotenzial beziehe sich nur auf die lebenswichtigen Betriebe. Gegen die Absicht, das Bürgerchaftsmitglied Dr. Leber zu verhaften, habe er sich als Polizeiherr ebenfalls gewandt. Der Verhaftungsbefehl gegen das Bürgerchaftsmitglied Rosch sei erfolgt, weil er für gewalttätigen Widerstand mit der Waffe aufgefordert und geschlagen habe, daß er sich an die Spitze stellen werde. Man dürfe die Vorgänge in Hamburg nicht vergessen, wo man blaue Polizisten glatt erwürgt habe; heute bedauern die Leute schon, daß sie sich so verhalten ließen. Die eigentlichen Heher haben sich dort verhalten, wie sie es hier getan haben. Auch Herr Nickel streitet ab, daß er mit den kommunistischen Kampforganisationen etwas zu tun habe. So verleugnen Sie sich selbst. Mit der Verhaftung der Arbeiterschaft gegen die Polizei ist es nicht getan. Das hat nichts mit der Aufklärung zu tun. Die Polizei wird sich durchzusetzen wissen. Wir treten für die Beilegung des militärischen Ausnahmezustandes ein und hoffen, daß sich die wirtschaftlichen Zustände bald bessern.

Dr. Neumark (Dem.): Bei der Verordnung über die lebenswichtigen Betriebe hat sicherlich die Schnapsbrennerei keine Rolle gespielt. Die Ursache unseres Elends ist die Außenpolitik und die daraus resultierende Valuta. Wertbeständige Löhne setzen wertbeständige Zahlungsmittel voraus. Der Arbeitgeberbund in Lübeck hat sich seit Jahr und Tag bemüht, um den Wirtschaftstrieben hochzuhelfen. Deshalb waren die Verhältnisse hier besser

als im übrigen Deutschland. Das wertbeständige Geld wird wohl der Arbeiter in den Verkehr bringen, aber der letzte Empfänger wird es behalten. Durch Schlagworte löst sich die Umwertung der Rohprodukte in wertbeständige Löhne oder Zahlungsmittel nicht herbeiführen. Von der Geldwirtschaft löst sich das 60-Millionen-Volk nicht ernähren. Die Arbeitsleistung ist zurückgegangen. (Zurück bei dieser Ernährung!) So schlecht ist die Ernährung nicht. Es arbeiten viel zu viele Menschen unproduktiv im Staatswesen, die durchgeschleppt werden müssen. Die Arbeitgeber arbeiten heute mehr als je im Frieden, um die Industrie wieder hochzubringen. Uebrigens sind die Lebenshaltungskosten um 20 Prozent niedriger als im Frieden. Nur die Textilien sind um 200 Prozent teurer. Nach Goldmark berechnet ist die Lebenshaltung insgesamt billiger als im Frieden. Wir können aber die Lebenshaltung nicht so wie im Frieden in Vergleich stellen. Wenn man die Kartellpolitik als Warenverteurer ansieht, dann muß doch gesagt werden, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften die schlimmste Kartellpolitik ist.

Dr. Leber (Soz.) erwidert, daß die vom Vorredner so abfällig kritisierte Tarifpolitik der Gewerkschaften in allen Staaten getrieben wird, die jetzt wirtschaftlich florieren. Dadurch ist die Wissenschaft Dr. Neumarks widerlegt. Gab es doch vorige Woche hier Arbeiter, die einen Stundenlohn von 3 und 4 Goldpfennig verdienten. Herr Dr. Neumark hat auch vergessen anzuführen, wohin die Inflationsgewinne fließen. Sie fließen vorzugsweise in die Taschen der Unternehmer. Diese Inflationssteuer ist das größte Verbrechen am Volke. Heute verlangen selbst kapitalistische Blätter, daß Herr Hermes wegen seiner Finanzpolitik vor den Staatsgerichtshof gehört. Unter Herr Hermes, Beder und Cuno ist die größte Inflation entstanden. Die bürgerliche Klasse hat die Hermes und Beder gestützt, solange sie Vorteile aus der Inflation hatte. — Zu der Rede von Roth bemerkt der Redner, daß die Militaristen die Geschäfte der Kommunisten und die Kommunisten die Geschäfte der Militaristen bezogen. Die Kommunisten geben Herrn v. Tschischwitz die moralische Begründung zu seinem Vorgehen. Die Kommunisten sind reichlich inkonsequent, wenn sie nach den Waffen rufen und sich nachher beschweren, wenn andere dasselbe tun. Der Versuch, mit den Kommunisten eine Einheitsfront herzustellen, schlägt fehl. Herr Roth lehnte es ab, und zwar auf Befehl seiner Partei, der wahrscheinlich ähnlich lautet wie derjenige in Hamburg. Den Kommunisten lag es nicht daran, den Arbeitern Brot zu geben, sondern sie hegten höhere Ziele. Wir als Sozialdemokraten können unsere Politik nach solchen Hirngepinnsten nicht einrichten. Herr Roth läßt sich, wenn er glaubt, daß die Reaktion jetzt zum letztenmal aufblühen wird, nicht auf unsern Handel ein gerade Linie ziehen, selbst auf die Gefahr hin, von den Kommunisten nachher beschimpft zu werden. Sollte Roth an jenem Abend vor der aufgeregten Versammlung zur Vernunft geraten, dann hätte er keinen Anflug gefunden. Aber nachher hielten sich die Kommunisten bei uns Rat, wie sie sich aus der Parole ziehen konnten. Genau so war es leinzeit beim mitteldeutschen Aufstand. Dem Vorgehen gegen Sachen haben unsere Genossen nicht zugestimmt. Wir überlegen genau, was wir zu tun haben. Dank der kommunistischen Tätigkeit haben wir heute keine kampfrüstige Arbeiterbewegung. Wir haben die Pflicht, die Arbeiterkraft auf die wirkliche Lage hinzuweisen und die Arbeiterbewegung so aufzubauen, daß sie allen Umständen trohen kann.

Auf Antrag Wallradt (Soz.) wird die Debatte geschlossen. — Roth (Komm.) bemerkt persönlich, er habe weder dazu aufgefordert, die Wachen zu stürzen, noch der Polizei im Gewerkschaftsbereich entgegenzutreten. Der Bericht an die Behörde sei Spitzelarbeit.

Erlass eines zweiten Nachtrages zur Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920. — Haut (Soz.) beantragt Ausschussberatung. — Auch Klein (Dem.) verpflichtet diesem bei. Die vorgesehene Zahl der Senatsmitglieder sei aber noch zu hoch. Nach der vom Ausschuss für Vereinfachung der Verwaltung vorgelegenen Verringerung der Behörden auf 7 würden auch 7 Senatsmitglieder genügen. Eine Verringerung bedarf auch die Zahl der Bürgerchaftsmitglieder. — Der Antrag Haut wird angenommen.

Erlass eines zweiten Nachtrages zur Stempelordnung. — Ewers (D.) fordert bessere Usurabteilung des Gesetzes und deshalb Ueberweisung an einen besonderen Ausschuss. — Senator Dr. Vermehren sieht hierin eine Verzögerung der Einführung der neuen Steuern. Die Finanzbehörde hatte die Vergütung erhalten. Härten auszugleichen. Diese Einnahmequelle für unsere Finanzen müsse sofort erschlossen werden. — Klein (Dem.) betont, der Stempeltarif sei von 1917 auf Goldmark auf-

gewertet. Er sei damals zu hoch gewesen und würde jetzt bei der Umwertung tatsächlich viele Härten nach sich ziehen. Ein Lehrvertrag werde mit 50 Goldpfennig ausgewertet, das seien 7½ Milliarden. Da werde niemand einen Lehrvertrag stempeln lassen. Ebenso sei es bei Schiffsfrachten. Der Redner beantragt, die festen Sätze nur in Höhe von zwei Dritteln zu erhöhen. — Senator Dr. Vermehren erklärte, der Senat würde sich mit dem Vorschlag content. abfinden. — Der Senatsantrag wird mit dem Zusatz Bode angenommen.

Erhöhung der Gewerbesteuer. — Rosenquist (Arbg.) sieht in der Gewerbesteuer eine furchtbare Ungerechtigkeit, gegen die er nach wie vor protestiert. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Mündlicher Bericht des Verkehrsausschusses über das ihm zur Nachprüfung überwiesene Gesetz, betreffend Fahrzeugsteuer. — Steinberg (Soz.) gibt noch einige Erläuterungen zu den Beschlüssen des Ausschusses und ersucht um Zustimmung der Ausschussanträge. — Der Senatsantrag wird mit diesen Abänderungen angenommen.

Unterstützung von Baugewerkschülern zum Besuch der Baugewerkschule in Hamburg. — Rosenquist (Arbg.) beantragt, allen hiesigen Baugewerkschülern diesen Zuschuß zu gewähren. — Zieseniß (Soz.) lehnt sich diesem an. — Senator Dr. Vermehren: Berücksichtigt wurden vorerst nur diejenigen, die sich gemeldet haben. Gericht wäre allerdings eine gleichmäßige Behandlung. — Dreger (Soz.): Der Antrag kann so nicht durchgeführt werden. Eine Prüfung für weitere Fälle könnte durch die Oberprüfungsbehörde erfolgen. — Der Senatsantrag wird mit dem abgedruckten Antrag Rosenquist — daß alle Baugewerkschüler, die sich in einer ähnlichen wirtschaftlichen Lage befinden wie die 13, die Unterstützung erhalten — angenommen.

Erlass von Kaufstands- und Hinterbliebenengesetzen. — Dr. Bietz (Soz.) beantragt Ausschussberatung. Die beachtlichen Vorschläge der Spitzenorganisationen über den Beamtenabbau und anderes müssen geprüft werden. Es darf nicht nur unten abgebaut werden, ein schematischer Abbau würde zu Unzutraglichkeiten führen, insbesondere dann, wenn dabei ausschließlich Angestellte ausersehen werden. — Senator Dr. Vermehren betont, der Antrag schließt sich eng an die reichsgesetzlichen Bestimmungen an. — Gehle (D.) verpflichtet dem Antrag auf Ausschussberatung bei. — Graebner (Arbg.) erkundigt sich nach der Angelegenheitsnummer. Der Beamtenabbau erfolge jetzt immer von unten auf, obwohl man sich manchmal frage, wozu so manche Bauräte und Direktoren da seien. — Senator Dr. Vermehren: Das Angestelltenversorgungsgesetz war bereits fertig. Nun kam das neue Beamtenabbaugeetz. Da läßt es vorherhand nicht raufen, einzelnen einen gewissen Vorzug zu geben. — Haut (Soz.) befreit, daß der Ausschuss zur Vereinfachung der Verwaltung nur unten abbaue und führt Tatsachen dafür an. Seine Arbeit könne er erst aufnehmen, wenn die Verfassung geregelt sei. — Der Antrag Bietz wird angenommen.

Antrag von 22 Mitgliedern der Bürgerchaft: Der Senat bezieht nicht mehr das Vertrauen der Bürgerchaft. — Klein (Dem.) bezeichnet diesen Antrag als einen der wichtigsten, den die Bürgerchaft je beschäftigt habe. Die bürgerlichen Fraktionen wünschten eine eingehende Begründung dieses schwerwiegenden Antrages. — Ewers (D.) wundert sich ebenfalls, daß der Antrag nicht begründet wurde. Heute könnten die früheren Gründe kaum noch als stichhaltig gelten, so z. B. die über Schulfragen. In Steuerfragen sei der Senat den sozialdemokratischen Anträgen immer gefolgt, so daß man in dieser Beziehung unter dem Diktat der Sozialdemokraten stehe. Auch den diktatorisch ultimativen Forderungen der Sozialdemokratie anlässlich der Aufrührvorgänge habe der Senat z. T. nachgegeben. Die anderen Gründe seien nicht mehr stichhaltig und nicht beweisbar. Heute dem Senat ein Misstrauensvotum auszustellen von einer Partei, die sich als Ordnungspartei aufstelle, sei unverantwortlich. Die Sozialdemokratie wolle hier wie überall im Reich ihr Parteijüppchen tochen. Die Geister würden sich heute scheiden. Man müsse Farbe bekennen, und dürfe nicht zwischen Ordnung und Revolution spielen. Mit derartigen Stimmungsanträgen führe man kein Volk und keine Arbeiter geeigneten Zuständen entgegen. Der Antrag sei eines der Totendekretale der sozialdemokratischen Partei.

Bürgermeister Dr. Neumann betont, die Schicksalsfrage sei für den Senat und die Stadt von größter Bedeutung. Ein anderes Ergebnis als das angekündigte erwarte der Senat nicht. Aber er lege entscheidenden Wert auf die Gründe der sozialdemokratischen Fraktion; er wünsche eine Klärung, auf die die Bevölkerung unentzehlbaren Anspruch habe. Die Politik des Senats

sei in den letzten Jahren dahingegangen, keine einseitige Partei politik zu treiben, sondern sie sei auf eine Arbeitsgemeinschaft hingeworfen, um durch die Gegenwart hindurchzukommen und Lübecks Zukunft zu sichern. Diese Politik habe die sozialdemokratische Partei ausgeübt und dadurch noch besonders belohnt, daß sie den 5. Senatlich einem Bürgerlichen zuerkannt habe. Weiter habe die sozialdemokratische Fraktion die neue Landesverfassung gebilligt und mit zustande gebracht. Darin sei der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft gegeben. Diese Politik sei Lübeck zum Nutzen gewesen, insbesondere auch in bezug auf unsere Finanzen und Staatskredite. Ein Moment, das auch heute nicht zu unterschätzen sei. Dem überwiegenden Einflusse der Sozialdemokratie in Gesetzgebung und Verwaltung wurde Rechnung getragen. Fragen der großen Politik werden hier ja nicht entschieden. Wir Kämpfer hat es nicht geschickt, auch nicht im Senat. Die Sozialdemokraten im Senat haben ihren Standpunkt voll vertreten, sich sachlichen Notwendigkeiten aber auch nicht verschlossen. Der Senat mußte im weiten Umfange den Beschlüssen der Mehrheit Rechnung tragen, und dieser Einfluß kam auch bis zum gewissen Grade in den Beschlüssen des Senats zum Ausdruck, die entgegen den Vorhaltungen von bürgerlicher Seite durchaus folgerichtig waren. Seit einigen Jahren ist in der Politik der Sozialdemokratie ein Umschwung eingetreten, der zu dem heutigen Zustand führte. Nach dem Verlog des Volksboten mußte man zur Ueberzeugung kommen, daß der Konflikt ausbrechen würde. Notwendig ist aber unbedingt eine Begründung des Antrages. So viel bekannt ist, soll es sich um die Amtsblattfrage, die Gewerbesteuer, die Verschleppung eines Antrages wegen Säuberung der Schulen von monarchistischen Erinnerungen und die Vorgänge am 11. August handeln. Der Redner geht auf die Einzelheiten dieser Forderungen ein. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss habe gerade in der Frage der Disziplinierung der Beamten noch kein Ergebnis erzielt. Da müsse man sich doch fragen, daß der Senat sehr richtig gehandelt habe, wenn er seinen Beamten den gesetzlichen Schutz angebehalten ließ. Der Senat vermag nach alledem die Gründe nicht als stichhaltig anzuerkennen. Alle Kräfte sollten sich gerade in der schweren Zeit zusammenfinden. Der Senat muß alle Konsequenzen ablehnen, die sich in Verfolg dieses Antrages ergeben.

Klein (Dem.) ist der Ansicht, daß die Sozialdemokratie vom alten Wege abgewichen sei. Sie habe entweder keine Gründe oder wolle ihren Machtstandpunkt hervorheben, wahrscheinlich auf den Krüden der Kommunisten, die die Sozialdemokratie eben noch bekämpft haben. Der Redner wendet sich persönlich gegen Dr. Leber, dessen Tätigkeit nur eine zerstörende und zerstörende gewesen sei. Mit Dr. Leber lehne er jede Arbeitsgemeinschaft ab. Die Sozialdemokratie habe bei der Amtsblattfrage ihren alten Standpunkt verleugnet. Um eine sachliche Bekämpfung war es der Sozialdemokratie hierbei nicht zu tun, sondern lediglich um eine Vernehmung der Bezieher des Lübecker Volksboten. Die Gewerbesteuerbeschlüsse könne man dem Senat nicht zum Vorwurf machen, dieser habe im Gegenteil allen Erhebungen zugestimmt, sogar freie Berufe und Landwirtschaft steuerpflichtig gemacht, die Konsumvereine aber ausgeschlossen. Den Forderungen der Sozialdemokratie in den Augusttagen sei der Senat weitgehend entgegengekommen. Die Beschlüsse gegen Beamte seien mit straflicher Rechtfertigung erhoben worden. Mit derartigen Anträgen wirke die Sozialdemokratie zerstörend. Das Ende des Ganzen sei der Volksentscheid, der die Stimmung des Volkes klarlegen werde.

Haut (Soz.) polemisiert gegen den Vorredner, der mit völligem Unrecht dem Senat zugerufen habe, er solle hart bleiben. Der Sozialdemokratie müsse man schon gestatten, daß sie anders denke. Die Bürgerlichen hätten ja selbst durch ihr Handeln zugegeben, daß der Senat keine Existenzberechtigung habe, denn der Senat habe sich ja ausschließlich auf die Beschlüsse der Sozialdemokratie verlassen müssen. Die bürgerlichen Parteien wollten die Zeitereignisse jetzt zu besonderen Zwecken benutzen. Der Senat dürfe sich nicht nur auf eine Fraktion verlassen, sondern er müsse vom Vertrauen einer großen Mehrheit getragen werden. Die Vorwürfe des Herrn Klein über die neue Senatsbesetzung seien Redensarten. Gerade in der demokratischen Fraktion werde um Senatsstellen gekämpft. Die Verhältnisse hätten sich zwangsläufig entwickelt, die bürgerlichen Parteien hätten in entscheidenden Momenten den Senat im Stich gelassen. Ueber die neue Zusammensetzung des Senats und die Zahl der Senatsmitglieder könne man im Ausschuss reden. Es liege an den anderen Parteien, bestimmte Vorschläge zu machen. Aber eine bestimmte Note müsse in die Politik kommen. So gehe es nicht weiter, daß die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Kommunisten die Vorlagen ablehnen und dann

Freie Volksbildungsbewegung.

Bücherei und Volkshochschule.

In einer Zeit höchster wirtschaftlicher Not, in der Millionen deutscher Brüder ums nackte Leben kämpfen, in der mit brutaler Energie Maßnahmen zur Gründung des Reiches des Reiches und der Länder getroffen werden sollen, könnte die Meinung aufkommen, wir müßten auch in unseren kulturellen Strömungen und Plänen das Ziel anders abstecken. Wer so irrlich überlieht, daß unsere freie Volksbildungsbewegung niemals auch nur annähernd so unterdrückt worden ist, wie es ihrer hohen Mission zukam. Das weltumspannende Deutschland liegt es auf diesem Gebiete ungefähr an allem fehlen, und nach dem Zusammenbruch waren die zur Verfügung stehenden Mittel begreiflicherweise allgemein beschränkt. Anerkannt und nicht nur in der Verfassung niedergelegt, sondern auch durch die Tat bewiesen war nunmehr die Verpflichtung des Reiches, der Länder und Gemeinden, für die freie Volksbildung zu sorgen. Als Kind der Staatsumwälzung wurde die Volkshochschule geboren. Professor Dr. Dollmann, einer ihrer Vorkämpfer, charakterisierte sie treffend dahin: Diese Schule heißt Volkshochschule, weil sie von den hohen Dingen redet, die die Volksgemeinschaft bewegen, und sie heißt Volkshochschule, weil sie sich an die ganze Volksgemeinschaft wendet, und sich nur mit Dingen befaßt, die die ganze Volksgemeinschaft angehen. Warum gab es eine solche Volkshochschule nicht schon früher? Weil das Programm der neuen Volkshochschule nicht heißt, Untertanen zu züchten und den Geist zu uniformieren, sondern die Volksgenossen zu mündigen Gliedern der Gesellschaft zu erziehen. Mit einem Wort: Der Geist dieser Volkshochschule ist der Geist der Demokratie und steht somit in einem Gegensatz zu der Lebensanschauung und der Staatsidee, in der man früher lebte und deren Formen zerbrochen hinter uns liegen. Deshalb ist es selbstverständlich, daß dieser Volkshochschule bis dahin nicht gedacht werden konnte. Für den Geist dieser Schule war im Vorstehenden keine Raum. Aber ebensowenig wie im Obigen die Aufgabe finden konnte, so unumgänglich notwendig ist sie für den Volkstaat. Wie in vielen deutschen Städten, wurde auch in Lübeck im Jahre 1919 eine solche Volkshochschule ins Leben gerufen. Tausende haben ihre Arbeitsgemeinschaften und Vortragstourneen, ihre Führungen und Demonstrationen, ihre Bereicherung des Verstandes und des Gemütes und damit Volkshochschule im vollen und höchsten Sinne des Wortes gebracht. Reichlich ging auch an unserer Volkshochschule die wirtschaftliche Not nicht spurlos vorüber: Sie hatte schon im letzten Jahre schwer mit finanziellen Sorgen zu kämpfen; war sie doch nicht etwa, wie viele andere Volkshochschulen ein reichliches oder reichliches Institut, sondern mußte sich in der Hauptsache aus eigenen Kräften erhalten. Der Senat entsagte sich im Allgemeinen nicht seinen moralischen finanziellen Zuschuß-Verpflichtungen, aber die wirtschaftliche Not zwang von einem Unterrichtsabteilung zum anderen zu immer weiteren Einschränkungen. Klar herauszutreten ist daher sowohl gegenüber dem Staate wie besonders auch gegenüber den Freunden und Hörern der Volkshochschule selbst: Die Volkshochschule ist notwendig, sie erfordert

die lebendige Teilnahme, Förderung und zureichende Unterstützung auch in dieser höchsten wirtschaftlichen Not unseres Volkes! Saumeligkeit in der Innehaltung der Anmeldefrist hat in früheren Unterrichtsabschnitten manchen Kursus nicht zustande kommen lassen. Die Mittel, die der Staat einstweilen zur Verfügung stellte, reichten in diesem Jahre nicht einmal dafür, den Unterrichtsplan, wie früher, drucken zu lassen oder durch Reitungsinferate genügend bekanntzugeben. Der Verwaltungsratsvorsitzende bestränkte sich vielmehr auf einige Anschläge in Buchhandlungen und am schwarzen Brett der öffentlichen Büchereien. Mancher Hörer fand den Weg dahin noch nicht. Trügen die Angelegenheit nicht, so wird auch das Programm des jetzt beginnenden neuen Jahres unter verpäteter Anmeldung vieler Hörer zu leiden haben. Man täusche sich indessen über eines nicht: Ist durch Saumeligkeit und nicht rechtzeitig Anmeldung einerseits und ungenügende Fundierung andererseits die Volkshochschule erst einmal am Abhandeln ihrer Kurse verhindert, so ist ihre Existenz überhaupt außer Spiel gesetzt! Der heutige Staat aber braucht die Volkshochschule. Er braucht sie um seiner selbst willen, denn er ist ein Volkstaat!

Seit den Zeiten des Obrigkeitsstaates her ist uns der Gedanke, daß wir künftige oder staatliche Schulen und zwar Allgemeinbildungsschulen (Volkshochschulen) und Fachschulen (höhere Schulen) brauchen, zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die Erkenntnis, daß wir auch für die Schulmänner, für die Erwachsenden, ebenbürtige Verpflichtungen gegenüber der Unterhaltung von Bildungseinrichtungen haben, ist uns immer noch nicht zu einer selbstverständlichen Gewißheit geworden. Daher die mannigfachen Bedenken bei der Erörterung der finanziellen Notwendigkeiten solcher Art. Und doch ist heute diese Frage über das Stadium der Erwägungen längst hinaus. Die grundsätzliche Verpflichtung der Länder und Gemeinden zur analogen Pflege auch dieses Zweiges der Volkshochschule, des freien Bildungswesens, besteht. Erst wenn wir auch organisatorisch diese zweite Hälfte des Bildungswesens der anderen, der schulpflichtigen, als gleichwertig, wenn auch nicht gleichwertig, an die Seite stellen, werden wir dieser Erkenntnis und der sich daraus ergebenden Verpflichtung näherkommen. Ein Geistesamt des Bürgerchaftsausschusses für Unterricht, Kunst und Wissenschaft, der demnächst dem Plenum der Bürgerchaft zugehen soll, beschreitet diesen Weg.

Die augerichteten Volkshochschuleinrichtungen, die nicht als solche des Staates selbst gelten, sind heute mehr als je der Geldentwertung ausgesetzt. Private Volkshochschulen in anderen Städten haben vielfach nicht verstanden, ihr Publikum auf die Geldentwertung einzustellen und zu einer angemessenen Gebührenpolitik zu erziehen. Viele von ihnen sind daher ein Opfer der Geldentwertung geworden. Auch in Lübeck stand dieses Geistesamt drohend vor der Tür. Da setzten die Schritte für die Übernahme der Bücher- und Bibliothek auf den Staat kräftig ein. Nicht immer fanden sie das rechte Verständnis, und bis zuletzt stand mancher abseits und verlor ihre Uebernahme auf die Stadt Lübeck zu verweigern oder gar zu hinterziehen. Der Volkshochschule aber durfte nicht warten, er brauchte dieses wichtige Bildungsmittel und er mußte es in kurzer Frist zu dem ausstellen, was es ihm für so notwendig sein muß. Die Aufgaben und Ziele

dieser modernen Volkshochschule, die auf wertvollen Beständen planvoll aufbaut und zweckmäßige Einrichtungen zu einem technischen Instrumente zielbewußter Volkshochschularbeit ausgestaltet, hat Hr. Dr. Corjen namens der Bibliotheksdirektion kürzlich im Lübecker Volksboten eingehend dargelegt. Niemand mehr wird heute den Schritt, der zur Verstaatlichung dieses Teiles unserer Büchereiwesens führte, bedauern können; auch die Finanzverwaltung nicht, denn erst seit der Verstaatlichung wurde auch hier wie in den anderen Abteilungen unseres Büchereiwesens eine Politik wertbeständiger Gebühren von der Bibliotheksverwaltung eingeführt. Es war ein Experiment und es gelang — trotz mancher früherer Warnungen! — überraschend gut. Die Auffklärung der Leser in Wort und Schrift führte zu einem vollen Erfolge. Die Umstellung auf spätere goldwertige Gebühren wird dann nur noch ein verhältnismäßig kleiner Schritt sein.

Schwieriger gestaltet sich diese Neueinstellung ohne Zweifel beim ländlichen Publikum unserer Landeshwänderer, die im Jahre 1920 aus privaten Stiftungen ins Leben gerufen, auch heute noch zum erheblichen Teile unter Zuhilfenahme privater Stiftungen und fast ganz ehrenamtlich verwaltet, heute über 17 Filialen im eingemeindeten und Landgebiete verfügt. Wie sehr diese Einrichtung des Volkstaates einem Bedürfnis entsprang, mag man daraus ersehen, daß diese Abteilung fast ebenso viele ständige Leser umfaßt wie unsere lebhaft besuchte Lübecker Stadtbibliothek.

Diese unsere größte und älteste Abteilung, die im Jahre 1922 auf ihr dreihundertjähriges gemeinnütziges Wirken zurückblicken durfte, hat sich in den letzten Jahren vollends zu dem entwickelt, was sie unserer Zeit sein soll. Den einseitigen Gelehrtencharakter mußte sie ablegen, um zu einer Bildungsbücherei im weiteren Sinne des Wortes zu werden. Nicht nur der Gelehrte soll hier manches teure Handwerkszeug finden, das er heute weniger als je selber käuflich erwerben kann, sondern auch der Nichtgelehrte aller Schichten soll hier für seine Weiterbildung Bücher und Unterweisung finden. Die Hilfsmittel dazu sind, soweit es irgend die Finanzlage der Bücherei gestattet, bislang weiter ausgestaltet und entwickelt worden. Die Zahl des Personals ist zwar auch heute im Vergleich zu demjenigen anderer großen Bibliotheken und zu den umfassenden Aufgaben unserer Büchereien noch keineswegs ausreichend, aber jeder steht, soweit es seine Dienstobliegenheiten zulassen, mit seinem Räte jedem zu Gebote, der ihn begehrt. Und viele begehren ihn. Ungefähr 7500 organisierte Leser zählen unsere drei Büchereien heute; das ist nebenbei gesagt etwa die prozentual höchste Ziffer in deutschen Städten.

Wir wollen uns heute auf die Betrachtung dieser beiden Zweige des freien Volkshochschulwesens Lübecks beschränken. Die Vortragabend, die von dieser Woche ab in der öffentlichen Lesehalle (Mangstraße 28) im Rahmen der Volkshochschule stattfinden sollen, werden das geistige Band zwischen den beiden Einrichtungen fester knüpfen. Möge die junge Volkshochschule bei der älteren Schwester, der Bücherei, dabei mehr als nur räumliche Unterstützung finden und finden. Mögen die Hörer und Leser sich noch mehr als bisher darauf befinden, das geeignete Bücher und ihre Vermittlung ein notwendiges Korrelat zur Volkshochschule sind. Unsere Büchereien stehen dafür bereit; sie werden dafür.
Dr. Bietz.

Wasser die Schwere der Verantwortung auf die Schultern der Sozialdemokratie wälzen.

John (Soz.) verweist auf die ausgedehnte Arbeit des Untersuchungs Ausschusses in Sachen der Beschwerden gegen die Beamten.

Roh (Komm.) fordert entschiedene Stellungnahme der Parteien. Die Bürgerlichen wollten aber der Sozialdemokratie die Freundschaft kündigen, wenn sie vom Rechte der Mehrheit in der Regierung Gebrauch mache. Das werde die Sozialdemokratie zu Zwangsläufigkeiten führen.

Dr. Leber (Soz.) polemisiert gegen Klein, dessen Freude über die Äußerungen von Roh verstimmt sei. Klein habe schon mehrmals Äußerungen getan, die er nachher nicht mehr retrahieren konnte. Im übrigen weist der Redner persönliche Anwürfe Kleins zurück.

Ewers (M.) behauptet, Haut habe mit einem Seitwärtsprung versucht, über die wichtigsten Fragen hinwegzukommen. Bei solcher Weltfremdheit sei es kein Wunder, wenn im Volke der Glaube an den Parlamentarismus schwinde. Seine Fraktion lehne es ab, mit der Sozialdemokratie auch nur eine einzige Verhandlung über die Umbildung des Senats zu pflegen.

Über den sozialdemokratischen Antrag wird namentlich abgestimmt. Dafür stimmen 42, dagegen 33. Der Antrag bedarf der zweiten Lesung.

Ohne Debatte werden folgende Senatsanträge angenommen: Zweiter Nachtrag zur Medizinalordnung. — Einbau von Spülaborten. — Veränderung von Beamtenstellen. — Erlaß eines dritten Nachtrages zum Ruhelohngesetz für die libidischen Staats- und Gemeinbediensteten vom 23. November 1921.

Ein dringlicher Antrag fordert Haftentlassung inhaftierter Kommunisten. — Der Antrag wird abgelehnt.

Schluß gegen 12 Uhr.

Aus der Stadt.

Der Jugberkehr wird vermindert. Wie die „B. Z. a. M.“ berichtet, finden am 12. November bedeutende Zugbeschränkungen bei der Reichsbahn statt. Das Vorhaben ist wohl auf die Notwendigkeit von Ersparnismaßnahmen zurückzuführen, die vor allem auch im Kohlenverbrauch gemacht werden müssen.

Die Zahl der Erwerbslosen in Lübeck beträgt heute 5661, davon sind 689 weibliche.

Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Am 1. November d. J. tritt die Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge in Kraft. Die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlich sind, werden durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch Zuschüsse der Gemeinden aufgebracht. Für Bezirke mit ungewöhnlich großer Arbeitslosigkeit leisten das Reich und die Länder zeitweise die erforderlichen Beiträge. Beitragspflichtig sind die Arbeitnehmer, die auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, und ihre Arbeitgeber. Die Beiträge müssen vier Fünftel des notwendigen Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises und der notwendigen Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises decken. Sie dürfen jedoch 20 n. S. des Krankenkassenbeitrages nicht übersteigen. Arbeit- und Arbeitnehmer tragen diesen Beitrag je zur Hälfte. Die Beiträge sind als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen und mit diesen zu entrichten und müssen von den Krankenkassen unverzüglich an die Verwaltungsgemeinden des öffentlichen Arbeitsnachweises, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben, abgeführt werden.

Wollenscheine. Die anhaltende Zahlungsmittelnot, die auch durch die Aufgabe der Goldanleihe nicht noch keine nennenswerte Erleichterung erfahren hat, veranlaßt die Reichsbank zur Ausgabe neuer hochwertiger Noten. Es werden noch im Laufe dieser Woche 1-, 5- und 10-Billionenscheine herauskommen.

Vermißt. Seit dem 25. d. M. wird der Bureauangestellte Richard Granzow aus seiner im Gr. Bogelsang Nr. 9 befindlichen Wohnung vermißt. Der Vermißte war am genannten Tage aus dem Hause gegangen, um von einer Schneiderin einen Damenmantel zu holen, den er auch, wie festgestellt werden konnte, bei sich führte. Ferner trug der Vermißte eine Aktentasche mit einer größeren Menge Zigaretten und Zigarren bei sich. Mit diesen Sachen war der Vermißte zuletzt in einigen Wirtschaften der Großen Burgstraße gewesen und hatte die letzte um 11 Uhr nachts verlassen, um nach Hause zu gehen. Dort ist er, wie bereits erwähnt, nicht eingetroffen. Jedoch anzunehmen ist, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Der Vermißte ist 172 Zentimeter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, gesunde Zähne und schmales, glattrasiertes Gesicht. Bekleidet war er mit einem braunen Hut, maronrotem Jackett, grauer Hose, schwarzen Schnürstiefeln, weißem Oberhemd, Tricot-Unterhose, grauen Strümpfen und grauem Mantel. Personen, die über den Aufenthalt des Vermißten sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Stadtheater. Dienstag 7½ Uhr „Klarißas halbes Herz.“ Mittwoch „Die Propheten.“ Donnerstag „Die tote Stadt.“

Aus dem Reich.

Die Opfer der Hamburger Unruhen.

In den Krankenhäusern sind nach Mitteilung der staatlichen Pressestelle bei den Unruhen am verwundeten und toten Zivilpersonen eingetragene worden: im Krankenhaus Eppendorf verwundet 35, tot 4; im Krankenhaus St. Georg verwundet 39, tot 8; im Krankenhaus Barmbeck verwundet 43, tot 16; im Krankenhaus Friedrichsberg tot 12; im Marienkrankenhaus verwundet 14, tot 1; im Krankenhaus Ebenezers verwundet 4, tot 1; im Hasenkrankenhaus verwundet 19, tot 18; insgesamt also 184 Verwundete und 60 Tote.

Zum sächsischen Konflikt.

Dresden, 29. Oktober. Der Reichskanzler hat den Reichsminister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sach- ernannt.

Dresden, 29. Oktober. Gegen 1 Uhr mittags begab sich der Hauptmann Obricht in das Ministerialgebäude und überbrachte den Ministern das Beglaubigungsschreiben des Reichsministers a. D. Dr. Heinze. Er entbot die Minister ihrer Ämter und forderte sie auf, das Ministerialgebäude zu verlassen.

Dresden, 29. Oktober. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei gibt bekannt: Die sächsischen Minister haben heute Mittag je eine Berordnung des neuen Reichskommissars Dr. Heinze erhalten, wonach sie ihrer Ämter entbunden sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und sofortige Unterbrechung des Reichsrates fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.

Der Dresdener Sonntag.

Dresden, 29. Oktober. Nach Ueberreichung des Ultimatums der Reichsregierung an die sächsische Regierung berieten die sächsischen Minister fast die ganze Nacht hindurch über die zu treffenden Maßnahmen. Im Laufe der Nacht zum Sonntag kam man zu dem Entschluß, auf alle Fälle das Ultimatum der Reichsregierung abzulehnen, gleichgültig, welche Folgen daraus entstehen sollten. Diese Haltung verstärkte sich noch im Laufe des Sonntag vormittags. Inzwischen waren aber die Herren des Berliner Zentralvorstandes, sowie eine Anzahl anderer bekannter sozialdemokratischer Politiker, wie Dr. Radbruch, Dr. Gradnauer und Dr. Hilferding nach Dresden gekommen, die den sozialdemokratischen Mitgliedern der sächsischen Regierung, sowie dem sächsischen Parteivorstand den ganzen Ernst der Lage vor Augen stellten. Dabei ist es zu sehr ersten Auseinandersetzungen gekommen, wobei die Herren aus Berlin auch gar keinen Zweifel darüber ließen, daß die Stunde der Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie gekommen wäre. Unter dem Eindruck dieser Unterredungen neigten dann im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Mitglieder zum Einlenken, bis am Abend die kommunistischen Angehörigen des sächsischen Kabinetts aus Berlin kamen, wo sie sich von der kommunistischen Zentrale die nötigen Anweisungen geholt hatten. Nunmehr gab es wiederum eine Ministeritzung, welche damit endete, daß die ablehnende Entschlieung angenommen wurde.

Die Instruktionen für Dr. Heinze.

Berlin, den 30. Oktober. Die Instruktionen, die der Reichskommissar Dr. Heinze erhalten hat, befehlen Folgendes: 1. Der Zweck der Berordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars ist die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Sachsen. 2. Mit verfassungsmäßigen Zuständen ist die Teilnahme kommunistischer Minister an der Regierung unvereinbar, da deren Partei zu Gewalttätigkeiten auffordert. 3. Zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist die Bildung einer neuen Regierung erforderlich, in der sich keine Kommunisten befinden und hinter der die Mehrheit des Landes steht. 4. Solange diese neue Regierung nicht gebildet ist, gehen die Rechte der Regierung auf den Reichskommissar über. 5. Der Reichskommissar ist angewiesen, die Herstellung der neuen Regierung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Parteivorstand der DDP. über Sachsen.

Berlin, 30. Oktober. Der Vorstand der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Montag zu dem jüngsten Vorgehen des Reichskanzlers gegen die sächsische Staatsregierung Stellung genommen. Der Parteivorstand hält das Vorgehen der Kommunisten in Dresden, die, gedeckt durch die Landtagsaktion der Kommunisten, in Flugblättern zur Bewaffnung aufgerufen haben, für unerantwortlich mit den Interessen der Republik. Die kommunistische Partei hat damit zugleich die Grundlage zerstört, auf denen keinerlei der Verlust der gemeinsamen Regierungsbildung unternommen wurde. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß nach dem Hamburger Kommunistenputsch das Verbleiben von Kommunisten in der sächsischen Regierung unmöglich ist. Trozdem hält der Parteivorstand das Vorgehen des Reichskanzlers, der in Dresden einen Reichskommissar einsetzt und die verfassungsmäßig gebildete Regierung ausgeschaltet hat, nicht für gerechtfertigt. Außerdem hätte mit größerem Recht die bayerische Regierung ausgeschaltet und in München ein Reichskommissar eingesetzt werden müssen. Der Parteivorstand wird sich sofort um eine Entspannung der Situation in Sachsen bemühen. Er wird dann am Mittwoch gemeinsam mit der Reichstaatsfraktion zu den zwischen dem Reich und Sachsen schwebenden schweren Differenzen Stellung nehmen.

Sachsen und Bayern. Der Standpunkt der Reichsregierung.

Berlin, 29. Oktober. Die „B. Z. a. M.“ schreibt: Im Reichskabinet steht man auf dem Standpunkt, daß das Vorgehen gegen Sachsen ein dringendes Gebot der Notwendigkeit war und lediglich zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und nicht im Zusammenhang mit irgendwelchen politischen Erwägungen erfolgen mußte. In Bayern handelt es sich nicht um Ruhestörungen und Gewaltakte, sondern um eine verfassungsmäßige Auseinandersetzung. Aber auch Bayern gegenüber ist mit der Note vom Sonnabend energisch der Reichsstandpunkt gewahrt worden und es darf gesagt werden, daß diese Note über den in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Wortlaut hinaus sehr scharf den Forderungen des Reiches Nachdruck verleiht. Ueber die Auffassung dieses Schrittes in München dürfte erst nach dem voraussichtlich heute stattfindenden Ministerrat Näheres bekannt werden.

Der bayerische Kabinettsrat verschoben.

München, 29. Oktober. Der bayerische Ministerrat, der zur Beratung der Note der Reichsregierung über die Wiederherstellung der Reichsbefehlsgewalt in der bayerischen Reichswehr für heute in Aussicht genommen war, hat, wie wir erfahren, nicht stattgefunden, sondern ist auf morgen, Dienstag, verschoben worden. Die bayerische Staatsregierung will bei der großen grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedeutung die Angelegenheit nicht überstürzen.

Zwei Entschlieungen der bayerischen Sozialdemokratie. Verurteilung der Vorgänge in der Pfalz.

Kürnberg, 29. Oktober. Eine stark besuchte Landestagung der sozialdemokratischen Partei Bayerns faßte nach Reden Reichstagsabgeordneter Müller-Branden und des Landtagsabgeordneten Endres zwei Entschlieungen. Die erste befaßt im wesentlichen: Die ganze Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände ist darauf charakterisiert, daß die bayerische Regierung die Gehorsamsverweigerung eines hohen Reichswehroffiziers gebilligt und gedeckt, und daß der Generalkommissar erklärt hat, er verhandle mit der Reichsregierung nicht. Unerschütterlich und zu allen weiteren Opfern bereit steht die Sozialdemokratie zum Reiche; sie erwartet aber auch auf das bestimmteste, daß nunmehr die verantwortlichen Reichsstellen ihrer Pflicht

nachkommen, Schlichter von Reichsverfassung und Reichseinheit durch die Tat zu sein.

In der zweiten Entschlieung heißt es: Durch die Ereignisse im rechtsrheinischen Bayern veranlaßt, haben pfälzische Sozialdemokraten geglaubt, die Pfalz zu einem selbständigen Staate im Rahmen des Reiches machen zu müssen. Daß sie keinen südbreit deutschen Bodens an Frankreich ausliefern wollten, steht für uns fest. Ungeachtet dessen verurteilt die Landestagung dieses Vorgehen, da der Weg der verfassungsmäßigen Selbständigmachung in der Verfassung genau vorgeschrieben ist. Die Landestagung lehnt die Verantwortung für die von der pfälzischen Sozialdemokratie verfolgten Politik nachdrücklich ab.

Die Lage im Rheinland.

Koblenz, 29. Oktober. Die Lage im Rheinland hat sich gestern etwas gebessert. Neue Orte sind von den Separatisten nicht besetzt worden. Drei sind München-Glabbech, Neuß und Bonn. — In Aachen ist durch Umschlag bekannt gegeben worden, daß die Interalliierte Rheinlandkommission die neue Rheinland-Republik anerkennt und Becker zum Regierungskommissar bestellt hat. — Aus dem Landkreis Möhres werden Plünderungen gemeldet.

Jede Hilfe für Separatisten verboten.

Berlin, 30. Oktober. Saibamtlich wird mitgeteilt: Die Beamten dürfen unter keinen Umständen die Separatisten anerkennen. Neuverpflichtung, Unterordnung oder sachlicher Verkehr kann nicht in Frage kommen. Geldmittel dürfen ihnen nicht ausgehändigt werden und Kassenstellen, die irgenwie in die Hände der Separatisten gelangen, erhalten keine Mittel. Diese Instruktionen gelten für Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten. Ein Vorstoß dagegen wird die schwerwiegendsten Folgen für die Beamten nach sich ziehen. Andererseits ist nochmals ausdrücklich festgestellt worden, daß die Beamten für etwaige Folgen dieses Verhaltens gegenüber den Separatisten unbedingt sichergestellt werden.

Die Stilllegung der Ruhrgebietsbetriebe.

Gelsenkirchen, den 30. Oktober. Die französischen Betriebsstilllegungen im Ruhrgebiet sind gestern in einem Maße erfolgt, daß der völligen ArbeitsEinstellung gleichkommt. Die Verantwortung für die Folgen haben die Besatzungsmächte zu tragen. Auf deutscher Seite besteht nach wie vor Verhandlungsbereitschaft; aber auch selbst wenn in den nächsten Tagen Abkommen erreicht werden könnten, die eine Wiederaufnahme des Betriebes gestatten, so sind so viele technische Schwierigkeiten noch zu überwinden, die der Arbeit im Wege stehen.

Das Berliner Goldgeld.

Berlin, 29. Oktober. Die wertbeständigen Stadtkassenscheine, welche heute in den Verkehr gesetzt sind, werden städtischerseits vor allem auch bei der Bezahlung der Beamten, Angestellten- und Arbeiterbezüge sowie den Rechnungen Verwendung finden. Weitere Stadtkassenscheine gelangen in den nächsten Tagen in den Verkehr. Nachmals wird die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß diese Stadtkassenscheine laut strengster Anordnung der Reichsregierung stets in voller Höhe durch die städtischerseits hinterlegte Goldanleihe gedeckt bleiben müssen. Das heißt also, es dürfen nicht mehr Stadtkassenscheine in den Verkehr gesetzt werden als Goldanleihe durch die Stadt hinterlegt ist. Dieses neue wertbeständige Stadtgeld löst vor allem die Frage, der Bezahlung der Rechnungen für Gas, Wasser und Strom. Die Verbraucher können also die städtischen Wertrechnungen, welche in dieser Woche bereits auf Goldbeträge ausgestellt sind, in Stadtkassenscheinen begleichen. Diese Art der Begleichung liegt im eigenen Interesse aller Verbraucher.

Die Verminderung des Beamtenapparates.

III. Berlin, 29. Oktober. Die Verordnung der Reichsregierung über den Beamtenabbau wurde kürzlich in mehrstündiger Sitzung der Reichsregierung beraten und verabschiedet. Der Kernpunkt der Verordnung ist die Einführung der Altersgrenze. Ein besonderes Kapitel der neuen Verordnung bilden die verheirateten weiblichen Beamten. Diese können vierwöchentlich, d. h. von einem Monat zum andern gekündigt werden. Diese Maßnahme schien dem Reichsfinanzminister notwendig, weil sich die verheirateten weiblichen Beamten als sehr teure Kräfte erwiesen haben. Man hat mit den verheirateten Beamtinnen die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht. Während der Durchführung der Verordnung dürfen weder Neueinstellungen noch Beförderungen erfolgen.

Die Vorschriften der Abbauverordnung gelten nicht nur für die Reichsverwaltungen, sondern auch für die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie die Reichsbahn und den Reichstag. Bei Entlassungen der Beamten werden naturgemäß insbesondere die Familienverhältnisse berücksichtigt. Darüber hinaus entscheidet aber naturgemäß der Wert der Leistung. Die Ausführungsbestimmungen der neuen Verordnung werden gegenwärtig ausgearbeitet. Die Dinge werden nun wahrscheinlich so laufen, daß zuerst die Freiwilligen ausgeschieden und alle die über 65 Jahre alten Beamten folgen. Erst wenn dann die 25 Prozent der Beamten, um die der Apparat vermindert werden soll, nicht ausgeschieden sind, werden zwangsweise Entlassungen in Frage kommen.

Zur Tarifpolitik der Reichsbahn.

Berlin, 29. Oktober. Da die Tarife der Reichsbahn mit dem 1. November auf Goldmark umgestellt werden, die Gehälter und Löhne aber noch nicht auf Goldbasis aufgebaut sind, hat der Reichsverkehrsminister die Preise der Monats-, Schülermonats-, Wochen- und Kurzarbeitermonatsarten vorübergehend um 50 Prozent ermäßigt. Gleichzeitig werden die Mindestpreise für vier Kilometer auf 10 Pfennig in der 4., auf 15 Pf. in der 3., auf 45 Pf. in der 2. und auf 90 Pf. in der 1. Klasse festgelegt. Ferner wird ab 1. November als Uebergangsmäßnahme für die Kurzarbeiter, die nur an einem Tage in der Woche arbeiten, eine einfache für Hin- und Rückfahrt gültige Fahrkarte der vierten Klasse mit dem Stempel Rückfahrt ausgegeben, gegen tarifmäßigen Ausweis, daß nur an einem Tage in der Woche gearbeitet wird. Ueber den Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- und Vorortverkehr werden noch besondere Bestimmungen getroffen.

Wertbeständige Löhne erst in den nächsten Wochen. Die Frage der Festschließung von Goldlöhnen noch nicht entschieden.

III. Berlin, 29. Oktober. In Besprechungen, die am Montag, dem 29. Oktober im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Reichsressorts und den Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde auf Grund der Erklärung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums festgestellt,



Dixie

Henkel's

Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!



Das wertbeständige Zahlungsmittel in einer zur Lohnzahlung ausreichenden Menge in der laufenden Woche noch nicht zur Verfügung stehen. In der kommenden Woche wird ein zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausgezahlt werden können. Der Uebergang zur vollständigen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird dann noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Er wird dann sich naturgemäß nur in dem Ausmaße vollziehen, in dem die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel technisch möglich ist. Dabei ist zu beachten, daß wertbeständige Zahlungsmittel eines erhöhten Schutzes gegen Fälschung bedürfen und daher in ihrer Herstellung gewissen Beschränkungen unterliegen. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, daß die Verteilung der wertbeständigen Lohnzahlungsmittel auf die einzelnen Berufe und Erwerbszweige möglichst gleichmäßig erfolgen müsse und hierbei insbesondere das Reich nicht schlechter als die Privatindustrie vorgehen darf. Die Vertreter der Spitzengewerkschaften forderten einmütig den sofortigen Uebergang zur Berechnung der Löhne in Goldmark. Eine endgültige Klärung dieser Teilfrage ist noch nicht erfolgt. Die Besprechungen darüber sollen daher am Mittwoch, dem 31. 10. unter Hinzuziehung der Vermittlung deutscher Arbeitgeberverbände fortgesetzt werden.

Die preussische Braunkohlewirtschaft.

Da die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege im Osten und Westen wertvolle Steinkohlenfelder verloren hat, ist die Braunkohle für die deutsche Industrie lebenswichtig geworden. Der preussische Staat, dessen Reich an Braunkohlenfeldern äußerst gering ist, bemüht sich deshalb, die unangebauten Braunkohlenfelder in seinen Besitz zu bringen. Dem Preussischen Landtag liegt augenblicklich ein Gesetzentwurf vor, der dem preussischen Staat in allen Provinzen, in denen noch unverlebte Braunkohlenlagerstätten in ausgedehntem Maße gefunden werden können, das Recht zur Auffindung und Gewinnung der Braunkohlen zuspricht. Die Bergbaufreiheit im übrigen Staatsgebiet bleibt

unberührt. Der Entwurf bestimmt weiter, daß der Staat sein Recht zur Auffindung und Gewinnung der Braunkohlen an andere Personen gegen angemessenes Entgelt übertragen kann, wenn sie die Verleihung nachgewiesener und leistungsfähiger Funde an Braunkohlen an den Staat herbeiführen. Das in einzelnen Landesstellen bestehende Verfügungsrecht des Grundeigentümers über Braunkohlen läßt der Gesetzentwurf unberührt. Private Braunkohlenbohrungen, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht bis zur Fündigkeit gediehen sind, können zur Grundlage eines Verleihungsanspruches gemacht werden, wenn die Schürfarbeiten vor dem 15. Oktober behördlich angemeldet und begonnen worden sind.

Der Unterschied zwischen Dollarschäben und Goldanleihe.

Die Gefahr von Verwechslungen.

Nachdem die beiden Arten der wertbeständigen Staatsanleihen in den Verkehr gelangten und sogar als Zahlungsmittel propagiert und verwendet werden, muß die zu Irrtümern Anlaß bietende Aufmachung der Goldanleihe (wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches) als ganz besonders unangenehm empfunden werden. Denn auf den Stücken steht nichts von „Goldanleihe“, nichts von „wertbeständiger Anleihe“. Fettgedruckt ist dagegen genau wie bei den Dollarschabanweisungen zu lesen: „Schabanweisung des Deutschen Reiches“ und ferner „foundational Mark Gold „gleich foundational Dollar“; woraus jeder sich zusammenreimt: „Ich habe eine Dollarschabanweisung vor mir“. Und in dieser Verwechslung wird er bekräftigt durch die Tatsache, daß die Stücke beider Anleihen nicht nur auf den ersten Blick die gleiche Aufschrift und eine ähnliche Form, sondern in einzelnen Kategorien auch die gleiche Farbe (so z. B. sind die der 1 Dollarschabe der Goldanleihe und der 5 Dollarschabe der Dollarschabanweisung fast auf dem gleichen gelben Papier gedruckt) haben. Es sind denn auch bereits mehrfach Verwechslungen im Verkehr vorgekommen. Es scheint uns deshalb dringend notwendig, im folgenden kurz die Merkmale beider Wertpapiere nebeneinanderzustellen:

Die Stücke der Goldanleihe (wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches) tragen die Aufschrift: „Schabanweisung des Deutschen Reiches.“ (Ausgefertigt auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1923.) Der Nennwert dieser Schabanweisung X Mark Gold = Y Dollar wird (hier heißt es bei den kleinen Stücken: mit einem Aufgeld von 70 v. H. des Nennwerts) an den Inhaber am 2. September 1935 zurückgezahlt usw.

Die Dollarschabanweisungen haben folgenden Text: „Schabanweisung des Deutschen Reiches von 1923. Gesetz vom 2. März 1923. Die Staatsschuldentilgungskasse in Berlin zahlt dem Inhaber dieser Schabanweisung im Nennwerte von X Dollar am 15. April 1926 ohne jeden Abzug den Betrag von X Dollar (bei allen Stücken steht an dieser Stelle ein höherer als der Nominalbetrag, da die Zinsen hinzugezählt werden) der Vereinigten Staaten von Amerika nach Wahl des Reichs in Scheck auf New York oder in Gold, den Dollar zu 1,5046 Gramm Feingold gerechnet. Für die Schabanweisung hat die Reichsbank die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen.“

Es seien alle diejenigen, die Goldanleihe und Dollarschabanweisungen als Zahlungsmittel benutzen, vor allem darauf hingewiesen, daß bei den zinslosen Stücken der Dollarschabe der Zinsbetrag bereits dem Kapital zugezählt ist, so daß es z. B. heißt: ... zahlt dem Inhaber dieser Schabanweisung im Nennwerte von 5 Dollar ... ohne jeden Abzug den Betrag von 6 Dollar ... während es bei den kleinen Stücken der Goldanleihe, die bis einschließlich 5 Dollar gleichfalls ohne Zinszuschlag ausgegeben sind, heißt: ... wird mit einem Aufgeld von 70 v. H. des Nennwertes an den Inhaber am 2. September 1935 nach den unständigen Bedingungen zurückgezahlt. Alle Irrtümer können vermieden werden, wenn man sich einprägt, daß die Dollarschabe im Jahre 1926, die Goldanleihestücke dagegen erst im Jahre 1935 zurückgezahlt werden.

Dollar 65 Milliarden.

Druck: Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Zum 1. November: Zeitungsträgerin für Seereiz

bei gutem Gehalt gesucht.
Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote“
Zu melden bei: (7658)
Richard Sell, Seereiz, Schwart. Str. 37

Eine Haushälterin
im Alter von 35 bis 40 Jahren nach Rützig zu sofort gesucht. Ang. unt. G 416 an die Exp. d. Bl. (7949)

Zu verkaufen od. gegen Lebensmittel zu tauschen diverse Mauerboigen, Sandsteine, Kalksteine. Angeb. unt. G 417 an die Exp. d. Bl. (7954)

Gabels gegen Klapp-Sportwagen ohne Verb. zu tauschen. (7946)
Bei St. Johannis 20, Hinterh., L.

Ein Schaufel Pferd gegen Kartoffeln zu tauschen. (7949) Kronstr. Allee 78a, z.

Ein eich. Koffer gegen Kartoffeln zu tauschen. Angeb. u. G 415 an die Exped. d. Bl. (7945)

Rachelofen
gegen Lebensmittel zu vertauschen. (7953)
Sargengrube 29.

Gegelboot oder Punt
zu tauschen gesucht. Ang. unt. G 418 an die Exp. d. Bl. (7957)

Allgemeine Orts- Krankenkasse Lübeck

(7933)
Zur Sanierung der Rentenverhältnisse sind auf Verfügung des Versicherungsamts (Beschlußauschuss) vom 27. Oktober 1923 sämtliche Mehrleistungen der Kasse (darunter die Familienunterstützung) mit Ausnahme des Krankengeldes, zunächst für die Dauer von 2 Wochen ausgesetzt. Laufende Fälle werden hiervon nicht berührt.
Lübeck, den 29. 10. 23.
Der Vorstand.

Gimerbier

Dienstag von 3-6 Uhr.
(7909) H. Bade.

Steppdecken

(auch Neubeziehungen).
Spehmann, Breite Str. 31.

Antauf u. Gold- und Silber-Bruch

Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfaling
[32] Holstenstr. [32]

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
**Herrn- und Damen-Konfektion
Schuhwaren.**

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
1025a

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.
Buchhandlung
des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

Alle-Oilen, alte Maschinen Lampfess. j. Art
Säge u. Schmiedeeisen, Späne, Schmelz- Gußbruch.
Alle-Metalle, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Eisen, Späne.
Leon Lissianski, Großhandel, Fernspr. 878, Grobhandel.
Papier Kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. - Beste Abgabe für Händler, Kleinhändler, Schmiede, Fabrikationsbetriebe.
7801

Beitragsmarken für Vereine und Gewerkschaften

Fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Der Konsumverein
ist die
beste Selbsthilfe
der Verbraucher.
525a

**Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebermarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopiersäfte
Federn, Federhalter**
zu haben in der (3762)
**Buchhandlung
Lübecker Volksbote.**

Prima Kernleder-Sohlen.

26 Beckergarbe 26. (7829)
Das Beste für die Haut
ist die unübertroffene (7939)
Green's Glycerin-Milch
Zu haben in Apotheken, Drogerien, Parfümerien.
Engros-Niederlage: Harloff-Schulz, Lübeck.
Hersteller: August Steen, Chemnitz i. S.

Felle - Haare

laufen höchstzahlend (7937)
Gehr. Wagner, Fell-Spezialgeschäft
Dankwartstraße 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.

Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Sport und Spiel
Übungs- und Gesandte zur Erziehung und zum Vergnügen aller modernen Sportarten.
Buchhandlung Lübecker Volksbote.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lübecker Volksbote.
Unter Mitwirkung von Sportbehörden, herausgegeben von Dr. Wilhelm Kandler

Berufs- u. Vergütungs-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.

Dienstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: (7930)
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Kolosseum
Morgen Mittwoch: 7936
Gr. Ball.
Raffensstraße 5 1/2 Uhr
Joh. und R. Mittag.
8 Uhr.
7852)

BREMEN

**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**
Regelmäßiger Personen- und Frachverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
+ BREMEN +
und seine Vertretungen
in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13. (7936)
Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebüro des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.
in Hamburg: Norddeutscher Lloyd Generalvertretung: Wilhelm Lazarus, Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck. (7941)
Außerordentliche Ausübung der Vertreter
Freitag, 2. Nov. 1923, abends 7 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, Johannisstr.
Tagesordnung: Berichterstattung über die Finanzlage der Kasse. Lübeck, d. 29. Okt. 1923.
Der Vorsitzende des Vorstandes, Joh. Körner.

Hansa-Theater.
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr: Gastspiel der I. Operetten-Compagnie Margret Wagner von der Hamburger Volksoper: (7947)
„Die Försterbrüder“
Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Auf vielseitigen Wunsch
Der Fürst von Pappenheim.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Die schöne Rivanna.
Gladtheater Lübeck.
Mittwoch, 7 30 Uhr: Die Propheten.
Donnerstag, 7 30 Uhr: Die tote Stadt. (7940)
Nachmittags von 2-6 Einlösung der Abonn.-Karten für die 3. Serie an der Theaterkasse.

Neuer Grundeigentümer-Verein, e. V.
Morgen Mittwoch, den 31. Okt., abends 8 Uhr, in den Zentral-Gallen:
Versammlung
Wichtige Tagesordnung. (7934)
Pledermans
8 Uhr.
7852)

Neuestes Nachrichtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtnamt Lübeck.
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Stücken.

Nummer 5.

Mittwoch, 31. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Ämterliche Anzeigen.

Mietezahlung für Wohnungen in Staatsgebäuden.

Die ab 1. November ds. Js. ab erhöhten Mieten sind bei Vermeidung etwaiger Aufwertung bis zum 3. November ds. Js. bei der Stadtkasse einzuzahlen. Von denjenigen Mietern, die am 1. Oktober ds. Js. für 1/4 Jahr im Voraus bezahlt haben, ist die erhöhte Miete erst vom 16. November ab zu zahlen.
Lübeck, 31. Oktober 1923. (7965)

Die Finanzbehörde, Abt. für Häuser und Plätze.

Die Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserpreise

betragen vom 1. bis 3. November d. Js. für den rückliegenden Verbrauch

- I. 1 cbm Gas Mt. 3 000 000 000
- II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom 6 600 000 000
- 1 Kraftstrom 4 400 000 000
- III. 1 cbm Wasser

A. in Lübeck:

- 1. für Haushaltungszwecke Mt. 1 800 000 000
- 2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverb. Mt. 3 600 000 000

B. in Travemünde 1 800 000 000

IV. Für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:

- 1. Häuser mit Leitungen Mt. 2 700 000 000
- 2. Häuser ohne Leitungen 900 000 000

Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.

Bei Ueberschreitung der Zahlfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mt. für jede angefangene 100 000 Mt. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 6 Milliard. Markt zu zahlen.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 29. Dezember d. J. sind am Donnerstag und Freitag dieser Woche vormittags bis 12 1/2 Uhr in allen Verkaufsstellen zu haben.
7971) Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 1. November 1923:

- a) Einzelsfahrtscheine: bis zu 2 Zonen 2 Milliarden für 3 und 4 Zonen 3 für 5 und mehr Zonen 4
- b) Monatskarten: bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt Mt. 85 Milliarden 4mal. Fahrt 160 für 3 u. 4 Zonen 2mal. Fahrt 125 4mal. Fahrt 240 für 5 u. mehr Zonen 2mal. Fahrt 165 4mal. Fahrt 320
- c) Jugendfahrtscheine: je 1 Milliarde Markt.
- d) Gepäckstücke und Hunde: 2 Milliarden Mt.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 2 sind bis einschl. 2. November 1923 gültig und hat der Umtausch

- a) der Jugendfahrtscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Koenigsstraße Nr. 49a oder durch Brief,
- b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 3 zu erfolgen.

Lübeck, den 31. Oktober 1923. (7975)

Städtische Betriebe.

Wiederholungsunterricht für Hebammen.

Der Unterricht findet im November, beginnend am Dienstag, dem 6. November, zweimal wöchentlich statt, am Dienstag und Donnerstag, nachmittags von 6-7 Uhr in der Dom-Widwensschule. (7966)

Lübeck, den 30. Oktober 1923. Das Gesundheitsamt.

Arzneitaxe.

Gemäß § 80 Absatz 1 der G.O. und § 2 der M.O. wird bestimmt, daß die Apotheker berechtigt sein sollen, ab 29. d. Mts. bei Berechnung der Arbeitsvergütungen eine Schlüsselzahl von 90 Millionen in Anwendung zu bringen. (7973)

Lübeck, den 30. Oktober 1923. Der Gesundheitsrat.

Verklarung.

Am 2. November 1923, mittags 12 Uhr, wird Kapitän Bohlsenga vom Motorschiff „Dagmar“ wegen seiner Reise von Trarant nach Lübeck im Gerichtshaus, Große Burgstraße 4, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (7974)

Amtsgericht Lübeck.

Öffentliche Versteigerung.

Am Freitag, dem 2. Nov. vorm. 9 Uhr sollen im Gerichtshaus versteigert werden: 12 Dug. Tassen, 12 Ztr. Bräutts, 30

Pfund Zucker, 6 Rehtonen, ein Schiff in Flasche, 1 Handtasche und Kleidungsstücke.

Ferner in Travemünde, Kaiser-Allee 35, vorm. 10 Uhr: 4 Rohrtische, 2 Rohr-Liegestühle, 5 Steppdecken, 1 el. Stehlampe. 7970) Das Gerichtsvollzieheramt.

Jugendwohlfahrtsarbeit im verarmten Land.

Von Oberregierungsrat Dr. Stord.

Vereinfachung der Verwaltung und Abbau des Beamtenapparates sind die Forderungen der Stunde. Vor eine ungeheuer schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe sind die Männer gestellt, die diese Forderungen durchzuführen haben. Vor jedem Arbeitsgebiet fast werden sie einen finden, der ihnen nachweisen will, daß gerade dieses Gebiet so und nicht anders geordnet, daß hier nichts vereinfacht, nichts gespart werden kann. Wenn im folgenden über das, was Lübeck für die Jugendwohlfahrt leistet, berichtet wird, so ist nicht eine Verteidigung behördlichen Bestehens beabsichtigt, sondern es soll der Bevölkerung einmal gezeigt werden, was der verarmte Staat für die Jugend leistet, aber auch wo die Grenzen der Staatsmacht sind, und wo der Hebel anzusetzen ist, wenn wir aus der Not, unter der unsere Jugend zu verkümmern droht, herauskommen wollen.

Wie kommt es, daß der Staat auf diesem Gebiete in den letzten Jahrzehnten eine ständig wachsende Tätigkeit entfaltet hat, entfalten mußte? Es ist das die Folge davon, daß wir in den letzten Jahrzehnten einem ständig wachsenden Verlagen der Familie gegenüberstehen. Das Verlagen ist nicht allemal, ja nur in einer Minderheit von Fällen, eine individuelle Schuld, es ist meist die Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir leben. Im einzelnen kann das hier nicht dargelegt werden. Wenn wir aber davon ausgehen, dann ergibt sich uns die Forderung, daß wir nicht weiterkommen, wenn wir immer wieder predigen, das Familienbewußtsein, das Verantwortlichkeitsgefühl der Familie, müsse gestärkt werden, sondern wir müssen von Grund auf anfangen; wir müssen Verhältnisse schaffen, auf denen sich ein gesundes Familienleben entwickeln kann. Das gilt in erster Linie von den Wohnungsverhältnissen, aber auch von der Lohnpolitik, überhaupt von unserer gesamten Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Ziele müssen bewußt auf Familienpolitik abgestellt werden. Es wird jahrzehntelanger zäher Arbeit bedürfen, um die Forderungen in dieser Richtung durchzusetzen. Mit jedem Schritt, mit dem wir dem Ziele näher kommen, wird die Staatshilfe zurücktreten können. Aber auch darüber müssen wir uns klar sein: Die Aufgaben der Jugendwohlfahrt werden in Zukunft nicht von jeder Familie einzeln für ihre Kinder gelöst werden können. Sie reichen über die Kraft einer Einzelfamilie hinaus. Es muß und wird sich die Auffassung durchsetzen und zu entsprechenden Folgerungen führen, daß die einzelne Familie nicht nur daran ein Interesse hat, daß ihre eigenen Kinder zu ordentlichen Menschen erzogen werden, sondern nicht weniger daran, daß die übrigen, daß alle Kinder eine ordentliche Erziehung erhalten; denn mit diesen Kindern zusammen wachsen die eigenen auf, und von anderen, ihren Altersgenossen, nehmen die Kinder bekanntermaßen weit mehr an als von Erwachsenen. Wer deshalb die Verantwortung für die eigenen Kinder ernst nimmt, fühlt sich mitverantwortlich für die Kinder der Nachbarn, des Bezirks, der Gemeinde, er fühlt sich mitverantwortlich mit den anderen Eltern und dem Staat an den gemeinsamen Erziehungsaufgaben. Kraft dieses gemeinsamen Verantwortungsbewußtseins werden sich die Eltern zu Elternvereinigungen, Elternverbänden zusammenfinden, in denen der Grundsatz wieder wahr wird, daß die Kindererziehung nicht Staatssache, sondern Elternsache, Sache der in sozialem Verantwortlichkeitsgefühl zusammengeschlossenen Elternschaft ist, die dann auch die Einrichtungen, Kruppen, Kindergärten, Horte für die Kinder, die deren bedürfen, schafft. Das ist der Weg, den uns die Entwicklung vorschreibt, das ideale Ziel, das unsere Arbeit für die Zukunft anstrebt. Gegenwärtig fordert aber die den Nachwuchs unseres Volkes in den Familien, die die Sorge für die Kinder nicht in vollem Umfang übernehmen können, vor Verelendung zu bewahren. Zunächst vor der körperlichen Verelendung. Es ist nicht allgemein bekannt, welche Mittel der Lübeckische Staat hierfür aufwendet. Es erhalten Gutscheine auf 1/2 Liter Milch täglich; bedürftige Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder bedürftiger Eltern, deren Einkommen eine im Benehmen mit der Gewerkschaftsvertretung festgesetzte Grenze nicht übersteigt, sowie die Kinder der Erwerbslosen und die von der Tuberkulose-Fürsorgestelle gemeldeten Kinder unter 6 Jahren. Säuglingen unter 1 1/2 Jahren, tuberkulosegefährdeten Kindern und Schwangeren wird eine Nachzahlung bei Milchverteilung gegeben. Am letzten Sonnabend sind Gutscheine im Werte von 22 1/2 Billionen Markt ausgegeben worden. Und doch kann nur ein Teil der Not mit diesen Mitteln gelindert werden, die staatliche Hilfe bedarf hier unbedingt der Ergänzung durch private Hilfe. Wie in anderen Ländern, hat auch hier die Landwirtschaftskammer eine Milchpreibilligungsaktion eingeleitet und die Mittel zugesagt, aus denen 1500 Säuglingen und Kleinkindern 1/2 Liter Milch täglich gegeben werden kann. In dieser dankbar begrüßten Hilfsaktion für die unterernährten Kinder arbeiten Landwirtschaftsvertretung und Gewerkschaftsvertretung Hand in Hand. Für die gesundheitlich bedürftigen Schulkinder und die Kinder der Erwerbslosen wird vom nächsten Montag ab wieder das Schulführbuch in Gang gesetzt, für das die von der Auslandshilfe gelieferten Lebensmittel mit verwendet werden, wofür aber ebenfalls ein beträchtlicher Lübecker Zuschuß gegeben wird. Es sind die Mittel beantragt, um durchschnittlich 3000 unterernährte Kinder während des Winters an dem Schulführbuch teilnehmen zu lassen. Während des Sommers wurde für unterernährte und tuberkulosegefährdete oder sonstige in der körperlichen Entwicklung zurückgebliebene Kinder durch Verschickung in Erholungsheime und Landstellen gesorgt. Leider konnte nur einem Teil der 2200 gemeldeten Kinder, nur 500 Kin-

dern, diese Erholungsmöglichkeit zuteil werden. Auch das war nur möglich, weil beträchtliche Auslandsspenden für diesen Zweck zur Verfügung standen. In allen Fällen haben die Eltern nach Kräften zu den Kosten beigetragen. Es wurden nur die von dem Schularzt ausgewählten Kinder verschickt, aber leider längst nicht alle vom Schularzt dringend für die Verschickung empfohlenen Kinder. Die ganze Gesundheitsfürsorge steht unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Tuberkulose, deren Kurve leider wieder ein Ansteigen zeigt. Noch leidet dieser Kampf gegen unsere schlimmste Volksseuche unter einer unheilvollen Zersplitterung, und es ist eine dringende Aufgabe, die auf diesem Gebiet wirkenden öffentlichen und privaten Kräfte unter Führung unserer ausgezeichnet geleiteten Tuberkulosefürsorgestelle zu einheitlicher und erhöhter Wirksamkeit zusammen zu fassen. Nicht erst eine Kriegerziehung sind unsere Mütter- und Säuglingsberatungsstellen, die in den Kindergärten und Tagesheimen der Stadt und der Vorstädte untergebracht sind, und in denen einmal wöchentlich unter ärztlicher Leitung und Mitwirkung der Schwestern Sprechstunden abgehalten werden. Zuerst eine Einrichtung vornehmlich für uneheliche und für Pflegekinder, werden die Beratungsstunden nach Ueberwindung von Vorurteilen, die im Anfang bestanden, jetzt von allen Volksschichten aufgesucht und den größeren Bruchteil der vorgestellten Kinder bilden eheliche Kinder. Dies ist die billigste und wirtschaftlichste Fürsorge, die der Staat leistet, weil in der Vorbeuge, die dieser Arbeit den Stempel aufdrückt, die beste Gewähr für den Erfolg gegeben ist. Leider ist ein Hilfsmittel in der Säuglingsfürsorge jetzt fast ganz weggefallen, die Reichswohlfahrtsstelle, die im Krieg eingeführt und als eine Großtat des Deutschen Reiches im Inland und Ausland gewertet wurde. Der Zweck der Reichswohlfahrtsstelle, die Frauen durch Gewährung des Stillgeldes zum Stillen anzukommen, wird nicht mehr erreicht. Es werden kleine und kleinste Summen ausgezahlt, die keinem Empfänger von Nutzen sind, ja, diese Summen werden gar nicht mehr abgehoben, weil die Frauen für den geringen Betrag den Weg zur Kasse nicht mehr machen. Aus dem Wegfall der Wochenhilfe werden die schwersten Konsequenzen für die Säuglingsfürsorge sich ergeben. Bei allem Verständnis für die schwierige Lage der Kassen wird man gerade auf diesem wichtigsten und dankbarsten Gebiet am meisten sparen dürfen. Auf jeden Fall gilt auch hier: Lieber überhaupt keine Fürsorge, als eine auf dem Papier stehende Scheinfürsorge mit Summen, mit denen nichts anzufangen ist und deren Verwaltung bedeutend mehr Kosten verschlingt als dabei an Nutzen herauspringt.

Für die unehelichen Kinder, die durch das Fehlen der väterlichen Mitwirkung bei der Erziehung, durch den häufigen Wechsel in den Pflegestellen, oft auch durch das Verlagen der mütterlichen Erziehung, für besonders gefährdet gelten, ist durch die hier schon vor 12 Jahren eingerichtete Berufsvormundschaft, die das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz als Amtsnormundschaft übernommen hat, gesorgt. Eine Hauptaufgabe des Amtsvormundes ist die Sicherstellung des materiellen Unterhalts des unehelichen Kindes, wofür neuerdings 12 Goldmark monatlich vom Erzeuger gefordert werden. Mit der Amtsnormundschaft hängt eng der Pflegekinderzuschuß zusammen, den das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz gegenüber unserer bisherigen Lübecker Verordnung auf Kinder unter 14 Jahren ausdehnt. Mit dem Pflegekinderzuschuß ist eine Adoptionsvermittlung verbunden, die sich zur Aufgabe setzt, in geeigneten Fällen den unehelichen Kindern die Stellung eines ehelichen Kindes zu verschaffen. Für diese Kinder und für die Kinder aus Familien, deren beide Eltern erwerbstätig sind, hat der Staat ergänzende Erziehungsanstalten in den Kindergärten, Tagesheimen und Horten geschaffen. Die übrigen Kinder, bei denen die elterliche Gewalt nicht voll ausgeübt wird, und die unter Vormundschaft stehen, werden vom Gemeindevorstand, dessen Aufgaben ebenfalls dem Jugendamt übertragen sind, überwacht. Dem Jugendamt ist die Aufgabe übertragen, Vormünder, Bestände und Pfleger planmäßig zu beraten und bei der Ausübung ihres Amtes zu unterstützen. Von der Behebung der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft, die hier von erhofft wird, ist auch eine Entlastung der staatlichen Finanzen zu erwarten. Auch werden sich erhebliche Ersparnisse durch eine Vereinfachung des Vormundschaftswesens (für die gesetzgeberische Vorkläufe schon gemacht sind) erzielen lassen.

Unter den ausgeführten Gruppen von Jugendlichen befinden sich bereits solche, für die die öffentliche Jugendhilfe eintreten muß, sei es in Ergänzung der elterlichen Erziehung in Form der Schulaufsicht, wenn diese zur Verhütung der körperlichen, geistigen oder sittlichen Verwahrlosung geboten oder ausreichend erscheint, sei es an Stelle der elterlichen Erziehung in Gestalt der Fürsorgeerziehung, die der Verhütung oder Beseitigung der Verwahrlosung dient, und in einer geeigneten Familie oder Erziehungsanstalt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten durchgeführt wird. Es gehören hierhin die Kinder, deren Eltern in der Erziehung gänzlich versagen, oft auch die bedauernden Kinder, um die die beiden geschiedenen Elternteile kämpfen, ferner die Jugendlichen, die durch Veranlassung oder durch ihre Umgebung auf falsche Bahnen gekommen sind, die jugendlichen Rechtsbrecher, die Psychopathen usw. Lübeck hat jetzt 33 weibliche Fürsorgezöglinge in Anstalten und 54 in Familien-erziehung, sowie 55 männliche Jugendliche in Anstalts-erziehung und 90 männliche Jugendliche in Familien-erziehung untergebracht. Wenn man bedenkt, daß die Kosten nur zu einem Teil von den Eltern erstattet werden, kann man sich die Höhe der Kosten vorstellen, die Lübeck durch die Fürsorgeerziehung erwachsen. Die männlichen Jugendlichen vertrauen wir unserem Erziehungshaus im Wakenitzhof auf dem 3. Fischerbuden an. Die Nähe der Anstalt hat für die Durchführung der Fürsorgeerziehung großen Vorteil, da die Eltern sich selbst nach dem Ergehen ihrer Kinder erkundigen können. So wird die Fürsorgeerziehung nicht gegen die Eltern, sondern, wenn irgend möglich, mit den Eltern durchgeführt. Es ist glücklicherweise nicht mehr so, daß solche Kinder den Eltern abgerungen werden müssen, daß um sie ein Kampf zwischen der öffentlichen Gewalt und den Eltern geführt wird. Leider sind wir in der Erziehung unserer gefährdeten Mädchen nicht in der gleichen günstigen Lage. Ueber die Not-

Wichtigkeit eines Mädchenerziehungsheims... Die Wichtigkeit, ein Mädchenbildungsheim mit erträglichen Kosten zu schaffen, besteht. Es ist zu hoffen, daß die Gelegenheit nicht vorbeigelassen wird. Bei vielen hat die Fürsorgeerziehung Erfolg. Manche aber werden aus der Erziehungsanstalt entlassen, obwohl wir die Gewißheit haben, daß sie dem Verbrechertum und Dittentum anheim fallen und eine dauernde kostspielige Last für die Gesellschaft werden. Wenn für die weitere Bewahrung solcher sozialer Personen durch Geis die Grundlage geschaffen wird, so würde das wiederum eine Ersparnis bedeuten. Die Not wird uns ferner zwingen, das Problem der Fortpflanzung minderwertigen Lebens mit allem Ernst anzufassen. In unserer Verarmung werden wir in diesen Hinsichten härter werden müssen, als wir unter anderen Verhältnissen unter Ueberspannung der individualistischen Auffassung waren.

Unter dem Gesichtspunkt der Vorbeuge und der Kostenersparnis ist neben der Gesundheitsfürsorge der bedeutendste Zweig der Jugendwohlfahrtsarbeit die Jugendpflege, deren Förderung gerade dem verarmten Staat obliegen wird. Es gilt für die normale, gesunde Jugend Räume für ihre Betätigung und Spielplätze für ihre körperliche Betätigung zu schaffen. Jugendpflege kann nur in Anlehnung an ein Jugendheim getrieben werden. Wir dürfen hoffen, daß die lange gestellte Forderung, die alte Gewerkschule für Jugendheimzwecke zur Verfügung zu stellen, bald erfüllt wird. Die Arbeit für die Wohlfahrt der Jugend, die in großen Umfassen hier dargestellt ist, kann nicht von einem „Bureau“, einem Amt, allein geleistet werden. Heute weniger denn je. Es bedarf dazu der tatkräftigen Mitarbeit von Männern und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten, die sich zu gemeinsamer Arbeit in dem Befehlsnis zusammenschließen: „Der Jugend Wohlfahrt ist oberstes Gesetz.“

Aus der Stadt.

Beachtet die Verkehrsbestimmungen. Das Polizeiamt schreibt uns: Obwohl schon wiederholt von den maßgebenden Stellen darauf hingewiesen worden ist, die hier bestehenden Verkehrsbestimmungen genau zu beachten, wird immer noch im erheblichen Maße gegen sie verstoßen. Es liegt sowohl im allgemeinen Interesse als im Interesse des einzelnen die Bestimmungen über den Verkehr zu befolgen, wie sie in der Straßenordnung für die Stadt Lübeck in der Verordnung betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen, in der Radfahrerordnung, in der Wegordnung uim. gegeben sind. Aber neben dieser Bestimmungen darf die Beachtung weiterer notwendiger Maßregeln nicht außer Acht gelassen werden. Hierzu gehört u. a. die Beachtung der von den Führern von Fahrzeugen gegebenen Zeichen. Streift der Führer eines Fahrzeuges den rechten Arm nach rechts aus, so will er rechts, hebt er den Arm nach links, so will er links in eine andere Straße einbiegen. Zeigt er geradeaus oder hebt er den Arm in die Höhe, so will er geradeaus fahren bezw. halten. Führer und Radfahrer haben die rechte Seite der Fahrbahn inne zu halten. Dieses kann aber nur erreicht werden, wenn die Straßen von allen Gegenständen frei gehalten werden, die nicht notgedrungen dahin gehören. Während der Dunkelheit müssen alle Fahrzeuge und Fahrräder, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind, beleuchtet sein, jedoch sind stark wirkende Scheinwerfer von den Kraftfahrzeugen zu vermeiden. Fußgänger haben die Fahrbahn möglichst im rechten Winkel zu überqueren; vor allen haben sie zu vermeiden, daß sie sich im Rückwärts auf dem Fahrdamm bewegen, wie man sehr oft beobachtet kann. Kinder haben das Spielen auf der Straße zu unterlassen; nicht nur, daß sie sich selbst einer großen Gefahr aussetzen, sondern sie gefährden in erheblicher Weise den allgemeinen Verkehr. Alle Personen, die mit der Aufsicht über Kinder betraut sind, handeln daher nur im Interesse der Kinder, wenn sie diese bei jeder Gelegenheit auf die Gefährlichkeit des Spielens auf den Fahrbahnen aufmerksam machen, sondern sie leisten dem allgemeinen Verkehr einen nicht hoch genug zu veranschlagenden Dienst. Im übrigen wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Aufsichtsbeamten des Polizeiamts erneut angewiesen worden sind, den Bestimmungen über den Verkehr die nötige Geltung zu verschaffen.

Der Goldparverkehr. welchen die Commerzbank auf Veranlassung und nach Richtlinien der Finanzbehörde einrichtet, ist soweit gebieter, daß er Ende dieser Woche praktisch in Erziehung treten kann. Bekanntlich werden auf Goldmark lautende Quittungen an die Einzahler ausgehändigt und zwar lauten diese Quittungen auf 1/2, 1 und 3 Goldmark. Das Ziel dieser Ein-

richtung ist die Substanzerhaltung bei kleineren Beträgen. besonders die Weiterhaltung von Lohn und Gehalt; für die Weiterhaltung großer Beträge kommt dieser Goldparverkehr weniger in Frage, dafür ist die Lübecker Schwedenkronenanleihe geschaffen. Man muß sich nun nicht vorstellen, daß der einzelne Gehalts- und Lohnempfänger nun immer selbst zur Commerzbank gehen müßte, um eine oder mehrere solcher Einzahlungsquittungen zu erwerben. Statt daß jeder einzeln kommt, kann auch der Unternehmer eine größere Anzahl dieser Quittungen durch entsprechende Einzahlung erhalten und dann bei der Lohn- und Gehaltszahlung verwerten. Wer nun solche Quittung hat, welche für jeden Einzelnen ein wertbeständiges Sparguthaben darstellt, und will nun für diese Beträge irgendwas kaufen, der wird auch nicht erst zur Commerzbank hingehen brauchen, sondern sicherlich werden die Geschäftsleute diese Quittungen mit Freuden an Stelle von Papiermarkzahlung nehmen, weil ihnen so ein ganz erklärlcher Wert, den sie täglich nach dem Devisenstand einlösen können, in die Hand gegeben wird.

Ein Telefongespräch 1 1/2 Milliarden. Durch die Reichspostverwaltung werden jetzt die Sätze bekanntgegeben, die ab 1. November im Telephon- und Telegrammverkehr Geltung haben. Für den Fernsprechverkehr ist folgender Tarif vorgegeben. Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 1500 Millionen Mark. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angeschlossen 30 Ortsgespräche, mit mehr als 1000 bis einschließlich 10000 Hauptanschlägen 40 Ortsgespräche, mit mehr als 10000 Hauptanschlägen 50 Ortsgespräche. — Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 1500 Millionen Mark, von mehr als 5 Kilometer bis 15 Kilometer 3000 Millionen Mark, von mehr als 15 Kilometer bis 25 Kilometer 4500 Millionen Mark usw. — Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blitzeinsprüche das Hundertfache der einfachen Gesprächsgebühr. Im Telegrammverkehr beträgt die Grundgebühr 2400 Millionen Mark, und außerdem für jedes Wort 1200 Millionen Mark, und außerdem für jedes Wort 600 Millionen Mark. Vorauszahlung der Einbestellung (XP) 300 Millionen Mark.

Die Vorlese-Abende der Büchereiverwaltung, die jetzt wöchentlich am Mittwoch um 8 Uhr im Lesesaal der Büchereiverwaltung, Mengstraße 28, stattfinden sollen, behandeln: am 1. Abend (31. Oktober): Heinrich Heine: Bergdahl, Adolf Schmitthener: Die Frühglocke, (Vortragende Fräulein Dr. M. Corssen); am 2. Abend (7. November): E. Schermer: Hermann Löns als Satiriker und Humorist (mit Proben aus seinen Werken); am 3. Abend (14. November): Fancette von Droste Hülshoff; Balladen, (Dr. M. Corssen); Timm Kröger: Trüff, (E. Reckwitz). — Das Programm der weiteren Abende wird noch näher bekannt gegeben; u. a. sprechen Herr Regisseur Seidemann am 28. November: Moderne Arbeiterdichtung; Herr Lehrer Woller am 5. Dezember: Gorg Jod; Dr. Bieth am 12. Dezember: Gottfr. Keller. — Der Eintrittspreis für den Abend beträgt 4 Goldpfennige. Erwerbslose erhalten die gleiche Vergünstigung wie bei der Volkshochschule. Es empfiehlt sich, für alle sieben Abende zusammen eine Dauerkarte (der Preis ist der gleiche wie für eine Vortragsreihe der Volkshochschule = 25 Goldpfennige) zu lösen. Anmeldungen bei der öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 28, täglich von 5 bis 8 Uhr.

Volkshochschule. Der neue Unterrichtsabchnitt erstreckt sich vom 31. Oktober bis 21. Dezember 1923. Die meisten Kurse beginnen in der nächsten Woche. Sie behandeln: Montag, 6.15 Uhr: Prof. Dr. Reinig: Physik. Die Wellenlehre und ihre Bedeutung in der heutigen Physik für Kunst, Optik, Elektrizität. (Erweiterte Schule, Zimmer 27.) — Montag, 7 Uhr: Dr. Mühlh: Chemie. Die heimische Industrie. Kohle, Eisen, Kalk, Düngemittel. Einführung in die chemischen Grundbegriffe. Führungen durch Betriebe. (Lehrerseminar, Zimmer 10.) — Montag, 8.15 Uhr: A. Braun: Volkswirtschaftslehre. Weisen und Organisation. Entwicklungsbedingungen. Produktion und Erwerb. Wert, Preis, Geld, Kredit. Einkommen und Güterverbrauch. Wirtschaftspolitische Orientierung. — Dienstag,

7 Uhr: E. Schermer: Literatur. Hermann Löns, sein Leben und Wirken. Jugend- und Erstlingsdichtungen. Sturm- und Drangjahre. Plaudereien. Jagd. Natur und Heimat. Tiergeschichten. Gedichte. Romane. — Dienstag, 8 Uhr: E. Braun: Volkswirtschaftslehre. Geld und Geldersatzmittel. Währungsfragen. — Mittwoch, 7 Uhr: Dr. Burd: Erdgeschichte. Der Boden unserer Heimat im Lichte der Erdgeschichte. (Geologie von Lübeck, Holstein, Mecklenburg und Nordhannover) 3 Wanderungen an noch zu bestimmenden Sonntagen. — Gelangsklasse des Katharineums. — Mittwoch, 8 Uhr: Vorlesende der öffentlichen Büchereiverwaltung. Lyrik und Prosa aus den Werken von Hermann Löns, Adolf Schmitthener, Fancette von Droste-Hülshoff, Selma Lagerlöf, Gottfried Keller, Conr. Ferd. Meyer, Hermann Hesse u. a. sowie aus moderner Arbeiterdichtung und plattdeutscher Literatur. (Genaueres Programm veröffentlicht wir an anderer Stelle.) — Donnerstag, 7 Uhr: Dr. Bieth: Büchereiverwaltung. Die wichtigsten Literaturverzeichnisse und ihre Benutzung. Eine Einführung der Bibliothekbenutzer in die bedeutendsten Nachschlagewerke. — Donnerstag, 8 Uhr: Dr. Leber: Geschichte. Die westpolitischen Umwälzungen seit 1870. — Freitag, 6.15 Uhr: Prof. Dr. Döring: Philosophie. Die Philosophie Schopenhauers und ihre Bedeutung für uns. — Prof. Stahl: Musikgeschichte. Von Schubert bis Schumann. (Die romantische Schule.) Mit Proben am Klavier. Gelangsklasse des Katharineums. — Freitag, 7 Uhr: Prof. v. Lütjendorf: Kunstgeschichte. Geschichte der Malerei des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Mit Lichtbildern. — Sonntag 11 Uhr: H. Warnke: Heimatkunde. Führungen durch die Marienkirche. — Die Lehrgänge sollen, soweit nichts anderes angegeben, 15 Minuten nach 7 bzw. 8 Uhr im Lesesaal der Stadtbibliothek, Hundestraße, oder in der öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 28, beginnen. Nähere Bekanntmachungen erfolgen und hängen dort aus, sobald die genaue Hörerschaft festgestellt. Die Gebühren betragen für jeden Lehrgang 25 Goldpfennige. Für die am 31. Oktober beginnenden Mittwochs-Vorlesungsabende werden auch Karten für einzelne Abende ausgegeben. (Gebühr 4 Goldpfennige.) — Anmeldungen werden täglich von 5 bis 8 Uhr in der öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 28, angenommen.

Stadtheater. Heute Mittwoch am Reformationstage findet die Erstaufführung von Hanns Johst „Prophezen“ statt. In einer bunten Reihe von Szenen schildert Johst die wildbewegten ersten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts. Aufschwung des alten Glaubens und des alten Staates, Unruhe im Volk, Prophezen aller Orten und über diesem Wirrwarr auf der einen Seite der Vertreter des Neuen, Martin Luther, der Vertreter des Alten, Johannes Eck, der Vertreter des Ewiggen, Sodollet. Bei der Erstaufführung von „Schöne Galathee“ und „Brüderlein fein“ am Sonntag, den 4. November werden 10 Prozent auf die Eintrittskarten geschlagen und dieser Ueberzuschuß den Erwerbslosen zugewandt, um deren Not zu lindern.

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die Normierung von Lebensbedürfnissen für den vierköpfigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungsziffer selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Ziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normierung höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittlung vom 29. Oktober 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

Teuerungsziffer in Milliarden Mark	Indizes (1913/14 = 1)
Ernährung	81,9
Wohnung	96,0
Beleuchtung	32,2
Wohnung	6,1
Bekleidung	239,8
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	946,2
mit	1186,0

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind gegenüber dem vorigen Montag (22. Oktober 1923) um 274,5 Prozent und gegen den letzten Donnerstag (25. Oktober) um 33,7 Prozent gestiegen. Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Erzeugung 204,5 Prozent. Die Ernährungskosten allein sind um 293,4 die Brennstoffe um 371,6, die Beleuchtungskosten um 451,3, die Wohnungsmiete infolge Erhöhung der Abgaben um 441,0 und die Bekleidungskosten um 189,5 Prozent in die Höhe gegangen.

Theateraufgaben der Gegenwart.

In einer Zeit des größten materiellen Notstandes, verurteilt durch einen verlorenen Krieg, ringt das deutsche Theater als eines der wenigen Kulturgüter — und vielleicht das wichtigste — um seine künstlerische Existenzberechtigung. Denn in mitten der ärmlichen Zustände, die uns umgeben, dient es mehr denn je als Sammelplatz der Geister, als Sprachrohr für die gemeinschaftliche Not und den Willen, sie zu überwinden. Mehr denn je muß es die kühnste Fähigkeit haben, die Masse zu binden, ihr Gemeinheitsgefühl zu stärken und durch Steigerung des Verantwortlichkeitsgefühls jedes Einzelnen am ethischen Ausbau des Menschen mitzuwirken. Uns Deutschen vor dem Kriege war das Theater marionettenspielerische literarische Angelegenheit. Es ist uns zur Notwendigkeit geworden. Wer jemals nach dem Kriege in dem westlichen Europa gewesen ist und einen Vergleich zwischen dem deutschen und ausländischen Theater ziehen konnte, das nach dem Charakter der Vorkriegszeit trägt, muß empfunden, wie dringlich uns die Bühne zur Ausprägung der inneren menschlichen Höhe geworden ist, wie das Theater sich bei uns aus einer Vergnügungstätte in die Stätte der Zukunft für ein lebendes, mit sich selbst und der Umwelt ringendes Volk gewandelt hat. Nie vielleicht haben uns die auf den Brettern behandelten Probleme so nahe gebrannt, wie in dieser Zeit der Inneren, des Willens zur Erneuerung des inneren Menschen. Dieses, was vor dem Kriege uns lieb und nett war auf der Bühne, hat mit einem Schlag ein anderes, uns gleichgültig lassendes Gesicht erhalten. Das Leben ist darüber hinweggegangen und wir im letzten Augenblicke etwas wie Scham darüber, daß wir in früheren Jahren Dinge hatten, deren Artigen Gleichgültigkeiten nachzugehen.

Es ist hier danach, wir brauchen ein Theater, das uns nicht mit bloßem Nachgeschmack entläßt, sondern unser Bewußtsein steigert. Wir brauchen Künstler, wie es die jüngsten russischen Theaterleute sind, (Maxim Gorki, Kammerwische, russisches Komisches Theater) Künstler, die nicht des finanziellen Gewinnes wegen aus Kaufmannsgeheimnissen sind, sondern — wie die Leinwandtruppe — der Welt zu zeigen, daß künstlerische Hingabe an die Kunst und freiwillige bedingungslose Unterordnung jedes Einzelnen in ihren Dienst einen neuen Ausbruch des Geistes freisetzen, der dem Theater weite Möglichkeiten eröffnet. Es ist ein seltsames Verhängnis, daß der Mann, der nach Reinhardt alle Mittel der Szene benutzte, um das Theater zu erneuern, uns im Grunde genommen das „gelebte“ Theater brachte. Denn wirklich ist es die Reue der russischen Künstler, das Verschwinden des Personalitätsbegriffes der Schauspieler durch einen bescheidenen Regisseur, was sich mit unserem Begriffe der künstlerischen Freiheit nicht deckt. Bei Reinhardt erlitten im Mittel, was in Deutschland zur gleichen Zeit geschehen werden will, und als Kunstgewerbe drängt sich auf, was als künstlerischer Ausdruck den persönlichen Charakteristiken Leistungen nur den Hintergrund geben sollte.

So kann uns keine Erfüllung bedeuten, was der fanatische Hingabe des Künstlers lebendiges Theater ist. Gewiß, Hingabe der Künstler fordert auch unsere Bühne, fordert auch das an Werten schöpferisch zu gestaltende Theater. — Das unter heutiges Publikum mit Recht verlangt — jedoch ein Hin- und nicht Aufgeben der Persönlichkeit. Das Recht der Individualität zu wahren, das nur-Einmalige herauszuheben, zu heiligen, wird Aufgabe des Spielers sein: Aufgabe der Theaterleitung, es im Ensemble aufzunehmen und das Ensemble organisch zu gestalten. Das Schicksal der Bühne ergibt sich dann aus Spielplan und Personal, die sich gegenseitig bedingen.

Betrachtet man den Spielplan der deutschen Bühnen, so findet man im allgemeinen ein Niveau, das sich wesentlich gegen das der Vorkriegszeit gehoben hat. Man kann unteren jungen Dramatikern bemerken, was man will; daß sie sich von den Problemen fernhalten, die unsere jetzige schwere Zeit anwirft, gewiß nicht. Die Theater andererorts bemühen sich in erstem künstlerischen Willen dem Scharf, der durch unsere Bühnenliteratur geht, die rechte Richtung zu schaffen. In dieser Hinsicht unproduktiv bleibt unsere Zeit, wir wissen nicht, nur ist es oft nicht leicht in dieser Periode des Ueberganges, das Reine vom Verwässerten zu unterscheiden. Und hier droht unsern Theatern Gefahr.

So bedauerlich ist es, wenn fast alle, auch kleineren Bühnen, den Göttern hehnen, Voraussetzungen zu bieten — es sind doch nicht nur unbedeutende Talentsproben, denen ich aus Lagesicht gebietet wird. So verläßt sich der schlimmste Feind des künstlerischen Theaters einzuschleichen: die Schablone. Wie man das eine oder andere Werk zur Aufführung annehmen kann, weil es in der Metropole Erfolg gehabt hat, oder weil es von einem modernen Dichter ist, der unbedingt aufgeführt werden muß, so nimmt man diese Voraussetzungen meist unbedenklich an, nur weil sie einem bedeutenden Werk gleicher Richtung schmeicheln. Das es dann selber ist, ein altes Drama zu geben, dessen Reizlose Spielweise schon vorher und das uns dazu verlocken kann, auch unsere Augenblicke von höherer Warte aus zu betrachten, wird in dem Theater, nur mit der Zeit mitzugehen, leider übersehen.

Es gibt nur einen Weg für die richtige Gestaltung eines lebendigen Spielplans: die Individualität aus dem Gesamtorganismus der Bühne herauszuheben. Die Zusammenfassung des Personal, die Art und Begehung der Darsteller werden hier am stärksten bestimmend. Weiter die Aufmerksamkeit des Publikums, das jedoch der Steigerung fähig ist, wie es hinterher der Künstler wissen kann. Dieses Spiel des Reizens und Beklebens ist beide Teile anregend zu gestalten, ist notwendig für den erfolgreichsten Erfolg für das Schöpferische des Theaters. Dr. Georg Hartmann.

Inhaber entzückt. Ein dortiges Reklamebureau hat nämlich ein Telephon gemietet und mit seiner Hilfe das mündliche Inserat eingeführt. Das gesprochene Inserat hat vor allem den Vorzug, mit tödlicher Sicherheit in das Gehirne des Interessenten zu kommen. An die Stelle des Lesens tritt der Hören. Keine Macht der Erde kann Sie zwingen, den Angelegentlich Ihrer Zeitung zu lesen, aber wenn das Telephon klingelt, erheben Sie sich, um zu vernehmen, wer Sie zu sprechen wünscht und was der Teilnehmer Ihnen mitzuteilen hat. So werden denn hinfort die Tage des Fernsprech-Abonnenten voller Abwechslung und Bewegung verlaufen. Es wird passieren, daß er goldene Träume spinnend, bei einer Flasche Wein sitzt. Da klopft es und er hat zur Kenntnis zu nehmen: „Hier Reklame-Bureau Universal. Wir empfehlen Ihnen im Bedarfsfall das Sarg-Magazin von Otto Müller.“ Oder: Sie vertiefen sich in Goethes Liebes-Lyrik und werden plötzlich darauf aufmerksam gemacht, daß Meiers Hühneraugen-Tintur die beste aller Belten sei. Sie haben Jahnuch und es empfiehlt sich Ihnen ein Cabaret. Sie bejammern, mit Selbstmordgedanken randvoll gefüllt, die Treulosigkeit Ihrer Geliebten, und ein Heiratsermittler bringt sich in Erinnerung. Sie befragen die Kartoffelmat und eine Blumenhandlung offeriert Ihnen Rosen. Sie sind vielleicht Temperenzler und werden telephonisch von dem Wohlgeschmack eines neuen Likörs unterrichtet. In möglichst unangenehmer Stunde wird man Ihnen raten, rechtzeitig Schokolade und Caviar, Werte über die Relativitätstheorie und Kindermilch, Unterwäsche und Hundelachen, Fahrräder und Nadelgamalaken zu kaufen. Der netteste Zufall wird Ihnen Dinge und Einrichtungen ans Ohr bringen, von denen Sie vielleicht nichts wissen wollen, die Ihr Fernsprech-Teilnehmer aber für sehr wichtig hält und mit denen er Sie gewissenhaft bekanntmacht. Er erfüllt ja den Willen seiner Auftraggeber, die vor ihm verlangen, daß er z. B. am Montag 5000 Telephon-Mittglieder auf die Vortrefflichkeit der neuen Khabarher-Pillen hinzuweisen habe. Sie werden dem gesprochenen Inserat nicht entgehen, denn die Post vermittelt ihre Telephone an Gerechte und Ungerechte und ist verpflichtet, dem Bureau Universal so viel Anrufe zu vermitteln wie es begehrt. Mehr noch: je mehr Gespräche der Redner des Universal fordert, desto lieber wird es Herrn Ziskus sein. Zu bedauern bleibt nur der Redner selbst. So wenig Gehirnmahl es auch erfordert mag, tausendmal hintereinander Zitate zu empfehlen, so bedauerlich muß doch das doch mit der Zeit die edleren Teile des Denkapparates beeinflussen. Man könnte sich vorstellen, daß der unentwegte Bekünder solcher Mitteilungen am Abend im Schoße seiner Familie die ausgehöhlten Gehirnbahnen weiterlaufen läßt und seine Angehörigen fortgesetzt mit der Ankündigung preisenswerter Gebrauchsgüter stände unterhält. Um dem vorzubeugen, schlagen wir heute dem Bureau Universal vor, seine Mitteilungen durch das Gammophon zu veranbaren. Es ließe sich wohl auch machen, dem Inserat eine Artie von Cario voranzugehen zu lassen. Auf diese Weise würde eine ästhetische Befriedigung des Hörers erreicht, die ihn für den Einkauf der ihm empfohlenen Artikel besonders empfänglich macht.

Aus dem Reich.

Deutschlands außenpolitische Lage.

Ein Stimmungsbild der Frankfurter Zeitung.

Es ist, wie schon so oft in der deutschen Geschichte, auch jetzt die Tragik Deutschlands, daß, während alle Energien auf die Abwehr der Anschläge des äußeren Feindes gerichtet sein sollten, sich das Reich im Bruderkampf zerfleischt. Noch ist das fürchterliche Wort, das schon seit vielen Wochen leuchtend auf vieler Leute Lippen liegt, nicht Tatsache geworden, noch ist der Bürgerkrieg, das entsetzlichste und schimpflichste Uebel, das ein Volk befallen kann, nicht ausgeschossen, noch ist es Zeit für die deutsche Nation, sich einen Ruf zu geben und alle Anstrengungen gegen das die Existenz Deutschlands bedrohende Frankreich zu richten, anstatt in inneren Streitigkeiten zu zerfallen und dadurch dem Feind in die Hände zu arbeiten. Aber es scheint fast, daß die für den Zwist Verantwortlichen von Blindheit geschlagen sind. Da ist es Pflicht für die, die noch sehen können, in alle deutsche Gauen, nach Bayern, nach Sachsen, nach Berlin, das „Noch ist es Zeit“ hinauszuschreien. Deutschland ist noch nicht verloren, braucht noch nicht verloren zu sein, wenn wir ihm nicht selber das Grab graben, wenn wir es nicht selber zerstören. Gestern noch schien unsere außenpolitische, von Stürmen begleitete Ozeanfahrt fast aussichtslos zu sein. Heute aber wird in der Ferne Land sichtbar. Es ist nur ein dünner, nebelhafter Landstreifen, aber hinter ihm mag Festland liegen. Es ist noch eine lange, gefährliche Fahrt, bis wir ihn erreichen können, es ist noch durchaus ungewiß, ob es uns überhaupt möglich sein wird, ihn zu erreichen, auch wissen wir nicht, wie der Boden beschaffen sein wird, der sich uns dort zeigt, aber eine Nation, die nicht den letzten Versuch der Rettung unternimmt, die nicht jede Möglichkeit der Überwindung der äußeren Gefahr über den inneren Zwist stellt, gibt sich selber auf. Halten wir die Augen vornehmlich nach außen gewandt, dann wird es uns leichter sein, für unsere häuslichen Gegensätze den Ausgleich zu finden.

Monatelang hat das deutsche Volk in seinem verzweifeltsten Existenzkampf gegen Frankreich auf eine Betätigung der angelsächsischen Politik gehofft. Jetzt endlich beginnen sich England und die Vereinigten Staaten zu rühren. Es sind nur schwächere, zögernde Bewegungen, die von diesen beiden Ländern wahrnehmbar werden, aber sie bedeuten immerhin einen Versuch in der Richtung, die die deutsche Politik die ganze Zeit hindurch angestrebt hat. Die Frage der Reparationen muß vor ein internationales Gremium kommen, anstatt von Poincaré zur Zerkümmung und Zertrümmerung Deutschlands mißbraucht zu werden. So hieß unser außenpolitisches Ziel, seit wir in den Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus traten, und so hieß unser Ziel erst recht, seit wir den Kampf wegen innerer Erschöpfung einstellen mußten. Dem gleichen Ziel streben nun auch England und Amerika offen zu. Vor einigen Tagen wurde der Meinungswechsel veröffentlicht, der kürzlich zwischen Lord Curzon und dem amerikanischen Staatssekretär Hughes stattgefunden hat. Aus ihm geht hervor, daß das englische Kabinett, das wegen seiner bisherigen Untätigkeit im eigenen Lande hart bedrängt wird, den Wunsch hat, nun endlich ernsthaft Schritte zur Ausführung des von ihm seit lange gehegten Konferenzgedankens zu tun, und aus ihm zeigt sich ferner, daß die durch Parteischlagwürter gehemmte amerikanische Politik unter Umständen aus ihrer völligen Passivität herauszutreten mag. Da nach englischer Anschauung der Konferenzgedanke ohne Amerikas Mitwirkung nicht zu verwirklichen ist, so hat der englisch-amerikanische Notenwechsel äußerlich gesehen wenig gebracht und vermochte an sich nicht, uns Deutschen die Aussicht auf einen Rettungsweg zu zeigen. Aber neben den Noten pflegen sich in der Außenpolitik Vorgänge hinter den Kulissen abzuspielen, neben ihnen macht sich in der Welt von heute der Druck der öffentlichen Meinung vernehmbar. Und beides ist nicht ohne Wirkung auf Poincaré geblieben. Der hartnäckige französische Ministerpräsident hat sich gezwungen gesehen, einzubiegen, allerdings zunächst nur in einer Weise, die in der allgemeinen Richtung seiner Ziele bleibt.

Mitteleuropa kann nur gerettet werden, wenn die Reparationsfrage vor ein objektives, internationales Gremium kommt. Dahin ging der Vorschlag der deutschen Denkschrift vom 7. Juni und darauf zielte auch in den Sommermonaten die Politik der englischen Regierung. Die öffentliche Meinung der aufgefärrten Welt und mit ihr alle diejenigen Staatsmänner, die Einsicht haben, verlangen aber mehr. Sie fordern eine große Konferenz, die überhaupt zur Revision der in Mitteleuropa durch den Versailleser Vertrag geschaffenen Verhältnisse schreitet. General Smuts, der Premierminister von Südafrika, der als solcher weiß, was auf der britischen Reichskonferenz zum Ausdruck gebracht worden ist, hat dies kürzlich deutlich ausgesprochen. Aber da sich Poincaré hinter den Vertragsparagrafen verhält, so mußte sich die englische Politik von vornherein bescheiden. Der französische Ministerpräsident beruft sich darauf, daß allein die Reparationskommission für die Reparationsfrage zuständig sei, und daß sie allein Ausschüsse zu deren Untersuchung bestellen könne. Infolgedessen beschränkte sich Lord Curzons Anfrage in Washington auf ein die Wünsche Rechnung tragendes Verfahren. Der Bescheid des Staatssekretärs Hughes schied die Reparationskommission als solche aus und wählte den Weg eines von der Reparationskommission zu ernennenden Ausschusses. Er schränkte den Sinn der Veranstaltung noch weiter ein, indem er dem zu bildenden Ausschuss nur beratende Kompetenzen zusprechen möchte. Jetzt aber kommt Poincaré und sucht, unter scheinbarem Einlenken, das Verfahren völlig unfruchtbar zu machen. Die in dieser Sache nach London gerichtete französische Note ist noch nicht veröffentlicht worden, aber die Grenzlinien, die Poincaré der Betätigungsmöglichkeit des Ausschusses ziehen will, zeigen sich deutlich aus französischen Pressekommentaren und aus der Rede, die der leitende französische Staatsmann am vergangenen Sonntag gehalten hat. Poincaré verlangt, daß Deutschland in dem Ausschuss nicht vertreten sein dürfe, er verlangt dies, obgleich in dem seinerzeit in Paris von der Reparationskommission einberufenen Bankierausschuss Deutschland Sitz und Stimme hatte. Was er will, wäre also ein deutlicher Rückschritt und käme auf das Bestehen hinaus, die deutsche Regierung abermals einem Diktat gegenüber zu stellen. Der französische Ministerpräsident will ferner dem Ausschuss nicht die Kompetenz zubilligen, Deutschlands Schuld zu ermäßigen, sondern der Ausschuss dürfte sich nach ihm lediglich mit einer Verlängerung der Zahlungsfristen und einer Veränderung der Zahlungsform befassen. Sind für Poincaré tatsächlich die 132 Milliarden des Londoner Diktats noch immer unabänderlich? Sie sind es nicht, aber er will sich auf eine durch die Paragraphen geschützte feste Planke stellen, um sich von dieser nur Herabzubewegen, wenn er dafür eine Ermäßigung der französischen Schulden (was Amerika nicht in diesem Zusammenhang erörtern möchte) und eine Herabsetzung der deutschen Reparationslast auf Kosten der an-

deren, aber nicht auf Frankreichs Kosten, erlangen kann. Poincaré will außerdem die von ihm widerrechtlich ergriffenen Pfänder im Besitz behalten und er scheint sich in seinem Bescheid auch zu der gegenüber Deutschland erhobenen Forderung zu versteigen; daß nicht verhandelt werden dürfe, bevor am Rhein und Ruhr der normale Zustand hergestellt worden sei.

Zu diesem Bescheid Poincarés wird nun die englische Regierung Stellung zu nehmen haben. In sich sind ihr nicht Mut und Entschlossenheit zuzutrauen. Aber sie steht unter dem Druck der Öffentlichkeit, die ihre Enttäuschung deutlich zeigt. Es wird also um den Konferenzgedanken noch weiter gerungen werden. Zweck wird das nur haben, und Ausbauer werden die um die Rettung Europas Bemühten nur zeigen, wenn Deutschland inzwischen am Leben bleibt. Köten wir aber Deutschland nationale Existenz durch Bruderkrieg, zerstören wir uns selber, dann wird auch diese letzte Aussicht auf Rettung schwinden, denn es hat, wie neulich eine englische Zeitschrift aussprach, keinen Sinn, einen Leichnam an den Konferenzstisch zu laden.

Die innerpolitische Lage.

Berlin, 30. Oktober. Der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Partei ist in seiner Sitzung heute nachmittag zu keinem endgültigen Beschluß gekommen. Morgen wird der Parteivorstand zusammentreten, am Freitag die Reichstagsfraktion der SPD. Die anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion tagten heute nachmittag ebenfalls im Reichstage zur Besprechung der Lage. In parlamentarischen Kreisen der Regierungsparteien wird die Lage als dahingehend beurteilt, daß eine, wenn auch nur geringe Öffnung besteht, die große Koalition aufrecht zu erhalten, zumal, wenn es in Sachen glückt, eine Neubildung der Regierung auf rein sozialistischer Basis ohne Zeigner und Kommunisten oder auf sozialistisch-demokratischer Basis zu bilden.

Entspannung in Dresden.

Dresden, 30. Oktober. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Verhandlungen der Parteien über Bildung einer verfassungstreuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage haben begonnen. Die Maßnahmen des Reichskommissars haben die geordnete Weiterführung der Geschäfte der sächsischen Regierung sicher gestellt, sobald der Zeitpunkt der Einigung der Parteien abgemerkt werden kann. Bekanntlich kann nach Art. 26 Absatz 1 der sächsischen Verfassung eine Regierung nur in der Weise gebildet werden, daß der Ministerpräsident vom Landtag gewählt wird. Auf Anordnung des Reichskommissars hat der Wehrkreisbefehlshaber seine Verfügung vom 29. Oktober dahingehend abgeändert, daß der Zusammentritt des Landtages zum Zweck der Wahl des Ministerpräsidenten ermöglicht wird.

Fellisch gewählt.

Dresden, 31. Oktober. In der Nachtigung, nachts um 1/2 Uhr, wurde im sächsischen Landtag die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vorgenommen. Gewählt wurde der frühere sozialdemokratische Wirtschaftsminister im Kabinett Bud. Abgeordneter Fellisch, mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten. Die Deutschnationalen und die Kommunisten hatten vor Beginn der Wahlhandlung den Saal verlassen. Die Deutsche Volkspartei gab 18 Stimmen für den Abg. Dr. Kaiser ab. Ministerpräsident Fellisch erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 6. November, statt mit der Tagesordnung: Vereidigung des Ministerpräsidenten, Abgabe einer Regierungserklärung und Aussprache darüber.

Der Streik in Sachsen.

Dresden, 30. Oktober. Die Streifrage ist unverändert. Das Wehrkreiskommando hat jede Aufforderung zum Generalstreik verboten. In Dresden sind die staatlichen Betriebe der Streikparole nicht gefolgt, auch erscheinen die Zeitungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden, der Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereine, Ortsausschuß Dresden, und der Gesamtverband Deutscher Beamtenvereine, Ortsausschuß Dresden, erlassen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem es heißt: Wir beteiligen uns nicht an einem Streik, weil wir der Überzeugung sind, daß wir der bedrängten Arbeiterchaft, die ohnehin schon ungeheuerlich unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit leidet, heute keine aussichtslosen Opfer zumuten dürfen. Ein aussichtsloses Unternehmen aber ist dieser Streik. Diese unsere Stellungnahme ist unabhängig von unserer Auffassung über die Schritte der Reichsregierung, die auch wir nicht in allen ihren Teilen zu billigen vermögen.

Die sächsische Landtagsitzung auf 1/210 Uhr abends verschoben.

Dresden, 30. Oktober. Die um 6 Uhr anberaumte Sitzung des Landtages findet nicht statt, da sich die Fraktionen, die in eifriger Beratung begriffen sind, noch nicht schlüssig geworden sind. Die Sitzung dürfte voraussichtlich vor 1/210 Uhr abends nicht stattfinden. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist man allgemein für eine Erledigung der Angelegenheit in der heutigen Abendigung. Daß es zu einer Auflösung des Landtages kommen wird, von der vielfach gesprochen wurde, glaubt man jedoch nicht, da die parlamentarische Zeit und die notwendigen Wahlen in der jetzigen unruhigen Zeit eine wenig günstige Beurteilung finden würden.

Münchens vorläufige Antwort.

München, 31. Oktober. Die vorläufige Antwort, die Dr. von Preger am Mittwoch in Berlin übermitteln wird, kann immerhin als Vertreter des Unterhandlungsweges aufgefaßt werden. In der Hauptsache wird die Antwort in Rückfragen bestehen, u. a. aber auch die entschiedene Verneinung der bayrischen Regierung gegen den Vorwurf des Verfassungsbruchs enthalten und die Feststellung, daß nach bayrischer Anschauung eine Regelung der Personalfrage unter Opferung des Generals von Loffow nicht in Betracht kommen kann.

Der Münchener Ministerrat.

München, 30. Oktober. Der bayrische Ministerrat war heute zur Beratung der durch die Berliner Note geschaffenen Lage bis gegen 1 Uhr versammelt. Diesmal nahmen der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr und der General von Loffow nicht teil. Zu endgültigen Beschlüssen ist es nicht gekommen, doch wird Herr von Preger in Berlin mitteilen können, daß der Wille der Reichsregierung zu Verhandlungen auf Entgegenkommen rechnen darf. Eine authentische Mitteilung über die Sitzung wird vor Mittwoch wohl kaum bekannt werden.

Die Demokraten gegen Bayern.

Berlin, 31. Oktober. Der demokratische Fraktionsvorsitzende kam gestern zu dem Entschluß, eine Abordnung zum Reichskanzler zu entsenden und ihn aufzufordern, die Autorität des Reiches gegen Bayern durchzusetzen. Es ist nicht unmöglich, daß die Reichsregierung Bayern direkt vor die Frage stellen wird, ob es die Reichsverfassung einhalten wolle. Wenn nicht, würde die Reichsregierung Bayern als außerhalb des Reiches stehend betrachten und danach behandeln, in erster Linie die Löhnung der Reichswehr sperren.

Die bayrische Sozialdemokratie für das Reich.

Nürnberg, 30. Oktober. In Nürnberg fand unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Timm-München eine Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Bayerns statt, die das

Ergebnis ihrer Beratungen zur Lage im Reich in einer Entschlußfassung zusammenfaßt, in der es heißt: In Zeiten großer außenpolitischer Bedrängnis droht der Einheit des Reiches schwerste Gefahr. Die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände wird dadurch hinreichend charakterisiert, daß die bayrische Regierung die Gehorsamsverweigerung eines hohen Reichswehroffiziers gebilligt und ausdrücklich gedeckt hat und daß ihr Generallandschaftskommissar unter Ausschaltung der verfassungsmäßigen Zustände der bayrischen Staatsregierung erklärt hat, er verhandle mit der Reichsregierung nicht. Die bisher von dem Generallandschaftskommissar eingeschlagene Politik beweist, daß der Kampf Bayerns sich ausschließlich gegen die richtet, die mit allen ihren Handlungen darum, daß sie treu und ohne Vorbehalt zur Verfassung des Reiches und Landes stehen. Unerbittert und zu allen weiteren Opfern bereit steht auch heute die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum Reich. Sie erwartet aber auch auf das Bestimmteste, daß nunmehr die verantwortlichen Reichsstellen ihrer Verpflichtung nachkommen, Führer von Reichsverfassung und Reichseinheit durch die Tat zu sein. In einer weiteren Entscheidung wurde das Vorgehen der Pfälzer Genossen verurteilt, da der Weg zur verfassungsmäßigen Selbständigkeit vor allem in der Verfassung genau vorgeschrieben sei. Die Landeskonferenz lehnt die Verantwortung für die von den Pfälzer Sozialisten verfolgte Politik ab.

Die Separatisten im Rheinland.

Mainz, 30. Oktober. Gestern abend ist das Kreisamt Worms von den Separatisten besetzt worden. Der Kreisdirektor wurde für abgesetzt erklärt. Die Arbeiterchaft hat daraufhin sofort die Arbeit niedergelegt. Nur in lebenswichtigen Betrieben wird weitergearbeitet, damit die Franzosen keinen Anlaß zum Einschreiten haben. — In einer Mainzer Druckerei, die hauptsächlich städtisches Notgeld herstellte, beschlagnahmten gestern die Separatisten eine größere Summe Geldes. Auf Einspruch der deutschen Behörde bei den Franzosen erklärten diese, daß die Separatisten die provisorische Regierung in den Händen hätten und infolgedessen zur Beschlagnahme des Geldes berechtigt gewesen seien. — In Wiesbaden besetzte gestern eine Kompanie französischer Soldaten das Finanzamt und hielten die rheinische Flagge.

Koblenz, 30. Oktober. Das Oberpräsidium Koblenz ist seit gestern von Separatisten frei. Drei neue Beamte des Oberpräsidiums sind trotzdem wieder von den Franzosen ausgewiesen worden. Die Interalliierte Rheinlandkommission erklärte, daß sie die provisorische Regierung nicht anerkannt habe. Gestern haben die Separatisten ein Verbot sämtlicher Zeitungen erlassen, das kurze Zeit darauf wieder von den Franzosen aufgehoben worden ist. Das Betreten der Straßen von 7 Uhr abends bis 3 Uhr morgens ist verboten.

Eine Botschaft des Rheinlandverrätters Dorten an alle Welt.

Paris, 30. Oktober. Der rheinische Separatistenführer Dr. Dorten hat eine Botschaft an alle Nationen der Welt gerichtet, in der er erklärt, die rheinische Republik erkenne an, daß der Weltkrieg durch Preußen entfesselt worden sei (!), und erklärt sich bereit, ihren Anteil an den Reparationen zu zahlen. Die rheinische Bevölkerung appelliere an alle Nationen, insbesondere an diejenigen, die besonders unter den Folgen des Weltkrieges litten, mit denen sie ehrlich und vorbehaltlos ihre Bemühungen vereinen wolle, um eine neue Ära des Friedens und der Eintracht für ganz Europa herbeizuführen.

Die Reparationskommission verlagert ohne Prüfung der deutschen Note.

Berlin, 31. Oktober. Die Reparationskommission ist gestern nachmittag unter dem Vorsitz Barthous zusammengetreten. Sie hat keinerlei Beschluß gefaßt. Nicht einmal die deutsche Note wurde geprüft in der Absicht, jede Untersuchung zu verlagern, die eventuell mit der dem geplanten Sachverständigenausschuß anzuvertrauenden Untersuchung zusammenfallen würde. Die Reparationskommission hat ihre Beratungen ohne bestimmten Zeitpunkt bis nach dem Ausgange der zwischen den verschiedenen Regierungen schwebenden Besprechungen, die auf die Ernennung des Sachverständigenausschusses hinauslaufen, hinausgeschoben.

Die interalliierte Militärkontrolle.

Paris, 31. Oktober. Die Botschafterkonferenz will in einer Note an die Reichsregierung die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle fordern.

Die Sitzung des Fraktionsvorsitzenden der SPD.

Berlin, 31. Oktober. Der Vorwärts teilt mit: Angefaßt der Vorgänge in Sachsen haben die sozialdemokratischen Reichsminister dem Vorstand der Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszuweichen. Der Fraktionsvorsitzende hat in seiner Sitzung vom Dienstag die Minister ermahnt, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlassen, die Mittwoch nachmittag um 1/2 Uhr zusammentritt. Für die Vertagung des endgültigen Beschlusses war u. a. auch der Umstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Regierungsfrage in Sachsen, über die am Dienstag in Dresden verhandelt wurde, abgewartet werden sollte. Eine ultimativ formulierte Forderung der SPD, bis Dienstag abend 6 Uhr eine Antwort auf die Frage zu erteilen, ob man bereit sei, sofort mit ihr eine Einheitsfront zu bilden, wurde in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts abgelehnt. Zu den in dem Schreiben der SPD aufgestellten Einzelforderungen nimmt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion selbständige sachliche Stellung.

Die Sozialdemokraten vor der Entscheidung: Opposition oder Koalition.

Berlin, 30. Oktober. Der Vorstand der B.S.P.D.-Reichstagsfraktion trat heute vormittag im Reichstage zusammen. Man rechnet damit, daß die Besprechungen mehrere Stunden dauern werden. Dann sollen sich Vertreter des Vorstandes zum Reichspräsidenten begeben, um ihm die Ergebnisse ihrer Beratungen mitzuteilen. Die Beschlüsse, die der Vorstand fassen wird, werden von entscheidender Bedeutung für den Weiterbestand der Koalition sein. Die letzte Entscheidung freilich, ob die sozialdemokratischen Reichsminister ihre Ämter niederlegen oder beibehalten werden, liegt bei der Fraktion, die morgen zusammentritt.

SPD. und RPD.

Berlin, 30. Oktober. Die Zentrale der kommunistischen Partei hat sich an die Bundesvorstände der Gewerkschaften und die Parteileitung der SPD gewandt und darum gebeten, schleunigst in Verhandlung über ein Zusammengehen beider Parteien zur Abwehr gegen die Absicht der sächsischen Regierung einzutreten. Die kommunistische Partei hat um Antwort bis Dienstag mittag gebeten. Beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sind im Laufe des Montags Delegationen jüdischer kommunistischer Vertreter aus Berlin und dem Reich erschienen, um den ADGB zu veranlassen, durch schärfste gewerkschaftliche Mittel die Wiederherstellung der bisherigen sächsischen Regierung zu erzwingen. Die Leiter des ADGB erklärten den Delegationen, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für politische Fragen nicht zuständig sei. Ein Streik oder Generalstreik käme nur als letztes Mittel in Betracht und auch dann erst, wenn die Haltung der Sozialdemokratischen Partei entschieden sei. Solange die sozialdemokratischen Minister noch im Kabinett säßen, würde sich der

generalkreis letzten Endes nur gegen die SPD. selbst richten. Gleichzeitig hat gestern in Berlin der erweiterte Bezirksvorstand der SPD. unter seinem neuen Vorsitzenden, Abgeordneten Künzler, getagt und einstimmig das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen verurteilt.

Erparnismaßnahmen zur Bilanzierung des Haushalts.

28. Berlin, 30. Oktober. Angesichts der Notwendigkeit, den Haushaltsplan des Deutschen Reiches einschließlich der Länder und Gemeinden in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, beschloß die Reichsregierung nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag tief eingreifende Erparnismaßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft, denen andere folgen sollen. Da das Reich die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen des Versailler Vertrages ergebenden Lasten nicht mehr tragen kann, werden solche Lieferungen seit dem 1. August nicht mehr abgefordert. Nun mußte auch die Zahlung der Entschädigungen aus den Abbruchschädigungs-Richtlinien vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden. Weitere Zahlungseinsparnungen lassen sich nicht vermeiden. Bei der Neuordnung der Liquidationsausgleichsschäden, die die Auslandsdeutschen und die Deutschen aus den abgetretenen Gebieten trifft, fällt die Beihilfe des Reiches für Valutaschulden völlig weg. Die Stammschuldung wird auf 2 v. T. des Vorkriegsniveaus in Gold festgelegt. Dazu tritt ein Entwertungszuschuß in Höhe von 3 v. T. Die Belastung des Reiches verringert sich hierdurch auf etwa 1/4 der bisher geschätzten Summe. Soweit Gegenstände anfänglich des Vertrages von Versailles enteignet wurden, die nicht unter das Reichsentlastungsgesetz fallen, ist die Ausschüttung der Entschädigungszahlungen angeordnet.

Das Streben, mit dem kostspieligen Abwicklungsapparat Schluss zu machen, hat die Reichsregierung veranlaßt, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Heeres- und Marineetat in einem beschleunigten Verwaltungsverfahren abgeklärt sind. Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz bemessener Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch die Beamtenabbauperordnung genau geregelt. Es sollen nur die aus zwingenden dienstlichen Gründen unentbehrlichen Kräfte beibehalten werden. Die Ausdehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Die Reichsregierung wird in der Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten fortfahren. In der Umgestaltung des Steuerwesens wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Bewertung der Vermögen soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten. Auf diesem Wege werden wir das Ziel der Bilanzierung des Haushaltes zu erreichen suchen, das den Beginn der Gesundung der Finanzen bedeutet. Jede endgültige Lösung freilich hängt davon ab, daß endlich die außenpolitischen Fragen in einer für Deutschland tragbaren Weise erledigt werden.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages.

Berlin, 30. Oktober. Der Vorkreisrat des Reichstages trat heute zusammen, um sich über den Termin der Einberufung des Plenums schlüssig zu werden. Es wurde beschlossen, daß die Sitzung für den Freitag einberufen werden soll, wenn der Reichstagskanzler bereit sei, an diesem Tage sich an einer politischen Aussprache zu beteiligen. Falls der Reichstagskanzler erst für den Dienstag nächster Woche wünscht, soll dieser Termin bestimmt werden. Das letztere ist wahrscheinlich. Nebenfalls soll in der ersten Sitzung die allgemeine politische Aussprache stattfinden, während die Beratung des Arbeitszeitgesetzes für eine spätere Sitzung vorbehalten bleibt.

Zeitungsverbot des Wehrkreiskommandos 2.

Stettin, 30. Oktober. Das Wehrkreiskommando 2 Stettin hat von rechtsstehenden Zeitungen die „Staraarder Zeitung“ und die „Lauenburger Zeitung“, von linksstehenden den sozialdemokratischen „Hinterwälder“, verboten.

Starker Abbau der behördlichen Kohlenverteilung.

Berlin, 31. Oktober. Der Reichswirtschaftsminister hat nach Anhörung der Länder den Abbauplan des Reichskohlenkommissars nunmehr zugestimmt. In Fortfall kommen: 1. die Kohlenkarten. Die Meldungen für den Monat November sind noch zu erwarten. Für den Monat Dezember ist die Meldebefugnis nur noch in einfacher Ausfertigung an die zuständige

Kohlenwirtschafts- oder Darbestohlenstelle einzuliefern. Mit Ablauf des Jahres kommt die Meldebefugnis völlig in Fortfall.
 2. der Reichshaushaltsbezugsbchein.
 3. die Einzelbewirtschaftung. Der Reichskohlenkommissar wird sich in Zukunft im wesentlichen darauf beschränken, in dringenden Fällen Ausschüsse zu veranlassen.
 4. die amtliche Verteilungsstelle und der weitaus größte Teil der Organisation des Reichskohlenkommissars selbst.
 Zu den Aufgaben, die der Reichskohlenkommissar bis auf weiteres noch beibehalten wird, gehören die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Brennstoffen, die Fürsorge für die Kohlenversorgung der Eisenbahnen, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und sonstiger Einzelwerke von besonderem öffentlichen Interesse sowie, um erforderlichenfalls wieder regelnd eingreifen zu können, eine allgemeine Beobachtung der Hausbrandverlorgung. In Verbindung hiermit wird er auch weiterhin je nach der erzielten Produktionsleistung die Brennstoffmengen zu regeln haben, die sich die gemischten Werke (Hüttenzechen) aus ihren eigenen Zechen zuführen. Der Abbau der Kohlenwirtschaftsstellen und Landeskohlenstellen, die eine Einrichtung der Länder darstellen, und der von den Kommunalverwaltungen eingeleiteten Orts- und Kreisstellen ist Aufgabe der Länder oder Kommunalverwaltungen, die zum Teil bereits ihre Absicht des abschließenden völligen Abbaues ausgesprochen haben.

Dollar 72 Milliarden.

Amtliche Anzeigen.

Fortsetzung der ersten Seite.

Zweiter Nachtrag zur Stempelordnung vom 6. Mai 1922.

(Veröffentlicht am 31. Oktober 1923.)

Senat und Bürgerschaft haben das folgende Gesetz beschlossen:

I. Der durch den Nachtrag vom 28. März 1923 zur Stempelordnung vom 6. Mai 1922 eingeführte Stempeltarif wird aufgehoben.

II. An Stelle des durch den Nachtrag vom 28. März 1923 mit Wirkung vom 1. April 1923 eingeführten Stempeltarifs tritt der durch die Stempelordnung vom 28. März 1917 beigefügte Stempeltarif mit der Maßgabe, daß dieser auf der Grundlage der Goldmark aufgebaut anzusehen ist, daß jedoch die festen Sätze nur in Höhe von zwei Dritteln zu erheben sind.

Die Art der Umrechnung der Goldmark in Papiermark bestimmt der Senat.

III. Der wieder eingeführte Stempeltarif vom 28. März 1917 wird in nachstehenden Punkten geändert:

1. Die Befreiungsvorschrift 1 zu Nr. 28 erhält folgende Fassung:

„1. die Geschäfte, die nach Teil III des Kapitalverkehrssteuergesetzes vom 8. April 1922 der Börsenumsatzsteuer unterliegen oder von ihr befreit sind.“

2. Die durch den Stempelartikel vom 6. Mai 1922 aufgehobene Nr. 41 des Tarifs gilt als weggefallen.

3. Die Befreiungsvorschrift b zu Nr. 48 erhält folgende Fassung:

„d. die in § 84 des Kapitalverkehrssteuergesetzes vom 8. April 1922 bezeichneten Urkunden.“

IV. Die Stempelordnung vom 6. Mai 1922 bleibt mit den durch den Nachtrag vom 28. März 1923 eingeführten Änderungen unter I. 1 und 2 im übrigen in Geltung, wird jedoch in nachstehenden Punkten geändert:

1. der § 14 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Wer der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelabgabe nicht nachkommt, hat eine Geldstrafe bis zum

Mäßen Beträge der hinterzogenen Stempelabgabe verurteilt, mindestens aber 3 Goldmark. Kann der Betrag der hinterzogenen Stempelabgabe nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe bis zu 300 Goldmark ein. Es gibt sich aus den Umständen, daß eine Stempelhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt war, so tritt die im § 15 vorgesehene Ordnungstrafe ein.“

Im § 14 Absatz 2 werden die Worte „zwei Wochen“ durch die Worte „einem Monat“ ersetzt.

2. Im § 15 werden die Worte „M. 500“ ersetzt durch „300 Goldmark“.

3. Im § 21 Absatz 1 werden die Worte „M. 30“ durch die Worte „1/10 Goldmark“ ersetzt.

4. Im § 22 Absatz 3 (irtümlich 4) werden die Worte „M. 30“ durch die Worte „1/2 Goldmark“ ersetzt.

V. Inwieweit die Anwendung des auf der Grundlage der Goldmark aufgearbeiteten Stempeltarifs vom 28. März 1917 bei einzelnen Nummern zu offensichtlich günstigen Härten führt, ist die Finanzbehörde ermächtigt, die Beträge herabzusetzen.

VI. Dieser Nachtrag tritt am 1. November 1923 in Kraft; zugleich wird der Nachtrag vom 28. März 1923 unter I, 3, 4 und 5 und II aufgehoben.

Alle vor dem 1. November 1923 errichteten Urkunden unterliegen den bisherigen Bestimmungen.

Auf Verfügungen von Todeswegen, die nach dem 31. Oktober 1923 eröffnet werden, finden die Vorschriften dieses Nachtrages auch Anwendung, wenn die Verfügungen vor seinem Inkrafttreten errichtet worden sind.

Auf die Stempelabgabe wird die bereits entrichtete, in Goldmark umzurechnende Abgabe angerechnet.

Veröffentlicht Lübeck, auf Beschluß des Senates vom 31. Oktober 1923.

(7977) Der Senat.

Ausführungsverordnung zu dem Gesetz, betreffend Fahrzeugsteuer, vom 10. Oktober 1923.

(Veröffentlicht am 31. Oktober 1923.)

Auf Grund des § 9 des Gesetzes, betreffend Fahrzeugsteuer, vom 10. Oktober 1923 verordnet der Senat das Folgende:

Falls die Steuer nicht in Goldmark bezahlt wird, hat die Umrechnung in Papiermark am Zahlungstage nach dem vom Reich täglich festgelegten Goldumrechnungssatze zu erfolgen.

Die zu zahlenden Beträge sind in Papiermark auf volle 100 Millionen nach unten abzurunden.

Veröffentlicht Lübeck, auf Beschluß des Senates, vom 31. 10. 23. (7978) Der Senat.

Ausführungsverordnung zu dem zweiten Nachtrag vom 31. Oktober 1923 zur Stempelordnung vom 6. Mai 1922.

(Veröffentlicht am 31. Oktober 1923.)

Auf Grund des zweiten Nachtrages vom 31. Oktober d. Js. zur Stempelordnung vom 6. Mai 1922 unter II verordnet der Senat das Folgende:

Falls der Stempel nicht in Goldmark bezahlt wird, hat die Umrechnung in Papiermark am Zahlungstage nach dem vom Reich täglich festgelegten Goldumrechnungssatze zu erfolgen.

Die zu zahlenden Beträge sind in Papiermark auf volle 100 Millionen nach unten abzurunden.

Veröffentlicht Lübeck, auf Beschluß des Senates, vom 31. Oktober 1923. (7979) Der Senat.

Druck: Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Zum 1. November: Zeitungs-Austrägerin für Seeretz

bei gutem Gehalt gesucht. Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote“

Zu melden bei: (7653) Richard Sell, Seeretz, Schwarzl. Str. 37

Für die Aufmerksamkeit zu unserer liebsten Hochzeit danken herzlich August Wegner und Frau. (7972)

Launige 1 Zennner Gattin gegen Babywische oder Lächer. Ang. unt. G 421 an die Exped. d. Bl. (7980)

Junges Ehepaar sucht 1-2 leere Zimmer mit Kochgelegenheit. Miete kann auch in Naturalien bezahlt werden. Ang. unt. G 419 an die Exped. d. Bl. (7985)

Antoni v. Gold- und Silber-Druck. Gebisse, einz. Zähne. Willi Westfeling [32] Holstenstr. [32]

Nach ohne Summi geg. Milchzige, Blockwagen oder Herd zu vertauschen. Ang. unt. G 420 an die Exped. d. Bl. (7987)

Steppdecken (auch Neubeziehen). Spemann, Breite Str. 31. (7910)

Prima Kernleder-Sohlen.

26 Beckergrube 26. (7829)

Die Gastrechnungen sind zu hoch!

Was ist zu tun? Die Anschaffung des Sparkochers „Küchenice“ hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Er spart Geld und Zeit. Kaufenslohe, unzerbrechliche, leicht zu reinigen. Christianus & Co., Maschinenfabrik, Lübeck, Marktstr. 55. (7988)

Landrätenliste für den Landesteil Lübeck. Der Vorstand der Kasinofürsorgevereinigung hat uns mitgeteilt, daß Mitglieder unserer Kasse nur gegen Barzahlung behandelt werden. (7985) Unsere Mitglieder werden gebeten, sich die vorausgelegten Beträge von der Kasse erstatten zu lassen. Auswärtige Mitglieder werden gebeten, die quittierten Arztrechnungen durch die Post einzuliefern. Die Portoauslagen werden erstattet. Gleichzeitig teilen wir den Arbeitgebern mit, daß wir weiterhin bereit sind, fällige Beiträge direkt von der Bank anzufordern, wenn die betreffenden Arbeitgeber sich verpflichten, für ausreichende Deckung Sorge zu tragen zu wollen. Wir bitten um Einsendung einer entsprechenden Erklärung. Gutin, den 30. Oktober 1923. Der Vorstand.

alt Eisen, Dampfmaschinen, Dampf- u. Schmiedereisen, Späne, Schmelz- Gusbruch. alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Eisen, Späne. Leon Lissianski, Kanalstr. 21, Obertrave 19. Grobhandel. Fernspr. 876. Grobhandel. 7061

Der Neue Weltkalender von 1924. Grundpreis 30 Pf. Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannstraße 46.

Visitenkarten werden in modernster Ausführung angefertigt bei Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. e. G. m. b. H. Am Donnerstag, dem 1. November 1923, bleiben unsere Warenabgabestellen am Vormittag wegen Inventur geschlossen. Geschäftsanteil: Wir bitten alle Mitglieder, die dazu in der Lage sind, die als Vorauszahlung von uns geforderten 5 Milliarden Mark umgehend einzuzahlen. (7960) Der Vorstand.

Beitragsmarken für Vereine und Gewerkschaften fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Felle - Haare (7987) taufen höchstzahlend Gebr. Wagner, Fell-Spezialgeschäft Danforthgrube 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen Gemeinnütz. Arbeitsgenossenschaft Lübeck eingetr. Genossenschaft m. b. H. Außerord. General-Versammlung am Donnerstag, dem 1. November 1923 abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Statutenänderung §§ 38 und 37. (Erhöhung des Geschäftsanteils und Ermächtigung des Vorstandes auf Aufsichtsrat.) Der Aufsichtsrat. J. A. R. 6 Uhr, Vorsitzender. (7962)

Holzarbeiter-Verband. (7969) Verammlung am Donnerstag, 1. Nov. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Ortsverwaltung.

Sanjo-Theater. Heute (7976) Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Auf vielseitigen Wunsch Der Fähr von Rappenheim. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Die schöne Kivalin. Operette in 3 Akten von Linde. Stadttheater Lübeck. Donnerstag, 7,30 Uhr: Die tote Stadt. (7969) Freitag, 7,30 Uhr: Die Propheeten. Nachmittags von 3-6 Uhr: Einführung der Abon-Karten für die 2. Serie an der Theaterkasse.

Trocadero. Schlüsselbuch. A. F. 787 Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Stimmungskonzerte. (7968)

Nachrichtenblatt

der freien und Hansestadt Lübeck

Herausgegeben vom Nachrichtenamt Lübeck,
Verantwortlicher Leiter: Dr. Rudolf Stücken.

Nummer 6.

Donnerstag, 1. November 1923.

1. Jahrgang.

Amthliche Anzeigen.

Das Gesetz- u. Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 81 vom 1. November 1923 enthält:

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge. — Bekanntmachung, betreffend Erhöhung der Gewerbesteuer. — Zweiter Nachtrag zur Stempelordnung vom 6. Mai 1922. — Ausführungsverordnung zu dem zweiten Nachtrag vom 31. Oktober 1923 zur Stempelordnung vom 6. Mai 1922. — Nachtrag zum Fahrzeugsteuergesetz vom 10. Oktober 1923. — Ausführungsverordnung zu dem Gesetz vom 10. Oktober 1923, betreffend Fahrzeugsteuer. — Achter Nachtrag zur Bauordnung für das Lübeckische Staatsgebiet vom 19. Februar 1919. — Dritter Nachtrag zu dem Ruhelohngesetz für die Lübeckischen Staats- und Gemeindearbeiter vom 23. November 1921. (7998)

Die Sätze der Mehrlohnordnung der Schornsteinfeger sind vom 28. Oktober ab mit 70 600 zu vervielfältigen. (7999)
Lübeck, den 31. Oktober 1923. Das Polizeiamt.

Umsatzsteuer.

Es wird darauf hingewiesen, daß Steuerpflichtige, deren Umsatz im Jahre 1922 über 1/2 Millionen Mark betrug, monatliche Voranmeldungen und Abschlagszahlungen, und alle Steuerpflichtige mit einem geringeren Umsatz vierteljährliche Voranmeldungen und Abschlagszahlungen zu leisten haben. Diese Verpflichtungen sind bei Vermeidung einer Aufwertung innerhalb der ersten Woche des folgenden Kalendermonats zu erfüllen. Die Voranmeldungen und Abschlagszahlungen haben alle in dem abgelaufenen Zeitabschnitt vereinnahmten Entgelte, insbesondere auch den Wert der aus dem Vertriebe zum Eigenverbrauch entnommenen Gegenstände, voll und endgültig zu umfassen. Das Verschweigen von Beträgen bedeutet eine Steuerhinterziehung und wird als solche bestraft. (7990)

Lübeck, den 1. November 1923. Das Finanzamt.

Nachzahlung für Kleingärten.

Die am 1. November fällige Nachzahlung ist ungehäumt an die be-
kannnten Vertrauensmänner zu entrichten. (7987)
Lübeck, 31. Oktober 1923.

Die Finanzbehörde, Abteilung für Stadtgüter.

Frau Marie Born geb. Kleinfeldt, Lübeck, vertreten durch
Rechtsanwalt Dr. Fock, Lübeck, ladet den Arbeiter Ferdinand
Karl Born, z. Zt. unbekanntem Aufenthaltsort, zur Eidesleistung,
gemäß Urteil vom 5. 6. 23 und Verhandlung vor Landgericht,
Zivilkammer III, Lübeck, zum Termin am 18. Dezbr. 1923, mor-
gens 10 Uhr, mit Aufforderung, einen bei diesem Gericht zuge-
lassenen Rechtsanwalt zu seinem Vertreter zu bestellen. (7988)
Lübeck, 26. 10. 23. Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Die wirtschaftliche Stellung Lübecks.

Wir wollen hier nicht von der augenblicklichen Lage sprechen, wie sie in der Erwerbslosenziffer und der Störung von Handel und Verkehr zum Ausdruck kommt. Man möchte sonst allzusehr schwarz in schwarz malen. Wir wollen vielmehr die Entwicklung einer etwas längeren Periode betrachten, wo die wirtschaftliche Krise, die heute Deutschland durchschüttelt, nicht so wirksam war. Vielleicht kann uns diese Entwicklung doch einiges sagen, was wir erhoffen dürfen oder wo anzupacken ist.

Wer am Hafen zu tun hat, weiß, daß es mit dem Verkehr schon seit langem nicht so aussieht, wie wir wohl wünschen möchten. Aller Propaganda der einzelnen Speditoren und der Gesamtheit der Verkehrsinteressenten zum Trotz hat der Verkehr den Umfang der Vorkriegszeit lange nicht wieder erreicht. Wenn man dann daran denkt, daß Hamburg bereits wieder einen größeren Verkehr hat als in der Vorkriegszeit, dann kann man sich nicht um die Schlussfolgerung herumdrücken, daß der Lübecker Hafen zurückgegangen ist. Wo ist der Verkehr denn geblieben? Zunächst muß man dann einmal feststellen, daß der Verkehr zwischen Deutschland und den nordischen Ländern, d. h. mit dem Gebiet, auf das der Lübecker Hafen angewiesen ist, überhaupt zurückgegangen ist. Deutschland ist weder für Fleisch, Butter und Käse — Dänemarks Hauptexportartikel — noch für Holz, das aus allen andern Ostseeländern in Massen ausgeführt wird, noch besonders aufnahmefähig. Andererseits kann Deutschland nicht mehr wie vor dem Kriege Nahrungsmittel exportieren, da uns große Produktionsgebiete genommen sind und der industrielle Westen nicht mehr in gleichem Maße wie früher mit ausländischen Nahrungsmitteln versorgt werden kann, sondern wegen der Valutaentwicklung in erhöhtem Maße auf die deutschen Erzeugnisse angewiesen ist. Der Rückgang des Gesamtverkehrs zwischen Deutschland und den nordischen Ländern, woran wir hier in Lübeck wenig ändern können, muß selbstverständlich den Lübecker Verkehr beeinflussen. Aber damit ist noch nicht alles erklärt, wir müssen uns darüber klar sein, daß auch ein Teil unseres früheren Verkehrs heute über andere deutsche Häfen geht. Infolge Wegfalls der Seehafenausnahmetarife

können viele Massengüter, die nach dem industriellen Westen bestimmt sind, oder von dort kommen, heute billiger über nähergelegene Häfen transportiert werden, d. h. vor allem über Emden. Die Seehafenausnahmetarife sind verboten durch den Verfall der Verträge, unsere Gegner wollten durch dieses Verbot die Stellung der belgischen Häfen gegenüber Emden, Bremen und Hamburg stärken. Weiterhin ist für Lübeck ein Konkurrent entstanden, der früher für uns lange nicht dieselbe Bedeutung hatte, nämlich Hamburg; man redet in Lübeck noch zuviel von der Konkurrenz Stettins oder Riels und vergißt darüber den einen größten und gefährlichsten Konkurrenten. Man hat in Hamburg früher weniger Gewicht auf den Verkehr nach den Ostseeländern gelegt, aber nach dem Kriege hat man sich in Hamburg mit aller Macht darauf geworfen, die Zahl der Schiffe für diesen Verkehr enorm vermehrt und alle technischen Einrichtungen aufs beste dafür ausgebildet. Als erstes sind die Ueberseegüter, welche mit Dampfern nach Hamburg kommen und früher vielfach mit der Bahn nach Lübeck und von hier zu Schiff nach den nordischen Ländern gingen, fast restlos auf den Weg Hamburg—Kaiser-Wilhelm-Kanal—Ostseeländer umgelenkt. Aber außerdem zieht Hamburg in wachsendem Maße Güter aus Mittel- und Westdeutschland an sich heran und damit von Lübeck weg. Lübeck ist zumeist durch einen längeren Bahnweg gegenüber Hamburg im Nachteil, und dieser Nachteil läßt sich durch den kürzeren Seeweg nach den nordischen Ländern nicht ausgleichen. Es hängt deshalb für den Lübecker Seeverkehr alles davon ab, ob es sich ermöglichen läßt, die Mehrkosten des Bahnweges durch billigeren Umschlag in Lübeck wieder herauszuholen. Gelingt das nicht, dann werden auf die Dauer auch die guten Lübecker Beziehungen zu den nordischen Ländern den Verkehr nicht festhalten können. Selbstverständlich werden dadurch die Reebereien nicht ihrer Aufgabe entzogen, durch möglichst niedrige Frachtraten ihrerseits den Weg über Lübeck nach besten Kräften zu verbilligen. Jedenfalls wird es deutlich, daß die Lage für den Lübecker Hafenverkehr sehr ernst ist, und man muß sich fragen, wie lange man noch vor einschneidenden Reformen zurücktreten darf. Man muß allen, die mit dem Hafenverkehr zu tun haben, den Namen Hamburg als den Namen unseres großen Konkurrenten immer wieder vor Augen führen.

Günstiger sieht es aus bezüglich der Entwicklung der Industrie. Die Zahl der Betriebe und die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat nach dem Kriege ganz erheblich zugenommen. Die Lübecker Industrie hat an Vielseitigkeit erheblich gewonnen. Die Industrie hat es auch verstanden, sich auf das Auslandsgeschäft in großem Umfang umzustellen, als der Absatz im Inland schlechter wurde. Die vor dem Kriege geschaffenen Industriegelände haben sich als eine glänzende Vorsorge erwiesen, sie geben die Grundlage ab für die Neugründungen und Betriebserweiterungen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Trotzdem im allgemeinen die Lübecker Industrie eine gesunde Basis hat, war es natürlich unausbleiblich, daß sie mit hineingezogen wurde in die schwere Krise, welche mit dem Zusammenbruch unserer Währung im Sommer dieses Jahres einsetzte. Erste Besorgnis erregt immer wieder die Krise der Wertindustrie, deren Beschäftigung durch die ausländische Konkurrenz fortläufig in Frage gestellt wird. Wir haben schon in einem früheren Aufsatz ausgeführt, in welcher Weise die Zerrüttung der Währung das Wirtschaftsleben unterhöhlte. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es der in Fluß befindlichen Währungsreform gelingen wird, wieder einigermaßen Grundlagen für die Weiterarbeit zu schaffen, und daß der Beschäftigungsgrad erheblich besser werden wird, wenn erst das Ruhrgebiet im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft wieder als Produktionsfaktor in Erscheinung treten kann. — Lübeck ist zur Industriestadt geworden in den letzten Jahren. Durch die Industrie ist das Leben Lübecks in die Weltwirtschaft einbezogen fast in noch empfindlicherer Weise als durch den Verkehr. Schwer leidet Lübeck unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen, welche die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt schwächen. Aber das Ringen um Neubelebung der industriellen Arbeit ist nicht ausbleibend, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben lassen, wenn auch die gegenwärtige Erdoesselung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien sich nicht allein gegen das Ruhrgebiet selbst, sondern gegen die ganze deutsche Industrie richtet.

trages nicht übersteigen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen diesen Beitrag je zur Hälfte. Beiträge sind als Zuschläge zu den Krankentafelbeiträgen nur mit diesen zu entrichten und müssen von den Krankentafeln unverzüglich an die Verwaltungsgemeinden des öffentlichen Arbeitsnachweises, in deren Bezirk sie ihren Sitz haben, abgeführt werden. Für den Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises den Höchstbeitrag mit 20 v. H. der Krankentafelbeiträge festgesetzt. Sämtliche Krankentafeln, also die Ortskrankentafel wie auch die Eriskrankentafeln müssen von Montag, den 5. November 1923 ab zu ihren Beiträgen 20 v. H. für die Erwerbslosenfürsorge erheben und die Einnahme innerhalb dreier Tage nach Eingang an die hiesige Stadtkasse abführen. Beispiel: Bei der Annahme eines Krankentafelbeitrages von 600 Millionen Mark würde sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer folgende Verteilung ergeben: Der Arbeitgeberanteil an diesem Krankentafelbeitrag beträgt ein Drittel, also 200 Millionen Mark, der Arbeitnehmeranteil zwei Drittel, also 400 Millionen Mark. Zu dem Beitrag von 600 Millionen Mark kommen 20 v. H., also 120 Millionen Mark. Hier von tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte mit 60 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Gesamtbeitrag des Arbeitgebers von 260 Millionen Mark und des Arbeitnehmers von 460 Millionen Mark.

Beilegung des Streikes im Metallgewerbe. Am gestrigen Abend ist in einer Versammlung der Betriebsräte der Abbruch des Streikes in der Gruppe 3 beschlossen, da nach Lage der Dinge ein Erfolg für die Arbeitnehmer nicht mehr zu erwarten war. Die Arbeitgeber beistanden auf ihrem Angebot eines Spitzlohns von 40 Pfa. für Ledige und 42 Pfa. für Verheiratete; andererseits wurden Zugeständnisse der Arbeitgeber in Einzelpunkten sowie die Zusage erzielt, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen.

Feuer in der Sandsteinfabrik von Gwerz in Siems. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr brach in der Sandsteinfabrik von Gwerz u. Sohn in Siems ein Feuer aus, das glücklicherweise noch im Entstehen gelöscht werden konnte. Infolge Ueberhitzung der Trockenöfen geriet deren Schalung in Brand und drohte, für die ganze Anlage verhängnisvoll zu werden. In kurzer Zeit war aber die von den industriellen Werken begründete Feuerwehr in Tätigkeit und wurde bald Herr der Lage. Die von Lübeck zur Hilfe gekommene Wehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Neuer Regimentskommandeur in Lübeck. Oberst Stolz, Kommandeur des 6. Infanterie-Regiments, scheidet mit dem 31. Oktober unter Verleihung des Charakters als Generalmajor aus dem Heeresdienst aus. An seiner Stelle ist Oberst von dem Hagen, Kommandant des Truppenübungsplatzes Altengrabow, mit dem 1. November zum Kommandeur des Regiments ernannt. Bis zu seinem Eintreffen führt die Geschäfte als Standortältester Oberstleutnant Dammann.

Die Stundenlöhne im Baugewerbe vom 25. bis 31. Oktober sind für das Vertragsgebiet Lübeck wie folgt berechnet:
Maurer . . . pr. Stunde 10 470 Mill.
Hilfsarbeiter " " 9 800
Tiefbauarbeiter " " 9 240

Wetterbericht. Molln, 31. Oktbr. 4. Novbr.: Nachmittags mild, sonnig bis heiter, schwache östliche Winde, trocken. Nachtfrost. 5. Novbr.: Fortdauer der trockenen Witterung. 6. Novbr.: Wilder, zunehmend bewölkt, starke aufsteigende SO.-Winde, tags noch meist trocken. Später im W. und N. Regenfälle. 7. Novbr.: Mild, trübe, starke bis stürmische S.- und SW.-Winde; Küstengebiet voller Sturm, ausgebehtete, ergiebige Regenfälle. 8. Novbr.: Meist bedeckt, mild, SW.- bis W.-Sturm, öftere, ergiebige Regenfälle. Stellenweise Gewitter. 9. Novbr.: Kälter, unbeständig, starkwolkig, böige, starke, im Ostseeländengebiet noch stürmische NW.- bis NO.-Winde, Regen, Graupel- und Schneeböden. Nachtfrost. 10. Novbr.: Kalt, teilweise aufklarend, abflauende NW.- bis N.-Winde, meist trocken. Nachts und vormittags Frost.

Stadtheater. Freitag, 7.30 Uhr: Erste Wiederholung von Hanns Johst's Schauspiel: „Propheten“. Sonnabend, 7.30 Uhr, für die Volksbühne: „Tiefland“. Sonntag vorm. 11 Uhr: Öffentliche Hauptprobe zum Sinfoniekonzert. Solistin: Hedwig Fackelbender, Zürich (Violine). Nachmittags 3 Uhr: Vorstellung der Niederdeutschen Bühne: „Frühjahrsstrom“. Spät in 3 Akten von Paul Schurek. Abends 7.30 Uhr: „Die schöne Galathee“, „Brüderlein fein“. Hierauf: Ungarische Tänze Nr. 5 und 6.

Beendigung des Erscheinens des Nachrichtenblattes. Da der Lübecker Volksbote von morgen ab wieder erscheint, stellt das Nachrichtenblatt bestimmungsgemäß sein Erscheinen ein.

Die städtischen Betriebe.

Die außerordentliche große Notlage der Gas- und Wasserwerke, hervorgerufen durch die katastrophale Geldentwertung der letzten Monate, gab Veranlassung, daß die Leiter der bedeutendsten Werke von Schleswig-Holstein, Hannover, dem Hansestädten und eines Teiles von Westfalen am Montag, dem 29. 10. zu einer Aussprache zusammentraten.

Als grundsätzliche Frage wurde darüber in Beratung eingetreten, ob es richtig sei, schon in nächster Zeit zu Goldpreisen überzugehen. Soviel Bestimmendes die Festsetzung in Goldpreisen an sich auch hat, so drang doch einstimmig die Ansicht durch, daß im Augenblicke es verfrüht sei, Goldmarkpreise von den Abnehmern zu fordern, da weitaus der größte Teil der Abnehmer den Entgelt für seine Leistungen auch heute noch nicht in Goldmark erhält. Man war der Ansicht, daß ein solches Vorgehen von den Abnehmern nicht verstanden werden würde, da sie ja zum größten Teil eben nicht in der Lage wären, selbst Goldmark zu empfangen. Des Weiteren war man sich auch darüber klar, daß es im Augenblick gar nicht so einfach ist, die Goldpreise festzusetzen, die heute notwendig sind, um bei den gegenüber der Vorkriegszeit veränderten Verhältnissen die Einnahme zu erzielen, welche für den Bestand der Werke notwendig ist. Es wurde daher bis auf

Aus der Stadt.

Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Von der Arbeitsbehörde wird uns geschrieben, daß am 1. November die Verordnung für die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge in Kraft tritt. Die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlich sind, werden durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch Zuschüsse der Gemeinden aufgebracht. Für Bezirke mit ungewöhnlich großer Arbeitslosigkeit können das Reich und die Länder zeitweise die erforderlichen Beihilfen. Beitragspflichtig sind die Arbeitnehmer, die auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankentafel für den Fall der Krankheit pflichtverpflichtet sind, und ihre Arbeitgeber. Die Beiträge müssen vier Fünftel des notwendigen Aufwandes der Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises decken. Sie dürfen jedoch 20 v. H. des Krankentafelbeit-

Weitere beschließen, an der Papiermarkierung festzuhalten. Die wirtschaftliche Lage der Werke mußte allgemein als äußerst gefährdet und bedroht bezeichnet werden. Während die Ausgaben wie bekannt zum weitaus größten Teil in Goldmark bezahlt werden müssen und die Goldmarkpreise das 2,2 bis 2,6fache des Friedenspreises betragen, haben die Gaspreise durchweg nur ganz unwesentlich sich über den Friedenspreis in Goldmark umgerechnet erhöht. Dazu kommt, daß das eingehende Papiergeld garnicht schnell genug heute in einer festen Währung angelegt werden kann. Bei dem Laufe des Geldes vom Abnehmer zur Kasse und von der Kasse zur Bank sind in den letzten Monaten Entwertungen der Art eingetreten, daß den Werken nur ein Bruchteil ihres Friedenspreises verblieb. Es muß erhofft werden, daß nach dieser Richtung durch Einbringung von Goldkonten bei Banken und Instituten den Werken Gelegenheit gegeben wird, in besserer Weise als bisher sich gegen diese Entwertung wehren zu können. Sollte das auch in der Zukunft nicht möglich sein, so sind die Ansichten, wie die Werke ohne große Zuschüsse durch den Winter kommen können, außerordentlich bedrohlich.

Es wurde mit Dankbarkeit davon Kenntnis genommen, daß durch Gesetze und Verordnungen im Monat Oktober die Reichsregierung sich bemüht hat, die in ihrem Bestehen so sehr gefährdeten und für die Bevölkerung so notwendigen Werke zu schützen. Vor allem wurde es dankbar begrüßt, daß durch Gesetzesentwurf reiflos der Streit geklärt ist, daß die Werke mit rückwirkender Kraft ihre Preise festlegen dürfen und daß bei hundertmaligen Entwertung des Geldes beansprucht werden kann sowie des Weileren Zahlungsunwilligen im Interesse der Allgemeinheit die Lieferung eingestellt werden darf.

Sorgfältige Berechnungen der verschiedenen Werte in den verschiedenen Gebieten ergaben die Feststellung, daß die Friedenspreise um ein Mehrfaches erhöht werden müssen, falls die Werke wieder annähernd wirtschaftlich den Zustand erreichen wollen, der vor dem Kriege bestand. Man war sich aber darüber klar, daß bei der Notlage der Allgemeinheit dieses Ziel in nächster Zeit nicht erreichbar sein wird, sondern daß man sich in der nächsten Zeit noch damit begnügen muß, nur diejenigen Preise zu nehmen, die notwendig sind, um den glatten Zusammenbruch zu vermeiden.

Festgestellt wurde, daß der Rückgang des Konsums zweifellos auf die Verarmung der Abnehmerkreise zurückgeführt werden muß, daß allerdings auch eine Reihe von Abnehmern geblieben habe und vielleicht jetzt noch glauben wird, mit den letzten Brennstoffen der Kohle, sich günstiger als beim Gasbezug zu stellen. Die Ungläubigen sind allerdings meist noch ganz kurzer Versuchzeit, wenn sie nämlich gezwungen waren ihre Brennstoffvorräte zu ergänzen, reuevoll zu den Werken als Abnehmer zurückgekehrt, da sie nämlich am eigenen Leibe das feststellen mußten, was der Gasfachmann stets behauptet, daß gerade in der heutigen Zeit das Gas, trotz seiner scheinbar hohen Preise, der billigste Brennstoff ist, der zurzeit zu erlangen ist; auch Brennholz und Grube sind von einem größeren Kreis schon längst wieder verlassen worden. Immerhin trägt die Einschränkung aus der Not die Verminderung des Abzuges bedeutet, nicht dazu bei, die Selbstkosten zu verringern.

Der Gutscheimerkauf ist nunmehr fast in allen Städten eingeführt oder es ist Zwischenzahlung, ein ähnliches Aufschubmittel, gewährt. Mit Ausnahme von Lübeck werden jedoch die Gutscheime wohl durchweg nur für die Dauer eines Monats ausgegeben. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die wirtschaftliche Notlage der Werke geradezu eine bedrohliche geworden ist und daß leider im Augenblick Wege, die diese Gefahr reiflos abweilen, noch nicht zu finden sind.

Aus dem Reich. Regierungskrise.

Die Auffassung des Sozialdemokratischen Kammerdienstes. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor wenigen Wochen beschloß, sich trotz der Brüstungen der Deutschen Volkspartei erneut an der Bildung der großen Koalition zu beteiligen, war der Gedanke ausschlaggebend, durch unsere Vertretung im Kabinett der Arbeitererschaft und der Republik einen Dienst zu erweisen. Diese Auffassung war durch die damals drohenden Gefahren wohl begründet. Inzwischen aber haben sich Ereignisse abgepielt, die selbst den eifrigsten Verfechter des Gedankens der großen Koalition nicht mehr in dem Glauben leben lassen, daß unsere Beteiligung an der Reichsregierung für die Zukunft noch einen positiven Zweck hat, solange die Gefahr besteht, daß Herr

Stresemann sich statt als Chef eines Koalitionskabinetts weiterhin als unumschränkter Diktator Deutschlands fühlt. Als solcher ist er in den letzten Wochen, unterstützt von einem Teil der bürgerlichen Minister, aufgetreten. Gegen den Willen der sozialdemokratischen Vertreter in der Reichsregierung wurde über die Hälfte der deutschen Reichswehr nach Sachsen verlegt. Soweit militärische Hilfe in einzelnen sächsischen Gebietsteilen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig war, erfolgte selbstverständlich unsere Zustimmung. Dessen braucht sich kein Sozialdemokrat zu schämen. Wir sind immer für die Einsetzung der staatlichen Machtmittel eingetreten, wenn das zur Sicherung geordneter und ruhiger Verhältnisse, die gerade zum Wiederaufbau eines zerrütteten Staates notwendig sind, erforderlich war. Aber was Herr Stresemann gegenüber Sachsen getrieben hat, läuft insolge der Entsendung vollkommen überflüssiger Truppenteile auf eine Vergeudung von Staatsgeldern hinaus, und das gleiche trifft zu auf das Verhalten des Reiches gegenüber Bayern, dessen Regierung für den offensichtlichen Verfassungsbruch heute noch vom Reich die Unterhaltungskosten für eine meuternde Reichswehr erhält. Diese unterschiedliche Behandlung zweier Länder erreichte gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Minister ihren Höhepunkt mit der geradezu leichtfertigen Amtsenthebung des Kabinetts Zeigner. Unter Anwendung von Gewalt wurden die sächsischen Minister am Montag ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt, während Bayern noch heute mit Geduld und viel Liebe behandelt wird. Diese Ungerechtheit, die als solche inzwischen selbst von dem Vater der Reichsverfassung, dem ehemaligen Reichsminister Dr. Preuß, festgestellt werden mußte, kann sich die Sozialdemokratie als Regierungspartei nicht länger gefallen lassen, wenn sie nicht das Recht vertritt, noch länger als selbständige Partei zu gelten. Als größte Fraktion des Reichstages muß sie deshalb ihr ferneres Verbleiben an dem Kabinett Stresemann von Bedingungen abhängig machen. Das ist notwendig im Interesse der Arbeitererschaft und des Reiches. Denn die Politik des Reichstanzlers in den letzten Wochen war gegen den Bestand der deutschen Republik und damit gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtet. Eigentümlich hätte die Sozialdemokratie trotz der von Stresemann gegebenen und von uns geforderten Genugtuung genügend Anlaß gehabt, sofort aus der Regierungskoalition auszutreten. Wenn das nicht geschah, dann lediglich aus Liebe zum Reich und aus Tatkraft. Erst am Dienstag ist in Dresden unter Beihilfe der demokratischen Landtagsfraktion die Neubildung eines rein sozialistischen Ministeriums erfolgt. Die Sozialdemokratie hätte den Demokraten gegenüber genau so treulos gehandelt, wie es der Reichstanzler und die Kommunisten uns gegenüber getan haben. Wenn sie 24 Stunden später ihren Dank durch den sofortigen Austritt aus der Regierungskoalition im Reich erklärt haben würde. Denn darüber müssen sich auch unsere Genossen im Lande klar sein, daß die Demission unserer Reichsminister vielleicht schon in aller Kürze die Wenderung der in den einzelnen Ländern bestehenden Regierungsverhältnisse nach sich zieht. Das dürfte auch auf Sachsen zutreffen und müßte die sächsischen Demokraten tatlich gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien in eine ganz unergiebige Lage bringen.

Der Sozialdemokratie liegt nichts ferner als das und es bleibt schließlich Sache der Demokraten, uns hierbei zu unterstützen. Das dürfte keine allzu schwere Aufgabe sein, denn die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den weiteren Verbleib in der Koalition des Reiches geknüpften Bedingungen sind zum Teil auch von den Demokraten mit Entschiedenheit vertreten worden. Auch sie treten neuerdings für die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes ein und haben insbesondere vom Reichstanzler ebenso wie wir mit aller Energie die Wahrung der Staatsautorität gegenüber Bayern verlangt. Und das mit gutem Recht! Kein Mensch wird heute noch bestreiten können, daß der militärische Ausnahmezustand gegenwärtig nur noch ein Machtmittel in der Hand der Militärs ist, die sich seiner nicht immer korrekt zu bedienen wissen. Die Vorgänge in Sachsen und die erblindeten Verbothe sozialdemokratischer Zeitungen liefern dafür den besten Beweis. Durch diese Taktik kann man eine Stärkung der Staatsautorität nicht erzielen, sondern im Gegenteil innerhalb der Arbeitererschaft den Willen zur Staatsbejahung nur vernichten. Damit erweist sich der militärische Ausnahmezustand in

Verständlich lediglich noch als Faktor, der neue Anreize in unser Volk zu bringen vermag. Aber ganz abgesehen davon dürfte auch Herr Stresemann selbst nicht mehr wissen, welchen Grund zu der Befehlsgewalt der Militärs heute noch besteht. Sie wurde veranlaßt aus Anlaß der Vorgänge in Bayern, ohne jedoch ihre Wirkung getan zu haben. Damit wurde der militärische Ausnahmezustand von selbst überflüssig. Ein Ausnahmerecht zur Verschleierung der falschen Militärpolitik des Herrn Geiler, deren Früchte sich jetzt scheinbar katastrophal bemerkbar machen, brauchen wir nicht!

Auch die unbedingt notwendige Auseinandersetzung mit der bayerischen Regierung ist ohne ausdrückliche Befehlsgewalt der Militärs durchaus möglich. Aus bestimmten Gründen denken wir nicht daran, einen militärischen Machtkampf gegen Bayern zu führen. Wirtschaftliche Maßnahmen dürften vollkommen genügen, die bayerische Regierung wieder zur Vernunft zu bringen. Es bleibt nur die Frage, ob sich die bürgerliche Ministermehrheit des Reicheskabinetts dieser Meinung jetzt endlich auch anschließt. Sie hat inzwischen von Bayern einen neuen Korb erhalten und es wäre eigentlich konsequent, jetzt auch innerhalb 12 Stunden zu handeln, wie es geschehen ist, als die sächsische Regierung in durch aus verständlicher Weise das mahnsinnige Ultimatum des Herrn Stresemann ablehnte. Aber wir glauben, daß es der Reichskanzler jetzt nicht so eilig hat mit der Ernennung des Reichskommissars, die im Falle Sachsen erfolgte, ohne daß überhaupt der Reichspräsident dem Chef des Koalitionskabinetts die Vollmacht dazu gegeben hatte. Aus dieser Ueberzeugung heraus ist die Forderung der Sozialdemokratie entstanden. Sie ist dem Reich schon deshalb dienlich, weil das Ausland nur zu einem Reich Vertrauen haben kann, dessen Staatsautorität in jeder Beziehung gewahrt wird. Ohne Vertrauen bei den ausländischen Mächten werden wir nie zu Waren- und Finanzkrediten kommen, die zum Wiederaufbau unseres Staatsweins unbedingt notwendig sind. Nichts mehr und nichts weniger will die Sozialdemokratie durch ihre Forderung an die Reichsregierung auf ein entscheidendes Vorgehen gegen ein Kabinett des Verfassungsbruches erreichen.

Es liegt selbstverständlich bei der bürgerlichen Mehrheit des Reichskabinetts, unsere Forderungen abzulehnen oder anzunehmen. Herr Stresemann aber sollte sich dessen bewußt sein, daß unsere Wünsche nur im Interesse der Bevölkerung und zum Nutzen der Reichseinheit gestellt wurden und er vor dem In- und Auslande ins Unrecht gesetzt wird, wenn sie von ihm und seinen Ministern abgelehnt werden. Sollte das der Fall sein, dann fällt die ganze Verantwortung für die Entwicklung der Zukunft allein auf ihn. Mit Schreckgespenstern kann man die Sozialdemokratie nicht von der Durchführung ihrer Forderungen abhalten. Wir sind uns vollkommen klar darüber, was kommen wird, wenn der Austritt unserer Minister aus der Regierung erfolgt. Aber wir ziehen einen Kampf gegen uns selbst mit diktatorischen Mitteln der Gewalt einer bewußten Zermürbung unserer Partei durch den Chef einer Regierung vor, dem Minister der Sozialdemokratie angehören. Darauf sind wir im Eventualfall gefaßt, dafür sind wir gerüstet!

Unnachgiebige Haltung der bayerischen Regierung.
München, 31. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: Der bayerische Ministerrat hat sich gestern mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Fragen beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr wieder herzustellen. Die bayerische Staatsregierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen dem Reich und Bayern als Treuhänderin des deutschen Volkes verpflichtet. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt. Der dadurch geschaffene Zustand ist also verfassungsmäßig. Die Veranlassung dazu bildete das unerlässliche Eingreifen in die bayerischen Hoheitsrechte. Es hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern aufgerollt. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um die Sicherheit dafür zu schaffen, daß Konflikte zwischen dem Reich und den Ländern in der Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das wichtige Leben

Lübecker Kunstfragen.

Von Fritz Schumacher, Köln.

Für einen Menschen, dem es Beruf ist, im ständigen Kampf mit den Erscheinungen und Strebungen einer Willenskräftig schwellenden und zugleich fieberhaft erregten Großstadt zu leben, gibt es keine lebenswürdigeren Entspannung, als sich plötzlich umfassen zu sehen von einer Welt, deren jedem harmonischen Gefüge die Erwartungen des Tages scheinbar kaum etwas anhaben können.

Solch ein Gefühl hat man, wenn man, aus geschicklichem Arbeitsfreie entronnen, in Lübeck anfährt. Wo gibt es heute eine lebensvolle Stadt, die sich ein gleichsam sofort vibrierendes Gesamtweien bewahrt hat, wie dieser hoch im Alter demüthigte, als klar umrissenes Gebilde. Ist sie sich mit weithin wirkender Silhouette in die Landschaft. Die Struktur ihres häußlichen Charakters beherrschend als etwas halb Erkennbares beruhigend ihren ganzen Geist. Wirklich aber als alles andere in vielerlei Hinsicht: der Ausklang der Stadt in die Landschaft ist nicht graumantelhaft überall trübend sich müde des Zusammenhangs mit Dorf und Jung, mit Wald und Feld.

Wer mit anderen Städten zu tun hat, empfindet das alles als eine Segnung eigener Art und mit heftiger Aufmerksamkeit ist er aus nach dem künftigen Leben, das eine so hervorragende Stelle im einzelnen erfüllt. Selbst man sich darüber ein Bild zu machen, so wird man wohl auf die zahlreichen Spuren haben, die von pietätvoller Pflege des Alten zeugen. Die Lübecker Kirchen, angefüllt mit Statuen, Mägen und Erinnerungsgedächtnis, gleichen gut gepflegten Heimatsstätten. Dieses Bild von der reichen Kultur der Stadt wird vervollständigt durch den alten Alsterbau von St. Annen, dessen Räume durch Carl Schöler feinstänig zu einem Museum von inwändigem Reiz hergerichtet sind. Das Schölerhaus ergänzt den Ueberblick der bürgerlichen Kultur, die hier entwickelt wird. Es sieht kaum eine andere Stadt, die die Danksamer ihres einzigen Lebens so im alten ursprünglichen Rahmen zu zeigen vermag wie Lübeck.

Dazu kann die Vermittlung zweier Pläne das Bild der Lübecker Kunstkultur in einer Weise abrunden, die nicht leicht zu überbieten ist. Es handelt sich um den Plan hinter dem der neue Direktor des Lübecker Museums, Dr. Carl Georg Heise, jetzt ein Gastigehaus aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts und ein Gotteshaus aus späterer Zeit, das Kulturbau nicht mehr dient. Leberstern Menschen Kunstwerke dieser Art zu machen. Damit würde die charakteristische Linie des Lübecker Kunstweins eine unmittelbare Fortsetzung finden: in feinsten ererbten Räumen, nicht in problematischen Vorposten mit es einseitig. Aber diesmal geht das Ziel über die häußliche Schau hinaus und läßt den Zusammenhang mit den Lebensströmen der Gegenwart. Das Behnliche Haus, ein Bau, der ebenso vornehm wie heiter die Lebenspunkte des parisiischen Großkaufmanns widerspiegelt, soll in seinen Räumen die einschneidende Entwicklung der Malerei von der Klassik bis in unsere Zeit im Stil einer gewählten Privatgalerie zur Veranschaulichung bringen, und hoffentlich gelingt der Plan, im Garten einen schönsten Saalbau neu anzufügen, in dem man es wagen kann, die wertvollsten unter den neuesten Regungen der Zeit als unmittelbare Fortsetzung in Regelfausstellungen zur Schau zu stellen, die in den Charakter der alten Räume nicht passen würden.

Würde man hier den breiten Strom des Kunstmollens der Zeit in hagerer Ausmaß beobachten können, so würde der Hallenraum der Kardarinenträge besonders erlebten Fortführungen gelegentlich Art vorbehalten bleiben, die eine größere Feierlichkeit des Reimens tragen. Solche Möglichkeiten können einer Stadt innere Antriebe geben, die weit über das hinausgehen, was sie sonst im Kunstleben der Zeit zu ernten vermöchte.

Alles ist in Lübeck bereit, um diese ungewöhnliche Günst der Verhältnisse festzuhalten. Nur ist hier wie überall die Gefahr, daß der schwere Druck der Zeit die Energie hemmt, die noch nötig ist, um die letzten Schritte zu tun. Deshalb ist es vielleicht nicht ganz überflüssig, wenn ein Kupferstempel aus unmittelbarem Eindruck heraus kundgibt, wie ungewöhnlich glücklich ihm eine Stadt zu sein scheint, die diese Möglichkeiten ergreifen kann und wirklich reiflich ergreift. Könnte sie leben, wie andere Städte sich auf diesem Gebiet sorgen und plagen müssen, um mit unerhörten Opfern aus nicht annähernd Vergleichbares zu erreichen, so würde sich ganz von selber zum heimtückischen Stolz, eine starke Verdächtigkeiten stellen.

Solche Verdächtigkeiten darf sich niemand durch die Meinungs-kämpfe verschleiern lassen, die nun einmal unausweichlich an alle harten Augenblicke des zeitgenössischen Kunstmollens anzuknüpfen müssen. Selbst derjenige, den ein Kaufmann zur Gegenseite aufweist, hat unermesslich größeren Gewinn davon, als von den Werken, die nur das heftigen, was man ohne großen seelischen Aufwand von selbst bekommen ist. Es wäre traurig, um die Kunst unserer Zeit handelt, wenn sie nichts davon unberücksichtigt, daß die fremden Leidenschaften menschlichen Weisens aufgewühlt sind. Es sei Leidenschaften sprengt stets gegebene Formen, aber es ist immer ein Gewinn, ihr zu begegnen, selbst wenn sie viele, hat mitzureichen, zum Widerstand reißt. Viellicht wird eine Stadt, die sich so leidenschaftlich mit einem Kunstwerk beschäftigt hat wie Lübeck jüngst mit dem Kraxler von Gies, das noch einmal anzusehen, ähnlich wie wir es alle, wenn wir in die häußliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte blicken, bei anderen vielumstürzten Anlässen nachträglich deutlich feststellen vermögen. Aber es ist nicht die Absicht dieser Zeilen, in diese noch glim-

menden Gluten zu greifen, sie möchten vielmehr, daß man hinter den Dingen des Tages die Dinge in der Kunstentwicklung einer unserer wertvollsten deutschen Städte recht deutlich sieht, die weit über die Frage des Tages hinaus entscheidend sind.

Lübeck hat zurzeit die Möglichkeit, sich ein lebendiges Instrument künstlerischen Lebens verhältnismäßig mühelos zu verschaffen, das ebenso reizvoll wie ungewöhnlich ist. Wohl der Stadt, daß sie das erkannt hat.

Die Ursache der Schwüle. Prof. Otto Kestner teilt aus dem physiologischen Institut der Universität Hamburg in der „Klinischen Wochenschrift“ Untersuchungen und Beobachtungen mit, die eine ganz neue und überzeugende Erklärung für unsere eigentümlichen, unbegreiflichen Empfindungen bei Schwüle, bei herrschendem Föhn und im Strohsturz geben. Man hatte bisher angenommen, daß das Gefühl der Schwüle dadurch zustande komme, daß bei hoher Temperatur und gleichzeitig hohem Feuchtigkeitgehalt der uns umgebenden Luft die Wasserabgabe durch die Haut und dadurch die Entwärmung des Körpers gehemmt oder wenigstens erschwert sei. Kestner hat bei seinen Untersuchungen gefunden, daß die von einer Bogentampe abgegebene Luft den arteriellen Blutdruck bei Menschen erniedrigt. Als den so wirkenden Bestandteil dieser Luft hat er das in ihr nachgewiesene Stidoxydul erkannt. Auch alle anderen Lichtquellen, die ultraviolette Strahlen ausstrahlen, erzeugen in ihrer Umgebung dieses Gas. In den weiteren Beobachtungen fand Kestner, daß an schwülen Tagen der Blutdruck ebenfalls erheblich erniedrigt ist. Er vernahmte nun, daß an solchen Tagen die Luftströmung von oben nach unten geht und dabei einen den Blutdruck herabsetzenden Bestandteil aus den oberen Luftschichten mit herabzieht, wo er durch die Strahlung in jenen Schichten der Atmosphäre entsteht. Dieser Bestandteil der Luft konnte nur wiederum Stidoxydul sein. Es hat sich nun herausgestellt, daß an Tagen, an welchen die Deutsche Seewarte für Hamburg einen Fallwind, eine abwärts wehende Luftströmung, einen „Föhn aus freier Atmosphäre“ registriert hatte, in Hamburg Schwüle herrschte, und bei den Versuchs-Personen der Blutdruck um 20 Millimeter der Quecksilbersäule und mehr unter die sonst gefundene Höhe gesunken war. Und nur an diesen Tagen fand Kestner auch das Stidoxydul in der Luft. Dabei betrug die relative Feuchtigkeit der Luft nur 31 bis 33 Prozent. Daß das Stidoxydul in der Luft bisher übersehen worden war, erklärt Kestner aus der Schmierigkeit seines Nachweises. Das Gefühl der Schwüle tritt demnach bei Fallwinden auf. Fallwinde sind trockene Winde mit niedriger relativer Feuchtigkeit. Sie führen aber Stidoxydul mit sich, das in den Strahlungen in den oberen Luftschichten der Atmosphäre entsteht und das als die Ursache des Sinkens des Blutdrucks, des körperlichen Unbehagens und mancher seelischen Verirrungen bei herrschendem Föhn aus der Schwüle anzusehen ist.

des Reiches und der Länder erfüllt haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Verringerung im Oberbefehl des bayerischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Die Fassung der der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt weiteren Beratungen vorbehalten.

Die Einberufung des bayerischen Landtages.

München, 31. Oktober. Am Sonnabend tritt der Plenarsitzung des Landtages zusammen, um sich mit der Frage zu beschäftigen, ob und wann der bayerische Landtag einberufen werden soll.

Dr. von Preger beim Reichskanzler.

Berlin, 31. Oktober. Der bayerische Gesandte in Berlin Dr. von Preger, der heute vormittag aus München zurückgekehrt ist, wo er den Beratungen des bayerischen Ministerrats beigewohnt hatte, hat heute mittag um 12 Uhr den Reichskanzler aufgesucht und ihm die Auffassung des bayerischen Kabinetts über den Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung mitgeteilt.

Thüringen verlangt Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Nordbayern.

Weimar, 31. Oktober. Die thüringische Regierung hat heute an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern telegraphiert und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Nordbayern gefordert.

Bayrische Judenaustreibung.

Die Ausweisungssaktion der Juden aus München nimmt ihren Fortgang. Sie ist sogar verschärft, wie aus folgender Anordnung der Polizeidirektion hervorgeht, die einem Teil der Ausgewiesenen zugestellt worden ist:

„Nr. 2a, Polizeidirektion München. Herrn betreffs Wegweisung. Es ist Ihnen hiermit eröffnet, daß es unterliegt ist, aus Ihrem Geschäft Waren, Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen etc. oder andere Gegenstände fortzubringen oder fortzuschaffen zu lassen. Ihr Betrieb muß in vollem Umfang weitergeführt werden und Sie werden aufgefordert, einen Betriebsleiter für Ihr Geschäft zu bestellen und den Namen des Betriebsleiters der Polizeidirektion sofort anzuzeigen. Im Falle der Weigerung wird der Betriebsleiter durch die Polizeidirektion bestellt. In diesem Falle erfolgt die Weiterführung des Geschäftes oder Betriebes und dessen Veräußerung — unbeschadet der Rechte Dritter, die vor der Zulassung dieser Anordnung entstanden sind — zugunsten der bayrischen Staatskasse. Falls der gegen die Ausweisung eingelegte Beschwerde stattgegeben wird, ist vorstehende Anordnung hinfällig. Der Polizeipräsident, gez. Mantel.“

Das Stimmverhältnis bei der Wahl Feilisch.

Dresden, 31. Oktober. Die Zettelwahl im Landtage ergab bei einer Anwesenheit von 72 Abgeordneten, von denen sich 64 an der Wahl beteiligten, 46 Stimmen für den Abgeordneten Feilisch (Soz.), 18 für den Volksparteiler Dr. Kaiser.

Die Sozialdemokratie zur Lage.

Berlin, 31. Oktober. Die Fraktionsbesprechung der Sozialdemokratie dauerte bis gegen 8 Uhr abends. Mit großer Mehrheit wurde folgende Entschließung angenommen:

Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur bleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayrischen Machthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. — Reichswehrhilfe ist nur auf Anordnung des Inhabers der Zivilgewalt anzuwenden. — Neuerdings in die Reichswehr eingetretene Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Dabei sollen auch die beiden folgenden Fragen mit zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden:

1. Die Gewährung wertbeständiger Löhne ist schleunigst zu regeln.
2. Die Landwirte sind zur Lieferung von Nahrungsmitteln zu zwingen. Die offen zutage tretende Sabotage des Landwirts und der Landwirte sei zu bekämpfen.

Die Verhandlungen des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes mit dem Reichskanzler sollen noch am Mittwoch abend bezw. am Donnerstag vormittag stattfinden. Am Donnerstag nachmittag um 1 Uhr tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut zusammen, um den Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler entgegenzunehmen.

Demokraten zur Lage.

Berlin, 31. Oktober. Im Reichstag tagten heute nur wenige Fraktionen. Der Vorstand der demokratischen Fraktion beschäftigte sich eingehend mit der politischen Lage. Man hielt allgemein die sächsische Streitfrage für gelöst und glaubt, daß die Tätigkeit des Reichskommissars ihr Ende gefunden habe, weil die Bedingungen, die der Reichskanzler gestellt hatte, nämlich das Ausscheiden des bisherigen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler und der kommunistischen Minister, erfüllt worden seien. Der Konflikt mit Bayern müsse nun ebenfalls zu einer schnellen Lösung gebracht werden. Ein Nachgeben von Seiten des Reiches dürfe nicht stattfinden. Die bayrische Regierung werde nun endlich eine klare Stellung einnehmen und Farbe bekennen müssen. Die demokratische Fraktion des Reichstages tritt am Freitag zu einer Sitzung zusammen.

Belgische Zustimmung zum Sachverständigenkomitee.

Brüssel, 31. Oktober. Der belgische Ministerrat hat gestern beschlossen, nachdem Großbritannien den Ausweg über den Sachverständigenausschuß gewiesen habe, diesen auch anzunehmen und der Berufung einer internationalen Sachverständigenkommission zuzustimmen. Man berichtete dieses Ergebnis sofort nach Paris. Da kam vom Quai d'Orsay die Antwort, daß die belgische Regierung derartige Beschlüsse nicht zu fassen habe, ohne sich vorher mit Paris verständigt zu haben. Japans soll darauf erwidert haben, daß die belgische Regierung sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten müsse und keine Kontrolle über ihre auswärtige Politik annehmen könne. Darauf habe der französische Premierminister geantwortet, er sei mit dem belgischen Vorschlage einverstanden. Infolgedessen müsse die Angelegenheit als beigelegt betrachtet werden.

Amerika Vorsitzender im Prüfungsausschuß.

London, 31. Oktober. Lord Curzon hat gestern dem amerikanischen Botschafter mitgeteilt, daß die Alliierten einstimmig die Vereinigten Staaten ersuchen werden, den Vorsitz in dem Sachverständigenausschuß über die deutsche Leistungsfähigkeit zu übernehmen. Da Präsident Coolidge gestern erklärte, daß Frankreichs Vorschläge keine Ablehnung der amerikanischen Bedingungen darstellen, wird von englischer Seite vor dem Zusammentritt der Kommission, wie die „Times“ behaupten, kein diplomatischer Versuch mehr unternommen, Poincare zur Änderung seiner Vorbehalte zu veranlassen.

Wie der „B. J. a. M.“ aus Paris gemeldet wird, wird dem Vernehmen nach der für Deutschland zusammenberufene Prüfungsausschuß zunächst in Paris und dann in Berlin zusammentreten.

Englische Protestnote an Paris und Brüssel.

London, 31. Oktober. Die Londoner Regierung hat ihre Vertreter in Brüssel und Paris beauftragt, die französische und belgische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie die separatistische Bewegung eines Dornes und Matthes für völlig ungeheuerlich halte und daß sie unter keinen Umständen zugeben werde, daß die Bewegung auf die britische Zone und auf Köln ausgedehnt werde.

Die belgische Arbeiterpartei gegen die französische Gewaltpolitik.

Brüssel, 31. Oktober. Der Generalkongress der belgischen Arbeiterpartei hat gestern einstimmig folgende Entschließung angenommen: Der Generalkongress der belgischen Arbeiterpartei verlangt, daß unverzüglich eine Untersuchung über die Methoden der belgischen Militärbehörden im Rheinland eingeleitet wird, und protestiert gegen jede Einmischung der belgischen Armee in die inneren Angelegenheiten des Reiches. Im Hinblick auf die Reparationen stellte der Generalkongress fest, daß der Zerfall Deutschlands nur noch die Schwierigkeiten, die das Reparationsproblem umgeben, vermehren würde. Die Sitzung wurde mit einer freundlichen Resolution an die Adresse der deutschen Arbeiter aufgehoben.

Das Vorkommen der Franzosen mit den Separatisten.

Mainz, 31. Oktober. Die Neutralität der französischen Besatzungsbehörden zeigt sich von Tag zu Tag in immer zweifelhafterem Licht. Sämtliche Plakate und Anschläge der Stadtbehörde sind von heute ab unter Vorzensur gestellt. Diese Maßnahme erfolgte als Antwort auf die Veröffentlichung eines Plakates, in dem das von den Separatisten gestohlene Geld vom Oberbürgermeister als ungültig erklärt wurde. Weiterhin konnte man das traurige Schauspiel sehen, daß die französischen Militärpolizisten eine von den Gewerkschaften ersichene Aufklärung und den Anschlag des Oberbürgermeisters wieder von den Anschlagäulen entfernen mußten, während die unruhigsten und unwahren Aufrufe der Separatisten ruhig weiter prangen dürfen. Der Skandal wird aber dadurch vollendet, daß die Presse von Besatzungsbehörden gezwungen wird, Erlasse eines Dr. Roth als „Provinzialdirektor der Rheinischen Republik“ zu veröffentlichen.

Deutsche Beschwerde über die Haltung der belgischen Truppen im besetzten Gebiet. Dr. Ködiger bei Japser.

Brüssel, 31. Oktober. Dr. Ködiger, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, sprach beim belgischen Außenminister Japser vor und beschwerte sich über die Haltung der belgischen Truppen im besetzten Gebiet. Japser antwortete, daß die belgischen Truppen Instruktionen hätten, sich neutral zu verhalten. Wenn die Dinge wirklich vorgekommen seien, die der deutsche Geschäftsträger schilderte, so seien sie gegen die Instruktionen. Er versprach, eine sofortige Lösung in die Wege zu leiten.

Die berüchtigte Kontrollkommission taucht wieder auf.

Paris, 31. Oktober. Die Botschafterkonferenz hat im Verlaufe einer gestrigen Sitzung beschloffen, an Deutschland erneut die Aufforderung zu richten, der Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommission keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Außerdem beschäftigte sie sich mit der Frage der Offiziersgehälter der Kontrollkommissionen und kam zu dem Schluss, daß die Gehälter nicht in Uebereinstimmung mit der gegenwärtigen Lebensmittelpreissteigerung stehen. Es ist zu erwarten, daß auch in dieser Frage an das Berliner Kabinett die Aufforderung ergeht, nachträglich Zulagen an die Mitglieder der Kommission zu bewilligen.

Das englische Kohlenkreditabkommen abgeschlossen.

London, 31. Oktober. Die Handelsleute der englischen Blätter melden, daß das Kohlenabkommen, das die Berliner Großbanken zur Deckung des Bedarfs der Reichseisenbahnen in London abgeschlossen haben, endgültig zustande gekommen sei. Die Verhandlungen, die auf englischer Seite Mac Kenna führte, ergaben, daß ein Syndikat gegen Garantien der Berliner Großbanken für die Kohlenbeschaffung der Reichsbahnen in England einen Kredit von 3 Millionen Pfund Sterling vorläufig auf 6 Monate einzuräumen einverstanden ist.

Vom Hamburger wertbeständigen Geld.

Wie wir hören, wird es leider nicht, wie in Aussicht genommen, möglich sein, schon in dieser Woche an die Beamten, Angestellten und Arbeiter des hamburgischen Staates den Betrag von vier Goldmark als Teil ihrer Bezüge auszuzahlen. Die Herstellung der erforderlichen Berechnungsanweisungen und Marken in der erforderlichen Menge wird erst im Laufe dieser Woche möglich sein. Ueber die Abgabe von wertbeständigen Geldzeichen an Unternehmungen, die nicht im Besitze von Devisen sind, fehlen noch die erforderlichen Bestimmungen der Finanz-Deputation. Anträge dieser Art sind daher zunächst zwecklos.

Die Berechnungsmarken aus Aluminium im Werte von 2, 3 und 10 Goldpfennig werden durch die hamburgische Münze hergestellt. Sie zeigen auf der Avers-Seite in großen Ziffern den Berechnungswert, allerdings ohne Hinzufügung der Bezeichnung „Goldpfennig“, da dies einer Anweisung des Finanzministeriums widersprechen würde. Die Umschrift lautet: „Berechnungsmark der Hamburgischen Bank von 1923“. Der Revers trägt das hamburgische Staatswappen und als Umschrift die Worte: „Geprägt mit Genehmigung des hamburgischen Senats.“ Um zu verhindern, daß die Berechnungsanweisungen und Marken, die lediglich zur Verwendung bei Gehalts- und Lohnzahlungen bestimmt sind, als wertbeständige Anlage gehandelt werden, sind entsprechende Vorschriften und Kontrollmaßnahmen zu erwarten. (Hamb. Fremdenblatt.)

Annahme von Goldanleihestücken bei Steuerzahlungen.

Berlin, 31. Oktober. Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzbehörden angewiesen, Stücke der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) und die für sie ausgegebenen Zwischenscheine an Zahlungsmittel bei Steuerzahlungen allgemein anzunehmen. Die Annahme erfolgt zu dem vom Reichsminister der Finanzen festgestellten Wert. Bis auf weiteres gilt als Annahmewert der Nennwert. Die mit Zwischenscheinen ausgestatteten Stücke der Goldanleihe (also Stücke im Einzelwert von 42 Goldmark = 10 Dollar und mehr), denen der laufende und die später fällig werdenden Zinscheine nicht beigelegt sind, sowie beschädigte oder mit Vermerkten versehen und infolgedessen nicht mehr umlaufsfähige Stücke sind von der Annahme ausgeschlossen. Eine Zinsvergütung erfolgt in keinem Falle. Bei Annahme der Stücke wird ihr Goldwert in Papiermark umgerechnet. Der Umrechnung wird der Goldumrechnungssatz zugrunde gelegt, der am Tage der Zahlung für Reichsteuern gilt. Dieser Goldumrechnungssatz kann aus der Tagespresse entnommen oder aus den Aushängen auf den Postanstalten (bis zu den Postagenturen einsch.) ersehen werden; die Finanzbehörden erteilen über die Höhe der Goldumrechnungssätze jederzeit Auskunft.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats

beschäftigte sich am Dienstag und Mittwoch mit dem Entwurf eines Gesetzes über wertbeständige Steuern und Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Zur Vermögenssteuer schlägt der Entwurf u. a. eine Abänderung des Vermögenssteuergesetzes vom 8. April 1922 und des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen vom 20. März 1923 vor.

Er wolle die im Gang befindliche Veranlagung nach dem Einkommen vom 31. Dezember 1922 nur für das Kalenderjahr 1923 gelten lassen. Eine neue Veranlagung soll auf Grund des Vermögensstandes vom 31. März vorgenommen werden. Die Neuveranlagung kann von Jahr zu Jahr wiederholt werden. Zugrundegelegt wird ausschließlich der gemeine Wert, während die Bewertung in Goldmark erfolgt. Die Grundsätze für die Vermögenssteuer haben auch für die Erbschaftsteuer Geltung. Der Steuerfuß für Kinder und Ehegatten wird von 3,5 auf 5% und der für weitere Abkömmlinge von 5 auf 4% ermäßigt und zwar in Rücksicht auf die nicht unbeträchtliche Heranziehung der Vermögen zur Vermögenssteuer. Der Ausschuss fasste seine Erörterungen in einer Entschließung zusammen, die den Entwurf nur als kurzes Provisorium bis zum 31. Dezember 1925 belassen will, da er keine Gesamtlösung des Steuerproblems bringt. Weiter verlangt die Entschließung, daß dem Reichsfinanzministerium die endgültige Festlegung der Ausführungsbestimmungen und Bewertungsrichtlinien nicht allein überlassen wird. Weiter nahm der Ausschuss einen Antrag Sachsenburg an, von neuem in die Prüfung der Beteiligungen des gesellschaftlichen Erbrechts entfernter Verwandter zugunsten des Reiches einzutreten.

Mietfestsetzung bei Wohnungsbauten mit öffentlichen Zuschüssen in Preußen.

Zahlreiche Klagen, die über die verschiedenartige Festsetzung der Mieten in den mit öffentlichen Zuschüssen errichteten Wohnungsbauten zur Sprache gebracht worden sind, geben dem Minister für Reichswohlfahrt Veranlassung, in einem Erlaß eine Reihe von Richtlinien aufzustellen. Hiernach sind, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, die Mieten oder Mietwerte in den Neuwohnungen im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht so festzusetzen, daß sie eine angemessene Verzinsung der gesamten Herstellungskosten bei Neubauten ergeben. Gleichwohl muß diesem Ziele weit mehr als bisher zugerechnet werden, ebenso wie es auf der anderen Seite unerlässlich ist, die Mieten in den Altwohnungen in ein angemessenes Verhältnis zur Geldentwertung zu bringen. Soweit dies noch nicht erreicht ist, müssen die Mieten in den Neuwohnungen im allgemeinen nennenswert höher festgesetzt werden als in den Altwohnungen. Hierbei werden sie unter Berücksichtigung der Tatsache, daß für Neuwohnungen eine Wohnungsbaubauabgabe nicht zu entrichten ist, etwa so zu bemessen sein, daß die Neumiete etwa das Dreifache der Gesamtmiete in einer entsprechenden Altwohnung unter Abrechnung der Wohnungsbaubauabgabe beträgt. Die Mietfestsetzung für die Neuwohnung wird dann als nicht zu hoch anzusehen sein, wenn sie zunächst die Hälfte der in Betracht kommenden Friedensmiete in Goldmark nicht übersteigt.

Die Neuregelung der Hundesteuer in Berlin.

In Groß-Berlin sind zurzeit etwa 200 000 Hunde versteuert; ein Zeichen für die überhandnehmende Hundeliebhaberei, daneben freilich auch für die öffentliche Unsicherheit. Denn in vielen Fällen bildet der wachsame Hund immer noch den besten Schutz für eine Wohnung und besonders für alleinstehende Gehöfte. In jedem Falle muß es als berechtigt anerkannt werden, daß die Hundsteuer in einem angemessenen Verhältnis zur Finanznot der Gemeinde ausgebaut wird. Die städtische Steuerdirektion hat deshalb ebenso wie bei den Motorbooten und dem Halten von Pferden auch die Hundsteuer auf wertbeständige Grundlage zu stellen sich bemüht. In der gestrigen Sitzung des Steueraussschusses der Stadtverordnetenversammlung wurde denn auch die Anregung, diese Steuern nach Goldmark zu erheben, als berechtigt anerkannt. Die Frage war nur, in welcher Höhe die Hundsteuer festgesetzt werden sollte. Von Seiten der Hundekreunde wurde die von der Steuerbehörde vorgeschlagene Jahressteuer von 12 Mark, obgleich sie weit hinter der Friedenssteuer zurückbleibt, als zu hoch bezeichnet. Es wurde versucht, sie auf 8 oder gar 6 Mark herabzubringen. Von der linken Seite wieder wurde eine Erhöhung für den ersten Hund, der in einem Haushalt gehalten wird, auf 20 Mark vorgeschlagen. Eine Einigung konnte im Ausschuss nicht erzielt werden, da sämtliche Anträge mit Stimmengleichheit abgelehnt wurden. Hier wird deshalb das Plenum der Stadtverordnetenversammlung das letzte Wort zu sprechen haben. Dagegen erklärte sich eine große Mehrheit dafür, daß sich die Steuer beim zweiten Hunde auf 40 Mark, beim dritten auf 60 Mark und beim vierten auf 80 Mark erhöhen sollte.

Der Stand der Kohleneinfuhr.

Wie bekannt, hat der Reichskohlenkommissar Mitte September d. J. ein Programm zur Beschränkung der Kohleneinfuhr zwecks Einsparung von Auslandszahlungsmitteln durchzuführen versucht. Es ist daher interessant, im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Erörterungen über den Abschluß eines Kohlenkredits der Reichseisenbahn mit den englischen Bergwerksbesitzern zu verfolgen, inwiefern die getroffenen Maßnahmen Erfolge gezeitigt haben. Die Antwort kann vorweg dahin gegeben werden, daß, soweit bisher ersichtlich, im gegenwärtigen Monat eine wesentliche Abnahme der Einfuhrmengen kaum eintreten wird, und zwar einmal deswegen, weil der Monat Oktober allgemein als der eigentliche Versorgungsmonat für die kommenden Monate der verringerten Schiffsahrtsmöglichkeit, ferner für die Gasanstalten und den Hausbrand der Winterperiode gilt. Sodann stehen einem Rückgang der Einfuhr, d. h. einer Zunahme des Bezuges von Brennstoffen aus deutschen Bergbaubezirken die ungeheuer gestiegenen Inlandsfrachten, die bisher die am 13. v. M. vom Reichswirtschaftsminister erzwungene Ermäßigung der Kohlenpreise völlig illusorisch machen. Ganz besonders gilt dies für die norddeutschen, namentlich die Küstenbezirke Deutschlands, für die der Weg über Schiffsfahr oder sächsische Kohle nicht in Frage kommt, da zu den 20 Goldmark für oberstehmische Stückkohle nicht weniger als 16 Goldmark Fracht hinzutreten, so daß die englische Kohle sich immer noch bedeutend billiger stellt, und dies trotz Abschaffung der Kohlensteuer und des Wegfalls der Ueberpreisberechnung für Geldentwertung seitens der Syndikatsmitglieder. Unter solchen Umständen nimmt es nicht wunder, daß die Kohleneinfuhr aus England und den holländischen Domantgruben (letztere für die Grenzbevölkerung sowie für Hausbrand), auch für den zu Ende gehenden Monat etwa 1,3 bis 1,4 Millionen Tonnen ausmachen dürfte. Dazu kommen noch etwa 600 000 Tonnen Steinkohle und Koks sowie Braunkohle aus Oberhessen für die holländischen Bezirke Deutschlands.

Was den eigentlichen Bedarf angeht, so muß betont werden, daß die deutsche Industrie infolge ihrer stark nachlassenden Beschäftigung erheblich weniger Kohle zur unmittelbaren Verwendung benötigt, als bisher, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß die niederstehmischen und niederholländischen Kohlenbezirke in größerem Umfang Feuerfächer einlegen mußten, da die Absatzmöglichkeiten verringert sind. Die Einfuhrbeschränkungen haben, soweit man sehen kann, nur unwesentliche Veränderungen im Bezugs von ausländischen Brennstoffen herbeigeführt. So z. B. werden gewisse geringwertige Marken (so oberstehmische Markenklasse III — Staubkohle und Kiehkohle) nicht mehr hereingelassen. Was die Einfuhr aus der Tschekoslowakei betrifft, so muß man sich daran erinnern, daß infolge eines lang andauernden Streiks in den tschechoslowakischen Bergbaubezirken in den Monaten August und September nur ganz geringfügige Quanten dorthin zur Einfuhr gelangten. Im Monat August betrug diese Einfuhr etwa 60 000 Tonnen Steinkohle für die Eisenbahn, während die Einfuhr von Braunkohle wegließ. Im September wurden etwa 100 000 Tonnen Braunkohle für die Bedürfnisse der Thüringer, Oberrheinischer und sächsischen Glasindustrie, der fruchtbringlich liegenden niederstehmischen Papierindustrie, sowie der süddeutschen Porzellanindustrie eingeführt. Der Streik hat jedoch am 10. Oktober sein Ende gefunden, ohne daß dadurch eine Veränderung in den Ein-

fahnerhältnissen der tschechoslowakischen Kohle eingetreten wäre. Man rechnet für diesen Monat mit einer Einfuhr von etwa 70 000 Tonnen Braunkohle und gar keiner Einfuhr von Steinkohle, und zwar deswegen, weil für die beiden Bezirke von Odrau und Cladno keine Eisenbahnwagen in auch nur annähernd genügender Menge gestellt werden.

Die im Gange befindliche böhmische Zuckerkampagne und die ausgehagerte tschechoslowakische Eisenbahn nimmt dort ungefähre 90 Proz. des gesamten Wagenparks in Anspruch.

Die Kohlenkreditverhandlungen zwischen der deutschen Reichsbahngruppe, die von der Firma Reichelder geführt werden, und den englischen Geldgebern sind, wie wir hören, inzwischen auf eine wesentlich günstigere Basis gestellt worden, die wichtige Zugeständnisse an die speziellen deutschen Wünsche macht. Die Verhandlungen dürften noch im Laufe dieser Woche zum Abschluß kommen. Es besteht die Hoffnung, daß sie ein günstiges Resultat ergeben. Im ganzen beweist die Neuregelung die Ausschaltung der Mittel der Händler aus dem Eisenbahntahelgeschäft, da durch die zerstückelte Nachfrage der Händler in England bisher erfahrungsgemäß die englischen Kohlenpreise in die Höhe getrieben wurden.

Die Goldmarknotierungen der Produktenbörse.

Ende der vorigen Woche ist, so schreibt die Vossische Zeitung, eine von den Besuchern der Produktenbörse seit geraumer Zeit erhobene Forderung erfüllt worden: Seit dem 26. Oktober erfolgen sämtliche amtliche Notierungen für Getreide, Mehl, Kleie, Oelfrüchte, Hülsenfrüchte und Futtermittel in Goldmark. Als Basis gilt die Goldanleihe des Deutschen Reiches, wobei ein Dollar mit 4,20 Goldmark bewertet wird. Auch die Gewichtseinheiten für die Notierungen haben eine Änderung erfahren, indem Getreide und Oelfrüchte fortan je Tonne (1000 kg), alle übrigen Artikel je Doppelzentner (100 kg) notiert werden.

Mit dieser Reform ist gewissermaßen ein Zustand realisiert worden, der bereits seit Wochen und Monaten praktisch bestand. Die fortschreitende Entwertung der Mark hatte immer mehr die Bereitwilligkeit der Landwirte vermindert, wertbeständiges Getreide

gegen Papiermark abzugeben. Das hat neuerdings auch der neue Reichsernährungsminister zugegeben, wenn auch unter gewissen Einschränkungen und Erklärungen, die zwar eine andere Finanzierung in der Beurteilung bedeuten, an der Tatsache selbst aber nichts ändern. Für die Börse ergab sich aus der geringen Abgabeneigung der Landwirtschaft die Notwendigkeit, die Landwirte in wertbeständiger Währung zu bezahlen, sollte nicht der ganze Getreidehandel, und damit auch die Brotversorgung der Bevölkerung ins Stocken geraten. Daß dafür nur die Goldanleihe des Reiches in Frage kam, liegt auf der Hand. Immerhin hatte die Doppelrechnung in Goldanleihe und in Papiermark gewisse, nicht unerhebliche Schwierigkeiten zur Folge. Da man sich in der Börsenpraxis daran gewöhnt hatte, die Millionen und Milliarden beim Nominieren der Preise fortzulassen und sich sozusagen nur die positiven Zahlen wie „siebzehneinhalb“, „fünfundachtzigdreiviertel“ zurecht, war natürlich die Möglichkeit zu Verkümmern und Mißverständnissen sehr groß, wenn daneben noch Preisnotierungen in Goldmark, also in ein- und zweistelligen Zahlen einherliefen. Erwähnenswert kam noch weiter hinzu, daß das Importgetreide nach holländischen Gulden gehandelt wird, so daß zuletzt der Handel an der Berliner Produktenbörse in mindestens drei verschiedenen Währungen erfolgte.

Daß die durch einen Beschluß des Börsenvorstandes jetzt endlich herbeigeführte Vereinfachung des Geschäftsvorkehrs von einem allgemeinen Aufwachen der Börsenbesucher begleitet war, ist daher leicht verständlich. Das Arbeiten mit einfachen, dem menschlichen Begriffsvermögen entsprechenden Zahlen, die man von besseren Tagen her noch nicht vergessen hat, erleichtert den Geschäftsvorkehr an der Börse außerordentlich. Daneben bedeutet er auch eine erhebliche Vereinfachung der Buchführung, der Naturerhebung und der gesamten sonstigen Kontorarbeiten. Aber auch der Zeitungsleser kann sich über die Marktlage viel schneller und gründlicher informieren, wenn die Kurszettel 2-3 stellige Zahlen enthalten, statt der bisher üblichen endlosen Nullensätze, die noch dazu durch eine Bemerkung über dem Zettel ergänzt und erklärt werden mußten. In der Praxis bedeutet es natürlich für den Konsumenten noch keineswegs eine Verbilligung des Brotes, wenn die Preisnotierungen des Getreides und

Mehles in Gold — statt in Papiermark erfolgen. Gleichwohl wäre es falsch anzunehmen, daß die neue Notierungsweise ganz ohne jeden Einfluß auf die Preisbildung bleiben wird. Denn dadurch, daß die unaussprechlichen Schwankungen der Devisenkurse sich jetzt nicht mehr promptest auch auf dem Getreidemarkte auswirken können, kommen die damit verbundenen Gewinne gewisser Spekulanten in Fortfall, welche seit Beginn der Inflationsperiode leider auch den Getreidemarkt zum Zummelplatz ihrer erfolgreichen Betätigung gewählt haben. Seriose Firmen geben sich daher der Hoffnung hin, daß die neue Notierungsform auch eine reinigende Wirkung auf den Markt ausüben wird.

Die Goldmarknotierungen selbst zeigen, daß die Getreidepreise in fester Währung zum Teil nicht unerheblich unter dem Niveau liegen, das man von Friedenszeiten her gewohnt war. Das gilt ganz besonders von Weizen, der jetzt mit 155—157 Goldmark je Tonne notiert wird, während sich sein Preis in den letzten Jahren der Vorkriegszeit zumeist über 210 Mk. hielt; zeitweilig auch 230 Mk. und darüber erreichte. Nicht ganz so groß ist der Unterschied beim Roggen, der augenblicklich mit 141—143 Goldmark notiert, und daß sein Preis sich früher durchschnittlich um 175 Mk. herum bewegte.

Wiel wertvoller noch ist der Umstand, daß man jetzt mit stabilen Getreidepreisen rechnen kann. Und gerade diese Tatsache muß sich auch schließlich zum Vorteil des Konsumenten auswirken. Wie sich im übrigen die Verhältnisse in der nächsten Zukunft gestalten werden, läßt sich im Moment noch nicht übersehen. Alles wird natürlich davon abhängen, ob die neu geschaffenen und noch weiter neu zu schaffenden Zahlungsmittel auch wirklich wertbeständig im strengsten Sinne des Wortes sind. Denn nur dann können sich auch die Warenpreise auf einem bestimmten Niveau halten, wenn die Währung nicht schwankt in der sie festgesetzt werden.

Dollar 133 Milliarden.

Druck: Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Ein gut erhaltenes Knaben-Anzug und Schuhe für Knaben von 8 bis 10 Jahren gegen gut erhaltenen Lepich zu tausch. 7996 Warenstraße 28, p.

Günstig f. Arbeiter u. Landleute!
Herren-, Burschen- u. Konfirm.-Anzüge (bl. Chevrot), billige Ulster, Westen, Hausdienerwesten, Wagenmantele, Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel, billige Leder-Abfälle 1/2 Hand groß, Kernleder-Sohlen.
Wilhelm Blunk, Marienstraße 19.
Lebensmittel werden mit in Zahlung genommen. (7995)

Steppdecken (auch Neubeziehen). Spethmann, Breite Str. 31. (7910)

Alle Arbeiter
Kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7992)
Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10

Uhren
Alle Waren zur Festzahl
H. Schütz, Johannisstr. 26

Anzeigen
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten“ notwendig werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitzen wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten, Johannisstr. 48.

Autoni u. Gold- und Silber-Strick
Gebirge, einz. Käse.
Willi Westföbling, 32, Soltenstr. 32

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion
Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. (7925a)

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Der Neue Weltkalender
von 1924
erschienen. Grundpreis 50 Pfg.
Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.
Kartoffelversorgung!
Wir erwarten nächste Woche große Zufuhren in Kartoffeln. Von einer Belieferung frei Haus müssen wir in diesem Jahre Abstand nehmen, da nur wenige Mitglieder in der Lage sein werden, die großen Summen auf einmal aufzubringen. Von etwa 100 Mitgliedern, die wir gestern durch einen Mitarbeiter aufsuchen ließen, hat nur ein einziges Mitglied Zahlung geleistet. Wir sind daher im Interesse einer raschen und glatten Abwicklung der Kartoffelverteilung gezwungen, sämtliche Kartoffeln unsern Abgabestellen zuzuführen.
Wir empfehlen unsern Mitgliedern aber dringend, sich in der Abgabestelle ihres Bezirkes in eine Liste eintragen zu lassen, aus welcher der Bedarf hervorgeht, damit wir jederzeit eine Uebersicht über die benötigten Mengen haben. Betriebe, die ganze Wagenladungen zur Selbstentladung bestellt haben, werden hiervon nicht berührt. (7994)
Der Vorstand.

Der wahre Wert
eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.
Dirin
Dentel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und
billiges Waschen

J. H. Pein
Lübeck
Markt 18/17
Kreuzstraße 64/66.
Das bekannte Luthershaus für (7981)
Arbeiter-Konfektion, Herren-Konfektion, Damen-Konfektion.
Lübeck, Johannisstraße 46.

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (7984)
Felle
Isaac Frankenthal
kauft höchstzahlend Beckergrube 53. Tel. 8641.
Haare
7985)
Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Größtes Spezialhaus für bessere Herren- u. Knaben-Kleidung!
Bekannt große Auswahl.
Bekannt feinste Ausstattung.
Bekannt billige Preise.
Bei Anzahlungen wertbeständige (7997) Goldmark-Gutschrift!
Wille Dr. Schumann

Felle — Haare
kaufen höchstzahlend (7987)
Gehr. Wagner, Zell-Spezialgeschäft
Dankwartstraße 26, Soltenstr. 8. Tel. 3414.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen
Weißer Engel. Am Sonnabend, 3. November (8000) 2. Familienball.

Luisenlust. Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.** (7988)

Trocadero. Schlüsselbad, 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. (7988)

Hansa-Theater. Heute (7991) Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Galsp. Margret Wagner Zum ersten Male: **Die schöne Rivolin.** Operette in 3 Akten von Linne.
Freitag und folgende Tage, 7 1/2 Uhr: **Die schöne Rivolin.**
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: **Die schöne Rivolin.**
Freitag, 7 30 Uhr: **Die Propheten.**
Sonnabend, 7 30 Uhr: **Tiefenland.** (7988)
Nachmittags von 3-6 Einlösung der Abon.-Karten für die 3. Serie an der Theaterkasse.
Freitag und Sonnabend nachm. auch für die Niederdeutsche Bühne.
Stadttheater-Sübeck.
Freitag, 7 30 Uhr: **Die Propheten.**
Sonnabend, 7 30 Uhr: **Tiefenland.** (7988)
Nachmittags von 3-6 Einlösung der Abon.-Karten für die 3. Serie an der Theaterkasse.
Freitag und Sonnabend nachm. auch für die Niederdeutsche Bühne.
Stadttheater- und Sinfonie-Orchester.
Sonnabend, den 4. Nov. 11 Uhr (7989) Öffentl. Generalprobe. Montag, den 5. Nov. 7 30 Uhr
2. Sinfonie-Konzert. Solist: Hedwig Fabender, Zürich, (Violine) Programm: Brahms: D-dur Sinfonie, Chaconne von Bach für Violin-Solo. Violinensemble von Peter Fabender.
Einlösung der Abon.-Karten am Freitag u. Sonnabend dieser Woche, nachm. von 3-6 unter Vorlegung der Grundgebührenkarten bei der Theaterkasse.